

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES



KANTON WALLIS

2002



**Der Staatsrat
des Kantons Wallis
an den
Grossen Rat**

Sehr geehrt Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir beehren uns, Ihnen gemäss Artikel 54 der Kantonsverfassung den Verwaltungsbericht des Staatsrates für das Jahr 2002 zu unterbreiten.

Wir benützen diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Versicherung unserer ehrerbietigen Hochachtung zu erneuern und Sie samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.

Sitten, im März 2003.

Der Präsident des Staatsrates:
Thomas Burgener

Der Staatskanzler:
Henri v. Roten

Herausgegeben von der
STAATSKANZLEI

SITTEN, März 2003

KANTON WALLIS

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
PRÄSIDIUM	7
DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN	17
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	41
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	59
DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT	91
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	111
UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES JAHRES 2002	133

STAATSRAT

PRÄSIDIUM

Staatskanzlei

Information

Finanzinspektorat

Zentrum für
Verwaltungsmanagement

VORWORT VON HERRN THOMAS BURGNER, PRÄSIDENT DES STAATSRATES

Der Eintritt ins dritte Jahrtausend wird von einem bedeutenden Kurswechsel unserer Zivilisation begleitet — in Richtung Kreation und Kommunikation. Dieses neue Zeitalter löst die drei Jahrhunderte ab, in denen die Industrie und der Handel zu unserer vorherrschenden Tätigkeit geworden sind. Vorher waren die Menschen — während drei Millionen Jahre — in der Hauptsache Jäger und Sammler, danach folgten 30'000 Jahre, in denen die Menschen Landwirtschaft und Tierzucht betrieben.

Dieses Zeitalter der Kreativität und der interaktiven Kommunikationssysteme soll die Menschen einander näher bringen, sie in Netzwerken aufeinander einstimmen und zusammenführen, den Einzelnen eine immer grössere Ausdrucksfreiheit bieten, Grenzen und Unverständnis zu Fall bringen.

Nach dem Schock des 11. September sollte man jedoch nicht vergessen, dass wir in einer Welt leben, in der in jeder Stunde 1000 Menschen an Hunger sterben, in der das Vermögen der drei reichsten Personen der Welt das BSP der 48 ärmsten Länder der Erde übersteigt.

In den 2000 Jahren westlicher Zivilisation ist es auch nicht gelungen, das Schreckgespenst des Krieges mit seinen unsäglichen Leiden, seiner Ungerechtigkeit und Verzweiflung auszumerzen.

Dieser Situation kann die Walliser Gesellschaft nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir haben selbstverständlich die Aufgabe, durch eine Verstärkung der Sozialpolitik den Wohlstand und die Sicherheit bei uns zu gewährleisten. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht zur Solidarität mit den Bedürftigen auf den anderen Kontinenten. Dies betrifft die politischen Verantwortlichen auf jeder Ebene, aber auch alle Walliserinnen und Walliser hier und anderswo.

Deshalb hat es den Staatsrat besonders gefreut, dass unser Kanton bei der Abstimmung über den UNO-Beitritt der Schweiz Ja gesagt hat zur Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft.

Das Jahr 2002 wurde auch geprägt vom nationalen Grossanlass Expo.02, bei dem das Wallis seine Jugend, seine Kultur, seine Gegensätze und seine touristischen Aktivitäten überzeugend und in einer Art gezeigt hat, die vom Publikum sehr geschätzt wurde — anlässlich des Walliser Kantonstages, der am 7. September auf der Arteploge in Biel stattfand. Der Beitrag des Wallis wurde noch ver-

stärkt durch die Walliser Präsenz in einem interkantonalen Pavillon und durch sein Restaurant, das einen enormen Erfolg verzeichnete. Am Nationalfeiertag wurde dem Wallis die Gelegenheit geboten, sich in Berlin mit einer von einer Regierungsdelegation angeführten Gruppe von rund vierzig offiziellen Vertretern zu präsentieren. Die Berliner zeigten sich von den Walliser Spezialitäten, die sie degustieren konnten, ebenso beeindruckt wie von dem 3 Meter hohen Matterhorn aus Eis, das am 1. August mitten in der neuen deutschen Hauptstadt prangte. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wird zurzeit angebahnt.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat die Regierung auf gut dreissig Vernehmlassungen des Bundes geantwortet. Sie hat auch mehr als ein Dutzend Persönlichkeiten aus dem Ausland empfangen, darunter die Königin von Bhutan, Ihre Majestät Ashi Tshering Pem Wang-chouk.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, die Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank und die Öffnung des Elektrizitätsmarktes zählen zu den zahlreichen Dossiers, die von den Regierungskonferenzen, an denen die kantonale Exekutive vertreten ist, behandelt wurden.

Ausserdem war der Staatsrat bestrebt, den Ersuchen im Zusammenhang mit der Politik des Bundes nachzukommen. Je nach Priorität und Machbarkeit war er auch um die Realisierung der in den Richtlinien seiner Politik festgehaltenen Ziele bemüht.

Im Jahr 2002 war auch das Wallis von der Schwäche der Wirtschaft betroffen. Es ist die Aufgabe der Regierung, für die Wirtschaft günstige Voraussetzungen zu schaffen und die von der wirtschaftlichen Lage Betroffenen zu unterstützen.

Für Einzelheiten verweise ich auf die Angaben der Departemente, ihrer Dienststellen und Anstalten in den folgenden Kapiteln. Der Leser findet dort detaillierte Angaben und Vergleichsdaten über die Tätigkeit der Walliser Kantonsverwaltung.

Der Präsident des Staatsrates
Thomas Burgener

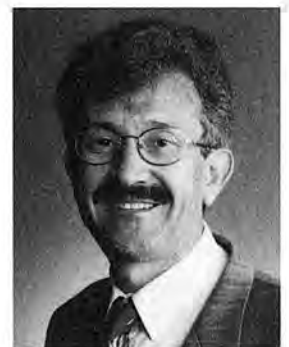


VERWALTUNGSBERICHT DES PRÄSIDIUMS

FÜR DAS JAHR 2002



Staatsratspräsident
Thomas Burgener



Staatskanzler
Henri v. Roten

STAATSKANZLEI

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PRÄSIDIUM

PERSONALORGANISATION

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Staatskanzlei	17.30
Information	4.00
Finanzinspektorat	16.00
Zentrum für Verwaltungsmanagement	7.00
Total	44.30

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

- 6.033** Motion der SPO-Fraktion, durch die HH. Grossräte Rolf Eggel (Suppl.) und German Eyer, betreffend Offenlegung der Interessenbindungen (27.06.2001)

Mit diesem Vorstoss wurde eine Abänderung der Gesetzesgrundlagen bezüglich der Richter/-innen gefordert. Der Staatsrat hat sich angesichts des vom Grossen Rat angenommenen Organisationsreglements der Gerichte dagegen ausgesprochen; das Parlament ist dem Vorschlag des Staatsrates gefolgt.

- 6.036** Postulat der HH. Grossräte Oskar Freysinger, Roger Morisod und Gilles Bellon (Suppl.) betreffend Klassifikation der Staatsaufgaben (13.11.2001)

Dieser Versuch, die Staatsaufgaben durch eine Kommission gewichten zu lassen, wurde vom Grossen Rat bereits anlässlich der Entwicklung am 8. November 2002 verworfen.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BUND UND KANTON

Im Laufe des Jahres 2002 hat der Staatsrat 34-mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können auch auf der Internetseite des Staates Wallis (www.vs.ch) konsultiert werden. Der Staatsrat hat zudem mehrmals beim Bundesrat zugunsten der Walliser Wirtschaft interveniert.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WALLIS UND DEN ÜBRIGEN KANTONEN

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist im Laufe des Jahres 2002 viermal zu einer ordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten und zwar am 15. März, 21. Juni, 3. Oktober und 13. Dezember. Der Staatsrat wurde an jeder dieser Versammlungen

durch eines seiner Mitglieder vertreten. Im Laufe dieser Versammlungen wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- *Versammlung der Regionen Europas (VRE)*
- *Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank (SNB)*
- *Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben*
- *Neue bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU*
- *Künftige Entwicklung der KdK*
- *Umzug des Sekretariats der KdK nach Bern*

Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen (KWK)

Der Kanton wurde durch den Vorsteher des DEKS, Hrn. Claude Roch, vertreten.

Im Jahre 2002 hat sich die KWK mit den 3 folgenden interkantonalen Vereinbarungen befasst:

- *Interkantonale Vereinbarung über die Aushandlung, Ratifikation, Ausführung und Abänderung der interkantonalen Verträge und Vereinbarungen der Kantone mit dem Ausland*
- *Interkantonales Abkommen betreffend die parlamentarische Kontrolle über die HES-50*
- *Interkantonale Vereinbarung FH-GS*

Sie hat sich aktiv an folgenden Projekten beteiligt:

- *Bundesverwaltungsgericht: Ansiedlung in Freiburg*
- *Schweizer Kandidatur für die Frankophonie-Spiele: Unterstützung der Walliser Initiative*
- *Verbesserung der Arbeitsweise der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen (KWK) (künftige Option)*

Zudem waren folgende Punkte Gegenstand von Analysen und Stellungnahmen: Swisscom, die Post, 7. Nationalstrassenprogramm, Vorbereitung der Versammlungen der KdK, regionale Beobachtungsstelle.

Regierungskonferenz der Gebirgskantone

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone ist im Jahre 2002 zu zwei ordentlichen Plenarversammlungen zusammengetreten und zwar am 17. Juni und am 2. Dezember. Thomas Burgener, Vorsteher des Departements für Gesundheit, Sozialwesen und Energie, hat an beiden Sitzungen teilgenommen und Wilhelm Schnyder, Vorsteher des Departements für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten, war an der Sitzung vom 17. Juni anwesend. Es ging dabei namentlich um folgende Themen:

- *Öffnung des Elektrizitätsmarkts*
- *Arbeitsplatzabbau in den Bergregionen*
- *Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Richtlinie über die Subventionen für die Sanierung von Restwasserstrecken*

«CHANCELLER'IN»: ein Qualitätsmanagementprojekt für die Staatskanzlei

Nach der Definition und Identifikation der Produkte der Staatskanzlei wurden die Arbeiten mit der Beschreibung und Identifikation der Verfahren fortgesetzt: "Beschwerden / internes Verfahren", "Vorbereitung der Staatsratssitzungen" und "Vorbereitung der ordentlichen Sessionen des Grossen Rates". Im Laufe dieser Arbeiten wurden rund dreissig Verfahren innerhalb der Staatskanzlei festgelegt, was ein wichtiger Schritt im Rahmen der Konzeptualisierung der Verwaltung und Klassifizierung der Dokumente darstellt.

Ein weiterer Schritt wird die Identifikation der Dokumententypen und die Vernetzung sämtlicher Dateien der Mitarbeiter/-innen der Staatskanzlei im ersten Quartal 2003 darstellen. Sobald alle Parameter definiert sind, wird das Zentrum für Verwaltungsmanagement (ZVM) die Implementierung eines neuen Arbeitsinstruments vornehmen, das die Verwaltung der Dokumente vereinfachen und verbessern wird.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER STAATSKANZLEI UND DEM STÄNDIGEN SEKRETARIAT DES GROSSEN RATES

In enger Zusammenarbeit mit dem ständigen Sekretariat des Grossen Rates hat die Staatskanzlei unter anderem die detaillierte Aufstellung der Geschäfte hinsichtlich der Vorbereitung der monatlichen Sitzungen des Büros des Grossen Rates erstellt sowie die Aufteilung der parlamentarischen Vorstösse hinsichtlich der Vorbereitung der ordentlichen Sessionen des Grossen Rates vorgenommen.

Zudem befasst sich die Staatskanzlei mit der Weiterverfolgung der im Laufe der Legislaturperiode behandelten Botschaften und Gesetzesentwürfe und beteiligt sich aktiv am Projekt zur Informatisierung der parlamentarischen Vorstösse.

Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass das ständige Sekretariat des Grossen Rates am 1. Mai 2002 zum "Parlamentssdienst" wurde und unter der Leitung von Claude Bumann vollumfänglich dem Grossen Rat angeschlossen ist.

GUICHET VIRTUEL

Die Staatskanzlei hat an der Erarbeitung und Versendung eines Schreibens mitgewirkt, in dem die Gemeinden dazu aufgefordert wurden, sich zusammen mit dem Bund aktiv an der Konzeption des künftigen Guichet virtuel, dessen Eröffnung am 10. Februar 2003 unter der Adresse www.ch.ch erfolgt ist, zu beteiligen.

Im Laufe dieses Jahres hat die Staatskanzlei im Rahmen dieses Projekts 4 Arbeitssitzungen innerhalb der Verwaltung organisiert, eine Antwort zuhanden des Grossen Rates vorbereitet, an der Organisation von zwei Arbeitssitzungen (13.3. und 11.12.2002) über den Guichet virtuel, die sich an sämtliche Walliser Gemeinden richteten, mitgewirkt und eine Stellungnahme zuhanden des Bundes vorbereitet. Ausserdem hat die Staatskanzlei eine ausführliche Antwort zuhanden des Staatsrates hinsichtlich der Unterzeichnung der neuen Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen für 2003-2004 erarbeitet.

Implementierungsstand der Links (07.01.2003) Kanton Wallis

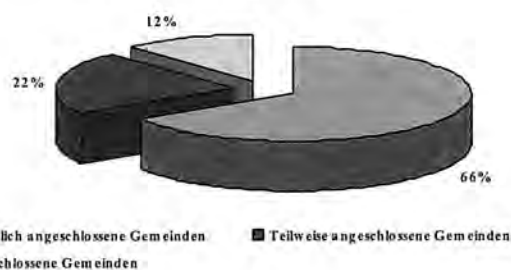
Schweiz

Implementierungsstand der Links auf Schweizer Ebene	68.45%
Kantone die 100% ihrer Gemeinden angeschlossen haben	6
Implementierungsstand der Links der eidgenössischen Ämter	100%

Kanton

Implementierungsstand der Links des Kantons	Wallis
Implementierungsstand der Links der kantonalen Site in %	100% (fr - de)
Gemeinden die sämtliche Link implementiert haben	35
Total politische Gemeinden	160
Vollumfänglich angeschlossenene Gemeinden	35
Teilweise angeschlossenene Gemeinden	19
Nicht angeschlossenene Gemeinden	106

Implementierungsstand



■ Vollumfänglich angeschlossenene Gemeinden ■ Teilweise angeschlossenene Gemeinden
□ Nicht angeschlossenene Gemeinden



Expo.02 - Offizieller Tag des Kantons Wallis

PROTOKOLL

Im Laufe des Jahres 2002 hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, Schloss von St. Maurice, Schloss Mercier und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen namhafte Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- Hrn. Martin Werlen, neuer Abt von Einsiedeln
- den Schweizer Botschafter in Deutschland, Hrn. Thomas Borer-Fielding und Frau Shawne Fielding
- Hrn. Adolf Ogi, UNO-Sonderberater für Sport, Frieden und Entwicklung
- die Mitglieder der Direktion der Schweizerischen Bundesbahnen
- die Botschafterin der Republik der Philippinen, Frau Rora Navarro-Tolentino
- den japanischen Botschafter, Hrn. Yasuaki Nogawa
- Ihre Majestät die Königin von Bhutan, Ashi Tschering Pem Wangchouck
- den französischen Generalkonsul, Hrn. François Laumonier
- den Gouverneur von Sibirien, Hrn. Alexander Sidorov
- den Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Hrn. Rainer Döbelstein
- den russischen Generalkonsul, Hrn. Victor Sukhanov
- Hrn. Bundesrat Samuel Schmid
- den Botschafter der Republik Korea, Hrn. Dong-suk Moon
- den Botschafter des Königreichs der Niederlande, Hrn. Roelof Reinhold Smit
- den Botschafter der Russischen Föderation, Hrn. Dmitry Dmitriewich Cherkashin
- Hrn. Sepp Blatter, Präsident der FIFA
- Hrn. Ulrich Gygi, Generaldirektor der Post

Dieses Jahr hat sich der Staatsrat am 27. und 28. März zu einem offiziellen Besuch in den Kanton Tessin und am 27. und 28. April in den Kanton Appenzell Innerrhoden begeben. Am 3. und 4. September hat er seinerseits die Mitglieder der Regierung des Kantons Gené empfangen.

VERSCHIEDENES

Am 8. Januar hat der Staatsrat den Walliser Behörden auf Schloss Majorie seine Neujahrswünsche überbracht.

Er hat im Rahmen von zwei Feierlichkeiten in den Monaten Mai und November 276 Neubürgerinnen und Neubürger vereidigt.

Dreimal hat er sich mit den Walliser Bundesparlamentariern in Bern getroffen.

Er hat Hrn. Bruno Jelk mit dem Preis der Stiftung Divisionär F. K. Rünzi geehrt. Dies als Zeichen der Anerkennung für seine wertvolle Tätigkeit im Bereich der Bergrettung und sein persönliches Engagement im Dienste der Menschlichkeit im Rahmen von unzähligen Rettungsseinsätzen.

Im Laufe des Jahres hatte unsere Regierung die Ehre und das Vergnügen, 10 Personen zu ihrem hundertsten Geburtstag ein Geschenk überreichen zu dürfen:

- Frau Denise Dorsaz, Charraz
- Frau Florine Ribordy, Montagnier
- Frau Jeanne-Louise Amacker, Riddes
- Frau Hermine Gerold, Kippel
- Frau Rose Spohn, Uvrier
- Frau Paolina Cecchi, Sitten
- Frau Prisca Savoy, St-Maurice
- Frau Marguerite Roh, Sitten
- Frau Marie Tschopp-Loretan, Visp
- Frau Nina Marie Schneller-Berner, Brig

Der Staatskanzler führte den Vorsitz von 3 Koordinatorenkonferenzen, die am 26. Februar, 22. August und 22. November stattgefunden haben.

Zudem hat er die Arbeitsgruppe für die Redaktion der Regierungsrichtlinien und des Finanzplans 2002 / 2005 geleitet.

Die Staatskanzlei hat zwei Racletteessen im Grand-Brûlé in Leytron organisiert:

- mit den ständigen Kommissionen des Grossen Rates, am 5. November
- mit den Gerichts- und Kirchenbehörden, am 13. November



Empfang von Bundespräsident Pascal Couchepin in Sitten vom 5. Dezember 2002.

Sie zeichnete auch für die Organisation der Sitzung der Dienstchefs vom 25. November verantwortlich.

Sie hat eng mit Info Wallis im Rahmen der Organisation der 1. August-Feierlichkeiten der Schweizer Botschaft in Berlin zusammengearbeitet.

Im Einvernehmen mit Info Wallis hat sich die Staatskanzlei auch an der Organisation des offiziellen Tages des Kantons Wallis im Rahmen der Expo.02, in Biel, beteiligt.

In Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gemeinden hat sie den Empfang von Hrn. Bundespräsident Pascal Couchepin, in Bern und im Wallis, am 4. und 5. Dezember 2002 koordiniert (1300 Einladungen).

Sie leitet die Arbeitsgruppe für das Projekt "Leistungsstruktur des Staates Wallis".

Der Weibeldienst hat für den Staatsrat über 110'000 km zurückgelegt.

RECHTS- UND VERWALTUNGSANGELEGENHEITEN

SEKRETARIAT

Im Laufe des Jahres 2002 wurde die Staatskanzlei insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

- 7. Ausgabe des Telefonbuchs des Staates Wallis
- Weiterleitung und Behandlung von 2950 an den Staatsrat gerichteten Schreiben
- Vorbereitung von 47 Staatsratssitzungen
- Abfassung des Protokolls der Staatsratssitzungen, was insgesamt 5838 nummerierte Entscheide oder 18 StRE-Bände ausmachte

- Zirkulation von 150 Dossiers unter den Mitgliedern des Staatsrates

- Beglaubigung von 2082 Dokumenten

- 786 Rechtskraftbescheinigungen von verschiedenen Verfügungen sowie die Rechnungsführung

- Vorbereitung und Druck des Verwaltungsberichts

- Veröffentlichung von 372 Arbeitsvergaben des Staatsrates im Amtsblatt

VERÖFFENTLICHUNG KANTONALER ERLASSE

Das Jahr 2002 war gekennzeichnet durch die erste Aktualisierung der neuen Systematischen Gesetzessammlung (über 600 Seiten) und die Herausgabe der jährlichen Gesetzessammlung im Mai. Die Aktualisierung der Gesetzgebungssite - der Einfachheit und Zuverlässigkeit attestiert wird - wie auch der Datentransfer für die CD-ROM hat keine Probleme aufgeworfen. Die Site konnte durch ein Archivierungsmodul und einen Zugang für die dem Referendum unterstellten Texte ergänzt werden. Die Arbeiten hinsichtlich der Veröffentlichung einer elektronischen Version des Amtsblattes wurden abgeschlossen und der Startschuss dürfte im Mai dieses Jahres fallen.

VERWALTUNGSBESCHWERDEN

Die Beschwerdestatistik zeigt eine erneute Zunahme bei den eingegangenen Beschwerden, die fast ausschliesslich auf die Verfahren im Zusammenhang mit dem Winterauslauf für Rindvieh (107 Fälle) zurückzuführen ist. Dank der Anstellung einer Juristin im Teilzeitverhältnis sowie des Einsatzes von Praktikanten (4 Personen für eine Dauer von zwei bis drei Monaten) war es trotz der übrigen Verpflichtungen des Rechtsdienstes in Sachen Gesetzgebung oder Rechtsberatung an den Staatsrat, namentlich in departementsübergreifenden Angelegenheiten sowie in 3 Disziplinarfällen, möglich, die Zahl der erledigten Fälle beizubehalten.

Aufteilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 2002

Instanz	Übertrag 2001	Eingänge 2002	Total	Erledigt (StrE)	Abgeschr.	Erledigt Total	Übertrag 2003
DFLA	11	18	29	11	4	15	14
DVIS	141	33	316	26	9	207	109
Strassenverkehr		97		68	44		
Ausländer		45		46	14		
DGSE	19	103	122	7	33	40	82
DEKS	15	12	27	10	1	11	16
DVBU	41	34	75	14	15	29	46
KBK (Bauten)	148	86	234	51	39	90	144
KStA (Stipendien und Ausbildungsdarlehen)	18	15	33	10	17	27	6
TOTAL 2002	393	443	836	243	176	419	417
(Total 2001)	(506)	(319)	(825)	(262)	(185)	(439)	(386)

Beschwerden vor den Gerichten 2001: KG 59 Eingänge, BG 8 Eingänge, BR 1
2002: KG 55 Eingänge, BG 13 Eingänge

STÄNDIGES SEKRETARIAT DES GROSSEN RATES

Einberufung des Grossen Rates

Die Damen und Herren Grossräte wurden einberufen zu:

- 8 ordentlichen Sessionen;
- verlängerten Session;
- konstituierenden Session;
- ausserordentlichen Session.

Vorbereitungsarbeiten

Es wurden gesammelt und versandt in beiden Sprachen:

- 41 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die ordentlichen Sessionen;
- Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die verlängerte Session, die ausserordentliche Session und die konstituierende Session;
- 9 Botschaften des Staatsrates und Berichte der Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission betreffend den Voranschlag, die Rechnungen und die Zusatzkredite usw.

Eine gewisse Anzahl von Botschaften wurde durch das Sekretariat abgefasst:

- 6 Begnadigungsgesuche
- 105 Einbürgerungsgesuche

Für den Massenversand wurden 9'570 Kuverts benötigt.

Sitzungen des Büros, der Fraktionspräsidentenkonferenz und der parlamentarischen Kommissionen

Das Sekretariat organisierte und/oder lud ein:

- 18 Arbeitssitzungen für die Mitglieder des Grossratsbüros mit Abfassung der Protokolle
- 5 Arbeitssitzungen für die Fraktionspräsidentenkonferenz mit Abfassung der Protokolle

alle Arbeitssitzungen der Ad-hoc-Kommissionen und eine Anzahl Arbeitssitzungen der ständigen Kommissionen (Redaktions- und Zensurkommission, Finanz-, Geschäftsprüfungs- und Justizkommission).

Das Grossratssekretariat verfasste die Einladungen der Ad-hoc-Kommissionen in beiden Sprachen, welche sich wie folgt zusammenstellen:

-	Januar/Februar	250	
-	März	120	
-	Mai	80	
-	Juni	70	
-	September	52	
-	Oktober	20	
-	November	30	
-	Dezember	75	gesamthaft 710 Briefe

Sitzungen des Grossen Rates

- 25 Vormittagssitzungen
- 10 Nachmittagssitzungen

Motionen, Postulate, Interpellationen, Resolutionen und einfache Anfragen

Hinterlegt:

- 56 Motionen
- 50 Postulate
- 105 Interpellationen
- 7 Resolutionen
- 79 Einfache Anfragen
- 100 Fragen für die Fragestunde

Entwickelt:

- 38 Motionen
- 45 Postulate
- 65 Interpellationen
- 3 Resolutionen
- Parlamentarische Initiative

Wurden bis Ende Dezember 2001 hinterlegt und bleiben hängig:

- 44 Motionen
- 41 Postulate
- 84 Interpellationen
- 3 Resolutionen

Simultanübersetzung und Grossratsaal

Die technischen Einrichtungen und die Simultanübersetzung wurden jeweils für die Sitzungen des Grossen Rates benützt und mehrmals Drittpersonen zur Verfügung gestellt. Die Gemeindeverwaltung Sitten ihrerseits hat den Grossratsaal und den «Saal der Verlorenen Schritte» für zahlreiche Anlässe zur Verfügung gestellt oder vermietet.

Bulletins der Grossratsessionen (Memorial)

Es wurden 7 Sitzungsbulletins abgefasst und verteilt

--	Januar / Februar 2002	am 4. April 2002
--	März 2002	am 17. Mai 2002
--	Mai 2002	am 21. Juni 2002
--	Juni 2002	am 11. Juli 2002
--	September 2002	am 22. Oktober 2002
--	Oktober 2002	am 22. November 2002
--	November 2002	am 20. Januar 2003

Es befinden sich in Ausarbeitung:

- Dezember 2002.

Verschiedenes

Die Akten der Sessionen wurden in beiden Sprachen inventarisiert und eingebunden:

- 10 Gesetze, 22 Beschlüsse, 2 Abänderungen der Kantonsverfassung und 1 Dekret wurden der Staatskanzlei übermittelt zur Inkraftsetzung und zur Veröffentlichung im Amtsblatt. Konzessionen gab es keine.

- die in Artikel 66 und 67 des Reglementes des Grossen Rates vom 18. November 1996 vorgeschriebenen Register sind nachgeführt. (Das neue Reglement ist am 1. Mai 2002 in Kraft getreten.)

- Das neue Gesetz über Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten sowie das neue Reglement des Grossen Rates sind am 1. Mai 2002 in Kraft getreten.
- Am 23. Mai 2002 ernannte das Parlament Herrn Claude Bumann zum Chef des Parlamentsdienstes.
- Am 1. März 2003 wird Herr Daniel Petitjean als Informatikadministrator sein Amt antreten; er wird die Parlamentarier sowie den Parlamentsdienst im neuen Informatiksystem des Grossen Rates begleiten und unterstützen.
- Das 31. Skirennen der Parlamentarier fand am 19. Januar 2002 auf der Belalp statt unter der Leitung der Grossratspräsidentin Frau Marie-Therese Schwery.
- Vom 4. bis 10. Juli 2002 fand in Bern die 28. ordentliche Konferenz der APF statt. Diese Konferenz wurde durch Herrn Nationalrat Charles-Albert Antille präsiert. Die Sektion „Wallis“, wurde durch die Herren Caesar Jaeger, Patrice Clivaz, Roland Carron, Johnny Roduit und Frau Fernande Melly-Fux vertreten; sie setzten sich für die Präsentation unseres Kantons kräftig ein.
- Vom 17. bis 20. November 2002 nahmen die Herren Patrice Clivaz, Roland Carron, Johnny Roduit und Frau Fernande Melly-Fux am 25. Treffen „Régionale Europe“ der APF in Brüssel teil.
- Das 50. Jahrestreffen der ehemaligen Grossratspräsidenten fand am 13. September 2002 in Bovornier und Martigny, unter der Führung von Herrn François Gay statt.
- Am 5. Oktober 2002 begab sich das Büro des Grossen Rates nach Genf zum 39. Treffen der Westschweizer, Berner und Tessiner Büros.
- Im Februar 2002 folgte das Büro der Einladung des Büros des Grossen Rates vom Kanton Neuenburg und entdeckte die „Artepilage“ Neuenburg.
- Im April 2002 empfingen wir das Büro des Grossen Rates des Kantons Luzern.
- Die Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen fand am 13. & 14. September 2002 in Zürich statt. Das Wallis wurde durch Herrn Claude Bumann, Frau F. Melly-Fux und Frau H. Schmid vertreten.

INFORMATIONSCHEF DES STAATES WALLIS

1. INFORMATION DER MEDIEN

Im vergangenen Jahr sind etwa 300 Medienmitteilungen und verschiedene Informationen auf Französisch und auf Deutsch — was ungefähr 380 A4-Seiten entspricht — rund 100 Redaktionen oder Journalisten im Wallis und in der übrigen Schweiz zugestellt worden. Ausserdem wurden anlässlich von rund 30 Pressekonferenzen oder Medienorientierungen der Öffentlichkeit aktuelle Themen aus der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit erläutert. Bei dieser Gelegenheit wurden den Medien 290 Dokumente mit insgesamt fast 2'200 Seiten in beiden Sprachen ausgehändigt. All diese Informationen sind ebenfalls auf der Website des Staates direkt abrufbar.

Die täglichen Kontakte des Informationschefs des Staates mit den Journalisten, die er in Form von Auskünften oder Interviews unterhält, haben es den Medien erneut ermöglicht, die Informationen — je nach Spezifität des jeweiligen Mediums — an die Öffentlichkeit weiterzuleiten.

2. BEGEGNUNG MIT DEM CYBERSPACE

Im Zeitalter des E-Government ist das Internet immer mehr zu einer wichtigen Informationsquelle und zu einem bedeutenden Kommunikationsmittel geworden. Das Internet ist heute für den Bürger, der sich zusätzlich zum Medienangebot an der Quelle informieren will, zu einem Kommunikationsweg geworden, auf den er nicht mehr verzichten kann. Deshalb wurde 2002 besonders an der Internetsite <http://www.vs.ch> gearbeitet. Sie wurde vor 4 Jahren geschaffen und hat einen tief greifenden Umbau erlebt, um das Dienstleistungsangebot zu erweitern, sie benutzerfreundlicher zu machen und die Verwaltung zu optimieren. 80 % des Inhalts (Zehntausende von Bildschirmseiten) werden nun dynamisch verwaltet mit Instrumenten, die eine schnelle Suche nach Informationen, die Änderung oder das Löschen von Inhalten ermöglichen.

Gleichzeitig hat der Webmaster eng mit rund 20 Dienststellen zusammengearbeitet, damit diese ihre Internet-Projekte prüfen und dann realisieren konnten; er hat auch Benutzer ausgebildet und begleitet.

In Sachen Zusammenarbeit auf Bundesebene wurde logistische Unterstützung geleistet für die Site des öffentlichen Beschaffungswesens <http://www.simap.ch> (Kantone und Bund), wo das Wallis durch die Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht vertreten ist. Ausserdem wurde die Bereitstellung von kantonalen Links zur Teilnahme am Guichet virtuel des Bundes <http://www.ch.ch> zu Ende geführt. Diese Website leitet die Cybernauten zu allen öffentlichen Verwaltungen in der Schweiz und liefert kurze Informationen zu den gängigen administrativen Verfahren: Sie setzt eine aktive Zusammenarbeit zwischen dem Bund, allen Kantonen und allen Gemeinden voraus.

3. PLANUNG DES KANTONALEN INTRANETS

Die Studie und die Vorbereitungen, um für das Internet-Intranet ein leistungsfähigeres und sichereres Informatiksystem zu schaffen, wurden Ende des Jahres abgeschlossen. Die Inbetriebnahme ist in der ersten Hälfte des Jahres 2003 geplant; danach wird der Verwaltung ein kantonales Intranet zur Verfügung stehen, das interne Kommunikationssystem par excellence.

Diese Arbeiten stehen ganz im Einklang mit den Zielen, die in den Regierungsrichtlinien für die Jahre 2002 – 2005 festgelegt wurden; dort wird insbesondere die Förderung der Nutzung der neuen Technologien zur Verbesserung des Kontakts mit der Öffentlichkeit und der internen Kommunikation gefordert.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT

1. Auftrag des Zentrums für Verwaltungsmanagement

Das Zentrum für Verwaltungsmanagement (ZVM) arbeitet im Auftrag der Regierung. In seiner Mission als strategisches Beratungsorgan der Regierung wurden ihm folgende Aufgaben übertragen:

- die Entwicklung des kantonalen Reformkonzeptes der neuen Staats- und Verwaltungsführung;
- die Begleitung und Koordination der operativen Umsetzung der Reformprozesse bei allen, an diesem Projekt beteiligten Partnern.

Die strategische Leitung des ZVM obliegt der für die Reformen zuständigen Delegation des Staatsrates.

2. Übersicht betreffend die politischen Zielvorgaben, die strategischen Programmvorgaben sowie die operativen Produktvorgaben des ZVM mit der entsprechenden Ressourcenzuteilung.

Im Rahmen seines Auftrages setzte das ZVM seine ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen wie folgt ein:

Politische Zielvorgaben (PZ)	Strategische Leistungs- und Finanzierungsprogramme (LFP) sowie operative Produkt- und Projektvorgaben(P)	Ressourcen-Zuteilung (Vollzeiteinheiten)
<i>Interne Leistungen und zu verrechnende Leistungen</i>	P0001 Direktion ZVM P0002 Qualitätsmanagement ZVM P0003 Geschäftsführung / Ressourcenverwaltung (inkl. Fortbildung, Ferien, Militär, Krankheit u.a.)	2.1
Entwickeln des Modells und der Instrumente der neuen Staats- und Verwaltungsführung	LFP 11 Modell- und Instrumententwicklung P1101 Controlling und Qualitätsmanagement P1102 Periodische Politikevaluation P1103 Dokumentations- Informations- und Kommunikationssystem (e-DIKS)	0.5
Experimentelle Umsetzung des Konzeptes: «Führen über Leistungsaufträge und Globalbudget» auf der politischen, strategischen und operative Ebene	PPF 12 Reformen auf Regierungsebene P1201 Sicherstellen des Regierungs-Controllings P1202 Unterstützen der Regierungsdelegation P1203 Periodische Politikevaluation P1204 Dokumentations- Informations- und Kommunikationssystem (e-DIKS) P1205 Reformpromotion und -information P1206 Spezialaufträge der Regierung PPF 13 Reformen auf Departements- und Dienststellenebene P1301 Unterstützung der Pilotenheiten P1302 Unterstützung anderer Dienststellen P1304 Einführung der neuen Geschäftsführungsinstrumente PPF 14 Reformen auf Parlamentsebene P1401 Entwicklung der neuen politischen Führungsinstrumente P1402 Unterstützung des parlamentarischen Reformprozesses	1.5 1.2 0.7
TOTAL Leistungseinsatz (in Mannjahren)		6.0

3. Kommentar

Die obige Darstellung zeigt die interne Ressourcenzuteilung auf die übertragenen Mandate des ZVM im Verlauf des Geschäftsjahres 2002 (das sind 6 in Vollzeit eingesetzte Arbeitskräfte von den 7 im Stellenplan vorgesehenen Einheiten).

- **Interne Leistungen und Leistungsverrechnungen** (2.1 Vollzeiteinheiten)

Der relativ hohe Anteil des internen Geschäftsaufwandes (Geschäftsführung, Fort- und Weiterbildung, Ferien, Militär und andere Absenzen) ist zum Teil auf die betriebsinterne Einführung des Qualitätsmanagementsystems ISO/PM 9001 zurückzuführen.

- **Entwicklung des Modells der neuen Staats- und Verwaltungsführung** (0.5 Vollzeiteinheiten)

Unsere Entwicklungsarbeit konzentrierte sich im Jahre 2002 vor allem auf die Weiterentwicklung und Verbesserung des integrierten Management-Informationssystems dh.: das elektronische Dokumentations- Informations- und Kommunikationssystem (e-DIKS). Das Konzept ist nun, mit Ausnahme des Instrumentes zur periodischen Politikevaluation durchentwickelt und getestet.

- **Umsetzung der Reformen auf Regierungsebene** (1.5 Vollzeiteinheiten)

Das ZVM führte zuhanden der Regierung verschiedene Mandate aus; so u.a. die Koordination des Projektes „Definition der Leistungsstruktur nach dem e-DIKS-Modell bei allen Dienststellen des Kantons“ (prioritäres Reformziel der Regierung im Rahmen der Regierungsrichtlinien 2002-2005); die Mitarbeit an der internen Reformevaluation, die von Staatsrat Claude Roch geleitet wird; die Koordination der Arbeiten betreffend die Abrechnung und Finanzierung der Unwetterschäden 2000“.

Das ZVM unterstützte die Regierung zudem im Rahmen des Regierungscontrollings und im Projekt „Regierungsrichtlinien 2002-2005“.

Vermehrte Anstrengungen unternahm das Zentrum für eine gezieltere Information betreffend die laufenden Reformprojekte. So wurden u.a. im Verlauf des vergangenen Jahres das Informationsblatt „Reform-Info“ geschaffen, das in vier Nummern über Internet an die Regierung, alle Abgeordneten, alle Staatsangestellten und weitere interessierte Kreise gerichtet wurde.

- **Umsetzung der Reformen auf der Ebene der Departemente und Dienststellen** (1.2 Vollzeiteinheiten)

Die von der Regierung und vom Parlament entschiedene Verlängerung der Experimentierphase um weitere zwei Jahre gestattete es den teils auf die gesamte Dienststelle erweiterten 6 Piloteinheiten (Meliorationsamt, Dienststelle für Gesundheitswesen, Hochschule Wallis, Dienststelle für zivile und militärische Sicherheit, Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie, Dienststelle für Strassen und Flussbau) ihre Leistungsaufträge für die Jahre 2002 und 2003 zu definieren. Diese neuen Kontrakte wurden im Monat Juni 2002 vom Grossen Rat genehmigt und im Controllingprozess anlässlich der Budgetbearbeitung des Jahres 2003 neu evaluiert und den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Das ZVM unterstützte und begleitete zudem mehrere kantonale Dienststellen, die sich freiwillig für die Einführung der neuen Führungsinstrumente und des Qualitätsmanagements entschieden: so u.a. die Dienststelle für Jagd und Fischerei, die Staatskanzlei sowie der Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVIS.

- **Umsetzung der Reformen auf der Parlamentsebene** (0.7 Vollzeiteinheiten)

Die Unterstützung des Parlamentes in seinen Reformbestrebungen so u.a. die Einführung der thematischen Kommissionen, die Begleitung der Piloteinheiten durch die thematischen Kommissionen, die Weiterführung der Parlamentsreform waren für das ZVM auch im Jahre 2002 eine zentrale und wichtige Aufgabe.



DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

FÜR DAS JAHR 2002



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: WILHELM SCHNYDER
STELLVERTRETER: JEAN-RENÉ FOURNIER**

FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

Finanzverwaltung

Steuerverwaltung

Dienststelle für Personal und
Organisation

Kantonale Dienststelle
für Informatik

Rechtsdienst

Dienststelle für Aussenange-
legenheiten und Wirtschaftsrecht

Dienststelle für Vermessung

Dienststelle für Grundbuchämter

Dienststelle für
Landwirtschaft

EINLEITUNG

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzlage des Kantons Wallis ist ein Spiegelbild der spürbaren wirtschaftlichen Erholung in den Jahren 1997-2001 sowie der ersten Auswirkungen einer rigorosen Haushaltsführung. So konnte nach einer Stabilisierung in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre in der Rechnung 2000 ein Ertragsüberschuss, nach Abschreibungen, von 2.2 Millionen Franken und 2001 gar von 22.5 Millionen Franken ausgewiesen werden. Die Ergebnisse der Rechnung 2002 dürften diese Verbesserung bestätigen.

Das klare Ja des Volkes zur Einführung einer doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse in der Kantonsverfassung wird ebenfalls dazu beitragen, dass die Finanzen auch in Zukunft im Griff behalten werden können. Die doppelte Ausgeglichenheit der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung stellt in der Tat eine ehrgeizige Zielsetzung dar, die eine konstante Finanzdisziplin sowohl von der Regierung als auch vom Parlament erfordert. Dies erst recht in einer Zeit, wo die Ausgaben namentlich im Gesundheits-, Ausbildungs- und Sozialbereich eine deutliche Aufwärtstendenz haben.

Die Herausforderung zur Beibehaltung ausgeglichener öffentlicher Finanzen ist angesichts der Stagnation der Wirtschaft im Jahre 2002 und der sich daraus ergebenden Bundesdefizite mit ihren Auswirkungen und Ungewissheiten für die Kantonsfinanzen umso grösser. Das Wallis kann zwar mit zusätzlichen Nettoeinnahmen aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken rechnen, dies allerdings erst 2007 vorgesehenen Einführung.

Angesichts der Bedeutung dieser Reform hat sich das Wallis in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern der Regierungskonferenz der Gebirgskantone ganz besonders für die NFA eingesetzt. Das Dossier ist jetzt in den Händen des Bundesparlaments, wo die Interessen der finanzstarken und jene der finanzschwachen Kantone aufeinander treffen. Die Verankerung in der Bundesverfassung der Gewährleistung eines Minimums von 85 Punkten in der Skala des Ressourcenindex für den oder die wirtschaftlich und finanziell schwächsten Kantone, also jene, die sich momentan unter dieser Schwelle befinden, ist für unseren Kanton von grundlegender Bedeutung. Auf diese Weise soll es diesen Kantonen ermöglicht werden, die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen, ohne ihre Bürgerin-nen und Bürger steuerlich übermässig belasten zu müssen.

Der Kanton wird auch weiterhin seine Interessen angesichts der Ungewissheiten in Sachen zukünftige Aufteilung des Reingewinns der Nationalbank (Ziel ist die Beibehaltung der aktuellen Aufteilung, also 2/3 für die Kantone), im Sachen Wasserzinsen im Rahmen der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes sowie Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Service public mit Nachdruck vertreten. Zudem müssen im Rahmen einer echten Regionalpolitik des Bundes Ausgleichsmassnahmen für die Arbeitsplatzverluste aufgrund der Restrukturierung der ehemaligen staatlichen Regiebetriebe eingeführt werden.

Die Ungewissheiten stellen eine Gefahr für die Ausgeglichenheit der Kantonsfinanzen in den kommenden Jahren dar und machen eine Weiterführung der momentanen rigorosen Politik unabdingbar.

Die Walliser Landwirtschaft hat 2002 ihre Anstrengungen im Qualitätsbereich verstärkt:

- Produktequalität, namentlich mit der AOC-Anerkennung für den Abricotine;
- Ökoqualität mit der verstärkten Anwendung von umweltschonenden Produktionsmethoden;
- Marketingqualität für eine bessere Anpassung und Ausrichtung auf den Markt.

Diese Anstrengungen äussern sich u.a. in einem starken Ertragsrückgang im Weinbau mit der kleinsten Fendanternte seit 1957. In Kombination mit den sehr tiefen Preisen führen die Anstrengungen der Walliser Landwirtschaft leider zu gewichtigen Mindereinnahmen, die so schnell wie möglich kompensiert werden müssen. Die Walliser Landwirtschaft wird ihre Anpassung weiter vorantreiben und ihre mit den übrigen Kantonen koordinierten Interventionen beim Bund für die Einführung gezielter Massnahmen verstärken.

Was die interkantonale Zusammenarbeit anbelangt, so prüfen die Mitgliedskantone des Espace Mittelland (EM) die Aufnahme der Kantone Genf und Aargau. Dem Vorteil der Erreichung der Grösse einer europäischen Region steht die potentielle Gefahr einer Verwässerung und eines Identitätsverlustes des EM gegenüber. Die Universität Lausanne wurde 2002 mit einer Studie betraut, um den für 2003 geplanten Entscheid des Regierungsausschusses des EM über diese strategische Option abzustützen. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen des EM bietet dem Wallis eine wertvolle Kontakt- und Lobbyingplattform. Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat das Wallis seine Anstrengungen hinsichtlich einer Annäherung an die italienischen und französischen Nachbarregionen, namentlich über die Interreg-Projekte, weitergeführt.

**Der Vorsteher des Departementes für Finanzen,
Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten :**

Wilhelm Schnyder

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Finanzverwaltung	48.50
Steuerverwaltung	129.50
Dienststelle für Personal und Organisation	9.00
Kantonale Dienststelle für Informatik	28.50
Rechtssdienst	5.50
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	6.90
Dienststelle für Vermessung	11.00
Dienststelle für Grundbuchämter	15.00
– Grundbuchämter	37.60
Dienststelle für Landwirtschaft	118.24
Total	409.74

GESETZGEBUNGSARBEITEN

- 1.348 Motion der HH. Grossräte Claude-Alain Schmidhalter, Jean Rossier und Konsorten betreffend Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (10.09.2001)
Motion angenommen

Die Schlussfolgerungen der Studie, welche durch eine ad hoc Arbeitsgruppe VWIB-DBUV erarbeitet wurden, können als Richtlinien zur Anwendung in der künftigen Gesetzgebung über das Beschaffungswesen im Bereich der Mandatzuteilungen dienen.

- 1.359 Motion der Wirtschaftsgruppe, durch ihren Präsidenten, Hrn. Grossrat Paul-André Roux betreffend Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (12.11.2001)
Motion angenommen

Die Diskussionen und Überlegungen betreffend die Zuteilung, insbesondere der Noten zum Kriterium des Preises finden aktuell im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Wallis zum interkantonalen Abkommen über das Beschaffungswesen durch den Grossen Rat statt.

- 1.371 Motion der HH. Grossräte (Suppl.) Bernard Mermoud, José Clavien und Konsorten betreffend Änderung der AOC-Verordnung für Walliser Weine (20.03.2002)
Motion abgelehnt

- 1.336 Interpellation von Hrn. Grossrat Markus Truffer und Konsorten betreffend Abfederung der LSVA für KMU und Industriebetriebe in unserem Kanton (16.05.2001)

- 1.337 Motion der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat German Eyer und Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher, betreffend Verwendung der LSVA-Gelder (18.05.2001)
Motion angenommen

- 1.360 Motion der DC-Gruppe Entremont, durch Hrn. Grossrat Gabriel Luisier, betreffend Verwendung des Kantonsanteils an der LSVA (16.11.2001)
Motion angenommen

Die Verpflichtung, die durch das Parlament zur Schaffung eines spezifischen Gesetzes gemacht wurde, wird den Handlungsspielraum sowohl des Parlamentes wie des Grossen Rates einschränken. Die Ausarbeitung ist im Gang und alle sich darauf beziehenden Fragen werden erneut Gegenstand von Beratungen sein.

- 1.331 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat Ernst Witschard, betreffend Tourismus (15.05.2001)
Postulat angenommen

Der Staatsrat wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft für die Beibehaltung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die touristische Beherbergung einsetzen.

Die Regierung beschäftigt sich eingehend mit der Zukunft der touristischen Transportanlagen im Wallis. Eine Studie soll eine Lageanalyse erstellen und die Perspektiven der Branche aufzeigen. Diese Studie wird im Jahre 2003 durchgeführt werden.

- 1.353 Motion der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat German Eyer, Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher und Hrn. Grossrat (Suppl.) Thomas Studer, betreffend Bioland Wallis (13.09.2001)
Motion ist gegenstandslos

- 1.364 Postulat der HH. Grossräte Andreas Wyden, Bernhard Schwestermann (Suppl.), Thomas Lehner und Konsorten betreffend interkommunale Zusammenarbeit / Gemeindefusionen (29.01.2002)
Postulat angenommen

Angesichtes von wachsenden Schwierigkeiten, denen zahlreiche Gemeinden im Bereich der Finanzen begegnen, hat der Staatsrat eine ausserparlamentarische Kommission eingesetzt, um Reformvorschläge des Gemeindeordnungsgesetzes zu präsentieren, welche die im Postulat geäusserten Wünsche umfassend behandeln. Die Revision des GGO wird demnächst dem Grossen Rat vorgelegt.

- 1.368 Motion von Frau Grossrätin (Suppl.) Sonia Métrailler und Konsorten betreffend Steuerabzug für Krankheitskosten (29.01.2002)
Motion angenommen

Für die nicht definitiven Steuerveranlagungen 2001-2002 hat die Kantonale Steuerverwaltung die Weisung herausgegeben, bis zur Plafonierung von Fr. 10'860.–die Berechnung der Abzüge der Kosten, die durch Krankheit, Unfall oder Invalidität verursacht werden, nicht mehr anzuwenden. Die gleiche Weisung erging für die Berechnung der ausserordentlichen Kosten. Im Verlauf 2003 wird die Kantonale Steuerverwaltung zu Handen des Staatsrates einen Gesetzesentwurf ausarbeiten.

- 1.376 Motion der sozialistischen Gruppe Unterwallis, durch Frau Grossrätin Francine Cutruzzolà, betreffend effiziente Aufgabenteilung (20.03.2002)
Motion in Form eines Postulats angenommen

Was die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Bereich der Einschätzung der natürlichen Personen betrifft, hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe aus Abgeordneten, Vertretern der Gemeinden und der KSV eingesetzt, welche die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigen sollen.

- 1.334 Postulat der HH. Grossräte Narcisse Crettenand, Patrice Clivaz und Konsorten betreffend Koordination und Entwicklung der NIKT im Dienste des Staates, der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger (18.05.2001)
Postulat angenommen

Verschiedene Aktionen werden vorgeschlagen, darunter die Veranstaltung einer kantonalen Konferenz für Informatik und die Schaffung einer Arbeitsgruppe "Kanton – Gemeinden", die es ermöglichen werden, die Entwicklung gemeinsamer Infrastrukturvorhaben zu verbessern.

- 1.365 Postulat der HH. Grossräte Bernhard Schwesternmann (Suppl.), Thomas Lehner, Andreas Wyden und Konsorten betreffend Fortführung der Studie des Instituts für Finanzwirtschaft (29.01.2002)
Postulat angenommen

Der Staatsrat hat Dr. Angelini einen neuen Auftrag erteilt, damit er seine Studie aufgrund der Rechnungen 2000 wieder aufnimmt.

- 1.379 Postulat von Frau Grossrätin (Suppl.) Franziska Schmid, Hrn. Grossrat (Suppl.) Marco Volken, Frau Grossrätin (Suppl.) Josianne Wyssen und Hrn. Grossrat (Suppl.) Raoul Wyssen betreffend fehlender Finanzen, Personalressourcen und technischer Infrastruktur im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) (30.01.2002)
Postulat angenommen im Sinne der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung der Zweckmässigkeit der Schaffung eines Fonds.

- 1.335 Postulat der HH. Grossräte François Gianadda und Johnny Roduit betreffend regionale Aufteilung (18.05.2001)
Postulat angenommen

Die Verteilung der Ausgaben des Staates zwischen den verschiedenen verfassungsmässigen Regionen stösst auf verschiedene Hindernisse, insbesondere jenes einer klaren Definition des Domizils. Es wird bemerkt, dass die Zahlungsadresse verschieden sein kann vom Ort der Arbeitsausführung, also von der Region, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Arbeiten profitiert.

- 1.374 Postulat von Hrn. Grossrat Thomas Brunner und Konsorten betreffend Steuer-Veranlagungsverfügungen (20.03.2002)
Postulat zur Prüfung angenommen

- 1.375 Motion der HH. Grossräte Pascal Bridy (Suppl.), Georgy Bétrisey, André Quinodoz und Grégoire Luyet betreffend Gesetz über den Handel mit Milchkontingenten (20.03.2002)
Motion abgelehnt

- 1.377 Motion von Hrn. Grossrat Narcisse Crettenand, mit Unterstützung der Tourismus- und der Landwirtschaftsgruppe, für eine Entwicklung des ländlichen Tourismus im Wallis mittels Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaft vom 28. September 1993 und der Verordnung über die landwirtschaftlichen Strukturen vom 2. Oktober 1996 (22.03.2002)
Motion angenommen unter Vorbehalt der Ausführungsfrist

Der Grosse Rat hat die Motion von Grossrat Narcisse Crettenand für die Entwicklung eines ländlichen Tourismus im Wallis angenommen und der Staatsrat hat sich zu den Massnahmen der finanziellen Unterstützung und der Grundausbildung geäussert, indem er sich auf die Einführung der AP 2007 beruft, die im 2004 umgesetzt wird.

- 1.389 Postulat von Hrn. Grossrat Laurent Léger und Konsorten betreffend Walliser Obst- und Gemüsehandel (13.06.2002)
Postulat angenommen

Der Staatsrat fordert die Betroffenen auf, die bestehenden Rechtsgrundlagen (landwirtschaftlicher Kredit) auszu-schöpfen und wird gleichzeitig bei den Bundesbehörden intervenieren.

DIREKTION UND STEUERUNG DER INFORMATIONSSYSTEME

DER DELEGIERTE FÜR INFORMATIKFRAGEN

Der Delegierte für Informatik-Fragen hat seine Tätigkeiten im Jahre 2002 auf die folgenden 3 Achsen ausgerichtet :

- die Teilnahme an der Entwicklung von Projekten;
- die Bearbeitung von spezifischen Dossiers des Staatsrates;
- die Koordination von Informatik-Projekten mit para-staatlichen Organisationen.

1. Die Teilnahme an der Entwicklung von Projekten

Als Mitglied des Steuerungsausschusses in den folgenden Projekten:

- Informatisierungsprojekt der Walliser Spitäler :
 - Montana bearbeitet, wurde am 1. Januar 2003 in Betrieb genommen;
 - Die erste diesbezügliche Rechnung wurde am 2. Januar 2003 erstellt.
- Informatisierungsprojekt der Dienststelle für Verkehr und Schifffahrt :
 - Unter anderen wurde das Modul für die periodischen Fahrzeugkontrollen und der Fahrprüfungen in Betrieb genommen;
- Geographisches Informationssystem :
 - Das geomatische Kompetenzzentrum wurde realisiert und 2002 in Betrieb genommen. 2002 wurde die Strategie und die Richtlinien definiert sowie die ersten Koordinationsaufgaben mit den Dienststellen realisiert;
- Informatisierungsprojekt des Walliser Kantonsparlaments :
 - 2002 wurde die Applikation entwickelt. Die ersten Module werden im ersten Trimester 2003 in Betrieb genommen.

Als Berater der Benutzer in den folgenden Projekten :

- die Website «die Familie» des DVIS;
- die computerunterstützte Einschätzung im Bereich der Gemeinden in Zusammenarbeit mit kantonaler Steuerverwaltung mit dem Endziel einer Internetlösung für die Steuererklärung ;
- die Inbetriebnahme einer PLC-Lösung (Power Line Communication) für die Schulen.

2. Die Bearbeitung von spezifischen Dossiers des Staatsrates

Die vom Staatsrat zugewiesenen Spezialaufgaben für 2002 sind die folgenden :

- die Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei im Projekt www.ch.ch, eine Internetlösung für einen «guichet virtuel» des Bundes, der Kantone und der Gemeinden;
- die elektronische Dossierverwaltung der Versicherten der Pensionskasse des Lehrpersonals, die Ende 2002 in Betrieb genommen wurde. Eine zentrale Sicherung der Daten im Rechenzentrum der KDI ist in Planung;
- die Vorbereitung der Stellungnahme zur Änderung des Gesetzes der Telekommunikation und seiner Ausführungsbestimmungen;
- Vorstand der Verbindungsgruppe Swisscom – Staat Wallis und des Projektes der Restrukturierung mit der Inbetriebnahme einer Swisscom Directories in Sitten;
- die Zusammenarbeit mit dem Delegierten für Wirtschaftsfragen beim Dossier der Schliessung der Postverteilzentren.

3. die Koordination von Informatik-Projekten mit para-staatlichen Organisationen

Das Bedürfnis der Koordination von Informatik-Projekten mit para-staatlichen Organisationen ist im Wachstum begriffen. Um diese Funktion besser wahrnehmen zu können, ist der Delegierte Mitglied der folgenden Organisationen :

- Wirtschaftskommission des Kompetenzzentrums IS Net der HES-SO;
- Wissenschaftliches Netz des Wallis: VS Net;
- Informations-Plattform Valais: Valaisinfo;
- I-Cluster Valais, ein Projekt der Walliser Industrie-und Handelskammer mit dem Ziel der Förderung der Walliser Informatik Unternehmen;
- Schweizerische Informatikkonferenz;
- Zusammenarbeit mit Valnet.com: ein Projekt der Walliser Kantonalbank, das die Zusammenarbeit mit den Walliser Unternehmen im Bereich der Nutzung der Ressourcen der Telekommunikation zum Ziel hat.

FINANZVERWALTUNG HAUPTBUCHHALTUNG

Bei den durchgeführten Arbeiten im Verlauf des Jahres 2002 handelt es sich namentlich um:

- Abschluss der Rechnung 2001,
- Erstellung der Rechnung 2002,
- Beteiligung an der Erarbeitung des Budgets 2003 und des Vier-Jahresplanes,
- Verwaltung der Tresorerie,
- Verwaltung der Verwaltungsschuld,
- Interne Kontrolle und Freigabe von Zahlungsaufträgen der Dienststellen,
- Verwaltung der Kreditoren und Debitoren,
- Zahlungsverkehr,
- Verwaltung der Verpflichtungskredite und der Subventionen,
- Vormeinungen und Botschaften der Nachtragskredite,
- Entwicklung von Reformprojekten der Finanzbuchhaltung,
- Ausbildung und Betreuung der Benutzer vom Modul SAP Finanzen,
- Restrukturierung des Buchhaltungsarchivs.

Abschluss der Staatsrechnung

Der Abschluss des Jahres 2001 wurde zum dritten Mal mit SAP gemacht, dies gegenüber dem Vorjahr unter verbesserten Bedingungen. Es war möglich die Rechnung in den vorgeschriebenen Fristen abzuschliessen. Die Fortsetzung der Migration von Geschäftsbereichen in die SAP-Umgebung, die mit dem neuen System verbunden sind, stellen einen grosses Potential für Verbesserungen dar.

Verwaltung der Tresorerie

Auf dem Kontokorrent des Kantons sind im Jahr 2002 Transaktionen im Gesamtwert von 11,298 Mia. Franken ausgeführt worden.

Verwaltung der Verwaltungsschuld

72 kurzfristige Anleihen sind zu einem mittleren Satz von 1,4699 % und für einen Gesamtbetrag von rund 1,694 Mia. Franken abgeschlossen worden. Während des Jahres wurden 70 kurzfristige Anleihen zurückbezahlt, dies für einen Betrag von 1,801 Mia. Franken und zu einem mittleren Satz von 2,2172 %. Die Verwaltungsschuld am 31.12.2002 betrug 514 Mio. Franken, im Vergleich zu

621 Mio. Franken am 31.12.2001. Diese Reduktion gegenüber Ende 2001 erklärt sich durch die mit den Unwettern vom Oktober 2000 entstandene Anleihsituation. Die Zinsen für das Jahr 2002 machen den Betrag von 5,575 Mio. Franken aus, was einem mittleren Satz von 1,8566 % entspricht.

Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 2002 sind 4 Festgeldanleihen mit einem Gesamtwert von 210 Mio. Franken abgeschlossen worden. Die neuen Anleihen sind für die Dauer von 3 bis 7 Jahren zu einem mittleren Zinssatz von 3,2385 % abgeschlossen worden. Im gleichen Zeitraum wurden 12 Anleihen im Gesamtbetrag von 157,2 Mio. Franken zurückbezahlt. Die vertraglich festgelegten Amortisationen betragen 0,55 Mio. Franken.

Mit der Zunahme von Fr. 1'427'650'000.-- auf Fr. 1'479'900'000.-- hat die konsolidierte Schuld eine Erhöhung erfahren, was eine Zinsbelastung von 55,235 Mio. Franken zu einem mittleren Zinssatz von 3,9180 % bewirkt.

Verwaltung der Schuld der Spitäler

Es ist festzuhalten, dass dies die Anleihen für Investitionen betrifft, welche vor dem 31.12.1989 bewilligt wurden und für welche der Kanton im Sinne des Gesetzes vom 17.11.1988 über die Subventionierung der Spitäler die jährlichen Zins- und Amortisationskosten übernimmt.

Am 31.12.2002 beläuft sich der Gesamtbetrag dieser Schuld –nach Berücksichtigung der Zinsen von 8,738 Mio. Franken und der Amortisationen von 9,262 Mio. Franken für das Jahr 2002- auf 208,676 Mio. Franken.

Die gewährten Darlehen des Kantons an die Spitäler belaufen sich auf 207,876 Mio. Franken, was 99,6 % der vom Kanton verwalteten Schuld der Spitäler entspricht.

Platzierung von Liquiditätsüberschüssen

Die temporären Liquiditätsüberschüsse ermöglichten 38 Platzierungen für die Dauer von 1 bis 17 Tagen bei der Walliser Kantonalbank im Betrag von 1,717 Mia. Franken zu einem mittleren Satz von 0,9198 %. Der Ertrag dieser Platzierungen betrug 0,323 Mio. Franken.

Zahlungsverkehr

Die Sektion Zahlungen nahm die interne Kontrolle und die Validierung von rund 176'000 Zahlungsaufträgen im Betrag von 1,659 Mia. Franken vor. Mit einbezogen ist die Bearbeitung von Zahlungsaufträgen für Gehälter und andere Honorarleistungen, die Zahl der Transaktionen mit DTA belaufen sich auf 287'417 im Betrag von 2,221 Mia. Franken.

Reformprojekte der Finanzbuchhaltung

Die Hauptbuchhaltung des Staates hat die elektronische Verwaltung der Zahlungsbelege eingeführt. Dies ist mit der Informatik Anwendung iXOS erfolgt. Das neue Instrument erlaubt die Belege einzuscannen und aufzubewahren. Es ermöglicht diese Dokumente von jedem Arbeitsplatz abzurufen. In einer ersten Etappe sind die Belege des Hauptbuches des Jahres 2002 eingesehen worden.

Ausbildung und Betreuung von Benützern des Moduls SAP Finanzen

Die Anzahl der Benutzer des Moduls SAP Finanzen zählt 273 Personen per Ende 2002, gegenüber 219 Personen am 31.12.2001. Die Zugriffsbewilligungen sind für 156 Benutzer im Sinne der Bearbeitung und für 117 Personen zur Konsultation definiert worden.

AMT FÜR STATISTIK

Wie jedes Jahr hat das Amt für Statistik im Verlauf des Jahres 2002 verschiedene Dokumente erarbeitet: das quartalsweise erscheinende *Bulletin Statistische Berichte sowie das Wallis in Zahlen*, welches durch die Walliser Kantonalbank finanziert wird. Das kantonale *Statistische Jahrbuch 2002* ist fertiggestellt worden und wird im ersten Quartal 2003 verfügbar sein. Das Amt beteiligte sich auch an der Erarbeitung des quartalsweise veröffentlichten Memento des Conseil du Léman mit dem Titel *Chiffres clefs de l'Espace lémanique*, dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen Waadt und Genf sowie der INSEE Rhône Alpes, ebenso beteiligte sich das Amt an der monatlichen Publikation der Wirtschaftsindikatoren der Walliser Kantonalbank. Zudem stellte das Amt für Statistik die Aufarbeitung der Internetseite des Espace-Mittelland sicher, zusammen mit den anderen Mitgliederkantonen und Organisationen.

Die Schwerpunkte im 2002 bildeten die Weiterführung der Arbeiten der eidgenössischen Volkszählung 2000 sowie die aktive Beteiligung an der eidgenössischen Betriebszählung 2001, von welcher die Ergebnisse inzwischen bekannt sind. Mehrere Projekte wurden in Zusammenarbeit mit anderen statistischen Ämtern der Schweiz durchgeführt wie die Installierung eines Netzes Intranet/ Internet und die definitive Erarbeitung der statistischen Schweizerkarte.

GEMEINDEFINANZEN

Interkommunaler Finanzausgleich

Es sei erinnert, dass der Grosse Rat mit Beschluss vom 10. Feb. 1999 die Äufnung des Fonds auf 18 Mio. Franken für die Dauer von 1999-2002 limitiert hat.

54 Gemeinden erhalten im 2002, dem zweiten Jahr der Fiskalperiode einen Beitrag aus dem ordentlichen Finanzausgleichsfonds im Betrag von 14.4 Mio. Franken.

Oberwallis	Fr. 10'590'781.--
Mittelwallis	Fr. 1'099'466.--
Unterwallis	Fr. 2'657'671.--
Total	Fr. 14'347'918.--

Der Spezialfonds ist bestimmt für Gemeinden mit einer prekären Finanzsituation. Die Aufteilung der 3.7 Mio. Franken (inkl. die Kosten für Gemeindefusionen und Finanzcoaching einzelner Gemeinden) geschah auf 35 Gemeinden. Es handelt sich um:

Goms	: Ernen - Fiesch - Graftschaft - Oberwald - Ulrichen
Oestlich Raron	: Filet - Goppisberg - Greich - Mörel - Ried-Mörel
Brig	: Eggerberg
Visp	: Embd - Grächen - Saas-Almagell - Saas-Balen - Saas-Grund
Westlich Raron	: Eischoll - Hohtenn - Kippel - Wiler
Sierre	: Chandolin - Chippis - Grimentz - St-Jean - St-Luc - Vissoie
Hérens	: Les Agettes - Evolène - Mase
Sion	: Grimisuat
Conthey	: Nendaz
Entremont	: Bourg-St-Pierre (unter Bedingungen)
Monthey	: Champéry - St-Gingolph - Val d'Illiez

Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

Der Staatsrat hat am 24. April 2002 eine ausserparlamentarische Kommission unter der Leitung von Edouard Delalay mit der Revision des interkommunalen Finanzausgleichs beauftragt. Diese Kommission und die Unterkommissionen haben sich bereits mehrmals getroffen und die Arbeiten gehen mit grossen Schritten voran. Ein neues System sollte dem Parlament im nächsten Herbst vorgelegt werden können.

Abgestufte Subventionen

Im 2002 sind nur die abgestuften Subventionen für Investitionen gemäss dem Reglement vom 3. Mai 1978 neu berechnet worden, während die abgestuften Subventionen für laufende Verwaltungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr nicht änderten, da diese nur einmal zu Beginn der neuen Steuerperiode berechnet werden.

FINANZPLANUNG UND VERPFLICHTUNGSKREDITE

Gegenüber 2001 blieb die Zahl der Dossiers, die aufgrund von Artikel 34 des FHG geprüft wurden (Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Reglemente und andere dem Grosse Rat und dem Staatsrat unterbreitete Projekte) stabil.

Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt:

	2001	2002
- Behörden und Staatskanzlei	24	28
- Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	174	168
- Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	84	117
- Departement für Erziehung, Kultur und Sport	199	229
- Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	47	118
- Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	716	578
Total	1'244	1'238

IHG-Darlehen und Anleihen

Rund 130 Dossiers von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Privatunternehmungen sind zu Händen des Vorstehers des Departementes für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit gemäss Artikel 3 des FHG geprüft worden. Ebenfalls wurde zu rund hundert Gesuchen von Gemeinden und BURGERSCHAFTEN zu Anleihen, Bürgschaften, Garantieleistungen oder Darlehen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Lage die Vormeinung zu Händen des Staatsrates abgegeben.

IMMOBILIENVERWALTUNG, VERSICHERUNGEN UND ÖKONOMAT

Immobilienverwaltung

Immobilientransaktionen

Der Staat Wallis wurde im Verlauf 2002 Eigentümer der Werkstätten von der Swisscom Immeubles SA an der Chemin St-Hubert in Sion.

Auch konnten die diversen Vertragsverhandlungen zum Erwerb des Contact Centers der SBB in Brig abgeschlossen werden, das ebenfalls im Eigentum der vorerwähnten Firma war. Die Unterschriften werden den Kauf im Verlauf 2003 besiegeln.

Im gleichen Zeitraum wurden Vorkehrungen für den Verkauf folgender Immobilien vorgenommen:

- Restaurant-Schutzhaus Rothwald und Engloch an der Simplonstrasse,
- Reben von 47 m² in der Gemeinde St-Léonard,
- Unkultivierte Parzelle von 1'019 m² in Trient,
- Ein Lokal mit Garagen in Saxon.

Mieteinnahmen

Der Besetzungsgrad der verschiedenen durch den Staat vermieteten Wohnungen ist gegenüber 2001 unverändert geblieben. Die Mieteinnahmen sind jedoch aufgrund des Erwerbs der vorgenannten Immobilien relativ stark gestiegen.

Es ist zu erwähnen, dass die vorerwähnten Liegenschaften zum Teil durch kantonale Dienststellen und Privatpersonen belegt sind und die kantonalen Dienststellen eine marktübliche Miete zahlen. Die kantonale Finanzverwaltung ist in der Tat verpflichtet auf die Anlagen und das Verwaltungsvermögen zu achten.

Immobilienaufwand

Der Preis des Heizöls ist während des Jahres erneut stark fluktuiert, jedoch weniger als im Vorjahr und der mittlere Einstandspreis beträgt Fr. 36.43/100 lt.

Der Verbrauch hat sich wegen der milderen Temperaturen ebenfalls leicht abgeschwächt.

Es sei auf die hohen Preise per Ende Dezember hingewiesen, welche erahnen lassen, dass im 2003 mit entsprechend hohen Kosten gerechnet werden muss.

Mieten

Sechs Mietverträge sind während dem Jahr abgeschlossen oder angepasst worden und sieben Verträge sind aufgelöst worden.

Die zusätzlich gemieteten Flächen teilen sich wie folgt auf: 967,25 m² für Büros und 23 m² für Depots. Die abgetretenen Flächen betreffen 2'567,52 m² für Büros und 233 m² für Wohnungen. Die effektive Flächenreduktion beträgt somit 1'810,27 m².

Die jährlichen Einsparungen dieser Vorkehrungen ergeben Fr. 232'344.-- und resultieren namentlich aus der Kündigung der Verträge für das pädagogische und soziale Bildungszentrum, welches in die Hochschule Wallis für Gesundheit und Soziales (HEVs2) integriert wurde.

Es ist zu erwähnen, dass die Reorganisation der Zivilstandsämter und die Umwandlung des Status dieser Ämter, welches im 2001 beschlossen wurde, fünfzehn neue Verträge bewirkten. Die erwähnten Zahlen berücksichtigen bereits die Verträge mit den Ämtern von Brig und Visp, die am 1. Jan. 2003 in Kraft treten. Die anderen Verträge sind gegenwärtig in Prüfung. Sie werden am 1. Juli 2003 wirksam.

Versicherungen / Ökonomat

Dieser Bereich bedarf keines besonderen Kommentars. Die Finanzströme figurieren in den Rechnungen der Dienststellen. Es ist festzuhalten, dass die Druckkosten gegenüber 2001 eine grosse Zunahme verbuchten. Diese resultieren aus ausserordentlichen Kosten für den Neudruck der systematischen Sammlung und für bestimmte Formulare der Steuerdeklaration.

Reorganisationen

2002 war durch die versuchsweise Externalisation eines Teils der Aufgaben der Immobilienverwaltung geprägt. Das Gebäude der Kantonspolizei in Martigny und die Werkstätten von der Swisscom Immobilien SA haben im Verlauf des Jahres diesen Erfahrungen gedient, die als positiv zu bewerten sind. Die Verwaltung anderer Gebäude kann im Verlauf des kommenden Jahres an private Büros übertragen werden.

SEKTION GEHÄLTER

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Dezember 2001 den Stand von 101.3 Punkten, was einer Zunahme von 0.3 Punkten gegenüber der gleichen Periode im vorhergehenden Jahr entsprach. Die effektive Teuerung belief sich demnach auf 0.3%. In seiner Sitzung vom 10. Januar 2002 entschied der Staatsrat die effektive Teuerung auszahlend. Ferner gewährte er den öffentlichen Bediensteten eine Nachzahlung von 0.3% für frühere nicht ausbezahlte Teuerung.

Die durch die Sektion Gehälter im verflorenen Jahr ausbezahlten Bruttogehälter betrugen Fr. 650'841'960.45 was einer Erhöhung von Fr. 20'953'335.90 entspricht. Die Massnahmen zur Förderung der Vorpensionierung wurden weitergeführt. Von dieser Massnahme haben 59 Personen Gebrauch gemacht. Der Totalbetrag dieser Entschädigung betrug Fr. 3'069'945.--. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr betrug 34 Personen oder Fr. 1'548'589.--. Im verflorenen Jahr wurden die Anlaufstufen um eine Stufe vermindert. Ab dem 1.1.2002 trat ebenfalls das neue Gesetz über die Familienzulagen in Kraft, was eine Zunahme von Fr. 3'574'956.-- zur Folge hatte. Die Arbeitnehmer beteiligten sich jedoch mit einem Abzug von 0.3%.

Die Zahlungen an die Mandatsträger erfolgten ab dem Januar 2002 vollumfänglich über das Informatiksystem SAP, nämlich 8'354 Zahlung für einen Bruttobetrag von Fr. 8'383'784.--

STEUERVERWALTUNG

DIREKTION

Die Direktion informierte die Gemeinden, die Steuerverantwortlichen in den Gemeinden, die Treuhänder und die breite Öffentlichkeit über den Wechsel zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung der natürlichen Personen. Die Steuerpflichtigen im Kanton erhielten pro Haushalt eine Broschüre, die sich mit folgenden Fragen befasste: Unterschiede zwischen dem bisherigen und dem neuen Steuersystem, wozu eine Steuererklärung 2003 A ausfüllen, die Übergangsjahre 2001/2002, die ausserordentlichen Einkünfte und Aufwendungen, die häufigsten Fragen, das neue Besteuerungssystem 2003 B und die nützlichen Adressen. Sie arbeitete das Steuererklärungsformular 2003 A und die entsprechende Wegleitung aus.

Die Direktion bereitete für den Staatsrat nachfolgende eidgenössische Vernehmlassungen vor:

- Steuerpaket; Bausparmodell der WAK-N;
- neue Finanzordnung des Bundes;
- Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung; Vorschlag gemäss Entscheid WAK-S;
- allgemeine Freistellung der Arbeitsbeschaffungsreserven.

Sie beteiligt sich an einer vom Finanzdepartement eingesetzten ad hoc Kommission, die sich mit Massnahmen zur Vereinfachung für die einjährige Gegenwartsbesteuerung befasste.

PERSONAL

Die kantonale Steuerverwaltung hat gemäss Organigramm einen Personalbestand von 129,5 Einheiten. Im Rahmen des Budgets 2002 ist der Bestand um vier Einheiten erhöht worden. Von diesen zusätzlichen Einheiten wurden der Sektion Einschätzung der natürlichen Personen drei und der Sektion Verrechnungssteuer eine zugeteilt.

Zehn Personen haben uns im Laufe des Jahres verlassen. Davon gingen drei in Pension, zwei wechselten in die Gemeinden, vier gingen in die Privatwirtschaft und eine in die Kindererziehung.

Ferner wurden neun Personen als Aushilfen beschäftigt, was, auf das ganze Jahr gesehen, drei Vollzeitstellen entspricht.

Fünf Stellenumwandlungen wurden beschlossen.

KATASTERSCHÄTZUNGEN

Die Katasterschätzungen haben wie folgt zugenommen:

Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)			
	2000	2001	2002
Oberwallis	187'599'500.-- (32,87 %)	161'417'800.-- (24,64 %)	142'396'800.-- (23,05 %)
Unterwallis	383'013'400.-- (67,13 %)	493'530'000.-- (75,36 %)	475'314'300.-- (76,95 %)
Total	570'612'900.--	654'947'800.--	617'711'100.--

Industrielle Gebäude und Anlagen			
	2000	2001	2002
Oberwallis	166'384'043.--	154'917'146.--	110'719'000.--
Unterwallis / .	18'798'673.--	184'114'460.--	109'706'000.--
Total	147'585'370.--	339'031'606.--	220'425'000.--

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER NATÜRLICHEN PERSONEN

2002 wurde die Veranlagung 2001/2002 abgeschlossen. Im Vergleich zur Vorperiode wurden die Veranlagungsarbeiten mit einem Rückstand von einem Monat erledigt. Die Hauptgründe hierfür sind: neues Gesetz, zahlreiche Abgänge, Übernahme von Aufgaben, die früher von den Gemeinden erledigt wurden, Rekrutierungsprobleme beim Personal.

Ende 2002 hatte die Sektion 4'573 Steuerakten im Einsprache- und Beschwerdeverfahren, und 11'691 Veranlagungen waren noch provisorisch. Obschon sich die Anzahl der Steuerpflichtigen im Vergleich zum Vorjahr um 4'000 erhöhte, blieb die Zahl der provisorischen Veranlagungen und derjenigen im Einsprache- und Beschwerdeverfahren gleich.

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN

Diese Sektion überprüfte die Steuerakten von rund 11'750 Steuerpflichtigen, davon 7'600 Aktien-gesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um 630 zu. Während der gleichen Zeitperiode wurden ca. 220 Gesellschaften im Handelsregister gelöscht.

SEKTION SPEZIALSTEUERN

Bei den Quellensteuern ist die Zahl der Saisonangestellten, Jahresaufenthalter und der Grenzgänger abnehmend. Sie betrug Ende Juli 2001 10'738 und ist Ende Juli 2002 auf 10'330 gesunken. Auch die Zahl der Arbeitgeber nahm ab. Sie beträgt 5'680 (5'755 im Jahr 2001).

Im Bereich Grundstückgewinnsteuer überprüfte die Sektion 14'232 Immobilientransaktionen (11'545 im Jahr 2001). Sie eröffnete 6'133 Veranlagungen (2'509 im Jahr 2001) und erzielte dabei Steuereinnahmen von gesamthaft 11,5 Mio. Franken (6,5 Mio. Franken im Jahr 2001).

Im Bereich Erbschafts- und Schenkungssteuer eröffnete die Sektion 387 Veranlagungen, d.h. 259 für die Erbschaftssteuer und 128 für die Schenkungssteuer. Die Steuereinnahmen betrugen gesamthaft 9,2 Mio. Franken.

SEKTION VERRECHNUNGSSTEUER

Diese Sektion überprüfte 42'706 Wertschriftenverzeichnisse und erstellte 51 Gutschriften betreffend den Steuerrückbehalt USA und die pauschale Steueranrechnung. Das Total der angerechneten oder zurückerstatteten Verrechnungssteuern ist auf 68,8 Mio. Franken angestiegen.

In Bezug auf die Lottogewinne eröffnete die Sektion 2'504 Veranlagungen. Die Steuereinnahmen für den Kanton betrugen gesamthaft 1,6 Mio. Franken.

Die Sektion eröffnete 142 Steuerbussen für ungefähr 8 Mio. Franken, d.h. 2,4 Mio. für den Kanton, 2,1 Mio. für die Gemeinden und 3,6 Mio. für die direkte Bundessteuer.

Die Sektion bewertete die Aktien von 1'460 Aktiengesellschaften.

Die Tests zum Programm der Wertschriftenverzeichniskontrolle (WVK) konnten aufgenommen und die Installation des Programms in Angriff genommen werden.

SEKTION STEUERINKASSO

Die Zahl der Betreibungsbegehren sank auf 19'773 und nahm damit um rund 10 % ab (21'737 im Jahr 2001). Die Rechtsöffnungs-, Fortsetzungs- und Verwertungsbegehren nahmen ebenfalls stark ab.

Die Verluste (wertlose Ausstände, Erlasse, Verlustscheine) reduzierten sich bei den natürlichen Personen auf 7,9 Mio. Franken (8,9 Mio. Franken im Jahr 2001) und erhöhten sich bei den juristischen Personen auf 2,1 Mio. Franken (1,1 Mio. Franken im Jahr 2001).

RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst erstellte 152 Vormeinungen zuhanden der Beschwerdestellen (KRR, KG und BG).

Es wurden 216 Einspracheentscheide betreffend Ordnungs- und Steuerbussen eröffnet sowie 105 Steuerdomizile festgesetzt.

SEKTION INFORMATIK

Die Stabsstelle für Informatik hat sich insbesondere mit folgenden Aufgaben befasst:

- Unterhalt des Informatikparks;
- Anpassung der Programme für den Übergang zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung;
- Umzug der Sektion Spezialsteuern: Planung und Überwachung der Installation des Informatik-netzes Ethernet und Konfiguration der Arbeitsplätze;
- Koordination mit der KDI zur Entwicklung des Programms für die Quellensteuer;
- Vorbereitungsarbeiten zur Gesamterneuerung des Informatiknetzes;
- Inbetriebnahme des interkantonalen Programms WVK (Wertschriftenverzeichniskontrolle);
- CUV: Inbetriebnahme des Moduls Veranlagung der Lotteriegewinne.

STEUERINSPEKTORAT

Das Steuerinspektorat führte 356 Buchprüfungen und Stichprobenkontrollen durch. Die vorgenommenen Aufrechnungen beziffern sich auf 41 Mio. Franken beim Einkommen und auf 9 Mio. Franken beim Vermögen.

DIENSTSTELLE FÜR PERSONAL UND ORGANISATION

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist verantwortlich für die tägliche Personalverwaltung von rund 10'000 Lohnbezüger. Neben dem operativen Tagesgeschäft wurden im Jahre 2002 die im Rahmen der Verwaltungsreform (Teilprojekt 4: Personal, Organisation und Unternehmenskultur) neudefinierte Personalpolitik mittels diverser Projekte und Massnahmen umgesetzt und weitergeführt. Anschliessend wird kurz der Stand einiger Arbeiten aufgezeigt:

UMSETZUNG DER NEUDEFINIERTEN PERSONALPOLITIK

Modernisierung der Arbeitszeiten

Im Jahre 2002 ist das neue Reglement über die Arbeitszeit in der Kantonsverwaltung in Kraft getreten. Dank diesen neuen verbesserten Arbeitszeitmodellen kann den verschiedenen Bedürfnissen der Mitarbeiter/innen, der Kantonsverwaltung und der Bürger/innen besser entsprochen werden. Weit anpassungsfähiger als das alte, bietet das neue Reglement den verschiedenen Dienststellen eine Vielzahl von Möglichkeiten an, den spezifischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Dieses neue Reglement wurde von der Gesamtheit der Verwaltung wohlwollend aufgenommen und der Staat Wallis stellt seinen Willen, den Erhalt eines attraktiven Arbeitgebers, unter Beweis.

Aus- und Weiterbildung Seminarangebot und Teilnahme

Im Verlaufe des Jahres 2002 wurden nicht weniger als 73 Seminare mit einer Dauer von einem, zwei oder drei Tagen angeboten. Die Dienststelle für Personal und Organisation arbeitet für die Durchführung des internen Aus- und Weiterbildungsangebotes mit 31 Trainerinnen und Trainern zusammen. Gesamthaft (ohne Informatikausbildung) machten 809 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom internen Angebot Gebrauch. Es wurden für die Abdeckung der Nachfrage 150 Kurstage durchgeführt. Die Organisation der internen Aus- und Weiterbildung ist mit einem hohen organisatorischen und administrativen Aufwand verbunden.

Projekt: Espace-Mittelland - Tandem

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Sprachkenntnisse und des kulturellen Austauschs zwischen den Sprachregionen arbeitete unsere Dienststelle in einer Projektgruppe im Rahmen des Espace-Mittelland mit. Der Auftrag dieser Projektgruppe bestand darin, Konzepte zur Förderung der Sprachkompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung auszuarbeiten.

Das umgesetzte Projekt stiess bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung auf ein reges Interesse und konnte im Herbst 2002 gestartet werden. 30 Personen absolvieren dieses Sprachenlernprogramm. Der Kanton Wallis befindet sich mit diesem Modell im Vergleich mit anderen Kantonen in einer Vorreiterrolle und das durch die Dienststelle für Personal und Organisation weiter verfeinerte Modell des Tandem-Sprachenlernens wird für die übrigen Kantone des Espace-Mittelland Modellcharakter haben.

Projekt: Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Walliser Gemeinden und Burgerschaften

Im Anschluss an eine Anfrage des Verbandes der Walliser Gemeinden und Burgerschaften sowie der Verbände der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gemeindepersonals von der durch den Kanton Wallis angebotenen Aus- und Weiterbildung profitieren zu können, erarbeitete die Dienststelle für Personal und Organisation zusammen mit den Gemeindevertretern eine Zusammenarbeitsvereinbarung. Dank dieser Vereinbarung werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Walliser Gemeinden und Burgerschaften dieselben Semi-

nare wie die Staatsangestellten besuchen können. Mit Hilfe dieser Massnahme sollen ebenfalls die Beziehungen und Kontakte zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinden und der kantonalen Verwaltung verbessert werden.

Qualität in der Rekrutierung - Personalselektion

Der Selektionsprozess, wie er im Personalmanagement-Handbuch beschrieben ist, wurde vom Staatsrat genehmigt und als Richtlinie erklärt. Auch im Jahre 2002 wurden eine steigende Anzahl an Dienststellen (rund 75%) bei der Personalrekrutierung methodisch wie folgt unterstützt: Das in der Stellenausschreibung definierte Profil dient in der Vorselektion dazu, diejenigen Kandidaten zu bestimmen, welche den messbaren Kriterien im Bereich Fachkompetenzen entsprechen und somit auch zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen sind. Im Vorstellungsgespräch werden alle eingeladenen Personen mit einer wissenschaftlichen Fragetechnik insbesondere in den Bereichen Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz evaluiert. Dieses Vorgehen hilft mit, alle Kandidaten denselben Bedingungen zu unterstellen und ein Maximum an Objektivität zu gewährleisten. Ein neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechender Persönlichkeitstest für oberste Kaderpositionen lieferte auch im Jahre 2002 vertiefte stellenrelevante Persönlichkeitsinformationen über die Kandidatinnen und Kandidaten. Dank dieser Resultate kann die Entscheidungsfindung zur Personalanstellung weiter verbessert werden.

Lohnpolitik

In seinem Entscheid vom 10. Januar 2002 hat der Staatsrat unter anderem eine Anpassung der Löhne für die öffentlich Bediensteten um 0,6 %, die Anwendung eines Koeffizienten von 1.1, die Reduzierung der Anlaufstufen um 2% sowie eine Kapitalabfindung von Fr. 30'000.-- festgelegt.

Personalinformationssystem (SAP HR)

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der definitiven Ablösung des bisherigen Informatik-systems BS 2000 durch SAP wurden durch die Dienststelle für Personal und Organisation weitergeführt und abgeschlossen. Im Verlaufe des Jahres 2002 wurden die untenstehenden Module neu unter SAP in Betrieb genommen.

Einführung des Moduls Veranstaltungsmanagement

Das Modul Veranstaltungsmanagement unter SAP ermöglicht es, alle mit der Aus- und Weiterbildung zusammenhängenden Bereiche wie die Verwaltung von Seminarteilnehmern, Kursleitern, Kursräumen, Ressourcen, usw. zu verwalten. Dank der Migration auf SAP können die bisherigen externen Schnittstellen aufgegeben werden und ein weiterer Bereich der Personaldaten zum bestehenden Personalstammdatensatz hinzugefügt und damit direkt abgerufen werden.

Verwaltung der Mitarbeiterqualifikationen auf SAP

Mit Hilfe dieses Moduls wird es möglich sein, in Zukunft die Resultate aus den Mitarbeiterbeurteilungsgesprächen direkt im SAP-System zu verwalten und die bisher benötigten Schnittstellen zwischen dem BS 2000 und SAP-System aufzugeben. Eine direkte Integration zwischen Lohnsystem und Mitarbeiterbeurteilungsverwaltung konnte damit realisiert werden.

Dank dieser Lösung wird der administrative Aufwand für alle Dienststellen, deren Mitarbeiter entsprechend ausgebildet wurden, in der Verwaltung vermindert.

Information / News

Die bisherigen Zirkulare wurden ab Januar 2002 durch das Informationsblatt „News der Dienststelle für Personal und Organisation“ ersetzt, welches sich in einem neuen dynamischen und zeitgemässen Layout präsentiert. 10x wurden im Jahre 2002 alle staatsinternen Stellen durch die News über die wichtigsten personalpolitisch relevanten Angelegenheiten informiert. Im Rahmen der internen Information sind im Jahre 2002 die konzeptionellen Vorbereitungen für zielgruppengerechte Informationsbroschüren zu den Themen Pensionierung und Krankheitsfälle vorangetrieben worden.

Personalmarketing

Im Jahre 2002 konnte die Dienststelle für Personal und Organisation rund 200 profiligerecht strukturierte Stellenausschreibungen erstel-

len und die Publikation im Amtsblatt, Walliser Boten, Nouvelliste, in weiteren Zeitungen sowie in der Stellenbörse im Internet www.vs.ch fristgerecht gewährleisten. Dank einem neuen Layout in den Stellenausschreibungen im Nouvelliste, im WB und im Amtsblatt sowie dank der Auflistung der Vorzüge des Arbeitgebers Staat Wallis konnte das Image der Walliser Kantonsverwaltung und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Mit diesen Massnahmen sollen ebenfalls mehr potentielle Kandidaten zur Bewerbung aufgefordert werden.

Intranet

In einer Pilotphase ist es gelungen, eine voll funktionsfähige Intranet-Plattform zu erstellen, welche in einem 1. Schritt den internen strukturierten, erleichterten und raschen Austausch von notwendigen und zielgruppengerechten Informationen in sämtlichen Bereichen des Personalmanagements auf elektronischem Weg garantiert. Sobald die technischen Hürden genommen worden sind - voraussichtlich anfangs des Jahres 2003, können sämtliche vernetzte Mitarbeiter der Kantonsverwaltung von dieser Dienstleistung profitieren.

Personaleinführung

Die Personaleinführung ist äusserst wichtig, damit sich der neue Mitarbeiter rasch in die Struktur und Kultur seiner neuen Arbeitsstelle eingliedern kann. Auf diesem Hintergrund wurde der ganze Prozess der Personaleinführung analysiert und gegliedert. Ab 2003 wird die Dienststelle für Personal und Organisation jedem neuen Mitarbeiter schon vor dem Stellenantritt ein Merkblatt und die gesetzlichen Grundlagen zusenden, um ihren Beitrag für eine optimale Information und Einführung sicherstellen zu können.

Lehrlingsmanagement / KBM-Praktikanten

Mit dem Beginn des Schuljahres 2002/2003 konnten 47 Schulabgängerinnen und 22 Schulabgänger (49 französisch- und 20 deutschsprachig) ihre Lehre in den verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung aufnehmen. Ab August 2003 werden die kaufmännischen Lehrlinge gemäss der neuen KV-Reform ausgebildet. Die Dienststelle für Personal und Organisation in ihrer Rolle als Lehrlingskoordinatorin und Lehrlingsausbilderin hat im Laufe des Jahres 2002 verschiedenste Massnahmen ergriffen, damit diese KV-Reform in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen optimal in der Walliser Kantonsverwaltung umgesetzt werden kann.

Die Walliser Kantonsverwaltung bietet neben 160 Lehrstellen auch viele Praktikums-möglichkeiten an. So können unter anderem jährlich 15 junge Leute ein KBM-Praktikum absolvieren.

Mitarbeiterbefragung

Am 18. Dezember 2002 hat der Staatsrat entschieden die Dienststelle für Personal und Organisation zu beauftragen, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Das Hauptziel dieses personalpolitischen Führungsinstrumentes liegt darin, die Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern. Daneben soll unter anderem auch die Wirksamkeit der seit der ersten Umfrage im Jahre 1997 eingeführten Massnahmen überprüft werden sowie bestehende Massnahmen im Personalmanagement angepasst oder neu eingeführt werden.

Mitarbeit im Rahmen der übrigen Teilprojekte der Verwaltungsreform 2002

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist auch in den übrigen Teilprojekten in verschiedenen Bereichen zur Umsetzung der neuen Verwaltungsführung und -kultur tätig. Insbesondere ist an dieser Stelle die Mitarbeit am Projekt e-Diks, welches die neuen Führungs- und Verwaltungsinstrumente des Kantons Wallis systematisiert und integriert sowie die Evaluation der Verwaltungsreform zu erwähnen.

PERSONALVERWALTUNG

Klassifizierungskommission

In 12 Sitzungen hat die Klassifizierungskommission mehr als 140 Gesuche zu Händen des Staatsrates geprüft und ihre Vormeinung abgegeben. Als Grundlage für diese Analysen dienen die Kriterien, welche im Gesetz vom 12. Nov. 1982 betreffend die Besoldung definiert sind, die überarbeiteten Pflichtenhefte, die Stellungnahmen der Vorgesetzten, die Endergebnisse der Funktionsbewertung, die Begutachtungen des Arbeitsplatzes, die vergleichenden Lohnstudien und die Endergebnisse der Arbeitsgruppe. Sie hat insbesondere für die Lohnanpassung des Pflege- und des medizinisch-technischen Personals der staatlichen Spitäler (ca. 300 Personen) sowie des Reinigungspersonals (ca. 250 Personen) ihre Vormeinung abgegeben.

Arbeitsgruppe (Abfindungen, Treue des Personals, Krankenkasse, Krankheit/Unfall)

Im Jahre 2002, haben verschiedene Gruppen ihre Arbeit betreffend das Personalrecht in verschiedenen Bereichen angefangen, weiter bearbeitet oder abgeschlossen. Zur Zeit in Bearbeitung sind, Überprüfung der Abfindungen, eine Studie um die Treue des Personals besser anzuerkennen und die Ausarbeitung von Richtlinien und Prozessen, damit die Krankheits- oder Unfallfälle optimaler verwaltet werden können.

Vergleichbare Lohnstudie

Mit der ewigen Sorge, ein attraktiver Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, hat sich der Staat Wallis, in Zusammenarbeit mit einer spezialisierten Unternehmung, an einer ausgedehnten Lohnvergleichsstudie in den öffentlichen Kantonsverwaltungen und der Bundesverwaltung beteiligt. An dieser Studie habe sich ebenfalls mehrere grosse private Unternehmen beteiligt. Es ist zu erwähnen, dass das Resultat dieser Umfrage eine wertvolle Informationsquelle für die Lohnpolitik des Staates darstellt.

Organisation

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat in den Organigrammen/ Organisations-einheiten der verschiedenen Dienststellen verschiedenste Änderungen vollzogen. Insbesondere wurden Stellen geschaffen, mehr als 50 Stellen umgewandelt, Stellen aufgehoben sowie mehrere Transfers durchgeführt. Im weiteren wurden im Bereich der Organisations-, Arbeits- und Teamentwicklung, verschiedenste Dienststellen methodisch bei deren Reorganisation unterstützt, damit die Aufbau- und Ablauforganisation optimal gestaltet werden kann.

DAS BÜRO FÜR SOZIALBERATUNG

Die Sozialberatung unterstützte während des Jahres die Staatsangestellten bei persönlichen oder beruflichen Anliegen. Die zwei Beraterinnen begleiteten Personen in schwierigen familiären Situationen (z.B. Beziehungs-, Erziehungskonflikte etc.) oder bei Krankheit und Unfall. Mit Hilfe von Klärung, Vermittlung oder Mediation haben sie bei Schwierigkeiten oder Konflikten am Arbeitsplatz den Ratsuchenden beigegeben. Auf allgemeine und spezifische Anfragen wurden entsprechende Informationen erteilt. Auch während dem 3. Jahr des Bestehens hat die Sozialberatung ihre Aufgabe zur Information und Prävention wahrgenommen. Sie hat an verschiedenen Anlässen ihre Arbeit vorgestellt und die Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen gesucht und ausgebaut. Das Büro der Sozialberatung möchte Sie daran erinnern, dass jederzeit für ein Gespräch Kontakt aufgenommen werden kann. Wir sind für Sie da!

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR INFORMATIK

Seit dem 1. Januar 2002 wird die Dienststelle unter dem neuen Namen "Kantonale Dienststelle für Informatik" (KDI) geführt. Gleichzeitig wurde die Struktur geändert und mit der Integration der Direktion der Steuerung der Informationssysteme eine neue Sektion geschaffen. Die Dienststelle setzt sich somit aus den drei Bereichen: Strategische Ebene, operative Ebene und der Direktion zusammen, der noch die Informatiksicherheit und die Administration angegliedert sind.

Die nächste wichtige Etappe wird das Zusammenführen aller Einheiten, die heute auf fünf Gebäude verteilt sind, in neuen Lokalen sein. Nebst organisatorischen Nachteilen genügen vor allem die technischen Lokale den Sicherheitsanforderungen bei Weitem nicht mehr. Die spezifischen Anforderungen des neuen Rechenzentrums sowie der Sektionen wurden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie definiert. Die Umbauarbeiten sollten 2003 und 2004 erfolgen.

Erstmals haben 2002 die Sektionschefs ihre Budgets, die ihnen aufgrund der Projekte zugeteilt wurden, auf der Stufe der Sektionen selber kontrolliert. Diese Art und Weise erlaubt es jedem Einzelnen in seinem Bereich die Verantwortung zu übernehmen und quartalsweise an den Kadersitzungen über den Verlauf der Projekte und der finanziellen Situation Auskunft zu erteilen.

Eine wichtige Etappe stellt ebenfalls der Wechsel des Zentral-Computers SR2000, der oft nach seinem Betriebssystem BS2000 genannt wird, dar. Der neue Siemens-Rechner SX130 erlaubt es, dank Multiprozessoren, gleichzeitig das Betriebssystem Unix und BS2000 zu betreiben.

Erwähnenswert ist im Weiteren das MLA-Zertifikat (Master Level Agreement) der Firma Novell, das aufgrund eines Audits im ersten Semester ausgestellt wurde. Speziell wird darin die Fachkompetenz der Mitarbeiter der KDI aber auch die Qualität der technischen Installationen in den Vordergrund gestellt. Mit der KDI ist der Staat Wallis mit der Firma Nestlé und der UNO erst der dritte Anwender in der Westschweiz, der mit diesem Privileg ausgezeichnet wurde und als Referenz in Europa erwähnt wird.

Die Aktivitäten der einzelnen Sektionen können wie folgt zusammengefasst werden:

ADMINISTRATION

Die kantonale Dienststelle für Informatik (KDI) konnte im Verlaufe des Jahres 2002 3 neue Mitarbeiter und 3 Lehrlinge anstellen und beschäftigt somit 48 Personen. Es ist erfreulich festzustellen, welches Interesse die Informatik vor allem bei den Jungen weckt. Immer mehr Jugendliche im obligatorischen Schulalter interessieren sich für eine Schnupperlehre mit dem Ziel, die diesbezügliche berufliche Eignung zu erproben.

Das Schwergewicht der Administration der KDI im Jahre 2002 stellt die Einführung der Budgetkontrolle mit SAP bis auf die Stufe der Sektionen dar. Die Aufteilung der finanziellen Ressourcen wird aufgrund der Prioritäten der Projekte sowie der speziellen Bedürfnisse der Benutzer vorgenommen. Die Integration der Reservationen mit SAP (verbindliche Verpflichtung mit fixen Kosten) erlaubt eine optimale Budgetkontrolle.

INFORMATIKSICHERHEIT

Der Schutzraum des Rechenzentrums ist seit Februar 2002 mit einem Halon-System geschützt, das den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Die kontrollierte Öffnung der Panzertüren wird künftig durch eine Sirene angezeigt, um so einen ausgelösten Fehlalarm sofort rückgängig zu machen. Eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitsverantwortlichen der Informationssysteme der Kantone Gené, Waadt und Freiburg wurde im Rahmen Westschweizergruppe der Schweizerischen Informatikkonferenz aufgenommen, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik, der Information und der Ausbildung. In Zusammenarbeit mit einer spezialisierten Firma wurde ein Audit auf die Verletzlichkeit im Falle von externen und internen Hackerangriffen auf das Netzwerk durchgeführt, das eine Reihe von Konsolidierungsmassnahmen zur Folge hatte und erlaubte, eine Strategie der Internet-Plattform zu definieren. Im Weiteren wurden die folgenden Direktiven erarbeitet: Zutrittskontrolle zu den Server-Schutzräumen, historische Aufzeichnung der sensiblen Daten, Zugriff zu den Produktionsdatenbanken, Verwaltung der Zugriffsrechte im internen Netzwerk (inklusive Gruppdateien, Internet und elektronische Post).

Weitere nennenswerte Tätigkeiten sind: Kontrolle der empfohlenen Massnahmen beim Audit in der kantonalen Steuerverwaltung, die Überwachung der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, die Aufspürung von Verletzlichkeiten mit Korrektionsvorschlägen, die Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen (Sicherheitskommission von Informationssystemen, Koordinationsgruppe für das Internet, Arbeitsgruppe für die neuen Informatiklokale, Schweizerische Interessengruppe für die Sicherheit von Informationssystemen, Arbeitsgruppe der Bundeskanzlei für den guichet virtuel, Seminare im Bereich der Informatiksicherheit), die Vertretung des Kantons Wallis in der Schweizerischen Informatikkonferenz (Mitglied und Vorstand) und der Westschweizergruppe.

SEKTION DPSI (Direktion und Steuerung der Informationssysteme)

Anfang 2002 hat die DPSI mit der Kantonalen Dienststelle für Informatik (KDI) „fusioniert“. Durch diese Fusion ist die DPSI die strategische Sektion der KDI geworden. Sie umfasst von nun an, außer den Projektleitern "Dienstwege" und "Normen und Standards" das Kompetenzzentrum SAP (CC SAP) für den Entwicklungsteil zusammen. Der Teil Systemverwaltung von CC SAP ist durch die Sektion Betrieb & Systeme wieder aufgenommen worden.

Projektleiter Normen und Standards

- Verwaltung verschiedener Gruppen und Ausschüsse (Internet-Koordinierungsgruppe, namentlich Ausschuss für Sicherheit der Informationssysteme)
- Häufige Aktualisierung der "Standardliste"
- Koordinierung verschiedener Informatikprojekte, Teilnahme an verschiedenen Projekten für Projekt-Managements oder Rat.
- Forschung und Redaktionen von Dokumenten aufgrund parlamentarischer Interventionen
- Redaktion von 60 unterschiedlichen Voranmeldungen

Projektleiter Dienstwege

- Administrative und logistische Verwaltung der Dienstwege ERP SAP
- Überwachung der technologischen Entwicklung, insbesondere über die Gebiete ECM (Enterprise Content Management), die Entwicklung der ERP (Enterprise Resource Planning) und der Dienste CAM (eDirectory, DirXML, eProvisioning), für die Verwaltung von Meta-Namensverzeichnis im Rahmen des Projekts "base référentielle personnes".
- Organisation, Vertretung, Koordinierung und coaching verschiedener Informatikprojekte und Koordinierungsgruppen (Abrechnungen und Verbuchungen, klinische und administrative Verwaltung der Akten, Verwaltung der Darlehen und der Anleihen, Verwaltung der Versorgung, Personaldaten, neue Informatiklösungen für die Verwaltung strittiger Rechnungen und e-DICS).
- Teilnahme an der funktionellen Prüfung des SAP-Systems

- Verwirklichung verschiedener Unterlagen im Rahmen der Verwaltung und der Liberalisierung der Nachfrage von Projekt- und Informatikentwicklungen.

CC SAP

- Tägliche Unterstützung der "keyusers" für spezifische Parametrisierungen und die Entwicklung neuer Funktionalitäten in den Modulen, die bereits im Staat Wallis angewandt werden, namentlich, Humanressource, Lohnabteilung, Honorare, Buchhaltung, Verwaltung der Aufträge, Rechnungswesen, usw...
- Unterstützung der "keyusers" für spezifische Parametrisierungen und die Entwicklung neuer Funktionalitäten und Anwendungen, die im laufenden Jahr gestellt wurden, namentlich, Verwaltung der Ausbildung, Verwaltung der Aufträge und die elektronische Verwaltung der Dokumente
- Entwicklung neuer Anwendungen, die eine starke Verbindung mit SAP aufweisen, namentlich; Verwaltung der Testamente, Verwaltung der Pässe, Verwaltung der Akten (Parkplatz, Sammlung der Gesetze, usw...), Verwaltung der Telefonrechnungen und der Qualifikationen.

SEKTION RECHENZENTRUM UND BETRIEB

1. Abstimmungen/Wahlen

Kanton:

22.09.2002 (Ausgaben und Schuldenbremse)

Eidgenössische Abstimmungen

03.03.2002 / 02.06.2002 / 22.09.2002 / 24.11.2002

2. Druck und Versand

* Drucken 7 Mio. Formulare / Kuvertieren 1'800'000 Formulare

SEKTION ENTWICKLUNG

Nebst den täglichen Support- und Wartungsaufgaben können die hauptsächlichsten Tätigkeiten nach den Entwicklungsplattformen wie folgt zusammengefasst werden:

Client/Server

Entwicklung von Frameworks, Dossierverwaltung, Informatisierung des Kantonslaboratoriums, E-DICS, Straf- und Massnahmenvollzug, BS2000

Neue Einzahlungsscheine der Post, Zentralisierung des Betriebwesens, Verwaltung einer Zustelladresse im Betriebwesens, Zentrales Inkasso der Quellensteuer, Landwirtschaftliche Direktzahlungen; Rebregister, Anpassungen für die Projekte CARI und FABER der Automobilkontrolle, Verwaltung der Fahrausweiszüge.

SEKTION TELEKOM

Die wichtigsten Aktivitäten des Jahres waren die folgenden:

- Installation des Switch Giga-Ethernet im POP Siders und Inbetriebnahme des FO-Netzes in der Stadt Siders (8 Gebäude).
- Installation und Inbetriebnahme des ATM POPs in Visp
- Inbetriebnahme der Ortsnetze und folgender Verbindungen : Instruktionsgericht in Visp, Staatsanwaltschaft in Visp, Gefängnis von Crêtelongue, Pramont, des îles in Sitten, von Brig und Martinach, Mediathek in Brig und Martinach, fürs Projekt INFOSTAR die Standorte in Brig und Visp
- Komplette Überarbeitung der Internetanschluss-Technologien : proxy, firewalling, DNS auf eine völlig redundante Lösung, Bandbreitenerhöhung auf 4Mbits/s.
- Analyse und Vorbereitung der RCVs-Infrastruktur (réseau cantonal de communication Valais) für die Integration der Gemeindeanbindungen.

Projektbeginn des Netzwerkverbands RCVs mit dem Kanton Waadt, der via KOMBV3-KTV einen schnelleren Zugriff zur Bundesbehörde erlauben wird.

SEKTION MICRO INFORMATIK

Die Zahlen und die wichtigsten Ereignisse

- Unterhalt des Informatikparks von 1700 PCs und 2500 Benutzern, welcher sich auf den ganzen Kanton erstreckt.
- 2880 Interventionen (Reparaturen und Installationen) von unseren Technikern.
- Installation von 15 neuen Novell Servern.
- Audit unseres Netzwerkes durch Novell.
- Erhalt des MLA (Master License Agreement) Label von Novell.

Die neuen informatisierten Standorte Staatsanwaltschaft (Martinach und Visp)

- Zivilstandsamt (Visp und Brig).
- Gefängnis Crêtelongue.
- SLA Vertrag mit dem Kantonsgericht (Erstellen und verwalten des Mailsystems von 150 Benutzern und Vertretung des Informatikverantwortlichen).
- Erstellen und verwalten des Mailsystems für den Grossen Rat (250 Benutzer).

Die wichtigsten Netzwerk Projekte

- Migration der Server von Netware 4.11 und 5.1 auf die Version 6.
- Erstellen und Migrieren auf Version 6 eines Netware Clusters mit 4 Servern für das Mailsystem Groupwise.
- Migration von 700 Groupwise-Benutzern auf den Cluster.
- Zentralisierung der Server dank Glasfaserverbindungen.
- Anbindung der Server an das Speichersystem EMC2.
- Implementierung des Backups der Novell Server auf den Roboter.
- Installation von Zenworks 4.

Die anderen Projekte

- Teilnahme und Support der Abstimmungen und Wahlen,
- Piquetdienst.

SEKTION BENUTZERSUPPORT

Das Jahr 2002 war geprägt von den Vorbereitungsarbeiten der Migration des neuen Betriebssystems Windows XP. Im Rahmen dieser Aufrüstung mussten neue Lizenzen dieses Programms von über 130'000.- getätigt werden.

Die Anschaffungen von neuem PC belief sich im letzten Jahr auf 587 Maschinen. Diese wurden mehrheitlich im Rahmen der permanenten Anpassung des Informatikparks eingesetzt.

Mit der Fusion eines unserer wichtigsten Herstellers, HP mit der Firma Compaq, wurde die Produktion unseres Standard PAIR Models von HP eingestellt. Das neue Modell vom Fabrikat Compaq wurde von den zuständigen PAIR-Gremien eingehend geprüft und freigegeben. Am 29. Juli 2002 erfolgte die erste Lieferung des neuen Modells.

Das letzte Jahr wurden insgesamt 116 Informatikkurse organisiert. Diese Kurse fanden an 215 Halbtagen statt. 10 Kurse mussten als Folge fehlender Einschreibungen annulliert werden. Insgesamt haben 910 Mitarbeiter einen oder mehrere Kurse besucht. Die Ausnützungsziffer des Ausbildungszimmer betrug 64.2%.

Die Zusammenarbeit mit der Höheren Fachschule für Wirtschaftsinformatik im Bereich Informatikausbildung wurde per Anfangs Juni um ein weiteres Jahr verlängert.

Um den Kursteilnehmern ideale Voraussetzungen zu bieten, wurde das Informatikmaterial im Ausbildungszimmer durch neue PC und Flachbildschirme ersetzt.

RECHTSDIENST

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst des Departementes, das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommissionen und die Inkasso- und Eintreibungsaufgaben.

RECHTSDIENST DES DEPARTEMENTES

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, die vom Departement anzuwendende Gesetzgebung zu studieren und auszulegen, den Staat mit oder ohne Beizug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die Schwerpunkte des Verwaltungsjahres 2002 können wie folgt zusammengefasst werden:

Staatspersonal

Die Dienststelle hat folgende Hauptarbeiten ausgeführt oder an ihnen eng mitgewirkt:

- * Prüfung der internen Verfahren bei Drohungen gegen die Angestellten des öffentlichen Dienstes. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde am 20. Juni 2002 hinterlegt. Gestützt auf diesen Bericht hat der Staatsrat am 3. Juli 2002 insbesondere beschlossen, die ad hoc-Kommission „Sicherheitskommission der Angestellten des kantonalen öffentlichen Dienstes“ einzusetzen, die administrativ dem DVSI unterstellt ist. Sie ist beauftragt, die Prävention, die Koordination und die Bearbeitung bei Drohungen gegen Angestellte des öffentlichen Dienstes sicherzustellen.
- * Entscheid des Staatsrates vom 15. Mai 2002 betreffend die Schaffung eines kantonalen Inkassoamtes für Betreibungs- und Konkursverfahren, das der kantonalen Steuerverwaltung angegliedert ist. Diesem Amt werden nebst dem Steuerinkasso auch die Eintreibungsaufgaben zugeteilt, die bisher vom Rechtsdienst des DFLA und vom kantonalen Amt für Wehrpflichtersatz erledigt wurden.
- * Studie, Formulierung eines Mandates und Zusammenstellung einer Dokumentation für ein Rechtsgutachten über die Tragweite der Walliser Staatsgarantie gegenüber der Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis. Das Rechtsgutachten von Advokat Jacques-André Schneider wurde am 22. Oktober 2002 hinterlegt.
- * Reglement über das Personalstatut der Walliser Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FHW-GS) und Studium der verschiedenen juristischen Probleme, die sich durch die Schaffung dieser neuen Schule per 1. Oktober 2002 ergaben, insbesondere im Zusammenhang mit dem Personaltransfer.
- * Analyse der verschiedenen Spesenentschädigungen der kantonalen Verwaltung und Erarbeitung von Anpassungsvorschlägen.
- * Untersuchung zum neuen Standard-Arbeitszeitmodell gemäss Reglement vom 14. November 2001. Beurteilung der Vorschläge der Dienststellen. Massnahmen zur vermehrten Einführung der Jahresarbeitszeit in den Dienststellen.
- * Vergleichsstudie mit privaten Unternehmungen und anderen Verwaltungen zur Frage der Dienstaltersgeschenke. Erarbeitung von Varianten mit Berechnung der Kostenfolgen.
- * Eingehende Instruktion von drei Rekursdossiers zu Fällen von psychologischer Belästigung.

- * Entwurf des neuen Personalreglementes der Vereinigung Emera.
- * Erarbeitung von rund 30 schriftlichen Stellungnahmen zuhanden der Dienststelle für Personal und Organisation und anderen Dienststellen.

Sozialberatung

In diesem Bereich war die Dienststelle an folgenden Arbeiten beteiligt:

- * Mitwirkung im Beratungsteam.
- * Erarbeitung eines internen Reglementes für die Verwendung des Beitrages „Alkoholzehntel“.
- * Erarbeitung der Abläufe für die verschiedenen Verfahren (Vermittlungsverfahren, internes informelles Verfahren, formelles Verfahren).
- * Festlegung der Rolle der verschiedenen Beteiligten (Sozialberatung, Dienststelle für Personal und Organisation, Beratungsteam, Disziplinarkommission, Gleichstellungsbüro usw.).
- * Erarbeitung von neuen Informationsbroschüren über die Sozialberatung.

Walliser Kantonalbank

Die Dienststelle arbeitete an folgenden Arbeiten mit:

- * Prüfung des Spezialberichtes des Bankrevisors vom 3. April 2002.
- * Bericht des Staatsrates vom 30. April 2002 zum Geschäftsjahr 2001 der WKB. Gemäss Art. 22 Abs. 3 des Kantonalbankgesetzes in seinem Wortlaut nach der Revision vom 5. Februar 2001 enthält dieser Bericht die Beurteilung des Staatsrates zur Strategie des Staates als Aktionär und Garant, sowie die Beurteilung des Spezialberichtes des Bankrevisors.
- * Vorbereitung der Generalversammlung der WKB vom 25. April 2002 mit insbesondere folgenden Themen: Statutenrevision, Ernennung des Verwaltungsrates, Ausschüttung der Dividende 2001.
- * Antwort des Staatsrates auf verschiedene Interventionen von Grossräten und Grossrätinnen.

Affäre Leukerbad

Die Dienststelle war in der Arbeitsgruppe der Juristen vertreten, welche die externen Vertreter im Rahmen der Interessenwahrung des Staates in den beim Bundesgericht eingeleiteten zivilrechtlichen Verfahren unterstützen soll.

In diesem Zusammenhang prüfte die Dienststelle insbesondere den Sinn und die Tragweite von Art. 133ter des Gesetzes vom 28. März 1996 über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten bezüglich der Geheimhaltung von Dossiers der parlamentarischen Untersuchungskommission.

Eingehend prüfte die Dienststelle aus rechtlicher Sicht auch die verschiedenen Vorschläge des Beirates der Gemeinde Leukerbad zur Verbesserung der Situation dieser Gemeinde.

Finanz- und Immobilienangelegenheiten sowie Haftungsfälle

Die Dienststelle hat in diesen Bereichen 70 schriftliche Gutachten zuhanden des Departements-vorstehers, der kantonalen Finanzverwaltung und anderer Dienststellen erarbeitet.

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Finanzverwaltung, den direkt betroffenen Departementen, dem Haftpflichtversicherer des Staates Wallis und gegebenenfalls den Berufsvertretern (Advokaten) wurden rund 15 Fälle von Staatshaftung behandelt.

In drei Erbschaftsfällen ohne gesetzliche Erben, wo es um bedeutende Beträge ging, hat die Dienststelle ebenfalls die Interessen des Staates Wallis vertreten.

Schliesslich hat sie den Entwurf für die Erläuterungen des Staatsrates zur kantonalen Abstimmung vom 22. September 2002 über die Änderung von Art. 25 der Kantonsverfassung (Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse) erarbeitet. Das Verfahren für die Zustimmung des Bundes zu dieser Verfassungsänderung ist gegenwärtig im Gange, und die Arbeiten zur Ausführungsgesetzgebung wurden ebenfalls aufgenommen.

Vernehmlassungsverfahren

Die Dienststelle erarbeitete die Stellungnahmen des Staatsrates im eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren zur Revision von Art. 3a der Bankenverordnung (BankV) betreffend die Publikumsanlagen bei Vereinen, Stiftungen oder Genossenschaften einerseits, sowie die Abschaffung der Betriebssparkassen andererseits.

Auf kantonalen Ebene nahm die Dienststelle in Vernehmlassungsverfahren eingehend Stellung zum Vorentwurf zum Gesetz über die politischen Rechte. Sie erarbeitete auch die Antwort des Departementes in der Vernehmlassung zum neuen Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG).

Verfahren im Bereich der Opferhilfe

Die Dienststelle hat den Staat Wallis in 28 Verfahren um Schadenersatz und Genugtuung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe von Opfern an Straftaten (OHG) vor den Gerichten vertreten.

SEKRETARIAT DER KANTONALEN STEUERREKURSKOMMISSION

Die Dienststelle gewährleistet das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission. Da es sich bei dieser Kommission um eine Gerichtsstanz handelt, sind die Daten zur Tätigkeit dieser Kommission und ihres Sekretariates seit 2001 nicht mehr im Verwaltungsbericht des Staatsrates enthalten, sondern in einem eigenen Tätigkeitsbericht der Kommission, der dem Grossen Rat zur Verfügung gehalten wird.

INKASSO

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die den Gerichten nicht bezahlt wurden.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'364	933'956.10

FORDERUNGSEINTREIBUNG

Im Rahmen der Forderungseintreibung hat die Dienststelle die Aufgabe, die Betreibungen für alle staatlichen Forderungen durchzuführen, mit Ausnahme der Steuerforderungen sowie der Forderungen im Bereich der Militärflichtersatzabgabe und der Alimenterbevorschussung.

Die nachfolgende Statistik gibt einen detaillierten Überblick über den Umfang der behandelten Fälle:

Betreibungsverfahren	Anzahl	Betrag
Betreibungsbegehren	6'259	5'791'119.-
Rechtsöffnungsbegehren	501	2'723'047.-
Fortsetzungsbegehren	3'800	2'467'277.-
Verwertungsbegehren	119	80'048.-

Wie bereits vorstehend erwähnt, wurden die Eintreibungsaufgaben mit Entscheid des Staatsrates vom 15. Mai 2002 an das neue kantonale Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren transferiert, das der Steuerverwaltung angegliedert ist. Dieser Transfer erfolgt im Bestreben zur Zentralisierung der Eintreibungsaufgaben, was wichtige Vorteile im Bereich der Synergien und Koordination mit sich bringt. Der Transfer wurde per 1. Januar 2003 vollzogen. Gleichzeitig wurden zwei Personaleinheiten transferiert.

DIENSTSTELLE FÜR AUSSENANGELEGENHEITEN UND WIRTSCHAFTSRECHT

GESETZESVORBEREITUNG

Die Dienststelle hat die Botschaft und die Revision des Anwendungsgesetzes des Bundesgesetzes über den Tierschutz vorbereitet und das Projekt bis zu seiner Verabschiedung in zweiter Lesung durch den Grossen Rat begleitet.

Die Dienststelle hat ebenfalls drei von vier Gesetzen samt Botschaft zur Umsetzung der bilateralen Abkommen durch den Kanton vorbereitet. Es handelt sich hierbei um die Botschaft zum Gesetzesentwurf betreffend die Anerkennung von Berufsausbildungen von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Botschaft zum Gesetzesentwurf über den Beitritt des Kantons Wallis zur Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und die Botschaft zum Entwurf des Beitrittsgesetzes des Kantons Wallis zur Interkantonalen Vereinbarung zum Abbau technischer Handelshemmnisse.

ANWENDUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DAS BÄUERLICHE BODENRECHT

Im Jahre 2002 sind 2103 Gesuche (2001 waren es 1902 Fälle, 2000 waren es 1'858 Fälle, 1999 waren es 2014 Fälle, 1998 waren es 2046 Fälle, 1997 waren es 1941 Fälle, 1996 waren es 2104 Fälle, 1995 waren es 1974 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGG behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 888 Entscheide auf das Oberwallis (796 Fälle in 2001, 732 Fälle in 2000, 808 Fälle in 1999, 902 Fälle in 1998, 808 Fälle in 1997, 900 Fälle in 1996, 744 Fälle in 1995) und 1215 Entscheide auf das Unterwallis (1106 Fälle in 2001, 1126 Fälle in 2000, 1006 Fälle in 1999, 1144

Fälle in 1998, 1133 Fälle in 1997, 1204 Fälle in 1996, 1230 Fälle in 1995). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und der jährliche Durchschnitt der zu behandelnden Dossiers bei zweitausend liegt.

Die Dienststelle führt eine Datenbank über die bezahlten Bodenpreise der letzten fünf Jahre aufgeteilt nach Gemeinden und Natur des Bodens. Diese Daten bilden eine zuverlässige Quelle für die Festlegung der höchstzulässigen Erwerbspreise für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Gewerbe.

RECHTS- UND BESCHWERDEINSTANZ

Die Dienststelle hat im Jahre 2002 33 Beschwerden an den Staatsrat im Bereiche des Wirtschaftsrechts instruiert, diverse Homologationsentscheide von Genossenschaftsstatuten vorbereitet. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartements erarbeitet und andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen unterstützt.

Die Dienststelle berät die Gemeinden und die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Bereiche des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die Dienststelle ist mit der juristischen Betreuung des kantonalen Veterinäramts beauftragt und hat im Zusammenhang mit der Anwendung des Tierseuchen- und Tierschutzgesetzes eine Vielzahl von Verwaltungs- und Strafverfahren eingeleitet und instruiert.

Die Dienststelle hat sieben Strafuntersuchungen in Anwendung des Reglements über die Weinstatistik durchgeführt, deren Verwaltungskompetenz beim Kantonschemiker liegt.

Die Dienststelle stellt ebenfalls das Sekretariat für die kantonale Rekurskommission für landwirtschaftliche Beiträge sicher und hat 26 Beschwerdefälle instruiert.

INTERKANTONALE WIRTSCHAFTSZUSAMMENARBEIT

Die Dienststelle bildete 2002 die Verbindungsstelle zur interkantonalen Region „Espace Mittelland“ und sicherte in dieser Funktion die Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Solothurn, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Jura. Mitarbeiter der Dienststellen arbeiten in der Chefbeamten-, Kommunikations-, Eurodelegierten- und öffentliches Beschaffungswesen-Gruppe mit. Die Regierungen der Mitgliedkantone des Espace Mittellands haben beschlossen, die Zusammenarbeit intensivieren und ein gemeinsamer Maßnahmenplan in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Bildung und Forschung, Infrastruktur sowie in Gesundheitswesen und Umwelt wird erarbeitet.

Die Dienststelle vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen und in der Westschweizer Konferenz zum öffentlichen Beschaffungswesen, welches das elektronische Informationssystem SIMAP entwickelt hat und dem praktisch alle Schweizer Kantone und der Bund als Betriebsorganisation beigetreten sind.

GEMEINSCHAFTLICHE INITIATIVE «INTERREG»

Auf Stufe der grenznahen Zusammenarbeit ist das Programm INTERREG IIIA zwischen der Schweiz und Italien sehr gut gestartet: 140 Dossiers sind hinterlegt worden, welche eine Bundeshilfe von 13 Millionen Franken wünschen – währenddessen der Bund bis 2006 5,3 Millionen Franken zur Verfügung stellt. Zwölf Dossiers sind mit einem Walliser Partner eingereicht worden, ein einziger hat die Finanzierung INTERREG erhalten. Sie behandeln die Bereiche der

Landwirtschaft, des Arbeitsmarktes, der Erziehung, des Tourismus, des Sports, der Archäologie, der Geschichte, des Kultur- und Naturerbes.

Betreffend die Zusammenarbeit mit den französischen Regionen kann festgehalten werden, dass 15% der Bundesmittel bereits programmiert sind währenddessen einzig 5% der Mittel der europäischen Gemeinschaft (Fonds FEDER) für die 18 programmierten Dossiers beansprucht wurden.

Im Rahmen des Programms INTERREG IIIB Alpenraum (transnationale Zusammenarbeit) sind von 40 eingereichten Dossiers 8 Projekte genehmigt worden. Eines dieser Projekte betrifft ebenfalls das Wallis: „Via Alpina“ sieht die Bildung einer europäischen Wanderstrecke vor, welche die acht Alpenstaaten durchquert und Monaco mit Triest verbindet.

Alle verfügbaren Informationen über INTERREG befinden sich auf der Internethomepage www.interreg3afch.org sowie auf www.interreg.ch.

GRENZÜBERSCHREITENDE INSTITUTIONELLE BEZIEHUNGEN

Im Rahmen der Versammlung der Regionen Europas (VRE) ist der Staatsrat und Vorsteher des DFLA, Herr Wilhelm Schnyder, anlässlich der Generalversammlung vom 27. und 28. November 2002 einstimmig zum Vizepräsidenten und Schatzmeister gewählt worden. Die VRE umfasst 250 Regionen aus 26 europäischen Staaten und hat zum Ziel, die Regionen Europas zusammenzuführen, um ihnen die Möglichkeit einzuräumen, die Rolle als Akteure für den Aufbau und die Integration in Europa wahrzunehmen.

Der Kanton Wallis stellt für zwei Jahre das Präsidium des Genferseerates in der Person von Herrn Claude Roch, Staatsrat und Vorsteher des DEKS, sicher. Dieser hat das Schwergewicht auf die Kommunikation und die Jugend gelegt, wobei die ordentlichen Aktivitäten der 5 Kommissionen des Genferseerates fortgesetzt werden. Die Genferseevereinigung der Handelskammern hat mit Hilfe des INTERREG-Fonds eine Internethomepage (www.france-suisse.net) errichtet, um die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich zu erleichtern. Die Gewerbeverbände haben die Broschüre „Comment travailler en pays voisin“ publiziert, währenddessen die Landwirtschaftskammern sich mit der Frage der vermehrten Wertschöpfung der Landwirtschaft in der Wirtschaft befassen.

Um die Lesbarkeit der französisch-schweizerischen Zusammenarbeit zu verbessern, hat die thematische Kommission des Genferseerates und des regionalen französisch-genferischen Komitees, letzterer den Kanton Genf, die Departemente von Ain und Hochsavoyen, unter der Leitung des französischen Staates vereinigend, einmal im Jahr eine gemeinsame Sitzung organisiert. Eine Bilanz über die Durchführung dieser Treffen wird 2003 gefällt.

Die Delegierte für grenzüberschreitende und europäische Angelegenheiten verfolgt ebenfalls die Aktivitäten, welche im Rahmen des Rates Wallis-Aostatal entwickelt werden. Die Arbeitsgruppen arbeiten in den Bereichen der Raumplanung, des Verkehrs, der Wirtschaft und der Kultur.

Dienststelle für Vermessung

ALLGEMEINES

Das Jahr 2002 brachte unserer Dienststelle wieder viele Veränderungen und damit verbunden auch leider Verzögerungen im Abschluss mehrerer Arbeiten. Für die Regelung mehrerer offener Probleme bedarf es der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage und damit verbunden der Totalrevision des Vermessungsgesetzes.

ERSTERHEBUNGEN, ERNEUERUNGEN, ERHALTUNG (PROV. NUMERISIERUNG)

Die in der Leistungsvereinbarung mit dem Bund festgelegten Ziele konnten nicht vollständig erreicht werden. Gründe waren finanzielle Engpässe bei den Gemeinden, Einsprachen gegen die Arbeitsvergaben und Verzögerungen bei der Inangriffnahme der Erneuerungen von teil- und vollnumerischen Operaten. Die grosse Flut der Einsprachen gegen die Arbeitsvergaben sind grösstenteils unbegründet und werden durch die Gerichte auch abgewiesen, aber es entstehen daraus grosse Arbeitsverzögerungen und in manchen Fällen entsteht auch ein finanzieller Schaden beim Auftraggeber, weil die Subventionsansätze sich ändern.

Von den 13 Ersterhebungsoperaten sind bis heute lediglich für 4 Operate die Werkverträge abgeschlossen. Für 3 Operate sind die Werkverträge in Vorbereitung und bei 6 Operaten sind noch Gerichtsverfahren hängig.

Bei den Vermarkungen Ernen 2, Grafschaft 3, Grimsuat 4, Guttet-Feschel 3, Ried-Mörel 2, St. Léonard 5, Salgesch 2, Stalden 4 und Steinhäus 1 erfolgte die Anerkennung.

Bei den Vermessungen wurden nur Bellwald 1 und Grenchols 1 anerkannt, bei den übrigen Vermessungen gab es Verzögerungen wegen der Anpassung des Datenmodells.

Auf den Beginn der Erneuerungsarbeiten für die 187 teil- und vollnumerischen Operate musste verzichtet werden, weil wir unser Datenmodell an das neue Datenmodell des Bundes anpassen mussten. Gestützt auf dieses Datenmodell und die ebenfalls auf Bundesebene geänderten gesetzlichen Grundlagen, haben wir erstmals für den Kanton Wallis die Weisungen betreffend der Amtlichen Vermessung erarbeitet und in einem Handbuch zusammengefasst.

Die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene und die notwendigen Anpassungen der Verfahren an die heutigen Gegebenheiten zwingen uns, dass heute geltende Gesetz über die Amtliche Vermessung vom 16. November 1994, vollständig zu revidieren.

Zur Zeit sind 83 Operate in 61 Gemeinden in Arbeit.

Nachführung der Amtlichen Vermessung

Zur Zeit werden noch alle Mutationen, die innerhalb der Perimeter der amtlichen Vermessung ausgeführt werden, zur Kontrolle und Unterschrift an unsere Dienststelle gesandt. Diese Form der Kontrolle ist nicht mehr zeitgemäss und soll, auf Wunsch des Bundes, überdacht und geändert werden. Die teilweise dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen müssen zuerst geschaffen werden.

Bei der Abgabe von Daten der amtlichen Vermessung in elektronischer Form müssen die Gebühren auf einem tieferen Niveau vereinheitlicht werden. Im Moment wird durch eine Arbeitsgruppe das Modell einer neuen, gesamtschweizerischen Gebührenordnung erarbeitet. Die jetzt gültige Gebührenordnung vom 11. Oktober 1995 gibt einige Schwierigkeiten in der praktischen Anwendung.

GIS-Stelle (Geografisches Informationssystem)

Unter Berücksichtigung des geltenden Personalstopps, aber dank der Umwandlung einer freien Stelle in unserer Dienststelle, konnte der Verantwortliche für das GIS-Wallis seine Tätigkeit im Juni aufnehmen.

Bereits die ersten Kontakte mit den Dienststellen, die mit geografischen Daten arbeiten, haben gezeigt, dass ein grosser Koordinationsbedarf vorhanden ist. Das grösste Problem ist, dass die Daten nicht zentral verwaltet werden und nicht in einem einheitlichen Standard vorliegen.

Das Ziel wird sein, dass die Daten zentralisiert werden und dass den Benutzern auch geeignete Programme für die Bearbeitung zur Verfügung stehen.

Bis die Daten vollständig und in einem einheitlichen Standard zur Verfügung stehen, wird noch einige Zeit verstreichen.

Fixpunkte

Die definitive Fassung des kantonalen Konzeptes für Fixpunkte 2 ist noch in Bearbeitung.

Trotzdem wurde in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen bei der L+T der Netzentwurf für die Fixpunkte, Kategorie 2 bereinigt. Es folgte zuerst von Mai bis Ende August die Versicherung und darauf die Messung von 185 LFP2 – Punkten. Die Resultate wurden bereits zur Verifikation eingereicht.

Gleich anschliessend wurden für die Dreiecksvermaschung und die Kontrolle in den bestehenden teil- und vollnumerischen Operaten die Kontrollpunkte bestimmt.

Die Einführung dieses neuen Netzes bringt für den Kanton einen wesentlichen Vorteil, so müssen in Zukunft nicht mehr rund 6'000 Punkte unterhalten werden, sondern nur rund 200.

Für die Bestimmung der LFP2 – Punkte wurden die Messungen durch das Leica GPS-System 500, im Rapid-Static-Modus ausgeführt. Die Kontrollpunkte wurden mit denselben Antennen mittels Swipos in RTK bestimmt.

Übersichtsplan

Der Übersichtsplan liegt als flächendeckende Pixelkarte vor und wird in den Massstäben 1 : 5'000 und 1 : 10'000 ausgegeben.

Planzentrale

Die Nachfrage für Planauszüge des Übersichtsplanes in Papierform lässt immer mehr nach. Die Lieferungen in elektronischer Form blieben auf dem Niveau des letzten Jahres. Es wurden 84 Pläne in digitaler Form abgegeben.

LWN (Landwirtschaftliche Nutzflächen)

Für die Durchführung des Projektes musste mit dem Bund eine Vereinbarung abgeschlossen werden. Anschliessend konnten die Gemeinden über das Projekt informiert werden.

Im Dezember wurde der Bildflug für die photogrammetrische Auswertung öffentliche ausgeschrieben. Zu Beginn des nächsten Jahres werden dann die übrigen Arbeiten öffentlich ausgeschrieben.

Tätigkeiten der Kommissionen

Kantonale Nomenklaturkommission

Die Kommission kam in den Gemeinden zum Einsatz, in denen amtliche Vermessungen in Arbeit sind.

Vormeinungskommission im Falle von Grenzstreitigkeiten zwischen Gemeinden

Die Kommission legte ihren Schlussbericht betreffend der Grenzstreitigkeit im Turtmanntal vor.

Dienststelle für Grundbuchämter

1. Grundbuchämter

Kennzeichnend für die Dienststelle war für das Jahr 2002 eine Zunahme bei den Grundstücksgeschäften. Wenn man bis zum Sommer noch eine moderate Zunahme verzeichnete, nahmen die Grundstücksgeschäfte bis zum Jahresende stärker zu, so dass sich im Vergleich zum Vorjahr, eine Steigerung von ungefähr 5% ergibt.

1.1 Tätigkeit der einzelnen Grundbuchämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHHEY	TOTAL
<i>Eintragungen Im Tagebuch</i>	10'758	4'552	10'933	15'276	8'234*	6'603	56'348
<i>Eigentums- übertragungen</i>	3'297	2'054	3'244	4'329	3'526	2'084	18'533
<i>Hypothekar- Einschreib- ungen</i>	1'797	580	1'401	1'713	1'666	1'252	8'409
** Grundbuch- auszüge	9'799	6'323	6'185	5'749	6'960	7'570	35'626
<i>Erhobene Grundbuch- gebühren</i>	1'540'273.-	668'007.-	1'665'773.-	1'510'873.-	1'808'494.-	947'921.-	8'141'341.-

* Die relativ tiefe Anzahl Tagebucheintragungen im Grundbuchamt Martigny rührt daher, dass dieses Grundbuchamt, als Pilotprojekt, das Tagebuch informatisiert führt.
Beim Grundbuchamt Martigny erklärt sich der Zuwachs durch die starke Zunahme der Grundstücksgeschäfte in der Region Verbier.

** Die relativ tiefe Anzahl Grundbuchauszüge in den Grundbuchämtern Sitten, Siders, Leuk und Brig, im Verhältnis zu den Eigentumsübertragen und Hypothekareinschreibungen, erklärt sich dadurch, dass das eidgenössische Grundbuch in deren Kreisen nur für ein kleines Gebiet eingeführt ist; man müsste diesen Zahlen mehr als 15 000 Lastenverzeichnisse hinzufügen betreffend diejenigen Gemeinden, in welchen das eidgenössische Grundbuch noch nicht eingeführt ist.

1.2 Tätigkeit der (den Grundbuchämtern zugewiesenen) Einregistrierungsämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHHEY	TOTAL
<i>Anzahl Einre- gistrierungen</i>	7'273	3'180	5'754	7'721	5'842	4'341	34'111
<i>Erhobene Einregistrier- ungsabgaben</i>	8'182'394.-	2'115'961.-	8'284'784.-	8'154'984.-	9'138'882.-	5'072'731.-	40'949'736.-

Die Zunahme bei den Geschäften im Immobilienbereich im Jahre 2002 hat im Vergleich zum Jahre 2001 mehr Fiskaleinnahmen bei den Einregistrierungsabgaben (ungefähr +15%) mit sich gebracht. Der Einnahmewachstum im Grundbuchamt Martigny ist wesentlich auf die sehr hohe Anzahl von Transaktionen in der Region Verbier zurückzuführen.

1.3 Situation auf dem Immobilienmarkt im Jahre 2002

Grundbuchamt	Anzahl Eigentumsübertragungen	Beträge Fr.
Brig	3 297	553'648'000.-
Leuk	2 054	145'303'000.-
Siders	3 244	598'453'000.-
Sitten	4 329	545'147'000.-
Martigny	3 526	657'374'000.-
Monthey	2 083	322'422'000.-
TOTAL	18'533	2'822'347'000.-

Der Gesamtbetrag beläuft sich im Jahre 2002 auf schätzungsweise über 3 Milliarden Franken, wenn man die Beträge aus den Übertragungen von Anteilen an Gesellschaften, welche Grundstücke eignen, und welche nicht in den Statistiken der Grundbuchämter figurieren, hinzuzählt.

1.4 Minuteninspektion bei den Walliser Notaren und Archive der Notariatsminuten

Die Grundbuchverwalter haben bei ungefähr 250 Notaren Minuten- und Schreibstubeninspektionen vorgenommen. Die Grundbuchverwalter führen, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarchiv, die Archive der Notariatsminuten.

2. GRUNDBUCHEINFÜHRUNG

Grundbucheinführungsarbeiten sind in den Gemeinden Simplon, St-Niklaus, Zermatt, Emdb, Bürchen, Salgesch, Eischoll, Varen, Montana, Chermignon, Chalais, St-Léonard, Arbaz, Nendaz, Isérables, Riddes, Martigny-Combe, Leytron, Fully, Bovernier, Orsières, Liddes, Finhaut, Salvan und St-Gingolph im Gange.

Die Zahl der zur Grundbucheinführung bereiten Grundbuchvermessungslose ist sehr gross. Ohne bedeutende, zusätzliche finanzielle Mittel für Personal und Informatik wird dieser Rückstand nicht kleiner.

3. INFORMATISIERUNG DER GRUNDBUCHÄMTER

Capitstra Martigny

Im Jahre 2002 wurden die Daten der Gemeinde Martigny erfasst. Es handelte sich hierbei um ca. 40 000 Einträge (Anmerkungen, Vormerkungen, Dienstbarkeiten und Grundpfandrechte) auf ungefähr 15 000 Grundstücken. Erfasst wurden Flächen, Grundstücksbeschreibungen, Schätzungen und Eigentumsverhältnisse.

Capitstra Sierre

Mit der Informatisierung der Gemeinde Veyras (2800 Grundstücke / 3700 Einträge) wurde im September 2002 begonnen.

Capitstra Brig

Mit der Informatisierung der Gemeinden Zwischbergen, Emdb und Simplon (4500 Grundstücke / 4000 Einträge) wurde im August 2002, im Rahmen der Grundbucheinführung, begonnen. Erstmals werden hier im Kanton die Daten im Rahmen der Grundbucheinführung erfasst, ohne dass vorgängig eigene Hauptbuchblätter eröffnet werden.

Die Informatisierung muss gegenwärtig mit dem verfügbaren Personal vorgebracht werden. Wenn allerdings die Informatisierung gelingen soll, muss unbedingt, vorübergehend, zusätzliches Personal angestellt werden, damit man schneller vorwärts kommt und so von den Vorteilen der teuer angeschafften Informatik profitieren kann.

SAP

Im Grundbuchamt Sitten wurde das Programm angepasst. In den Grundbuchämtern Martigny und Siders wurde das Personal in SAP ausgebildet.

4. ERWERB VON GRUNDSTÜCKEN DURCH PERSONEN IM AUSLAND

Das kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 825 Gesuchen zu verzeichnen und es hat 814 Verfügungen über Erwerbe von Grundstücken durch Personen im Ausland im Gesamtwert von Fr. 386'122'601.- erlassen. Die diesbezüglich erhobenen Kanzleigebühren beliefen sich auf Fr. 630'910.-.

Die Gesamtzahl an Gesuchen hat im Jahre 2002 leicht abgenommen; sie hat allerdings für die Region Martigny (Verbier) spürbar zugenommen.

5. WALLISER TESTAMENTSZENTRALE

Die Walliser Testamentszentrale hat im Jahre 2002 1404 Testamente angezeigt erhalten.

Sie selber hat 489 Anzeigen an Gemeinderichter und 568 an Notare vorgenommen.

Die Zivilstandsbeamten haben der Zentrale 2513 Todesmitteilungen gemacht.

Die Testamentszentrale hat Fr. 48'100.- Kanzleigebühren erhoben. Dieser Betrag deckt die Kosten dieser Zentrale.

6. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die Informatisierung des Grundbuches wurde im Jahre 2000 in Gang gesetzt und im Jahre 2002 fortgesetzt. Diese Weiterentwicklung wird allerdings dadurch, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, gebremst. Dies betrifft somit ebenfalls die zur Grundbucheinführung bereit stehenden Vermessungslose.

Es ist immerhin festzuhalten, dass sich der Betrag der von der Dienststelle erhobenen Gebühren auf über Fr. 8'772'000.- beläuft, so dass die Gesamtkosten der Dienststelle bei weitem gedeckt sind.

Das Total der im Jahre 2002 erhobenen Abgaben (inklusive Wertstempel) erreicht die Summe von Fr. 50'000'000.-.

DIENSTSTELLE FÜR LANDWIRTSCHAFT

Die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die jeweiligen Aktivitäten der Ämter der Dienststelle für Landwirtschaft und vervollständigen die oben angesprochenen Punkte.

AMT FÜR BETRIEBSBERATUNG

Das Amt für Betriebsberatung hat

- Sitzungen über die Richtlinien der TVD veranstaltet,
 - mit dem kantonalen Veterinärdienst an den Besuchen von Betrieben, die einen Abwechslungsantrag machten, der den Winterausgang der Tiere betrifft, teilgenommen,
 - an den PLA-Studien für mehrere walliseren Gemeinden mitgearbeitet,
 - zur Vernetzung von ökologischen Ausgleichflächen beigetragen
- Daneben kommen die üblichen Aktivitäten hinzu wie: Finanzpläne, Betriebsübergaben, Gutachten in Anlehnung auf das Grundrecht und der Pachtverträge, Verwaltungsbuchhaltungen, Begleitung von Betrieben auf dem Weg der biologischen Produktion, Umsetzung der ÖLN-Forderungen usw.

In Anbetracht der Entwicklung der eidgenössischen Landwirtschaftspolitik und der derzeitigen Schwierigkeiten der Landwirtschaft gewinnen wirtschaftliche Ratschläge und jene, die mit Vermarktung und Nutzung des Produktes zusammenhängen, immer mehr an Bedeutung.

AMT FÜR VIEHWIRTSCHAFT

Sektion Tierzucht

Das Amt arbeitete bei der Organisation der kantonalen Milchviehausstellung vom 9. März 2002 in Martinach mit und unterstützte den von der Forschungsanstalt Changins durchgeführten Weideversuch auf den Schafalpen Niven und Vasevay. Der Schlussbericht dieses Ende 2002 abgeschlossenen Versuches wird im März 2003 der Öffentlichkeit präsentiert.

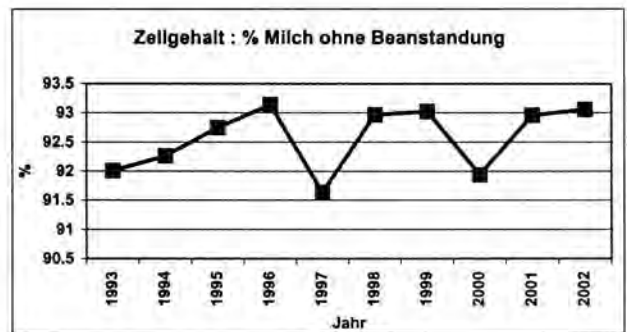
Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle für Landwirtschaft und des Institutes für Agrarwirtschaft der ETH Zürich stand das Amt zwei Studenten der ETH beim Verfassen ihrer Diplomarbeiten zur Seite. Dabei wurden die beiden Themen Fleischproduktion / Fleischabsatz im Wallis und die Möglichkeit der Schaffung eines Segmentes Fleisch in der höchsten Qualitätsstufe.

Bei der Erhebung der Viehbestände im Mai 2002 wurden insgesamt 14'664 Kühe gezählt. Diese verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Rassen: 6'214 Eringer, 4'797 Rotfleckvieh, 2'408 Braunvieh, 349 Holstein, 104 Schottische Hochlandrinder und 775 Tiere anderer Rassen oder Kreuzungen.

Sektion Milch

Die Zahl der Milchproduzenten nahm weiter ab. Wurden im Jahr 2000 noch deren 956 gezählt, waren es 2002 noch 864.

Die Qualität und Reinheit der Konsummilch weist seit 10 Jahren eine stetige Verbesserung auf. Wie die beiden folgenden Graphiken zeigen, trifft dies v.a. auf die bakteriologische Qualität, aber auch auf den Zellgehalt zu:



AMT FUER AGRARKREDITE

Die eingesetzten Geldmittel zu Gunsten von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen belaufen sich auf Fr. 131.3 Mio. Im Jahr 2002 wurden 67 Investitionskredite mit einem Gesamttotal von Fr. 7.3 Mio. gewährt, sowie 21 Betriebshilfedarlehen für Fr. 3.2 Mio. Die Rückzahlungen belaufen sich auf Fr. 22.3 Mio. Der aktuelle Kassa-Saldo per 31.12.2002 beläuft sich auf Fr. 34 Mio. für die Investitionskredite und Fr. 1.6 Mio. für die Betriebshilfedarlehen.

AMT FUER FELDBAU UND DIREKTZAHLUNGEN

Die Anwendung der Verordnungen betreffend der Direktzahlungen, der Sömmerungsbeiträge, der ökologischen Qualität (ÖQV) und Anbauprämien bildeten einen wichtigen Bestandteil der ausgeführten Arbeiten durch die Mitarbeiter des Amtes.

Die verschiedenen Verordnungen wurden auch als Grundlagen bei der Vorbereitung der Informationssitzungen der Ackerbaustellenleiter der Gemeinden, der Bewirtschafter und der verschiedenen Kontrollen in den Gemeinden herangezogen.

Die Verwaltung des Rebregisters beinhaltet die Mutationen für 120'000 registrierte Parzellen mit Weinbau, aufgeteilt auf 21'000 Eigentümer.

Für die Ausrichtung der Direktzahlungen mussten 330'000 Parzellen, aufgeteilt auf 4'500 Betriebe, geprüft werden.

Prämien und Beiträge 2001/2002

	2001	2002
Pflanzenbau	Fr. 156'649.-	Fr. 146'890.-
Hangbeiträge	Fr. 5'727'524.-	Fr. 5'496'537.-
Sömmerung	Fr. 6'738'849.-	Fr. 7'192'384.-
RGVE Beiträge	Fr. 13'618'481.-	Fr. 13'364'099.-
TEP Beiträge	Fr. 19'820'922.-	Fr. 20'696'471.-
Rebbau in Steillagen	Fr. 5'756'830.-	Fr. 5'809'305.-
Flächenbeitrag	Fr. 44'241'111.-	Fr. 45'325'886.-
Oekobeiträge	Fr. 6'382'099.-	Fr. 6'767'460.-
Kürzungen – Nachzahlungen	Fr. - 816'106.-	Fr. -1'779'021.-
Total	101'586'359.-	103'020'011.-

AMT FUER OBSTBAU

Die Hilfe zur Erneuerung der Aprikosenkulturen wurde bis 2006 verlängert. Bis Ende des Jahres 2002 wurden über 200 Hektaren durch frühreife oder spätreife Sorten, wie der Luizet etwa, wiederhergestellt. Die letzten Empfehlungen orientieren sich vermehrt auf eine Produktion spätreifer Aprikosensorten im August.

Im Jahr 2002 wurde eine neue Massnahme errichtet, welche das Ersetzen von Äpfelsorten durch Pflaumen- und Kirschsensorten erleichtern soll. Die vom Kanton zur Verfügung gestellte Finanzhilfe in Höhe von Fr. 200'000.-- erlaubt 16 Produzenten eine Diversifizierung auf einer Fläche von 10 Ha. vorzunehmen.

Interesse für eine Diversifizierung besteht auch für Tafeltrauben und der japanischen Pflaume. Entsprechende Referenzen für diese Kulturen wurden den Produzenten im Rahmen der Weiterbildung präsentiert.

Einige Pflanzungen von Apfelsorten mit erhöhter Widerstandsfähigkeit gegen die Sprenkelung, speziell der biologischen Produktion angepasst, wurden von den Produzenten vorgenommen. Die betroffenen Sorten bilden Bestandteil des Programms zum Schutz der Sortenvielfalt welches von unserem Amt eingeführt wurde.

Nach den Beeren und den Aprikosen wurde die Kollektivmarke „Valais-Wallis“® auf Apfel- und Birnensorten erweitert.

WEINBAUAMT

Weinberg und Wein

Der kantonale Rebberg umfasst 5'225 ha, davon 3'009 ha rote Sorten und 2'216 weisse Sorten. Der Jahrgang 2002 ergab 42 Mio. Liter Wein davon 23.8 Mio. Liter Rotwein und 18.2 Mio. Liter Weisswein, sowie 150'000 kg Tafeltrauben.

Rebkataster

Wie im Bundesgesetz vorgesehen ist der Kanton für den Rebkataster verantwortlich. Dieses Jahr wurden 12 Gesuche mit einer Fläche von 25'561 m² sind eingereicht. 7 Gesuche mit einer Fläche von 17'823 sind bewilligt worden.

Umstellung im Weinbau

Wie es die Bundesverordnung vom 26. Juni 2002 über die Ausrichtung von Beiträgen für die Erhaltung des schweizerischen Weinbaus im Jahre 2003 vor sieht, wurde das Dossier zur Umstellung im Weinbau eröffnet. 1'106 Eingaben wurden eingereicht. Der für das Wallis bereit gestellt Betrag für 2003 beläuft sich auf Fr. 1'688'000 und

erlaubt es ungefähr 35 % der eingetragenen Flächen zu subventionieren. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Basis des Rebergregisters sind Kontrollen in bezug auf die Übereinstimmung der Eingabe insbesondere der Rebsorten und der Hangneigung vorgenommen worden.

Erhalt von Walliser Erbgut

Ersatz von Selektionen (1'035 Selektionen) in den Reben für Edelreiser und Anpflanzung von 20 Selektionen Resi auf der Domaine du Grand-Brûlé, Selektionen die den virologischen Test nicht bestanden haben. Beobachtung und Markierung von Lafnetscha Selektionen im Hinblick einer möglichen Verwandtschaft mit dem Komplexer oder das auffinden seiner Herkunft. Beobachtung und Markierung von 119 Selektionen von Sylvaner-Rhin (Johannisberg).

Beratung und Versuche im Weinbau

Studie über das Verhalten des Pinot noir in 10 repräsentativen Lagen des Walliser Rebberges. 3. Vinifizierung der verschiedenen Parzellen. Versuch -Vinifizierung zur optimalen Reifebestimmung der Rebsorte Pinot noir in Salgesch bei drei verschiedenen Lesedaten in Zusammenhang des natürlichen Zuckergehaltes bei(88°OE, 95°OE und 100°OE). Kontrolle der Wüchsigkeit und der Gelbsucht beim Chasselas-Fendant und Pinot noir auf 15 Unterlagen in 5 Parzellen in der Region von Siders-Salgesch bei denen die Böden stark Chlorose empfindlich sind. Interpretation der Bodenanalysen bei den Vitivalmitgliedern, sowie Düngeberatung. Mitarbeit bei der Renovation des didaktischen Rebweges beim kantonalen Reb- und Weilmuseum.

Landgut und Staatskellerei Grand-Brûlé

Die kultivierte Fläche des Landgutes beträgt 127'062 m² (4'110 m² Jungreben). Die im Ertrag stehenden Reben ergaben mit einem Gewicht von 95'070 kg. 0.773 kg/m² Trauben. Dies entspricht 84.6. % des 10-Jahres Durchschnitts. Der Gutbetrieb beteiligte sich an der Bewirtschaftung der Parzellen für die Edelreiser zur Erhaltung einer genetischen Vielfalt der Rebsorten im Walliser Weinberg. Ebenfalls beteiligt es sich beim Unterlagerversuch der Rebsorten Cornalin und Syrah sowie der Studie über das Verhalten des Pinot noir und der interspezifischen Rebarten (Regent, Bianca, und Seyval).

AMT FUER PFLANZENSCHUTZ

1. Überwachung der Quarantäneorgane

Der *Feuerbrand* hat auch den Kanton Wallis erreicht. Zwei Herde wurden in höheren Lagen (Vollèges und Torgon) entdeckt, wo keine vorbeugende Eliminierung der anfälligsten Wirtspflanzen durchgeführt worden war. In den zwei Gemeinden wurden die befallenen Pflanzen, sowie alle anfälligen Cotoneaster, rasch weggeschnitten. Daneben läuft zur Zeit wird zur Zeit ein vollständiges Inventar mit allen anfälligen Pflanzen erstellt.

Die Entwicklung der *Blattrollchlorose* auf neuen Aprikosensorten ist weiterhin sehr beunruhigend. Der Vektor der Krankheit ist jetzt besser bekannt, aber leider ist keine direkte Bekämpfung möglich. Die Verbreitung der Krankheit kann nur durch vorbeugende Massnahmen etwas gebremst werden.

Die *Vergilbungskrankheit* der Rebe hat in Salgesch und im Gebiet um Siders etwas abgenommen. Der Überträger der Krankheit, *Hyalosthes obsoletus*, wurde wenig gefunden.

In einer Tunnelkultur in Saillon wurde zum ersten Mal in der Schweiz der Gallenälchen *Meloidogyne chitwoodi* entdeckt.

2. Warndienst und Beobachtung verheerender Krankheiten

22 Pressemitteilungen betreffend den Pflanzenschutz wurden veröffentlicht um damit Hinweise an die Produzenten abzuliefern. Folgende Parasiten waren im Jahr 2002 für ernst zu nehmende wirtschaftliche Schäden verantwortlich:

- Echter Mehltau und Graufäule der Weinrebe
- Resistenz des Apfelwicklers gegen Insektizide
- Krautfäule der Tomate
- YNTN Virus auf anfällige Kartoffelsorten
- Blattkrankheiten der Gemüse im Chablais

3. Unterstützung ÖLN und Bio

In Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden (Vitival, Cultural, usw.) wurden folgende Hilfen bezüglich der Produktionsmethoden angeboten, welche auch der Umwelt Rechnung tragen.

- Überwachung der Kulturen und Weiterbildung für 850 Betriebe im Weinbau mit einer Flächenbewirtschaftung von 2'600 Hektaren. Gleiche Angebote und Massnahmen für 360 Betriebe im Sektor Obstbau mit einer Flächenbewirtschaftung von 1'800 Hektaren, verteilt auf Apfel-, Birnen- und Aprikosenanbau.
- Im Weinbau wurden 2'400 ha mit der Verwirrungsmethode gegen den Traubenwickler behandelt, was 45% des Walliser Weinbergs ausmacht. 8'500 Winzer sind von dieser kollektiven Bekämpfung betroffen, welche ausgezeichnete Resultate aufweisen.
- Die Verwirrungsmethode gegen den Apfelwickler wurde ebenfalls grossflächig (env. 1'350 ha) angewandt. Der Erfolg ist hier kleiner, weil bei 50% der Parzellen eine zusätzliche chemische Bekämpfung durchgeführt werden musste.
- Den Produzenten wurden für diese Massnahmen Kantonale Subventionshilfen gewährt. Im Weinbau mit einem Betrag von Fr. 232'000.-- und im Obstbau mit einem Betrag von Fr. 150'000.--.

LANDWIRTSCHAFTLICHE SCHULE CHATEAUNEUF

Der Schülerbestand blieb auf einem hohen Niveau.

Bei Schulbeginn 2002, zählte man 116 Landwirtschaftsschüler und 15 Schüler besuchten die Lehrausbildung als Weinküfer (Cavist). Die Umbau- und Renovationsarbeiten werden bald beendet sein. Eine letzte Etappe wird mit dem Einbau der neuen Zentralküche 2003 durchgeführt.

BERUFSSCHULE FÜR PFLEGE UND HAUSWIRTSCHAFT

Der Umbruch der früheren Haushaltungsschule in die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft mit einem gemeinsamen Stamm für 3 Ausbildungen, nämlich der familiären Hauswirtschaftsschule, der Hauspflegerinnenschule und der Schule für Pflegeassistenten ist gut angelaufen.

Die Schule ist mit 231 Schüler im Jahre 2002 voll belegt.

Dieser Erfolg zeigt das Interesse, das die Jugendlichen dieser Ausbildung entgegen bringen und bestätigt die Richtigkeit der durch den Staat ausgeführten grossen Investitionen in bezug auf den Aus- und Umbau der Gebäude.

Nicht weniger als 361 Schülerinnen und Schüler besuchen somit die landwirtschaftliche Schule und die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft.

GUTSBETRIEB CHATEAUNEUF

Das Jahr 2002 kann als ein gutes Landwirtschaftsjahr betrachtet werden.

Die Obsternte war reichlich, was uns in bezug auf den Preis einige Sorgen bereitet.

Der Rebberg bescherte uns quantitativ eine mittlere Ernte von guter Qualität. Die Weinverkäufe sind bei den Spezialitäten zufriedenstellend. Der Fendant und der Dole kommen beim Kunden gut an und wir kennen bezüglich des Absatzes keine Sorgen.

Bei der Viehzucht ist infolge der neuen Landwirtschaftspolitik und der wenig dynamischen Verkaufsorganisationen der Milchpreis erneut unter Druck geraten. Dagegen stimmt das Angebot und die Nachfrage beim Schlachtvieh wieder und die Preise sind interessant.

Der Gutsbetrieb verfolgt seine Vorreiterrolle in verschiedenen Produktionszweigen wie der integrierten und biologischen Landwirtschaft und bleibt somit ein unentbehrliches Werkzeug bei der theoretischen und praktischen Ausbildung unserer Schule.

LANDWIRTSCHAFTSZENTRUM VISP

In guter Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftsschule Wallis können die Bedürfnisse der Oberwalliser Landwirtschaft im Bereiche der Aus- und Weiterbildung abgedeckt werden.

In der *Landwirtschaftlichen Orientierungsschule* werden die Jugendlichen für die zukünftigen Aufgaben in Landwirtschaft, Landschaftspflege und Tourismus vorbereitet. Erfreulich ist die Tatsache, dass 6 SchülerInnen aus dem Welschwallis die Schule besuchen und so zum besseren Verständnis der beiden Sprachregionen beitragen. In der *Berufsschule für LandwirtInnen* kann die gesteigerte Nachfrage nach dem landwirtschaftlichen Bildungsangebot befriedigt werden. Der Unterricht erlaubt auch die Integration der Zweitausbildung. In der *Betriebsleiterschule* sind mit Erfolg die ersten Module durchgeführt worden. Die Hauswirtschaftsschule bietet in Zusammenarbeit mit der Walliser Schule für Gesundheit- und Krankenpflege in einem Pilotprojekt die drei Ausbildungsgänge zur Fachangestellte/n Gesundheit, Hauspflege und Hauswirtschaft an. Dies ist eine dreijährige Berufslehre mit Vollzeitschulbesuch in den ersten beiden Jahren mit 8 Wochen Praktikum im Sommer. Das dritte Jahr wird nach dem Dualsystem geführt. Zusätzlich schlossen 10 Frauen die Ausbildung zur Hauspflegerin ab. In der Weiterbildung stand neben dem normalen Kursprogramm das Pilotprojekt für Nebenerwerbslandwirtschaft im Vordergrund. 20 Nebenerwerbslandwirte besuchten den Kurs. Gegenwärtig machen 34 Nebenerwerbslandwirte diesen Kurs in Abendveranstaltungen.

Der Gutsbetrieb mit Milchwirtschaft, Feld- und Weinbau, Hühnerhaltung und Schweinezucht wird erfolgreich nach den Regeln der integrierten Produktion geführt. Ställe und Einrichtungen entsprechen der gegenwärtigen Gesetzgebung über den Tier- und Gewässerschutz. In der Gärtnerei haben sich die getätigten Investitionen gelohnt. Es herrscht eine ungebrochen gute Nachfrage nach den Erzeugnissen der Gärtnerei.

Mit Bürgernähe und Kundenorientierung sowie der Dienstleistung vor Ort einerseits und der zentralen Leitung andererseits werden die wichtigen Grundsätze der neuen Verwaltungsführung erfüllt. Die für das Jahr 2002 in dieses Projekt gesetzten Ziele wurden im Landwirtschaftszentrum Visp erreicht, zumal seit Oktober 2000 die Vorbereitungsarbeiten für die Zertifizierung nach ISO 9001 laufen. Das Audit ist für Januar 2003 vorgesehen.

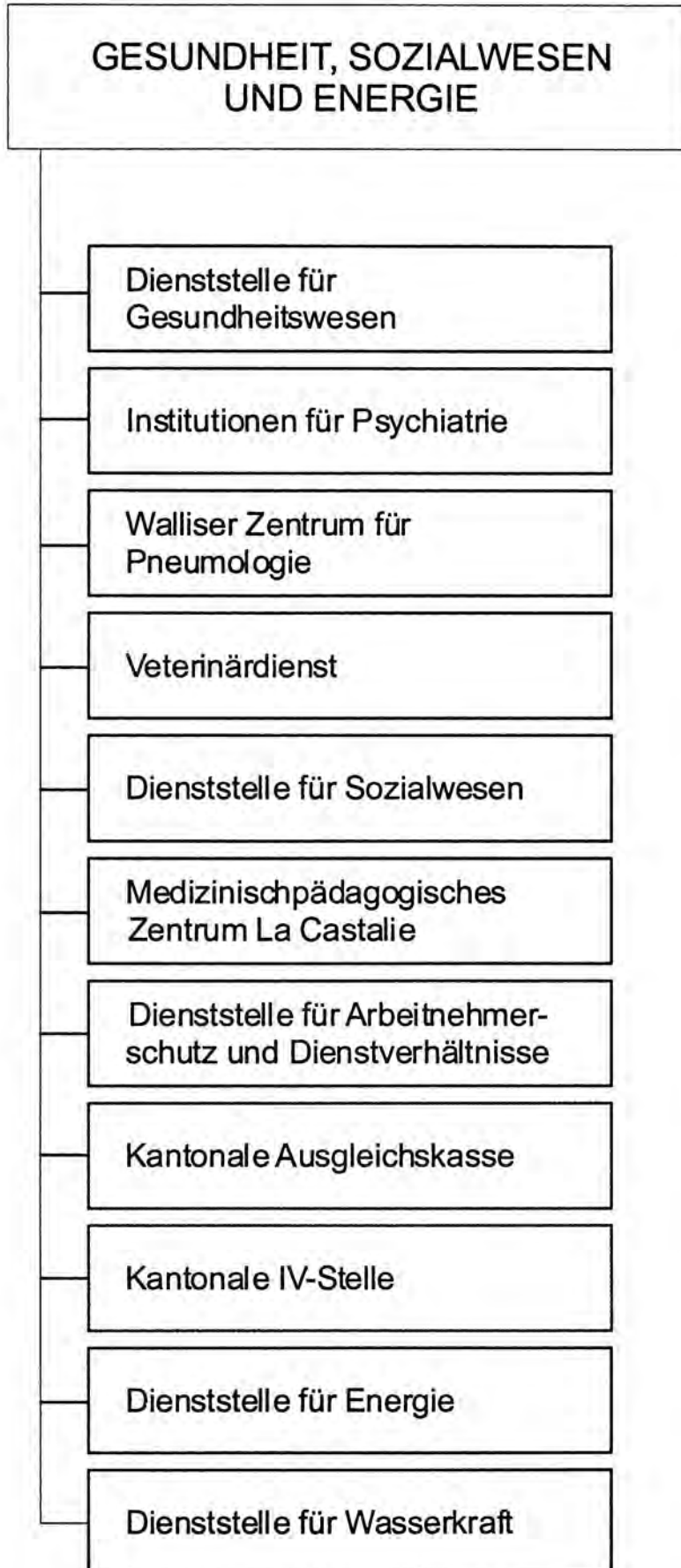


DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

FÜR DAS JAHR 2002



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: THOMAS BURGNER
STELLVERTRETER: WILHELM SCHNYDER**



EINLEITUNG

Gesundheitswesen

Das vergangene Jahr wurde hauptsächlich durch die Annahme, vom Grossen Rat, im Februar 2002, auf Vorschlag des Staatsrates, des Dekretes über das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) gekennzeichnet.

Der Staatsrat hat im Frühling 2002 die Mitglieder des Verwaltungsrates des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW) ernannt und hat in einer zweiten Etappe die Ernennung der Generalsekretärin des GNW genehmigt. Des Weiteren hat das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie auf Antrag des Verwaltungsrates des GNW, durch die Dienststelle für Gesundheitswesen provisorisch eine fachliche Unterstützung des GNW gewährleistet.

Im Herbst 2002 hat der Staatsrat den Schlussbericht der Arbeitsgruppe zur Kenntnis genommen, welche mit der Festlegung eines Standortes für das zukünftige Spital an einem Standort Riviera-Chablais beauftragt worden ist. Überdies wird das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie beauftragt, die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement des Kantons Waadt weiterzuverfolgen, damit die Schaffung eines einzigen Akutspitals für die Region Riviera/Chablais verwirklicht werden kann. Dabei wird insbesondere ein interkantonales Steuerungskomitee für das Spitalwesen ernannt.

Sozialwesen

Die im Jahre 2001 festgestellte Aufhellung sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein; kurzfristig wird der wirtschaftliche und soziale Horizont durch grosse Ungewissheiten verdüstert:

- Alle Kontinente werden von internen Krisen oder sogar Bürgerkriegen erschüttert;
- Die Drohung neuer Konflikte lastet auf dem Nahen und Mittleren Osten;
- Alle Länder sind mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Der erwartete Aufschwung erlahmt, und die Arbeitslosigkeit in der Schweiz wie im übrigen Europa zeigt steigende Tendenz.
- Die logische Folge sind wirtschaftliche, soziale und militärische Spannungen; die Zahl der Asylbewerber in der Schweiz steigt wieder an.

In einem solchen Umfeld der Ungewissheit ist die Versuchung gross, die Sicherheit in einem Rückzug auf den eigenen persönlichen Bereich und einer Ablehnung oder gar Abweisung all dessen zu suchen, was unserer unmittelbar wahrnehmbaren Umwelt fremd

ist. Von den Debatten über die europäische Integration bis zu den Abstimmungen im Asylbereich in letzter Zeit fehlt es nicht an Beispielen für die Verkrampfung des sozialen Klimas in der Schweiz. Es ist jedoch nicht alles grau. Die Abstimmung über den UNO-Beitritt hat auch gezeigt, dass das Schweizer Volk in der Lage ist, seine Zukunft offen und konstruktiv zu betrachten. Die Zeiten sind schwierig, sie haben es aber den Wallisern gestattet, ihre Fähigkeit zu beweisen, sich den Problemen zu stellen und angemessene Lösungen zu suchen. Dieses positive Bild möchten wir vom Jahr 2002 bewahren.

Energie

Bedingt durch den Elektrizitätsüberschuss in Europa, den günstigen Preisen der fossilen Energien einerseits und des sich in Europa öffnenden Strommarkts andererseits, ist die Wasserkraft gegenwärtig und auch in nächster Zukunft einem Preisdruck ausgesetzt.

In der Abstimmung vom 22. September 2002 wurde das **Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)** vom Volk abgelehnt. Mit dem Nein zum EMG gibt es keine verbindlichen Regeln, wie sich der Markt unter dem Druck der europäischen Regelung öffnen wird.

Bedingt durch die veränderten Marktbedingungen verfolgt die **Waliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG)** weiterhin die notwendigen Anpassungen. Neben der erfolgten finanziellen Sanierung durch den Kanton, wurden zusätzliche Massnahmen ergriffen, welche die Position der Gesellschaft verbessern. Bei der **Wasserkraft** sind neben den Konzessionserneuerungen durch den Staatsrat, auch die Lancierung verschiedener Projekte zu erwähnen. Beim Projekt „Minerve“ geht es um die Simulation von Hochwassern mit entsprechender Einflussnahme auf die Wasserentnahme und Speicherkapazitäten der Stauseen. Im weiteren wurden die Direktiven zur Gewässerschutzsanierung, sowie der Beschluss zur Spülung und Entleerung vom Staatsrat im Oktober 2002 erlassen.

Im Bereich der **rationalen Energienutzung** und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm „EnergieSchweiz“ im zweiten Jahr. Die breite Umsetzung des MINERGIE-Standards steht dabei im Vordergrund. Die MINERGIE-Strategie kann als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung.

**Der Vorsteher des Departements für Gesundheit,
Sozialwesen und Energie**

Thomas BURGNER

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Dienststelle für Gesundheitswesen	19.50
Institutionen für Psychiatrie	201.30
Walliser Zentrum für Pneumologie	110.70
Veterinärdienst	4.00
Dienststelle für Sozialwesen	12.00
Medizinischpädagogisches Zentrum La Castalie	158.10
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	14.00
Dienststelle für Energie	3.30
Dienststelle für Wasserkraft	4.50
TOTAL	527.40

MOTIONEN UND POSTULATE

Gesundheitswesen

Motion von Hrn. Grossrat François Gianadda und Konsorten betreffend passiver Raucher – aktiver Tumor (1. Februar 2002) 2.197

Die Motion wird genehmigt. Das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie wird demzufolge mit den betreffenden Partnern die einzuleitenden Demarchen untersuchen, damit die gegenwärtige und zukünftige Gesetzgebung abgeändert und ergänzt werden kann.

Motion der DC-Gruppe Mittelwallis, durch die HH. Grossräte Grégoire Luyet, Paul-André Roux, Vincent Bonvin und André Quinodoz, betreffend Revision des Gesundheitsgesetzes (1. Februar 2002) 2.198

Die Motion wird genehmigt. Der Staatsrat hat eine ausserparlamentarische Kommission ernannt, welche beauftragt wird, Abänderungsanträge für die Revision des kantonalen Gesundheitsgesetzes betreffend die Pflegeheime und die SMZ zu formulieren.

Postulat der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Marc-Henri Gauchat, betreffend Strukturen im Bereich der psychiatrischen Pflege (21. März 2002) 2.205

Das Postulat wird unter Vorbehalt der zusätzlichen Mittel genehmigt, die durch den Grossen Rat gewährt werden.

Postulat von Hrn. Grossrat Norbert Brenner (CSPO) und Konsorten betreffend Finanzierung der Betagtenheime (11. Juni 2002) 2.211

Das Postulat wird genehmigt. Der Staatsrat, durch das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie, hat beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) interveniert, damit die Möglichkeiten der Finanzierung der Pflegeheime durch den Bund geprüft werden.

Motion von Hrn. Grossrat François Gianadda und Konsorten betreffend Tabakerzeugnisse und Plakatwerbung (13. Juni 2002) 2.213

Die Behandlung der Motion ist im Gang. Das Departement für Wirtschaft, Institutionen und Sicherheit wurde in Zusammenarbeit mit dem Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie mit der Ausarbeitung einer Antwort beauftragt.

Motion von Hrn. Grossrat Pierre-Christian de Roten für die gewählten Liberalen, betreffend Aktualisierung des Gesetzes von 1996 über die Organisation des Rettungswesens (1. Februar 2002) 2.216

Die Motion wird genehmigt. Das Departement für Wirtschaft, Sicherheit und Institutionen und das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie werden eine Arbeitsgruppe mit Vertretern beider Departemente bilden, welche beauftragt wird, die Fragen zu untersuchen, welche sich im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Organisation des Rettungswesens vom 27. März 1996 sowie des Gesetzes über die Organisation im Katastrophenfall und bei aussergewöhnlichen Lagen vom 2. Oktober 1991 stellen.

Motion der sozialistischen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Yves Ecoeur betreffend Organisation des Rettungswesens im Wallis: Es besteht Handlungsbedarf (10. September 2002) 2.219

Die Motion wird genehmigt. Das Departement für Wirtschaft, Sicherheit und Institutionen und das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie werden eine Arbeitsgruppe mit Vertretern beider Departemente bilden, welche beauftragt wird, die Fragen zu untersuchen, welche sich im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Organisation des Rettungswesens vom 27. März 1996 sowie des Gesetzes über die Organisation im Katastrophenfall und bei aussergewöhnlichen Ereignissen vom 2. Oktober 1991 stellen.

Postulat von Frau Grossrätin Aurelia Zimmermann (CSPO) und Konsorten betreffend Zweisprachigkeit im Spital Sitten (8. November 2002) 2.223

Die Behandlung dieses Postulates ist gegenwärtig im Gang.

Sozialwesen

Motion der Grossratsuppleanten Christine Kuster (SPO) und Rolf Eggele (SPO) betreffend Wohnungsverweis für Gewaltverursacher (28.06.2001) – 2.183

Der Staatsrat wird eine ausserparlamentarische Kommission einsetzen, welche beauftragt wird, den akuten Charakter des Problems zu evaluieren, ein Inventar der zur Verfügung stehenden Mittel zu erstellen sowie eine kohärente Strategie zur Prävention und zur Intervention vorzuschlagen. Diese Kommission wird mit Vertretern der medizinischen, gerichtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Kreisen zusammengesetzt sein.

Motion der sozialdemokratischen Fraktion des Valais Romand, durch Herrn Grossratsuppleant Pierre-André Milhit betreffend die Eingliederung der behinderten Personen (14.11.2001) 2.192

Der Staatsrat beauftragt das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie die notwendigen Demarchen einzuleiten, damit eine Studie verwirklicht werden kann, welche bezüglich die durch den Grossrat aufgeworfenen Fragen konkrete Antworten geben wird.

Die Motion wird am 26. September 2002 in der Form eines Postulates angenommen.

Energie

2.200 Motion der DC-Gruppe Mittelwallis, durch die Herren Grossräte Grégoire Luyet, Paul-André Roux, Vincent Bonvin und André Quinodoz betreffend Elektrizitätsmarkt und Zukunft der WEG.

Der Staatsrat nimmt die Motion an, welche bereits als erfüllt betrachtet werden kann.

2.195 Motion der DC-Gruppe Entremont, durch Herren Grossrat Maurice Tornay, betreffend MINERGIE.

Der Staatsrat schlägt die Umwandlung in ein Postulat vor. Die Motion wird aufrecht erhalten und in der Abstimmung im Grossen Rat abgelehnt.

DIENSTSTELLE FÜR GESUNDHEITSWESEN

Gemäss den Anweisungen des Staatskanzlers vom 18. Dezember 2002, welche für die Piloteinheiten die Zusammenfassung des Finanzberichts 2002 sowie des Verwaltungsberichts 2002 in ein einziges Dokument vorsehen, wird der entsprechende Bericht der Dienststelle für Gesundheitswesen im Rahmen des Controllings der Regierung präsentiert werden.

KANTONALE ANSTALTEN

PSYCHIATRISCHE INSTITUTIONEN DES UNTERWALLIS

Psychiatrische Klinik von Malévoz

Allgemeines

Gleich wie in den vergangenen Jahren hat sich die Zunahme der Anzahl der im Laufe des Jahres aufgenommenen Patienten fortgesetzt. Die Schwere von den 1054 Einweisungen verursachten Über-

lastung machte es erforderlich, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer herabzusetzen. Daraus ergab sich eine Stabilisierung der Anzahl von Krankentagen.

Trotz der von der Verbesserung der Gehaltsverhältnisse des Pflegepersonals mitgebrachte Entspannung wird die Lage jeden Tag kritischer wegen der Überlastung und des Mangels an in der Psychiatrie ausgebildetem Personal. Diese Knappheit wird jedes Jahr besorgniserregender.

In den ambulanten Diensten sind Nachfrage und Überlastung (29 % mehr ärztliche Leistungen) vergleichbar.

Bezüglich der Investitionen ist die Einführung der informatisierten Leistungserfassung in der Pflege (LEP-PEM, Inbetriebnahme : 1.01.03) zu erwähnen.

OBERWALLISER PSYCHIATRIEZENTRUM VON BRIG (PZO)

Das Jahr 2002 war für das Psychiatrie-Zentrum Oberwallis in mehrfacher Hinsicht ein Jahr der Veränderungen und Übergänge.

Am 1.3.2002 erfolgte die Übernahme der Funktion des neuen **Chefarztes des PZO**. Damit konzeptuell verbunden war die Erarbeitung eines neuen Organigramms des PZO und die Übernahme der Arbeit am kantonalen Psychiatriekonzept gemeinsam mit den Psychiatrischen Institutionen des Valais Romand (IPVR) und mit dem Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie.

Fachlich-inhaltlich konnte das PZO die bereits früher begonnene Entwicklung eines Integrativen Therapiekonzeptes auf sozialpsychiatrischer und systemischer Basis weiterführen und verstärkte Bemühungen unternehmen, die Zusammenarbeit mit den Hausärzten als Hauptzuweiser sowie den Institutionen des Oberwalliser Versorgungsnetzes weiter zu verbessern. Diese Aufgaben und Ziele können als erreicht angesehen werden.

Entsprechend einem gesamtschweizerischen Trend können auch wir einen weiteren Anstieg der Inanspruchnahme insbesondere von ambulanten und tagesklinischen Leistungen verzeichnen. Im sta-

Bettenbelegung

	1999	2000	2001	2002
Freie Betten	120	120	122	122
Bettenbelegung in Prozenten	85 %	88%	97%	91%
Aufgenommene Kranke	847	898	891	976
Krankentage Klinik	38'057	39'176	43'313	40'494
Tagesklinik	26	22	76	78
Krankentage in Tagesklinik	2'925	2'137	4'448	7'010
Total aufgenommene Kranke	873	920	967	1'054
Total Krankentage	40'982	41'313	47'761	47'504

Finanzierung

	1999	%	2000	%	2001	%	2002	%
Kosten eines Tages	463.—	100	442.—	100	452.—	100	550.—	100
Kostenentschädigung durch Patient/ Kranken-kasse	232.—	50	221.—	50	226.—	50	275.—	50
Kostenentschädigung durch den Kanton	231.—	50	221.—	50	226.—	50	275.—	50

Ambulatorium

Alte Fälle	Neue Fälle	Total	Konsultationen + Psychotherapien	Interventionen in den Institutionen	Total der ärztlichen Leistungen
1'133	970	2'103	9'782	396	10'178

tionären Bereich sind die Zahlen etwa konstant geblieben, wobei die Schwere der psychischen Krankheitsbilder und die Anzahl von Patienten mit Doppel- und Mehrfachdiagnosen ansteigt und besondere Herausforderungen an die Behandlungsteams stellt. Hier macht sich das Fehlen eines stationären rehabilitativen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Angebots im Oberwallis immer deutlicher bemerkbar.

In den Monaten August bis Ende Oktober 2002 wurde unsere Akute Aufnahmestation umgebaut und modernisiert. Mit viel Engagement und Flexibilität aller Mitarbeiter des PZO konnten wir für diesen Zeitraum Möglichkeiten schaffen, um dennoch die Akutversorgung aller Patienten zu gewährleisten. Es wurde kein Patient in dieser Zeit abgewiesen oder musste in einem anderen Spital behandelt werden.

Statistik

PZO-Abteilung	Anzahl Fälle 2002 (2001)	Pflegetage 2002 (2001)	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2002 (2001)	Belegung in % 2002 (2001)
Allgemeine Psychiatrie (28 Betten)	282 (291)	8369 (8909)	29,68 (30,62)	81,90 (87,2)
Psychogeriatrie (12/14 Betten)	89 (38)	3717 (2086)	41,76 (54,89)	85,96 (95,3)
Tagesklinik	98 (115)			
Ambulatorium	673 (662)			

WALLISER ZENTRUM FUER PNEUMOLOGIE

CVP, Spezialisierte Klinik für Pneumologie und Thoraxchirurgie

In den Bereichen Pneumologie und Thoraxchirurgie wurden folgende medizinische Leistungen erbracht:

– Thoraxchirurgie	62
– Thorakoskopien	13
– Pleurapunktionen	29
– Bronkoskopien	250
– Polysomnographien	228
– Nächtliche Oxymetrien	573
– Spirometrien	3317
– Lungenvolumenuntersuchungen	290
– Respiratorische und Kardioergometrien	482
– Plethysmographien	880

Im Jahresbericht 2001 wurde die Zusammenarbeit zwischen dem CVP und den Hochschul-spezialisten für unseren Kanton als gewinnbringend eingestuft. Diese Einschätzung kann für 2002 bestätigt werden: viele Walliser Patienten profitieren von Leistungen, die im Wallis nicht zur Verfügung stehen (Lungentransplantationen, spezialisierte Lungeneingriffe usw.), ausgearbeitete Technologien werden direkt am Patienten zu Hause durchgeführt ohne vorherige teure Spitalexperimente; ausserdem nimmt das CVP durch diese in multizentrischer Synergie durchgeführte Arbeit, an der dynamischen Forschung, die auch dem Wallis nützt, teil. Das CVP hat z. B. einen aktiven Anteil über mehrere Jahre, in der Entwicklung einer neuen nicht invasiven Technik der Behandlung des Pneumothorax, in Zusammenarbeit mit 5 europäischen Universitätszentren, übernommen. Im Gesundheitsnetz zu arbeiten ist nicht nur eine Walliser sondern auch eine interkantonale, sogar europäische Realität. Unter diesem Gesichtspunkt wurde auch eine Konvention der Zusammenarbeit vom Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie des Kantons Wallis und dem Gesundheitsdepartement des Kantons Genf unterzeichnet, um so eine Synergie der beiden Schlaflabore zu erzielen.

Für die Mitarbeiter der alltäglichen Realität heisst es diesen Impulsen unserer verantwortlichen Politiker wirksam Folge zu leisten, um somit diesem notwendigen Streben der Kostenkontrolle des Gesundheitswesens, gerecht zu werden.

CVP, Krankenanstalt für Rehabilitation

Auf diesem Gebiet wird die Zusammenarbeit mit der Luzerner Klinik weitergeführt: die Walliser und Luzerner Herzpatienten unterliegen einem gemeinsamen Behandlungsprotokoll. Die beiden medizinischen Teams teilen sich die ihre Ausrüstungsgeräte, um so deren Rentabilität zu erhöhen.

Die Klinik der SUVAcare (CRR) und das CVP haben, in Erwartung von Konventionen zwischen dem Staat und dem Walliser Gesundheitsnetz, eine Vereinbarung über Behandlung und Pflege der Patienten des KVG unterschrieben. Für uns kann diese Zusammenarbeit nur von grossem Nutzen sein, da die CRR zweifellos unserem Kanton neue Kompetenzen zuführt, von denen nicht nur die Walliser Patienten, sondern auch der Walliser Medizin profitieren werden.

Andere Tätigkeiten

Das Walliser Zentrum für Pneumologie hat im Juni 2002 aus den Händen des Departementsvorsteher die Zertifikation ISO 9001 – 2000 erhalten. Die Mitarbeiter aller Berufssparten haben damit einen beachtlichen Erfolg erbracht. Der Titel dieser Zertifikation bedeutet wenig: das Wichtige liegt woanders und zwar in der Entwicklung einer neuen Unternehmungskultur, die nicht nur dem Personal eine bessere Entfaltung sondern auch eine bessere Effizienz der angebotenen Leistungen gewährleistet. Es ist sehr interessant darauf hinzuweisen, dass die Normen ISO nicht der Medizin, sondern der Wirtschaft entsprechen. Es ist eine willkommene Weiterentwicklung moderne Begriffe der Geschäftsführung im Bereich des Gesundheitswesens anzuwenden.

Der Kongress Quadrimed wurde vom Departementsvorsteher eröffnet und von den 4 Kliniken von Montana organisiert. Er versammelte mehr als 700 Schweizer Aerzte und konnte seinen dynamischen Erfolgskurs weiterführen.

Das CVP konnte die Datensammlung der Studie des Nationalfonds über die Luftverschmutzung und respiratorischer Krankheiten (SAPALDIA) erfolgreich abschliessen, was für unseren Touristikkanton äusserst wichtig ist.

Am 23.5.2002 wurde unter Leitung des Chefs des Departements und des Chefs des Bundesamts für Sozialversicherungen eine interessante Diskussion abgehalten über die Kontrolle der Gesundheitskosten. Das CVP, in Zusammenarbeit mit allen Partnern des Walliser Gesundheitswesens, hat eine Studie durchgeführt, unterstützt von der Schweizerischen Akademie Medizinischer Wissenschaften, welche zeigte, dass durch eine Aufweichung der heutigen Behandlungspraxis mit verbesserter therapeutischer Zusammenarbeit der interessierten Fachkräfte die Kosten für die Behandlung eines Asthmapatienten um 5000 Sfr pro Jahr gesenkt werden kann.

Belegungsstatistiken 2002

Bettenbestand	75
Anzahl Patienten	1574
Pflegetage	26604
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	17

MEDIZINISCH-PAEDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

Das Medizinisch-pädagogische Zentrum La Castalie, deren Aufgabe es ist Personen aufzunehmen, die mit einer schwer geistigen- oder Mehrfachbehinderung zu leben haben, zählte am 31.12.2002 einen Bestand von 170 Pensionäre, also 4 mehr als Ende letzten Jahres. Unter Berücksichtigung der registrierten Aufnahmen und Abgänge während des Jahres, beträgt die betreute Personenzahl 183, vom 1. Januar bis 31. Dezember, 75 Kinder (41%) und 108 Erwachsene (59%).

Um diese Zunahme zu bewältigen, mussten einige Abteilungen, vor allem diejenigen die sich mit Erwachsenen und mehrfachbehinderten Kindern beschäftigen, verstärkt werden. Auf Kinderebene erhielten 50 eine angepasste, schulische Förderung, 19 Jugendliche besuchten eine Ausbildung unserer Struktur für die 18-23 jährigen. Auf Erwachsenenenebene, wo die Behinderungen schwerer sind, haben 62 eine regelmässige Beschäftigung in einer Werkstatt. Was die 41 restlichen Personen betrifft, deren Behinderung jegliche schulische Ausbildung oder Werkstattarbeit ausschliesst, wird eine globalere Betreuung, die sich mit Pflege, basaler Stimulation und Sozialisierung befasst, umgesetzt. Elf Personen haben ausserdem einen vorübergehenden Aufenthalt oder ein Orientierungspraktikum gemacht. Zu guter Letzt haben 77 Personen Physiotherapie, 73 Ergotherapie, 23 Psychotherapie, 35 Psychomotorik, 30 Logopädie und 56 Musiktherapie erhalten.

Ambulant wurden 2 Kinder aus der Umgebung mit Physiotherapie gepflegt und 5 wurden im therapeutischen Kindergarten "La Tonkinelle" in Monthey betreut.

Bei der Investierung wurden die im Jahre 2001 angefangenen Studien zum Bau eines Werkstattgebäudes fortgesetzt und das Projekt, dessen Kosten auf Fr. 3'730'000.- angesetzt sind, hat die Zustimmung der BSV. Unter Vorbehalt der Genehmigung der nötigen Kredite durch den Grossen Rat könnten die Arbeiten im Sommer 2003 beginnen.

Die Priorität wurde auch dieses Jahr dem Fernmeldewesen zuteil der Neuerung der Telefonzentrale und des Alarmsystems sowie die Installation einer universalen Verkabelung um die Netzlegung der gesamten Computer der Institution zu erlauben.

Dienststelle für Sozialwesen**Sozialhilfe**

Auf der Ebene der Dienststelle für Sozialwesen ist eine bescheidene, aber kontinuierliche Verbesserung der Qualität der Leistungen festzustellen, die für die Walliser Bevölkerung erbracht werden. Im Jahr 2002 lag der Schwerpunkt auf der weiteren Vereinfachung der administrativen Verfahren, insbesondere auf dem Gebiet der Rettung und der medizinischen Transporte, der uneinbringlichen Spitalkosten und der Beilegung von Streitfällen mit Krankenversicherungen.

Der Bereich der Sozialhilfe ist im Jahr 2002 relativ stabil geblieben, wenn auch die Tendenz zu einer Zunahme der Dossiers und der Sozialhilfeausgaben festzustellen ist. Diese Entwicklung hängt mit der wirtschaftlichen Konjunktur zusammen. Die Prioritäten der Dienststelle konzentrierten sich auf die Konsolidierung und Vereinfachung der Anwendungsverfahren, insbesondere in den folgenden Bereichen:

- Rettung und medizinische Transporte;
- uneinbringliche Spitalkosten;
- Genehmigung zur Aufhebung und Streichung der Krankenversicherung.

Die Regelung dieser Fragen, die in Verbindung mit den Spitälern, den Transportunternehmen und den Krankenversicherungen behandelt werden, erfolgt nunmehr auf der Grundlage eines klar definierten Entscheidungs- und Rekursverfahrens, das die Streitfälle erheblich beschränkt.

Die Richtlinien des Departements und der Dienststelle über die Massnahmen für die soziale und berufliche Eingliederung wurden zusammengefasst und durch die Möglichkeit ergänzt, Beobachtungspraktiken einzuführen und Aufträge für die berufliche Eingliederung zu vergeben. Sie wurden zu einem einzigen Dokument zusammengefasst, das vom Departement herausgegeben wird.

Gleichzeitig wurde durch einen Staatsratsentscheid eine ausserparlamentarische Kommission beauftragt, ein harmonisiertes Modell für die Aufteilung der Soziallasten zwischen Kanton und Gemeinden einzuführen. Dabei wird eine höhere Wirksamkeit der Massnahmen sowie eine gerechte Aufteilung der Lasten zwischen den verschiedenen öffentlichen Gemeinwesen ermöglicht. Die Dienststelle für Sozialwesen war aktiv an diesen Arbeiten der ausserparlamentarischen Kommission beteiligt. Die Kommission hat den Anwendungsbereich des Projekts beschränkt auf die individuellen Leistungen, die in den Bereich der kantonalen Hilfe für Arbeitslose und Arbeitsuchende fallen, die aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds bestritten werden, auf die Sozialhilfe und die Bevorschussung von Alimerten, die von der Dienststelle für Sozialwesen bezahlt werden, sowie auf die ergänzenden Leistungen und die AHV-Beitragszahlungen für insolvente Versicherte, die von der Kantonalen Ausgleichskasse finanziert werden. Das Ziel des Auftrags ist die Vereinheitlichung der Berechnungsart und die Einführung eines einheitlichen Satzes für die Aufteilung der Kosten zwischen Kanton und Gemeinden.

Neben dem vorrangigen Ziel, die Effizienz dieser Massnahmen zu steigern, wird diese Harmonisierung eine Verbesserung der Transparenz der Kosten und eine erhebliche Vereinfachung der administrativen Arbeit gestatten. Die Kommission wird ihren Bericht im Laufe des ersten Quartals 2003 dem Staatsrat übergeben.

Asylwesen

Auch im Asylbereich sucht das Wallis nach neuen Lösungen. Das Konzept von Strukturen einer beruflichen Grundausbildung für Asylbewerber wird in Vétroz und in Gampel zurzeit umgesetzt. Sie werden es in Kürze gestatten, ca. 150 Personen für eine Ausbildung in 13 verschiedenen Berufen aufzunehmen.

Die eingeführten Betreuungs- und Ausbildungsmassnahmen erleichtern eine reibungslose Geschäftsführung auf diesem sensiblen Gebiet.

Diese erfreuliche Feststellung ist auch auf die Qualität der Aufnahme und die Toleranz der Walliser Bevölkerung zurückzuführen.

Im Laufe des Jahres 2002 wurden dem Wallis 1016 Asylbewerber zugeteilt, was gegenüber 2001 eine Erhöhung von 31.95 % darstellt.

Ende Dezember betrug die Zahl der Asylbewerber, die sich auf Walliser Gebiet aufhielten, 2509 - verteilt auf 65 Gemeinden, und zwar 20 % im Oberwallis, 49 % im Zentralwallis und 31 % im Unterwallis. Die Familien machen einen Anteil von 71 % der Asylbewerber aus. Man zählte 1010 Kinder und Jugendliche. 421 gingen Ende Dezember 2002 einer Beschäftigung nach.

52 % Asylbewerber stammen aus Osteuropa, 32 % aus Afrika, 14 % aus Asien und der Rest aus Zentralamerika.

Die Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden und eine Arbeiterlaubnis zu erhalten, tragen zur erzwungenen Untätigkeit der Asylbewerber bei. Um die unerwünschten Auswirkungen zu vermeiden, die diese Untätigkeit zur Folge haben kann, und zwar sowohl in sozialer als auch in psychischer Hinsicht, wurden rund 20 Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme eingeführt, in der Hauptsache in unseren Ausbildungszentren in Vétroz und Gampel. Auf diese Weise konnten 522 Personen an einer auf ihre Interessen bezogenen Beschäftigung teilnehmen.

Im Jahr 2002 wurde auch das Heim St-Alexis in Verwaltungsbüros und in eine Stätte der Aufnahme und des Zuhörens umgewandelt. In diesem Rahmen ist ein Vermittlungsdienst entstanden. Er versteht sich als zusätzliches Instrument bei der Suche nach Lösungen auf dem - nicht nur in unserem Kanton, sondern auch auf nationaler Ebene - zunehmend sensiblen Gebiet der Asylgewährung. Die leidenschaftlichen Debatten und die Ereignisse anlässlich der kürzlichen Abstimmung in dieser Angelegenheit sind ein beredtes Zeugnis.

Auf der Ebene der Unterbringung wurden zwei neue Aufnahmeheime, in Visp und in Collombey, eröffnet; damit erhöht sich die Zahl der Gemeinschaftsunterkünfte auf sieben.

Koordinationsstelle für Betagte und Behinderte

In 2002 beschloss der Bund, sich nicht mehr an die Finanzierung von Einrichtungen für Drogensüchtige zu beteiligen. Für den Kanton bedeutet das ab 2003 eine Mehrbelastung in der Grössenordnung von 1,4 Millionen Franken. Der Grossrat wurde auf diese Frage angesprochen. Auf Initiative der Dienststelle für Sozialwesen haben die betroffenen Einrichtungen ihrerseits Arbeiten unternommen, die eine Vernetzung aller mit Problemen der Abhängigkeit betrauten Institutionen zum Ziel haben, um alle möglichen Ressourcen optimal zu nutzen.

Es ist auch auf die Lancierung innovativer Projekte zu verweisen, insbesondere die Schaffung des Taubstummenzentrums in Monthey, das von der FRSA geführt wird, sowie die Einführung eines integrierten Werkstättenprojekts für Behinderte im Einkaufszentrum der COOP, das im April 2003 eröffnet wird. Die meisten sozialen Einrichtungen weigern sich, die schwierige Konjunktur als Fatalität hinzunehmen, und suchen nach innovativen Lösungen, die Sparsamkeit mit Qualität der Leistungen vereinen. Das ist eine erfreuliche Feststellung.

Tätigkeitsgebiete

- Förderung der sozialen und beruflichen Integration
- Bereitstellung von Beherbergungs- und Beschäftigungsstrukturen für behinderte Personen, die ein geschütztes Milieu benötigen
- Koordination der Aktivitäten der privaten und öffentlichen Institutionen
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)

Halbgeschützte Beschäftigung

Die halbgeschützte Beschäftigung innerhalb der Kantonsverwaltung ermöglicht es behinderten Personen, sich auf eine berufliche Eingliederung oder Wiedereingliederung vorzubereiten.

	01.01.2001	Eintritte	Austritte	31.12.2001
Anzahl Beschäftigte	22	16	13	25

Pflege und Betreuung zu Hause

Um die Pflege und Betreuung zu Hause zu fördern, wurde 129 behinderten Personen eine finanzielle Unterstützung gewährt. Diese Hilfe wird je länger, je mehr beansprucht. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der jährlichen Ausgaben.

Jahr	Beiträge
1998	280'000.00
1999	387'000.00
2000	538'000.00
2001	834'000.00
2002	1'080'000.00

Institutionen

Der Kanton gewährt den Institutionen, mit denen er einen Vertrag abgeschlossen hat, Betriebs- und Baubeiträge.

Der Umbau der Sozialversicherung, insbesondere der Invalidenversicherung, hat Konsequenzen auf kantonaler Ebene in bezug auf die Finanzierungssysteme, die Leistungsverträge und die Qualitätskontrollen.

Der Ausbau der Institutionen erfolgt im Rahmen der vom Staatsrat und vom BSV genehmigten.

Bedarfsplanung 2001 – 2003:

- Beherbergung 763 genehmigte Plätze
- Beschäftigung 1052 genehmigte Plätze

Ausserkant.	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
Platzierungen				
Anzahl Behinderte	44	41	38	49

AMT FÜR INKASSO UND BEVORSCHUSSUNG VON UNTERHALTSBEITRÄGEN

Die Anzahl von Dossiers, welche unser Amt zu bearbeiten hat, ist erneut angestiegen.

Die Beträge, die jedoch im Jahre 2002 bevorschusst wurden, sind gegenüber 2001 gesunken. Die Zahlungsmoral der Alimentenschuldern hat sich, dank der vorläufig günstigeren Wirtschaftslage, verbessert.

Was das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen betrifft, hat das Amt dank seiner Bemühungen den Betrag von Fr. 5'089'395,67 eingekassiert.

Anzahl der Dossiers	2001	2002
Offen	2'226	2'310
Inkasso	2001	2002
Eingetriebene Beträge	4'602'634,90	5'089'395,67
Vorschüsse	2001	2002
Vorgeschossene Beträge	1'640'508,30	1'609'362,55
Eingezogene Beträge	832'038,35	909'796,85
Sozialhilfe	2001	2002
Ausbezahlte Beträge	93'891,80	51'863,60
Eingezogene Beträge	34'519,--	21'945,--
Unkosten	2001	2002
Vorgeschossene Beträge	107'373,20	117'436,65
Eingezogene Beträge	48'161,55	54'905,20

KANTONALE AUSGLEICHSKASSE DES WALLIS

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG und des Artikels 1 des kantonalen Ausführungsgesetzes (AGAHVG) als **selbständige öffentliche Anstalt** errichtet. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung **mehrerer Bundesgesetze**, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHV haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonalen Ausgleichskasse **verschiedene kantonale Aufgaben** zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat der Kantonalen Ausgleichskasse Entschädigungen für die Verwaltungskosten.

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV)

Am 1. Juni 2002 sind die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) in Kraft getreten. Bei den Beiträgen betreffen die Neuerungen die Vereinfachung der Versicherungsunterstellung. Die erwerbstätigen Personen unterstehen im Prinzip nur noch der Gesetzgebung eines einzigen Staates. Zu bezeichnen sind ebenfalls die Neuregelungen der entsandten Arbeitnehmenden. Im Leistungsbereich muss die Kasse den Versicherten beim Ausfüllen der Formulare für Leistungen aus den EU-Staaten behilflich sein.

Die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) auf den 1. Januar 2003 hat bedeutende Anpassungen bewirkt, insbesondere für das neue Einsprachverfahren gegen die administrativen Verfügungen.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst (EO)

Die Kantonale Ausgleichskasse entrichtet Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst sowie an Jugend und Sport-Kursteilnehmer.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

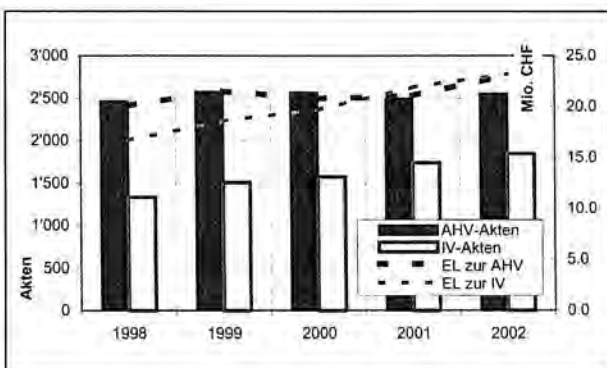
Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderungen	
	31.12.2001	31.12.2002	absolut	%
AHV-Fälle	2'498	2'553	55	2.2
IV-Fälle	1'741	1'845	104	6.0
Total	4'239	4'398	159	3.8

Der Staatsrat hat mit seinem Entscheid vom 10. April 2002 ein neues Verfahren bei der Berücksichtigung der Tarife in Alters- und Pflegeheimen im Rahmen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV eingeführt. Bei den Pensionspreiserhöhungen müssen die Kontrollen noch verbessert werden und in der Buchhaltung muss ein klarer Unterschied zwischen den Pflegekosten und den Aufenthaltskosten ersichtlich sein.

Entwicklung der Dossiers und der ausbezahlten Leistungen



Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten einen finanziellen Zuschuss, meistens dann, wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.2001	31.12.2002	2001	2002
AHV-Fälle	28	31	140 024.--	149 570.-
IV-Fälle	4	6	32 136.--	33 350.-
Total	32	37	172 160.--	182 920.-

Familienzulagen des Bundes

Infolge der bilateralen Abkommen sind die Haushaltszulagen ebenfalls in die EU-Staaten ausbezahlt.

Kantonales Amt für Familienzulagen (KAFZ)

Das Gesetz über die Familienzulagen an die Arbeitnehmer und über den kantonalen Familienfonds wurde wegen zwei Entscheidungen des Bundesgerichts noch vom Grossen Rat am 21. März 2002 geändert.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer - Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen - Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Infolge Revision unserer Gesetzgebung über die Familienzulagen in Kraft ab dem 1. Januar 2002, haben sich die ausbezahlten Leistungen gegenüber 2001 erhöht.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnsässige, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.-

Ausgleichsfonds

Im Rahmen dieser vom BSV genehmigten neuen Aufgabe, hat der Ausgleichsfonds Beiträge bei 24 Familienzulagekassen für CHF 9 711 800.- einkassiert. Diese Beiträge wurden anschliessend an 20 andere FZ-Kassen mit schlechter Finanzierungsstruktur überwiesen. Die definitive Abrechnung 2002 wird im Juli 2003 erfolgen und die Ausgleichszinsen berücksichtigen, berechnet auf der Differenz zwischen den Ratenzahlungen und den definitiven Beträgen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die entrichteten Leistungen in den Jahren 2001 und 2002:

Einkassierte Beiträge in CHF			Entrichtete Leistungen in CHF		
	2001	2002		2001	2002
AHV/IV/EO	326 338 140.-	336 767 921.-	AHV	565 362 449.-	571 543 642.-
ALV	79 735 900.-	82 419 732.-	IV	163 893 210.-	166 778 727.-
FZ des Bundes	1 548 169.-	1 548 396.-	EO	11 263 164.-	10 457 046.-
FZSG	1 502 636.-	1 758 603.-	EL AHV/IV	43 050 822.-	46 267 447.-
Familienfonds	8 942 781.-	9 528 157.-	ZKZ AHV/IV	172 340.-	182 920.-
			FZ des Bundes	5 163 506.-	5 231 100.-
			FZ des Kantons	3 508 533.-	3 717 614.-
			Familienfonds	9 423 540.-	8 205 120.-
			Subventionen an die Krankenkassenbeiträge	122 000 000.-	124 000 000.-
Total	418 067 626.-	432 022 809.-	Total	923 837 564.-	936 383 616.-
Variation		+ 3.3%	Variation		+ 1.4%

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV registrieren eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben infolge der Bevölkerungsveralterung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentner.

DIENSTSTELLE FÜR ARBEITNEHMERSCHUTZ UND DIENST-VERHÄLTNISSE

Dieser Bericht widerspiegelt die Tätigkeiten der Dienststelle im Jahr 2002. Die bezifferten Angaben geben ein Bild von den erreichten, messbaren Resultaten der wichtigsten Leistungen der Dienststelle.

ARBEITSINSPEKTION

Sicherheit / Gesundheit

Genehmigungen / Bewilligungen	Anzahl	Einnahmen
Plangenehmigungen für nichtindustrielle Betriebe	165	--
Plangenehmigungen für industrielle Betriebe	42	Fr. 12'550.--
Betriebsbewilligungen für industrielle Betriebe	30	Fr. 2'550.--
Bewilligungen für Druckbehälter	90	Fr. 8'150.--
TOTAL	327	Fr. 23'250.--

Inspektionen	Anzahl	Einnahmen
Industrielle Betriebe	42	EKAS
Nichtindustrielle Betriebe	205	
TOTAL	247	Fr. 232'401.-

Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte (FZS)

Infolge Revision unserer Gesetzgebung über die Familienzulagen wurde bei den zusätzlichen Zulagen für die selbständigerwerbenden Landwirte gegenüber 2001 eine Erhöhung festgestellt.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 2001 auf 124 Mio Franken beliefen.

Verhütung von Störfällen

Unternehmen	Objekt	Grund
<u>Abgeschlossene Dossiers</u>		
Visp	Eisbahn Litterna	Saniert
AS Montana	Eisbahn d'Ycoor	Saniert
Zinal	Schwimmbad	Saniert
Meoc AG	Düngemittelfabrik	Kurzbericht
Gemeinde Champéry	Trinkwasseraufbereitung	Kurzbericht
Lonza AG	MDN Dionil CSI; Small Scale Plant;	
	Anol Dianol MBI	Kurzberichte
Lonza AG	Urazil Chlorcyan ; Phosgen ; Ammoniak	Risikoermittlungen
Autobahn A9		
Steg -Visp	Verkehrswege	Kurzbericht
NS Martinach - Bourg-St-Pierre	Verkehrswege	Kurzbericht
Alp Transit AG	Nothaltestelle Raron	Einsatzplan
<u>Behandelte Dossiers</u>		
Gemeinde Siders	Eisbahn Graben	Risikoermittlung
Gemeinden Sitten, Martinach, Monthey, Sportzentrum Champéry und les Bains de Saillon AG	Schwimmbäder, Eisbahnen	Kurzberichte
Orgamol AG	Fabrik Nord und Süd	Kurzbericht
Tamoil AG	Raffinerie	Kurzbericht
Lonza AG	BioPM; Be-& Entladezentrum; Teranol AG	Kurzberichte
UTO, Satom, KVA OW	Kehrichtverbrennungsanlagen	Kurzberichte

Arbeitsbedingungen

Bewilligungen auf Grund des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Art der Bewilligung	Anz.	Art der Bewilligung	Anz.
Bewilligung für vorübergehende Nachtarbeit	66	Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit	78
Bewilligung für drei- und mehrschichtige Tagesarbeit	0	Bewilligung für ununterbrochenen Betrieb	3
		TOTAL	147

Bei den erteilten Arbeitszeitbewilligungen im Jahre 2002 stellt man eine Beständigkeit (-6) fest. Es wurden 22 Sonntagsarbeitsbewilligungen weniger und 18 Nachtarbeitsbewilligungen mehr erteilt.

Bewilligungen für die Beschäftigung Jugendlicher über 14 Jahren

Art der Bewilligung	Anz.	Art der Bewilligung	Anz.
Beschäftigung während der Schulferien	14	Aufnahme der Lehre vor dem 15. Altersjahr	30
Nachtarbeit ab dem 16. Altersjahr zur Erlernen des Berufes	0	Sonntagsarbeit zum Erlernen des Berufes	0
		TOTAL	44

Es ist zu erwähnen, dass vom Seco für die Ausbildung der Lehrlinge Globalbewilligungen erteilt wurden für Berufe im Hotel- und Gastgewerbe sowie Bäcker, Konditor und Konditor-Konfiseur.

Arbeits- und Ruhezeit berufsmässiger Motorfahrzeugführer

Kontrollen	Anz.	Anzeigen	Anz.
Kontrollierte Unternehmen	222	Inspektionsberichte	222
Kontrollierte Fahrzeugführer	768	Angezeigte Unternehmen	73

Die Kontrollen der Arbeits- und Ruhezeit der Fahrzeugführer haben gezeigt, dass grosse Anwendungsprobleme bestehen. Um hier Abhilfe zu schaffen, veranstaltete der WBV mehrere Kurse über die richtige Bedienung des Fahrtsschreibers.

Öffentliches Beschaffungswesen

Ständige Listen	Anz.	Organisationen und Unternehmen	Anz.
Eingetragene Unternehmen	928	Unterstellte Unternehmen und Organisationen	173
Eingetragene Büros	478		
Eintragungsgesuche	35		
Verlängerungsgesuche	1097		
Gelöschte Unternehmen und Büros	116		
Rekurs	0		

Das vergangene Jahr fiel mit der alle drei Jahre zu erneuernden Verlängerung der Einschreibung in den ständigen Listen zusammen. Bei dieser Gelegenheit wünschte eine gewisse Anzahl Unternehmen und Büros nicht mehr auf der Liste eingeschrieben zu werden.

ARBEITSSTREITIGKEITEN

Einzelstreitigkeiten

Die registrierten Arbeitsstreitigkeiten 2002 haben global gegenüber dem Vorjahr um 5% abgenommen. Ein grosser Rückgang der Arbeitsstreitigkeiten wurde im deutschsprachigen Teil des Kantons (-23%) festgestellt. In der Zeit konjunktureller Schwierigkeiten hat dagegen die Nachfrage nach Arbeitsrechtsauskünften zugenommen.

Oberwallis	Mittelwallis	Unterwallis	Ausser Kanton	TOTAL	Beim Arbeitsgericht	In Bearbeitung
114	285	156	76	631	23	110

Kollektivstreitigkeiten :

Keine

ARBEITSGERICHT

	Anzahl Sitzungen	Eröffnete Judikata	Eröffnete Urteils-begründungen	Abschreibungs-beschlüsse	Berufungen KG	Beschwerde BG
Gerichts-kreis Oberwallis	12	24	14	31	3	—
Gerichts-kreis Unterwallis	31.5	32	30	20	8	1

KANTONALE REKURSKOMMISSION IN SACHEN ARBEITSLOSIGKEIT

Stand der Dossiers

Übernommene Dossiers	Eingegangene Rekurse	Zu übertragende Dossiers
550	313	600

Um die grosse Anzahl der nicht erledigten Dossiers aufzuarbeiten, kann die Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit ab Ende des ersten Trimesters mit einem zusätzlichen Juristen für eine befristete Zeit zählen.

Tätigkeit der Rekurskommission

Anzahl Sitzungen	Behandelte Fälle	Eröffnete Entscheide	Beschwerde EVG
23	289	265	15

GESAMTARBEITSVERTRÄGE (GAV) UND NORMALARBEITSVERTRÄGE (NAV)

Die Anpassung der Löhne an den Index der Konsumentenpreise Ende Oktober erfolgte durch Staatsratsentscheid für die im Kanton Wallis bestehenden acht Normalarbeitsverträge.

Das zwischen den Sozialpartnern im Rahmen des neuen Ladenschlussgesetzes abgeschlossene Sozialabkommen bedingte ab 1. November 2002 eine Anpassung des Normalarbeitsvertrags für das im Verkauf beschäftigte Personal des Detailhandels.

Die in den Gesamtarbeitsverträgen der Garagen und Apotheken enthaltenen Löhne wurden allgemeinverbindlich erklärt. Zwei neue Gesamtarbeitsverträge wurden für den Kanton allgemeinverbindlich erklärt und zwar für das in Unternehmen des Gartenbaugewerbes des Unterwallis sowie der Walliser Waldwirtschaft beschäftigte Personal. Es ist zu erwähnen, dass die Berufe des Baunebengewerbes durch einen von der Bundesbehörde für die Westschweiz allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag abgedeckt sind.

ANWENDUNG DES GLEICHSTELLUNGSGESETZES

Zwei Klagen wurden eingereicht : die eine wegen Lohnungleichheit; die andere wegen sexueller Belästigung. Im ersten Fall konnte keine Einigung erzielt werden und diese wird nun vom ordentlichen Gericht behandelt. Der zweite Fall endete mit einem Vergleich. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht wegen Problemen betreffend Belästigung am Arbeitsplatz Auskünfte erteilt werden müssen.

WEITERBILDUNG IM BEREICH SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ

Aus organisatorischen Gründen wurden die vorgesehenen 5 Seminarien auf den Herbst 2002 und den Frühling 2003 verteilt.

Die 3 bereits durchgeführten Seminarien erlaubten den 125 Teilnehmern, sich mit folgenden Themen vertraut zu machen:

Bilaterale Verträge : Welche Änderungen für die Unternehmen ? Teilzeitarbeit und Arbeit auf Abruf
Verbesserung des Arbeitsklimas zur Verhütung von Arbeitskonflikten

Die unter dem Patronat der Konferenz der Arbeitsinspektorate der Westschweiz und des Tessins stehenden Seminarien sind selbsttragend. Mehrere Schriften wurden zudem veröffentlicht: Das neue Arbeitsgesetz, Alkohol im beruflichen Alltag, Stress am Arbeitsplatz, Frauen am Arbeitsplatz und Gesundheitsschutz während der Mutterschaft, Gewalt am Arbeitsplatz, Psychologische Unterdrückung am Arbeitsplatz.

VETERINAERDIENST

Im Rahmen der Ausführung unserer allgemeinen und speziellen Aufgaben, die sich auf die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung stützen, kann die Tätigkeit während des Jahres 2002 wie folgt zusammengefasst werden:

TIERSEUCHENBEKÄMPFUNG

- IBR/IPV & enzootische bovine Leukose

Im Rahmen der jährlichen Überwachungskampagne und aufgrund der stets günstigen Seuchenlage wurden in -78- Rindviehhaltungen 563 Blutproben entnommen (2001: -237-). Die Analysen der Blutentnahmen erwiesen sich als negativ.

- Bovine spongiforme Enzephalopathie (BSE)

«Rinderwahnsinn»

Ein neuer BSE-Fall im Jahre 2002 in unserem Kanton registriert (*Total seit 1991: -15-*). Gemäss des Beschlüssen des Bundesrates (*dringliche Massnahmen zur BSE-Bekämpfung in der Schweiz*) wurden Sanierungsmassnahmen vorgenommen. Demzufolge wurde ein Tier der roten Fleckvieh-Rasse identifiziert, ausgemerzt und verbrannt. Die Überwachung der normalen Schlachtungen erfolgt durch Stichproben, gemäss dem Bundesamt für Veterinärwesen. Bei Schlachtungen kranker oder verunfallter Tiere und verendeten Tieren (*Rindvieh*) werden ebenfalls BSE-Kontrolle durchgeführt.

- Sanierung von EP/APP-Flächen für Schweine

Die Vorbereitung und die Informationen betreffend die Flächensanierung in unserem Kanton begannen im Jahre 2002 und die Ausführung wird während des Jahres 2003 erfolgen.

- CAE-Sanierung - Brucellose der Schafe und Ziegen

Unser Kanton ist als CAE-freier Kanton anerkannt: -1526- Ziegen sind auf CAE-Virus kontrolliert worden. -5- Ziegen erwiesen sich als CAE-positiv. Die betroffenen Tiere mussten ausgemerzt werden und die Betriebe wurden jeweils mit einer fristbegrenzten Sperre belegt. -2280- Tiere sind stichprobenartig auf Brucellose untersucht worden (-81- Tierhaltungen). Alle Blutanalysen erwiesen sich als negativ.

- Entsorgung der tierischen Abfälle

Im Jahre 2002 wurden sämtliche tierischen Abfälle (Metzgereien und Tierkadaver) von Extraktionswerk GZM in Lyss übernommen. Ab Januar 2002 bis Dezember 2002 wurden 440'106 kg Abfälle zur Beseitigung nach Lyss gebracht.

- Viehhandel

Unsere Dienststelle hat -90- Viehhändler - Patente erteilt.

FLEISCHHYGIENE UND FLEISCHKONTROLLE

Im Jahre 2001 (letzte Statistik) betrug die Anzahl geschlachtete Tiere 14'030 Einheiten (*ordentlichen Schlachtungen: 13'846, vom Rindvieh: 4473, Schafe: 7353, Ziegen: 735, Schweine: 1174, und andere: 111, Notschlachtungen: 184*).

TIERSCHUTZ

Während des Jahres 2002 wurde die Erarbeitung des neuen kantonalen Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Tierschutz vorgenommen, um im Herbst des Jahres 2002 dem Grossen Rat unterbreitet zu werden.

Was die Rindviehhaltungen angeht, so haben wir 495 Ausnahmegesuche betreffend den Winterauslauf für angebunden gehaltenes Rindvieh behandelt. Nach Begutachtung der verschiedenen Tierhaltungen wurden 459 Ausnahmegewilligungen erteilt. Im Bereich der Tiere gilt gemäss der Tierschutzgesetzgebung das Wohlbefinden der Tiere und ihr Schutz als ein sehr bedeutendes Element. Zu diesem Zweck erforderten die ökologischen Leistungen und Anforderungen eine wesentliche Erhöhung der Anzahl Kontrollen (*Direktzahlungen*).

-73- Fälle betreffend der Tierschutzgesetzgebung wurden uns gemeldet; deswegen wurden ein bis drei Ortbesuche gemacht und sogar in zwei Fällen wurden Tiere gesperrt.

Im Jahre 2002 haben 10 neue Kandidaten-innen die Ausbildung als Tierpfleger absolviert und die Prüfungen zur Erlangung des Fähigkeitszeugnisses erfolgreich bestanden.

Ferner wurde gemäss der einschlägigen Gesetzgebung ebenfalls eine grosse Anzahl von privaten und gewerbmässigen Wildtierhaltungen inspiziert.

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE

Die der Dienststelle für Energie übertragenen Aufgaben können in die Bereiche

- rationelle Energieverwendung / erneuerbare Energien
- Energieverteilung / Energieversorgung
- Information / Aus- und Weiterbildung / Beratung

unterteilt werden und sind im wesentlichen im Energiespargesetz vom 11. März 1987 festgelegt.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit erteilt die Dienststelle Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Dritten Auskunft in Energiefragen und erarbeitet zuhanden des Staatsrates und des Departementvorstehers Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit obigen Bereichen.

Auf eidgenössischer Ebene wurde das Programm EnergieSchweiz lanciert. Ein wichtiges Ziel von EnergieSchweiz ist, bis 2010 den Brennstoffverbrauch um 15%, sowie den Treibstoffverbrauch um 8% zu senken.

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm „EnergieSchweiz“ im zweiten Jahr. Zusammen mit den Kantonen unterstützt der Kanton Wallis das Programm, wobei der Schwerpunkt der kantonalen Aktivitäten im Gebäudebereich liegt. Die breite Umsetzung des MINERGIE-Standards steht dabei im Vordergrund. Die MINERGIE-Strategie kann als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung.

Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig.

Ab Januar 2003, muss der energietechnische Nachweis einer Gebäudehülle mit der neuen Norm SIA 380/1, Ausgabe 2001 „Thermische Energie im Hochbau“, erstellt werden.

Beim Projekt „rationelle Energienutzung in Spitälern“ sind nun alle Spitälern analysiert. Für jedes Spital wurde ein Massnahmenkatalog

erarbeitet. Die Optimierung der Verbrauchszahlen hat in den Spitälern von Visp und Brig begonnen. Die jährlich eingesparte Energie stabilisiert sich bei ungefähr 4'000'000 kWh.

Beim Projekt „Tunnels“ ist die Analyse aller Tunnels und Strasseninstallationen des Zentralwallis im Gang. Die jährliche Einsparung an elektrischer Energie in den bestehenden Tunnels seit 1996 stabilisiert sich bei 800'000 kWh. In Zusammenarbeit mit dem Luftforum und EnergieSchweiz wurden Kurse in der „Eco-Fahrweise“ angeboten und von 32 Polizeibeamten und Aspiranten der Kantonspolizei genutzt.

Im Rahmen des kantonalen Solarenergie Förderprogramms sind im Jahr 2002 67 Gesuche eingegangen. Seit dem Programmbeginn im Frühling 2000 sind 157 Anlagen, mit einer Fläche von 2144 m², installiert worden.

Im Programm zur Förderung der Holzenergie für Installationen unter 100 kW sind im Jahre 2002 50 Gesuche eingegangen. Seit Beginn des Programms im Juni 2001 sind 71 Installationen realisiert worden, welche 81 Wohnungen beheizen. Eine Installation von 700kW ist in einem Sägewerk in Troistorrens realisiert worden. Eine Holzheizung mit 1 MW Leistung und ein Fernwärmenetz wurde in St-Maurice von der interkommunalen Gesellschaft (Burgerschaft und Gemeinde) Calorabois realisiert. Diese Anlage wird das Sport- und das Schulzentrum, ein altes Gebäude der Burgerschaft und zwei neue MINERGIE-Gebäude, welche von der Burgerschaft St-Maurice realisiert wurden beheizen.

MINERGIE-Strategie

Die MINERGIE-Strategie wurde von der Dienststelle weiterverfolgt. Die im Dekret von 1999 festgelegten Fördermassnahmen haben zur Weiterverbreitung wesentlich beigetragen.

In Zusammenarbeit mit dem Verein MINERGIE und den anderen Kantonen konnten MINERGIE-Standards für alle Gebäudekategorien definiert werden.

Resultate des MINERGIE Förderungsprogramms

143 Labels erteilt, seit 1998

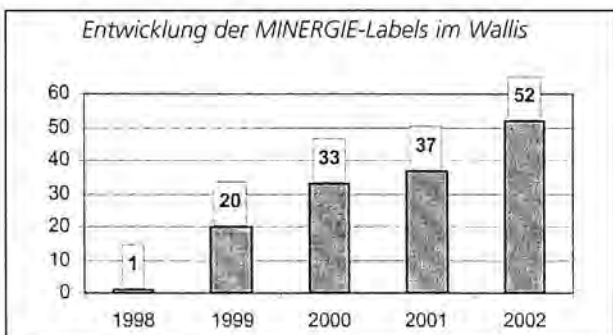
(107 Einfamilienhäuser, 15 Wohngebäude, 7 Schulen, 6 Wohn-/Bürogebäude, 5 Dienstleistungsbauten, 1 Hotel, 1 Altersheim, 1 Atelier)

91 Bauten realisiert, dies sind

- 36'000 m² beheizte Fläche,
- ca. 75 Mio. Investitionen, 4.5 Mio. Mehrkosten
- 900'000 Fr. Subventionen (23% der Mehrkosten)

laufende Projekte

42 im Bau
9 in Projektphase
1 Projekt abgebrochen



Im Jahre 2002 beträgt die Zunahme der Labelsanzahl 40%. Der Markt von MINERGIE-Bauten hat sich weiterentwickelt in Richtung Renovation von Einfamilienhäusern und Bau von Gebäuden mit Wohnungen oder Wohn/Bürogebäuden. Diese Tendenz konnte auch auf schweizerischer Ebene festgestellt werden, wo insgesamt über 2000 MINERGIE-Labels erteilt wurden.

Im März 2002 organisierte die Dienststelle für Energie den zweiten Tag der offenen Türe im Unterwallis, in Fully. Das neue Primarschulhaus von Fully, ebenso wie vier Einfamilienhäuser, konnten von ca. 300 Interessierten besucht werden.

Der Bau der Informatikschule in Siders, der grössten MINERGIE-Baustelle des Kantons, war in seiner Hauptphase.

Nach der Walliser Kantonalbank, haben auch die Raiffeisenbanken einen MINERGIE-Kredit mit vertieften Zinssätzen in Ihr Sortiment aufgenommen.

Die Präsenz in der Presse wurde mit einer langfristigen Kampagne bis im Juni ausgebaut. Zudem wurden sowohl in der Ober- wie auch in der Unterwalliser Presse mehrere Artikel über MINERGIE veröffentlicht.

Die Dienststelle für Energie präsentierte sich dieses Jahr zum zweiten Mal mit einem MINERGIE-Stand an der Oberwalliser Gewerbeausstellung OGA in Brig. An der Walliser Messe in Martinach konnte die Dienststelle für Energie am Ehrenstand der Walliser Heizungs-, Lüftungs-, und Klimafirmen eine Präsentation von MINERGIE vorstellen. Eine MINERGIE-Ausstellung konnte im Herbst in der gewerblichen Schule in Sion gezeigt werden.

Information / Aus- und Weiterbildung

Verschiedene Kurse/Veranstaltungen (Bauphysik, Wärmepumpentechnik, MINERGIE-Standard, Holzenergie etc.) wurden organisiert oder mitfinanziert. Nach ausführlichen Umfragen bei einem breiten betreffenden Publikum, wurde an der Ingenieurschule ein Seminar zum Thema „Lüftung in der Praxis“ organisiert.

Zur Einführung der neuen Norm SIA 380/1, Ausgabe 2001, wurden im Frühling im ganzen Kanton Kurse durchgeführt. Im Oktober konnte in Brig ein Bauherren-Seminar organisiert werden. Im November wurde in Naters für Fachleute ein Kurs zur neuen Norm SIA 180 angeboten.

In Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen wird zweimal jährlich die Zeitschrift „Energie-Environnement“ herausgegeben. Täglich werden Informationen zur rationellen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wurden in über 70 Primarschulklassen des Unterwallis die Aktion „rationelle Energienutzung“ durchgeführt. Zusammen mit dem Luftforum wurde eine vergleichbare Aktion in den Orientierungs-, Berufs- und Mittelschulen lanciert. Zur Sensibilisierung der Jugend zu Themen wie Solarenergie oder rationelle Energienutzung wurde ein Feriencamp in Naters und Visp durchgeführt. Die Aktion „Ferienpassport“ wurde im Sommer von ca. 150 Schulkindern im Ober- und Unterwallis besucht.

Beratung der Gemeinden

Gemeinden die beim Projekt „Energienstadt“ mitmachen, unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Nach den Gemeinden Brig, Leuk, Sitten, Saas Fee, Naters und Visp haben, auch die Gemeinden Conthey und Siders das Energienstadt-Label erhalten.

Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

In der Abstimmung vom 22. September 2002 wurde das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom Volk abgelehnt. Im Kanton Wallis war der Nein-Stimmen Anteil 57.6%. Dem ist anzufügen, dass das Oberwallis mit 60.6% dem Gesetz zustimmte. Mit dem Nein zum EMG wurde die Chance verpasst den schweizerischen Strommarkt einer geregelten, geordneten Öffnung zuzuführen. Zur Zeit ist offen, in welcher Richtung sich der Markt unter dem Druck der europäischen Regelung öffnen wird. In Europa wird bis 2004 für Industrie und Gewerbe und ab dem 1. Juli 2007 für alle Verbraucher eine Strommarktöffnung Tatsache sein. Handlungsbedarf ist einerseits im Bereich der Stromtransite und der Gegenrechte (Reziprozität) angesagt. Im weiteren müssen in den Kantonen die Möglichkeiten untersucht werden, wie die Versorgungssicherheit und der Service public gewährt werden kann und in der Wirtschaft und hier speziell beim Gewerbe besteht der Bedarf nach tieferen Strompreisen. Mit der Ablehnung des EMG hat auch der Druck auf die Gesellschaften zur Zusammenarbeit und zur vermehrten Nutzung von Synergien nachgelassen.

Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG)

Im Jahre 2002 wurde anlässlich der Generalversammlung der Verwaltungsrat der WEG neu zusammengesetzt. Den Forderungen des Parlaments auf eine Reduzierung der Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder wurde Rechnung getragen.

Die gesetzliche Grundlage der WEG ist derzeit im Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft integriert. Das Departement bereitet zur Zeit ein Gesetz vor, das neu die Grundlage für die kantonale Gesellschaft bildet. Dabei ist dem sich verändernden Umfeld im Elektrizitätsbereich Rechnung zu tragen. Insbesondere sollen die regionalen Stromverteilgesellschaften besser an die WEG angebunden werden, indem den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Aktien der regionalen Verteilgesellschaft abzutreten.

Bedingt durch die veränderten Marktbedingungen verfolgt die WEG weiterhin die notwendigen Anpassungen. Neben der erfolgten finanziellen Sanierung durch den Kanton, deren Resultat sich erstmalig in der Rechnung 2002 zeigt, wurden zusätzliche Massnahmen ergriffen, welche die Position der Gesellschaft verbessern. Im Bereich der Produktion wurde zusammen mit eos und Grande Dixence die Betriebsgesellschaft „Hydro Exploitation SA“, mit Sitz in Sitten, gegründet. Dadurch konnte im Wallis ein Kompetenzzentrum geschaffen werden. Zudem werden die Synergien zwischen den drei beteiligten Gesellschaften ausgenutzt.

Zu bedauern ist der Entscheid der Konzessionsgemeinden der Turtmäna (Anlagen ITAG), bei der Neukonzessionserteilung dieses Gewässers, nicht eine Zusammenarbeit mit der WEG angestrebt und deren Nutzung einer ausserkantonalen Gesellschaft erteilt zu haben.

Beim kantonalen Übertragungsnetz auf der Mittelspannungsebene sind Abklärungen im Gange die zum Ziel haben, die Zusammenarbeit zwischen den Netzeigentümern zu fördern und auch hier Synergien vermehrt zu nutzen. Nach der Ablehnung des EMG wurden die Diskussionen betreffend die Regionalisierung der Netze wieder aufgenommen. Eine allfällige Abtretung der Netze an regionale Verteiler muss auch dazu dienen, ein Zusammengehen zwischen den regionalen Gesellschaften zu fördern

Allgemeine Arbeiten

- Stellungnahmen zu Gemeindereglementen bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten. Stellungnahmen z.H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Mitarbeit in der Delegation Luftqualität und im Luftforum.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.

- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energiewirtschaft und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms „EnergieSchweiz“.
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Strommarktöffnung“.
- Mitarbeit in der „kantonalen Arbeitsgruppe Energie“.
- Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt für kantonale MINERGIE-Bauten
- Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Umweltschutz und der Presse zur Information der Öffentlichkeit zur Kontrolle von Verbrauchszahlen

Dienststelle FÜR WASSERKRAFT

Allgemeines

Bedingt durch den Elektrizitätsüberschuss in Europa, den günstigen Preisen der fossilen Energien einerseits und des sich in Europa öffnenden Strommarkts andererseits, ist die Wasserkraft gegenwärtig und auch in nächster Zukunft einem Preisdruck ausgesetzt. Umgekehrt konnte auf dem schweizerischen Spotmarkt jedoch eine Steigerung des Strompreisindex (SWEP) festgestellt werden. So stieg der Jahresmittelwert des SWEP kontinuierlich von 3.9 Rp./kWh im Jahr 2000, auf 5.2 Rp./kWh im 2001 und 5.9 Rp./kWh im Jahr 2002. Diese Entwicklung wirkt sich positiv auf die Wasserkraft und insbesondere auf die Speicherkraftwerke mit ihrer Spitzenenergie aus. Kommt hinzu, dass die Nachfrage nach Strom aus sauberer, erneuerbarer Wasserkraft vor allem im benachbarten Europa ständig steigt. Das verbessert die Marktschancen dieser Energie zusätzlich.

Bei der **Wasserkraft** sind neben den Konzessionserneuerungen durch den Staatsrat, auch die Lancierung verschiedener Projekte zu erwähnen. Beim Projekt „Minerve“ geht es um die Simulation von Hochwassern mit entsprechender Einflussnahme auf die Wasserentnahme und Speicherkapazitäten der Stauseen. Im weiteren wurden die Direktiven zur Gewässerschutzsanierung, sowie der Beschluss zur Spülung und Entleerung vom Staatsrat im Oktober 2002 erlassen. In Zusammenhang mit der Verordnung über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung wurden mit zwei Gemeinden entsprechende Schutzverträge abgeschlossen.

Gesetze

In unserem Bereich hat der Bund im Jahr 2002 keine Vernehmlassungen durchgeführt. Infolge zahlreicher Kritiken hat der Bund die Verordnung über das Elektrizitätsmarktgesetz (VMG) korrigiert. Das Volk hat leider das Elektrizitätsmarktgesetz im September 2002 verworfen, was die effektive Öffnung des Marktes nicht verhindern wird.

Nach der Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS) im Jahr 2001 und gleichzeitig über das Gesetz über die Stauanlagen (StAG) wurden zahlreiche Kritiken durch verschiedene Seiten (Behörden und Gesellschaften) geäussert. Deshalb hat das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Behörden entschieden momentan auf die Bildung einer Sicherheitsagentur zu verzichten.

Hydroelektrische Projekte

Druckleitungen/Druckstollen: der durch die paritätische Expertenkommission herausgegebene Bericht über die Sicherheit dieser Anlagen Oktober 2001 wurde im Jahr 2002 an alle betroffenen Elektrizitätsgesellschaften im Wallis und an die Vereinigung der Walliser Produzenten verteilt.

Im Rahmen der Bauarbeiten einer Strassenerweiterung bei der Unterführung der Druckleitung Chandoline-Dixence bei Thyon fand eine Mitarbeit zwischen der Dienststelle für Strassen- und Flussbau statt, um die Finanzierung einer Studie über die Massnahmen zur Verminderung des Restrisikos bei einer allfälligen Unfall (Bruch der Druckleitung) statt. Die durchgeführten Massnahmen haben erlaubt die Bauarbeiten in aller Ruhe und Sicherheit durchzuführen.

Studien im Wasserkraftbereich

- Das Projekt MINERVE (2te Phase) über die Modellierung des Beitrags der Walliser Talsperren während Hochwasser des Rhôneflusses und seiner Hauptzuflüsse wurde in 2002 angefangen. Diese erste Verwendung dieses Modells findet im Projekt "Dritte Rhonekorrektur" statt.
- Das Inkrafttreten der Richtlinie für die Gewässersanierungsberichte (gemäss GSchG Art. 80 Abs. 1 und 2), wurde Oktober 2002 vom Staatsrat sowie der Beschluss über die Spülungen und Entleerungen von Stauanlagen... und die Richtlinie für die Erstellung der Bewilligungsgesuche für Spülungen und Entleerungen (gemäss GSchG Art. 40) und Pflichtenheft der Notiz zur Umweltverträglichkeit genehmigt. Die Durchführung dieser Richtlinien ist von Oktober 2003 bis Oktober 2007 (Datum der Redaktion des letzten Sanierungsberichtes) geplant.

Behandelte Wasserkraftanlagen

Unter- und Mittel-Wallis

Vouvry (SEBV): für die Realisierung der Kompensationsmassnahmen wurde die Baubewilligung 2002 erteilt.

Torrent de Soi: das Verfahren für die Baubewilligung des Kleinkraftwerkes ist immer im Gang.

Emosson (Wasserfassung la Fouly): eine Deponiebewilligung wurde 2002 erteilt.

Salanfe: die Spülbewilligung des Kompensationsbeckens Clusanfe wurde 2002 erteilt.

Mauvoisin/Erhöhung der Wasserfassungen/FMM: die Bauarbeiten der Wasserfassung und des Grundablasses sind im Gang.

Les Toules/FGB: das Verstärkungsprojekt der Talsperre ist immer noch in der Studienphase

Martigny-Bourg (Forces Motrices de Martigny-Bourg SA): die Konzessionen wurden den 16.1.2002 genehmigt. Es gibt die Rekurse von Emosson und WWF. Der Rekurs von WWF wurde den 29.11.2002 von der öffentlich-rechtliche Abteilung des Kantonsgerichtes angenommen.

Trinkwasserturbinierung/Savièse : das Verfahren für die Genehmigung der Wassernutzung ist im Gang.

Bramois-Sauterôt: im Rahmen der Erteilung der neuen Konzessionen fand das Vorverfahren im Jahr 2002 statt. Die öffentliche Auflegung ist im Jahr 2003 vorgesehen.

Chippis-Navisence: die öffentliche Auflegung für die Genehmigung der neuen Gemeindekonzessionen fand 2001 statt. Das Vernehmlassungsverfahren ist im Gang.

Chippis-Rhône: Die öffentliche Auflegung für die Genehmigung der neuen Konzession wird 2003 stattfinden.

Oberwallis

Werke Ernen-Morel, GWK und Gouggra: Verschiedene Sanierungen (Gebäude, Entsander) wurden durch das DGSE 2002 bewilligt.

KW Mittal+Klösterli: die Baubewilligung für das Wasserkraftwerksprojekt wurde durch das DGSE bewilligt.

Dala, Ackersand 1 und Illsee-Turtmann : die Konzessionserneuerungsprojekte Dala und Ackersand 1 sind am Ende der Voruntersuchungsphase (Art. 8 Umweltschutzverordnung) und die Konzessionserneuerung Illsee-Turtmann ist in der Vorverfahrensphase (Art. 13 WRG-VS). ??????

Elektrische Leitungen und Schaltanlagen

Leitung 380 kV Chamoson-Creux-de-Chippis: das neue Projekt wurde 2002 öffentlich aufgelegt.

Schaltanlage 220 kV Chamoson: die Baubewilligung für die Umstellung des Transformators wurde 2002 erteilt.

Mobiltelefonnetz/Antennen auf HT-Mast

Die Stellungnahmen für die Baubewilligung von Mobiltelefonnetz/Antennen-Systemen auf HT-Mast sind 2002 folgende gewesen:

- HT-Mast N° 52, 220 kV Leitung " Grand St. Bernard " auf das Territorium der Gemeinde Sembrancher
- HT-Mast N° 18, 380 kV Leitung " St.-Triphon-Chamoson " auf das Territorium der Gemeinde Vérossaz
- HT-Mast N° 13, 65 kV Leitung " Croix St-Léonard " auf das Territorium der Gemeinde Lens.

Sonderaktivitäten im Jahre 2002

Paritätische Expertenkommission: die Kommission hat einen zusätzlichen Bericht für das Werk Illsee-Turtmann im Rahmen des Heimfalls erstellt.

Entschädigungsbegehren für Verzicht auf Nutzung der Wasserkraft: in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und dem BUWAL (zuständige Behörden) wurden am Ende 2002 die Schutzverträge für die Projekte Oberaletsch und Baltschiederental unterzeichnet. Das Projekt Val de Réchy ist immer pendent.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit: 2002 hat die DWK an folgenden Arbeitsgruppen oder interdisziplinären Kommissionen teilgenommen: die eidg. Kommission für Wasserwirtschaft, die Fünfjahreskontrolle mit dem BWG (zuständige Behörde) der folgenden Stauanlagen: Illsee-Turtmann (10.9.02), Z'Mutt (4.9.02), Grande-Dixence (21.5.02) und Besuch les Toules (25.4.02) beim leeren See.

Streitsachen: der Rekurs der Gesellschaft Grande-Dixence gegen die Erhöhung der Sondersteuer von 32.4 bis 48 Fr/kW (seit Mai 1997) wurde durch einen Bundesgerichtsbeschluss am 18.1.2002 verworfen.

ELEKTRIZITÄTSERZEUGUNG 2001-2002 - Hydrologisches Jahr - Erzeugung in GWh (Mio Kwh)

Art	Période	Winter (1.10 - 31.3)		Sommer (1.4 - 30.9)		Jahr (1.10 - 30.9)	
		GWh	%	GWh	%	GWh	%
Wasserkraftwerke		3'957.074	41.4	5'595.936	58.6	9'553.010	100
Thermische Kraftwerke		275.333	59.7	185.918	40.3	461.251	100
TOTAL		4'232.407	42.3	5'781.854	57.7	10'014.262	100

VERGLEICH 2000-2001 / 2001-2002 - Erzeugung in GWh (mio kWh)

	2000-2001	2001-2002	Variation in %
Wasserkraftwerke			
Winter	4'640.891	3'957.074	-14.7
Sommer	5'914.564	5'595.936	-5.4
Jahr	10'555.455	9'553.010	-9.5
Thermische Kraftwerke			
Winter	231.115	275.333	19.1
Sommer	194.701	185.918	-4.5
Jahr	425.816	461.251	8.3
TOTAL			
Winter	4'872.006	4'232.407	-13.1
Sommer	6'109.265	5'781.854	-5.4
Jahr	10'981.271	10'014.262	-8.8



DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

FÜR DAS JAHR 2002



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: CLAUDE ROCH
STELLVERTRETER: JEAN-JACQUES REY-BELLET**



EINFÜHRUNG

Die Erstellung einer Bilanz aller Hauptprojekte des Regierungsprogramms für die Jahre 1998 - 2001 gibt die Gelegenheit einer Gesamtübersicht über die Massnahmen und Projekte unseres Departements zur Anpassung des Schul- und Ausbildungssystems an die Ansprüche einer sich im schnellen Wandel befindlichen Gesellschaft.

Im Anschluss an die Aktion des Staatsrates, welche die Modernisierung der Verwaltung zum Ziel hat, und abgestützt auf die Reformen und Restrukturierungen der Richtlinien für die Jahre 2002 – 2005, unternahmen die Verantwortlichen des Departements für Erziehung, Kultur und Sport eingehende Überlegungen, um die laufenden Änderungen zu definieren und eine Vision der zukünftigen Walliser Schule zu erstellen: der Schüler, der lernt und sich dem sozialen Umfeld anpasst; Eltern, die sich engagieren; kompetente Lehrer, die in Teams arbeiten; gesunde und sichere, in der Gesellschaft gut integrierte Schulen; verantwortungsbewusste Schuldirektionen; der offene Zugang für alle zu einer qualitativ hoch stehenden Ausbildung; die weltweite Öffnung dank neuen Informations- und Kommunikationstechnologien; diversifizierte Kurse, kurz: eine dynamische Schule, die jederzeit bereit ist, sich den Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen. Der Einsatz ist klein, doch das Ausmass ist unermesslich: es geht um die Zukunft der kommenden Generationen.

Die Grossbaustelle des Bildungswesens breitet sich Jahr für Jahr weiter aus, neue Elemente kommen hinzu, zusammenhängend und gebunden an die Ausrichtungen und Hauptziele der Regierungs- als auch der Departementspolitik. So haben denn auch im vergangenen Jahr das Departement und die Dienststellen all ihre Kräfte, all ihre Kompetenzen und all ihre Anstrengungen darauf ausgerichtet, damit einige wichtige Dossiers und Projekte realisiert werden konnten.

Im Bereiche des obligatorischen Unterrichtswesens wurden die neuen Stundentafeln, welche sich aus der Straffung der Programme ergaben, vom Staatsrat anlässlich seiner Sitzung vom 6. November 2002 angenommen. Aus diesem Grunde mussten die Lehrpläne und die Stoffverteiler für die durch die Stundentafeln abgeänderten Fachbereiche angepasst werden. Eigens dafür eingesetzte Kommissionen wurden mit dieser Arbeit beauftragt. Die stufenweise Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) wurde intensiv weitergeführt. Um den eingegangenen Verpflichtungen bezüglich der Schulhausbauten gegenüber den Gemeinden nachzukommen sind die ausstehenden Subventionszahlungen aufgelistet und ein entsprechender Zusatzkredit beantragt worden.

Auf der Ebene der Sekundarstufe II, im Anschluss an die Reform der gymnasialen Ausbildung und der Einführung der neuen Maturität, wurden die von den kantonalen Kollegien ausgehändigten Zertifikate offiziell von der Eidgenossenschaft anerkannt. Mit der schrittweisen Kantonalisierung der Handelsmittelschule der Stadt Sitten haben jetzt alle Handelsmittelschulen einen kantonalen Status. Die unternommenen Schritte und die Befragungen für eine bessere Koordination der Schul- und Ferienplanung haben zu einem einheitlichen Schulplan geführt, der für die Schuljahre 2002/2003 und 2004/2005 für alle kantonalen Schulen verbindlich ist.

Im Sektor der Berufsbildung wurden die Beziehungen zu den Wirtschaftskreisen durch vermehrte Kontakte und Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden gefördert. Dies auch im Rahmen der Vor-

arbeiten bezüglich Einführung des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung im Jahre 2004 oder 2005. Die Eröffnung einer Berufsschule für Chemieberufe (CIMO, Monthey), sowie die Reform der kaufmännischen Ausbildung tragen massgebend zur Aufwertung der Berufslehre bei.

Im Zusammenhang mit der tertiären Bildung und im Rahmen der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit, hat der Grosse Rat am 22. März 2002 das Gesetz zur Schaffung der Fachhochschule Wallis für Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2) angenommen. Im Oktober 2002 fand die Eröffnung statt. Die gemeinsame Struktur der HEVs2 beinhaltet 5 Studiengänge, 4 Standorte, 3 Schulen und 2 Sprachen. Die Schweizerische Tourismusfachschule, die ebenfalls in die Hochschule Wallis integriert ist, hat mit Erfolg die Kriterien für die Zertifizierung ISO 9001 erfüllt. In der Werkstofftechnik (MatNet), welche vom Bund anerkannt ist, spielt die Hochschule Wallis im Kompetenzzentrum auf nationaler Ebene eine entscheidende Rolle; sie ist für die Koordination auf Schweizer Ebene zuständig (leading house). Mit der Aufnahme eines zweiten Jahrgangs befindet sich die Pädagogische Hochschule (PH-VS) noch in der Entwicklungs- und Konsolidierungsphase. Das Gesetz zum Beitritt zur Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) ist angenommen und in Kraft gesetzt worden.

Im Bereich der Jugendpolitik wurde das Schwergewicht auf die Ausweitung des Angebotes von familiären externen Tagungs- und Betreuungsstätten für Kinder bis zum Ende der Primarschulzeit gerichtet. Zudem wurde die Schaffung von regionalen Trägerorganisationen für Tagesmüttervereine, sowie die Ausarbeitung eines Organisations- und Finanzierungskonzepts für die Übernahme von Kindern mit schweren Sprachstörungen verwirklicht.

Auf dem Gebiet der Kultur wurde das Projekt der Neuorganisation der Kantonsmuseen mit der Organisation Museumsnetz Wallis erarbeitet und vorgestellt. Die erste Etappe der Arbeiten für die Wiedereinrichtung des Kantonalen Kunstmuseums konnte abgeschlossen werden. Eine Studie für die Umgestaltung des ehemaligen Gefängnisses in Sitten ist in Bearbeitung.

Im Sportbereich wurde ein Vorprojekt für ein kantonales Konzept mit verschiedenen Teilen (Installationen und Einrichtungen, Sport für Lehrlinge, sportliche Events, Sport-Ausbildung, usw.) ausgearbeitet und dem Staatsrat vorgelegt.

Im Zusammenhang mit den Regierungsrichtlinien und dem Finanzplan 2000—2005 wurde das elektronische Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem (e-DIKS) auf den neuesten Stand gebracht und auf allen drei Stufen konsolidiert.

Die nachfolgenden Seiten geben einen detaillierteren Überblick über die Vielfältigkeit und Komplexität der verschiedenen Aktivitätsbereiche des Departements in Jahre 2002 als diese kurze Einführung.

**Der Vorsteher des Departements
für Erziehung, Kultur und Sport**

Claude Roch

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl	Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst		26.70
Kantonale Dienststelle für die Jugend		50.45
Dienststelle für tertiäre Bildung		59.06
Dienststelle für Unterrichtswesen		31.80
Dienststelle für Berufsbildung		58.94
Mediathek Wallis (Kantonsbibliothek)		22.42
Kantonsarchiv		6.60
Kantonale Museen		14.80
TOTAL		270.77

3.216 Postulat von Hrn. Grossrat Claude-Alain SCHMIDHALTER und Konsorten betreffend Ausbildung an Berufsschulen (12.06.02)

Die Frage betreffend der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen und der Kursprogramme wird Inhalt einer gründlichen Prüfung im Rahmen der Ausarbeitung der Anwendungsbestimmungen des neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) sein.

3.218 Postulat der DC-Gruppe Mittelwallis, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Pascal REY, betreffend Informatisierung der Daten über die Stellvertreter in der obligatorischen Schule (13.06.02) (Motion in ein Postulat umgewandelt)

Die Angaben bezüglich der Stellvertreter in der obligatorischen Schule sind bereits informatisiert. Das Projekt, diese Angaben auf Internet zu veröffentlichen, jedoch nur mit Zugang für die Schuldirektionen und -kommissionen, wird zur Zeit bearbeitet.

MOTIONEN UND POSTULATE

3.186 Postulat der HH. Grossräte Charles MONNET (PRD), Christian MAYOR (PRD) und Konsorten betreffend „Praktikum“ für die OS-Schüler in den Berufsbildungszentren (27.06.01)
Postulat abgelehnt am 12. September 2002

3.197 Postulat von Hrn. Grossrat Jean-Marie SCHMID (CVPO), Frau Grossrätin Susanne HUGO-LÖTSCHER (SPO), Frau Grossrätin (Suppl.) Juliana EYHOLZER (FDPO) und Frau Grossrätin (Suppl.) Cornelia ALLENBACH-GUNTERN (CSPO), betreffend Anstellungsverträge für Lehrpersonen (12.11.01)

Das Departement, durch seinen Verwaltungs- und Rechtsdienst, wird die Empfehlungen in diesem Sinn an die Gemeindebehörden, die für die Ernennung des Lehrpersonals der obligatorischen Schulen zuständig sind, weiterleiten.

3.203 Postulat der CVPO-Fraktion, durch Frau Grossrätin Edith NANZER-HUTTER, betreffend der Transparenz von Finanzströmen ins deutschsprachige und französischsprachige Wallis im tertiären Bildungssektor (16.11.01)

Es wird die gewünschte Transparenz der Finanzströme im tertiären Bildungssektor an den Tag gelegt, besonders jenem zwischen dem deutsch- und dem französischsprachigen Kantonsteil. Die Erteilung eines externen Mandates für die Prüfung der Finanzströme ist weder nützlich noch angebracht.

3.205 Motion der Justizkommission, durch Frau Grossrätin Marie-Christine ZEN RUFFINEN, betreffend Gesetz über die Archivierung (29.01.02)

Die baldige Revision des Reglements vom 17. November 1982 betreffend die Archive der Staatsorgane wird Lösungen zu den von der Antragstellerin vorgebrachten Problemen bringen.

3.207 Postulat von Hrn. Grossrat Jean-Marie SCHMID und Konsorten betreffend Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in den Walliser Schulen (01.02.02)

Postulat wurde am 7. November 2002 hinfällig, da bereits realisiert

3.212 Postulat von Hrn. Grossrat Gabriel LUISIER und Konsorten betreffend Erfahrungsanteile des Lehrpersonals (22.03.02) (Motion in ein Postulat umgewandelt)

Postulat abgelehnt am 7. November 2002

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST DES DEKS

GESETZGEBUNG

Neben den ordentlichen und allgemeinen Aufgaben rechtlicher Natur, wie die Vorbereitung von Verfügungen und Stellungnahmen, schriftlichen und mündlichen Rechtskonsultationen, Beratung und Interpretation der durch das Departement anzuwendenden Bestimmungen, Repräsentationen des Departements in verschiedenen ausserkantonalen Organisationen, war die Dienststelle im Jahr 2002 mit der Ausarbeitung folgender Gesetzestexte beschäftigt:

- Reglement vom 30. Januar 2002 über die Diplommittelschule;
- Studienreglement vom 6. März 2002 für die Studiengänge der Fachhochschule Wallis;
- Gesetz vom 22. März 2002 zur Schaffung der Fachhochschule Wallis für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS);
- Reglement vom 27. März 2002 zur Anwendung des Gesetzes über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten;
- Reglement vom 10. April 2002 über die Schulzeit am Gymnasium und die Maturitätsprüfungen ;
- Gesetz vom 24. Mai 2002 zum Beitritt zur Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV);
- Verordnung vom 5. Juni 2002 über die universitären Bildungsgänge;
- Verordnung vom 14. August 2002 über die Aufnahme und Grundausbildung an der Pädagogischen Hochschule (VOPH);
- Reglement vom 16. Oktober 2002 über die Besoldung und die Unterstützung der Weiterbildung Erwachsener;
- Reglement vom 23. Oktober 2002 betreffend das Anstellungsverhältnis des Personals der Fachhochschule Wallis;
- Reglement vom 4. Dezember 2002 über die Besoldung des Personals der Fachhochschule Wallis für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS).

WALLIS-UNIVERSITÄTEN

Allgemeines

Im Jahre 2002 sind die Anwendungsbestimmungen zum Gesetz über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten verabschiedet und umgesetzt worden.

Der nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) <(IM)2> (Interaktives multimodales Informationsmanagement) an das IDIAP in Martinach ist Wirklichkeit geworden.

Das eidgenössische Anerkennungsverfahren der Stiftung für universitären Fernunterricht sowie die Restrukturierung des Universitätsinstituts Kurt Bösch (UIKB) haben sich wie vorgesehen entwickelt.

Drei im Jahre 2001 gestartete Forschungsprogramme in Partnerschaft zwischen dem ETH-Rat und dem Wallis, sind weiterzuerfolgen.

Erwähnen wir noch, dass der Kanton Wallis der ARS.UNI.VCO beigetreten ist (einer Vereinigung für die Ausbildung und Forschung auf universitärer Ebene der Provinz Verbana Cusio Ossola), dieses Zusammengehen wird verschiedenen Institutionen des Wallis es ermöglichen, interessante und wertvolle Perspektiven der Zusammenarbeit mit der Provinz Verbana Cusio Ossola zu verwirklichen. Drei kantonale Anerkennungs-gesuche sind dem Bildungs- und Forschungsrat (BFR) vorgelegt worden, es sind dies:

- European Graduate School (EGS), Leuk-Stadt: Ausbildung in Musiktherapie
- Hotel Management School, Les Roches
- Centre Euroqual, Martigny (Master international en qualité)

Die interkantonale Universitätsvereinbarung 1999-2003 befindet sich im vierten Anwendungsjahr. Die finanzielle Beteiligung des Kantons für das Jahr 2002 war folgende (jährlicher Pauschalbeitrag pro Student und nach Fakultätsgruppe gegliedert):

Fr.	9'500.-	in Geistes- und Sozialwissenschaften;
Fr.	23'000.-	in exakten Naturwissenschaften sowie in technischen Wissenschaften;
Fr.	46'000.-	ab 3. Studienjahr in Human- und Zahnmedizin sowie Veterinärwesen (klinische Ausbildung)

Unter Berücksichtigung der 10% Reduktion, die das Wallis für starke Abwanderung erhalten hat, beläuft sich der Gesamtbetrag auf Fr. 29'926'525.-.

Die Betreuung und die Kontrolle dieser Vereinbarung sind gewährleistet.

Subventionen 2002

Beteiligungen, Betreuung und erforderlichen Kontrollen, für die im Jahr 2002 durch den Kanton subventionierten Institutionen, wurden im Rahmen Wallis-Universitäten durchgeführt:

- **Bildungsinstitute:**
Universitätsinstitut Kurt Bösch (UIKB), Studienzentrum (ZUF), Centre Romand d'Enseignement à Distance (CRED).

- **Forschungsinstitute**
Oberwallis: Institut für Technologie und Wirtschaftsinformatik (TEWI), Institut für Wirtschaft und Sozialfragen (IWS), Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM), Forschungsinstitut zur Geschichte des Alpenraumes (FGA).

Unterwallis: Institut de recherche en informatique (ICARE), Institut de recherche en intelligence artificielle perceptive (IDIAP), Centre de recherche et d'étude sur les populations alpines (CREPA).

- **Andere Institutionen:** Akademische Gesellschaft Wallis.

Die Planungen dieser Institutionen für die Jahre 2002 – 2005 sind vom Bildungs- und Forschungsrat (BFR) analysiert worden, welcher auch die Festlegung der Kernpunkte und die strategische Ausrichtung vorbereitet.

Andere Aktivitäten

Unter den anderen Aktivitäten im Jahre 2002 erwähnen wir hier insbesondere die aktive Teilnahme an „Wallis-Universitäten“ und die Verabschiedung der Anwendungsbestimmungen zum Weiterbildungsgesetz vom 2. Februar 2001 (durch die zuständige Kommission).

Statistische und finanzielle Informationen Walliser Universitätsstudenten und finanzielle Beteiligung des Kantons

In Anwendung der interkantonalen Abkommen über die Finanzierung der kantonalen Universitäten, beteiligte sich der Kanton Wallis wie folgt:

2001 für	2'352 Studenten:	Fr. 28'094'987.-	d.h. Fr. 11'942.-
			durchschnittlich pro Student
2002 für	2'405 Studenten:	Fr. 29'926'525.-	d.h. Fr. 12'464.-
			pro Student

Statistische Angaben

Laut Informationen des Bundesamtes für Statistik zeichnete sich folgende Entwicklung für Studierende aus dem Wallis an den Schweizerischen Hochschulen ab:

2000/01 auf	3'555 Studierende:	1'631 Frauen, d.h. 45.94% und
		1'924 Männer, d.h. 54.19%
2001/02 auf	3'659 Studierende:	1'706 Frauen, d.h. 46.62% und
		1'953 Männer, d.h. 53.38%

Total Walliser Studenten, die 2000 abgeschlossen haben: 521 (220 Frauen und 301 Männer)
 Total Walliser Studenten, die 2001 abgeschlossen haben: 542 (220 Frauen und 322 Männer)

Veröffentlichungen

- Bericht „Wallis-Universitäten“ 2001 (31 Seiten)
- Entwicklung der Universitätsstudenten des Wallis
- Tätigkeitsbereich des Bildungs- und Forschungsrates (BFR)

KULTURELLE TÄTIGKEITEN

KULTURRAT

Der Kulturrat hielt im Jahre 2002 vier ordentliche Plenarsitzungen ab; die Mitglieder des Kulturrates prüften anlässlich dieser Sitzungen insgesamt über 400 Subventionsgesuche. Diese Zahl widerspiegelt sehr gut das rege kulturelle Leben in unserem Kanton. Auch im Jahre 2002 wählte eine vom Kulturrat eingesetzte Fachjury aus den zahlreichen Eingaben die besten CD-Produktionen aus.

FACHHOCHSCHULEN IM BEREICH MUSIK UND THEATER

Die von der Konferenz der Westschweizer Erziehungsdirektoren beschlossene Fachhochschule für Theater wird ihre Tätigkeit im Bereich der Berufsausbildung von Schauspielern und Regisseuren im Jahre 2003 in Lausanne aufnehmen.

Die zwei ursprünglich für die Westschweiz vorgesehenen Musikfachhochschulen sollen neu in einer einzigen vernetzten Schule für sämtliche Westschweizer Kantone angesiedelt werden. Die Umsetzung dieses Projektes wird geprüft.

KULTURPREISE DES STAATES WALLIS

Auf Vorschlag des Kulturrates verlieh der Staatsrat den Kulturpreis des Kantons Wallis für das Jahr 2002 an die in Paris lebende und aus Vex stammende Schriftstellerin und Malerin Pierrette MICHELOUD.

Die Förderpreise erhielten der Historiker Wilfried MEICHTRY aus Leuk/Susten, der Schauspieler Bernard SARTORETTI aus Sitten und die Gruppe DJINN DJOW mit Anne-France BRUNET und Vincent ZANETTI aus Monthey.

UNTERSTÜTZUNGSBEITRÄGE AN NACHWUCHSKÜNSTLER

Im Jahre 2002 gewährte der Staatsrat auf Vorschlag des Kulturrates wiederum Unterstützungsbeiträge an folgende Nachwuchskünstler: Petra FANKHAUSER, Installationen, Malerei, Visp/Luzern, Birgit PERROULAZ, Malerei, Photographie, Siders/Freiburg, Geneviève CAPITANIO, Skulpturen, Malerei, Nendaz/Clarens, und Josef LORETAN, Bildhauer, Graphiker, Brig/Zürich.

1. August in Berlin

Der Kulturbeauftragte präsidierte die Arbeitsgruppe des Kantons Wallis, die mit den Verantwortlichen der Schweizerischen Botschaft in Berlin den Walliser Auftritt am 1. August 2002 in Berlin organisierte. Der Walliser Delegation unter der Leitung von Staatsratspräsident Thomas Burgener gehörten Vertreter der Regierung, des Parlamentes, der Loterie Romande, Vertreter aus Wirtschaft und

Tourismus sowie verschiedene kulturelle Gruppen aus unserem Kanton an.

WALLISERTAG EXPO.02

Der Kulturbeauftragte war auch Mitglied der Gruppe unter der Leitung von Jacques de Torrenté, die für den unvergesslichen Auftritt des Kantons Wallis am Kantonaltag in Biel zuständig war.

KULTURAUUSTAUSCH WALLIS - SOLOTHURN

Im Rahmen des Kulturaustauschprogramms Wallis – Solothurn fand auf Schloss Waldegg ein Begegnungsfest statt, das die ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen den beiden Kantonen insbesondere auf kultureller Ebene bestehen, festigen soll. Im Rahmen dieser Begegnungen fanden in Solothurn und auf Schloss Mercier in Siders Konzerte mit den jeweiligen Kulturpreisträgern statt.

KONFERENZ DER KULTURBEAUFTRAGTEN DER SCHWEIZ

Der Kanton Wallis war erstmals Gastgeber der Schweizerischen Konferenz der Kulturbeauftragten. Die Kulturdelegierten sämtlicher Schweizer Kantone hielten ihre Jahresversammlung unter dem Vorsitz von Frau Regula Koch aus Zug am 14. / 15. November 2002 auf Schloss Mercier in Siders ab.

KONTAKTE

Der Kulturbeauftragte pflegt wie bisher regelmässigen Kontakt zu den ausserdepartementalen Stellen im Rahmen der Konferenzen der Kulturdelegierten der Westschweiz, der Innerschweiz und der gesamten Schweiz. Auf internationaler Ebene arbeitet der Kulturbeauftragte weiterhin mit den Erziehungs- und Kulturkommissionen des „Conseil du Léman“ und der Arbeitsgemeinschaft der westlichen Alpen „COTRAO“ zusammen.

Der Kulturdelegierte ist Mitglied der Walliser Delegation der Loterie Romande.

JUGEND UND SPORT UND SPORT-TOTO

Aus- und Weiterbildung des Kadrs

Im Jahr 2002 wurden 1819 Experten und Leiter aus- und weitergebildet. Im Jahr 2001 waren dies 1960 Personen. Die Differenz beträgt somit 141 (- 7,19 %).

Das J+S-Amt hat 14 (-9) einwöchige Leiterkurse und 23 (+5) 1- oder 2-tägige Fortbildungskurse organisiert.

Jugendausbildung

29'997 (- 9.13 %) Mädchen und Jungen im Alter von 10 - 20 Jahren haben in 28 verschiedenen Sportfächern teilgenommen (+1). Es wurden 1'653 (-11.17 %) Kurse oder Lager von 4'239 (-14.2 %) J+S-Leitern organisiert und durchgeführt.

Finanzielle Beteiligung des Bundes

Die finanzielle Beteiligung des Bundes, als Unterstützung zur Ausbildung des Kadets und der Jugendlichen, beläuft sich auf Fr. 3'328'989.80. Die Zunahme beträgt somit Fr. 87'422.40 (+ 2,69%).

Sport-Toto

Der zugesprochene Anteil durch die Sport-Toto-Gesellschaft für das Wallis erhöhte sich um Fr. 76'052.-, dies entspricht +3.61 %. Der Anteil stieg somit von Fr. 2'104'590.- auf Fr. 2'180'642.-.

Gemäss den geltenden Vorschriften wurden diese Gelder wie folgt verteilt :

- 60 % des Betrags ging an die verschiedenen kantonalen Sportvereinigungen, Fr. 1'308'385.20
- 40 % des Betrags wurde für Bauten und andere Aufgaben eingesetzt. Fr. 872'256.80

Kantonales Sportzentrum Ovronnaz

Im Jahr 2001 belaufen sich die Übernachtungen auf 11'986. Die Zunahme beträgt 1'879 (+ 18,59 %).

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

Tätigkeit

Die kantonale Kommission für Stipendien und Ausbildungsdarlehen ist im Jahr 2002 neunmal zusammengetreten. Die Mehrzahl ihrer Sitzungen hat sie der Prüfung von Gesuchen gewidmet. Sie hatte ebenfalls Gelegenheit, verschiedene, mit der Ausrichtung von Ausbildungshilfen zusammenhängende Probleme zu prüfen und vor allem einige Vorschläge zu formulieren für die bevorstehende Änderung des Reglements.

Geprüfte Gesuche

	Gestellte Gesuche	Ensprochene Gesuche
Hochschulstudenten	1'362	1'167
Ingenieurstudenten	288	220
Mittelschüler	653	483
Lehramtskandidaten	73	59
Lehrlinge	403	202
Künstlerberufe	110	83
Kaufmännische Berufe	256	192
Paramedizinberufe	261	196
Sozialberufe	64	48
Berufliche Weiterbildung	118	88
Andere Berufsfachschulen	237	178
Total	3'825	2'916

Entwicklung der Zahl der Gesuche von 1995 bis 2002

1995	3'170	1999	3'691
1996	3'347	2000	3'851
1997	3'382	2001	3'788
1998	3'603	2002	3'825

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR DIE JUGEND (KDJ)

Verschiedene Aufgaben, welche im Jugendgesetz vorgesehen sind, konnten verwirklicht werden. So konnte einer privaten Vereinigung, welche die verlangte Begleitung des Besuchsrechtes unter Betreuung von Fachpersonen wahrnimmt, eine Betriebsbewilligung und ein Leistungsauftrag zuerkannt werden. Im deutschsprachigen Kantonsteil konnte nach mehreren Anläufen und parlamentarischen Interventionen die sozialpädagogische Familienbegleitung verwirklicht werden. Im Bereiche der familienexternen Tagesbetreuung von Kindern hat das Departement eine Vereinbarung mit dem Dachverband für Tagesmütter abgeschlossen. Der Dachverband besteht aus mehreren regionalen Vereinen, welche in ihrer Region die familienexterne Tagesbetreuung durch Tagesmütter sicherstellt.

Im Bereiche des Kinderschutzes können die Eltern und die Fachpersonen, die mit Kindern arbeiten, in Zukunft auf die Beratung von 3 regionalen Kinderschutzzentren zählen. Diese bestehen aus interdisziplinären Fachpersonen, die basisnah Aufgaben der Prävention und des Kinderschutzes in Fragen der Kindesmisshandlungen und der sexuellen Ausbeutung von Kindern wahrnehmen.

Das revidierte Opferhilfegesetz (OHG) verlangt, dass die Befragung der Kinder immer in Gegenwart einer Fachperson wahrgenommen wird. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Untersuchungsrichteramt wurden die Psychologen des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen mit diesen Aufgaben betraut. Seit dem Inkrafttreten des OHG hat das Ziel der Anhörungen stark zugenommen. Wenn die Situation es erfordert, ist diese Arbeit ebenfalls an Wochenenden zu erbringen.

Die Schliessung von 3 sozialpädagogischen Institutionen im französischsprachigen Kantonsteil erhöht die Platzierung von jungen Menschen in ausserkantonalen Einrichtungen. Es handelt sich um junge Menschen mit einer grossen psychischen Fragilität, mit erheblichen Verhaltensstörungen und Suchtabhängigkeitsproblemen. Sie erfordern in der Regel eine Betreuung während 24 Stunden und werden während dieser Zeit in einem geschützten Rahmen platziert. Das Departement hat Fachgruppen beauftragt, Lösungen für die Betreuung dieser jungen Menschen zu erarbeiten. Ein diesbezügliches Bedürfnis gibt es auch im deutschsprachigen Kantonsteil.

Die Eröffnung einer Jugendpsychiatrischen Abteilung im Spital von Siders entspricht einem während Jahren festgestellten Bedürfnis. Nach wie vor ist ein kinderpsychiatrischer Liaison dienst für jüngere Kinder in unseren Regionalspitälern erforderlich.

Die Ämter und Sektionen der Dienststelle haben eine bemerkenswerte Arbeit verrichtet. Wir stellen vermehrt eine zunehmende Fragilität junger Menschen fest und müssen öfter Hilfe bei Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern anbieten. Die erbrachten diesbezüglichen beraterischen und therapeutischen Leistungen für Kinder, Eltern und Fachleute haben zugenommen.

Die Jugendkommission und die Kommission für die Förderung und den Schutz der Jugend wurden konstituiert und haben ihr Mandat wahrgenommen. Zudem sind Fachleute der Dienststelle in verschiedenen Kommissionen der Prävention, des Kinderschutzes, der Ausbildung im sozialen Bereich und der Gesundheit tätig.

1. Administrative Sektion (AS)

Die administrative Sektion nimmt die Rechnungsstellung und das Inkasso der Gebühren der verschiedenen Bereiche der Dienststelle wahr. Auf Antrag der Fachpersonen hat sie die Zuwendung eines Betrages von Fr. 8'000.-, welcher über den Alkoholzehntel zuerkannt wird, an bedürftige Familien in Notsituationen bereitgestellt.

Eine wichtige Aufgabe dieser Abteilung besteht in der Überprüfung und Besprechung des Voranschlags und der Jahresrechnung der verschiedenen vom Kanton anerkannten sozial-pädagogischen Einrichtungen. Grossmehrheitlich sind diese Einrichtungen auch vom Bundesamt für Justiz, Abteilung Strafmassnahmenvollzug, anerkannt und subventioniert.

Der kantonale Planungsbericht der sozialpädagogischen Institutionen wird jährlich erarbeitet. Er informiert über die verschiedenen sozialpädagogischen Einrichtungen und deren Angebote und Leistungen. Dieser Bericht erlaubt allgemein Vergleiche mit den Vorjahren und gibt zudem Auskunft über die Zahl der ausserkantonalen Platzierungen und die Aufnahme von kantonsexternen Kindern.

Unser Kanton verfügt über rund 240 der Dienststelle gemeldete Ferienkolonien, welche Kinder ohne die Begleitung ihrer Eltern aufnehmen. Die administrative Sektion führt gemeinsam mit anderen Diensten die Kontrolle der Ferienkolonien durch und bereitet die Betriebsbewilligungen vor, 107 Kolonien verfügen über eine Betriebsbewilligung. 14 Gesuche sind in Bearbeitung und 72 Ferienkolonien werden zur Zeit bei anderen Dienststellen hinsichtlich spezifischer Abklärungen bearbeitet (feuerpolizeiliche Sicherheit).

Die verschiedenen Abteilungen der Regionalstellen von Brig und Monthey haben ein neues Informatikprogramm getestet, welches erlaubt, die klinischen und beraterischen Dossiers der Ratsuchenden elektronisch zu bearbeiten. Ferner erlaubt dies die Leistungen statistisch zu erfassen. Das Programm wurde auf die besonderen Bedürfnisse der Dienststelle ausgearbeitet und verlangte eine intensive Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern dieser Regionalstellen. Sobald das Programm einwandfrei funktioniert, wird über die Einführung beschlossen.

Im Bereiche der Behandlung von schweren Sprachgebrechen für Kinder, welche die Volksschule besuchen, wurde die Umsetzung des Vertrages mit dem BSV wahrgenommen. Bis heute wurden 1'200 Akten behandelt. Der Beitrag des BSV beträgt Fr. 3'067'186.- und die ausbezählten Beträge für Leistungen belaufen sich auf Fr. 2'507'955.-. Dies ergibt ein positives Ergebnis von Fr. 559'231.-.

Die im Jugendgesetz vorgesehenen Beiträge an die Löhne und Sozialleistungen sowie das pädagogische Material für die familienexterne Tagesbetreuungsseinrichtungen wurden an 52 Einrichtungen, von denen 6 im deutschsprachigen Kantonsteil und 46 im französischsprachigen Kantonsteil ihre Leistungen erbringen, ausbezahlt. Im Bereiche der Tagesbetreuung bei Familien (Tagesmütter) bestehen 12 Vereine. Von diesen bieten 8 im französischsprachigen Kantonsteil und 4 im Oberwallis Leistungen im Bereiche der Kleinkinderbetreuung an. Von diesen 12 Vereinen erhielten 7 aus dem Unterwallis und 1 aus dem Oberwallis finanzielle Hilfen. Aufgrund des JG müssen die verschiedenen Einrichtungen einem von der Gemeinde anerkannten Bedürfnis entsprechen, im Besitze einer Bewilligung sein und einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben.

Die administrative Sektion, in Zusammenarbeit mit den Sekretärinnen der Regionalstellen, hat 4 Praktikanten für die Berufsmatura sowie ihre Diplomarbeiten betreut und bei der Ausbildung von 4 Lehrlingen mitgearbeitet.

2. Bericht des Jugenddelegierten (JD)

Die Tätigkeiten der Jugendkommission und des Jugenddelegierten bestehen aus 5 Bereichen.

2.1 Lokale und regionale Jugendprojekte

Die Jugendkommission des Kantons behandelte im Jahr 2002 67 Gesuche Jugendlicher oder Gruppen, die um eine finanzielle Unterstützung nachfragten. Diese Gesuche stammten aus den Bereichen

Freizeit, Musik, Technik, waren humanitäre und soziale Projekte oder stammten aus dem Bereich Weiterbildung von Jugendlichen.

23 stammten aus dem Oberwallis
19 aus dem Mittelwallis
15 aus dem Unterwallis.

Auf 10 Gesuche konnte die Kommission nicht eintreten, weil die im Jugendgesetz vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllt waren.

2.2 Kantonale Jugendprojekte

Die kantonale Jugendkommission unterstützte die Organisation und die Ausführung der Wanderausstellung „Miteinander leben“, die am 9. November 2002 in Martinach eröffnet wurde und dann in 8 anderen Städten des Wallis ihre Fortsetzung fand.

Seit Dezember 2002 läuft die neue Internetseite www.vs.ch/12-25 zugunsten der Walliser Jugend, welche die Jugendlichen über die Möglichkeiten des neuen Jugendgesetzes informiert und ebenfalls als virtuelles Kommunikationsmittel unter den Jugendlichen dient.

Im Weiteren traf die Kommission die Vorbereitungen für die Verleihung eines Jugendförderpreises und das Projekt „Fussball gegen Rassismus“, die im Jahr 2003 verliehen bzw. ausgetragen werden.

2.3 Strukturarbeiten

Im Goms, im Saastal, in Ayent und Saillon beteiligte sich der Jugenddelegierte gemeinsam mit den Gemeindeverantwortlichen und den Jugendlichen an Strukturarbeiten zugunsten der ortsansässigen Jugend.

2.4 Mitarbeit an kantonalen Projekten

Der Jugenddelegierte nahm als Vertreter des Kantons im OK des Oberwalliser Jungentages und dem Kantonalen Pfadfinderlager 2002 Einsitz.

Er arbeitete ebenfalls an den Vorbereitungsarbeiten für die Expo 02 und die FOJE 2005 in Monthey mit und engagierte sich in der Organisation „Parspas“, die sich mit dem Suizid junger Menschen beschäftigt.

2.5 Mitarbeit auf schweizerischer Ebene

Als Mitglied des Komitees „Die Jugend hat am 1. August das Wort“ konnte der Jugenddelegierte gemeinsam mit dem SAJV (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände) 38 Gemeinden des Kantons dazu bewegen, einem(r) Jugendlichen das Wort am Nationalfeiertag zu übergeben.

3. Das kantonale Amt für Kinderschutz (AKS)

Das Jahr 2002 hat erneut eine wesentlich Zunahme der betreuten Kinder durch die Mitarbeiter/-innen des AKS. Der Vergleich zu den vergangenen Jahren zeigt, dass seit 1999 eine Zunahme der Fälle von rund 27 % zu verzeichnen sind.

Zahl der betreuten Fälle im Jahr :

1999 : 908 ; 2000 : 988 ; 2001 : 1091 ; 2002 : 1159.

Die ständige Zunahme der zu betreuenden Fälle durch das AKS besorgt uns und hat auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter/-innen. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wurde versucht einzelne Mandate zu delegieren (Erziehungshilfen Art. 307 ZGB und Erziehungsbeistandschaften Art. 308 ZGB). In diesem Sinne wurden Informationssitzungen durchgeführt, um Freiwillige zu gewinnen, die bereit sind solche Aufgaben zu übernehmen.

Bei den durch das AKS betreuten Fälle handelt es sich vorwiegend um Mandate:

- der Bezirksgerichte (94 Fälle oder 8,11 % der Mandate), für die das Amt Abklärungen bei Trennungs- und Scheidungsfällen und das Anhören von Kindern übernimmt,
- der Waisenämt (615 Fälle oder 53,06 % der Mandate) im Rahmen von Sozialabklärungen und der Anwendung von Kinderschutzmassnahmen gemäss Art. 307 ff. des ZGB. Das Amt übernimmt ebenfalls Mandate der Waisenämt betreffend die Kindsanhörung;
- des Jugendgerichts (73 Fälle oder 6,3 % der Mandate) für Sozialabklärungen und die Betreuung von Kindern in sozialpädagogischen Einrichtungen sowie Mandate bezüglich der Erziehungsbeistandschaft und dem Strafmassnahmenvollzug;
- die Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle (207 Fälle oder 17,86 % der Mandate) beauftragt das Amt für Kinderschutz mit Abklärungen über die erzieherischen Ressourcen von zukünftigen Adoptiveltern und die Betreuung dieser Familien während den beiden Jahren vor der Adoption. Zudem erhält das Amt Abklärungsaufträge dieser Dienststelle bei Namensänderungen von Minderjährigen und Erwachsenen. Im Weiteren wird das AKS auch bei der Zusammenführung von Familienmitgliedern, die nicht im gleichen Land wohnen, zur Mithilfe angegangen.
- Die Strafuntersuchungsgerichte beanspruchen die Mitarbeit des Jugendamtes vor allem in Fällen, wo beide Eltern angeklagt sind.

In 4 Fällen erhielt das Amt einen Auftrag des internationalen Sozialdienstes (0,34 % der Mandate), in 18 Fällen (1,56 % der Mandate) wurden Kinder mit einer Misshandlungsproblematik betreut. In 123 Fällen (10,61 %) handelte es sich um Leistungen ohne Mandat bei denen es um eine sozialpädagogische Unterstützung von Kindern und ihren Eltern ging oder um die Betreuung im Rahmen von Platzierungen von Kindern in Pflegefamilien oder in Heimen.

Von den 1159 betreuten Fällen im Jahr 2002 handelt es sich um 338 Neuanmeldungen, 39 bereits früher betreute Fälle und 782 Fälle die bereits im vergangenen Jahr betreut wurden und die Betreuung weiter erbracht wurde.

Der Adoptionsbereich verzeichnet einen leichten Rückgang vor allem was die Erstabklärungen anbelangen (59 im Jahr 2002 und 69 im Jahr 2001).

Die Zahl der Platzierungen von Kindern in den sozialpädagogischen Einrichtungen des Kantons hat leicht zugenommen. Im Jahre 2002 wurden 128 Kinder in diesen Einrichtungen platziert gegenüber 117 im Vorjahr. Das Gesamttotal der ausserkantonale platzierten jungen Menschen belief sich auf 16 Kinder.

Die Aufteilung der familienexternen Platzierung ist folgende.

Pflegefamilie			kant. Einrichtungen		
Kna.	Mäd.	Total	Kna.	Mäd.	Total
22	32	54	75	45	120

Bereich Kleinkind

Dieser Bereich engagiert sich stark im Aufbau von Strukturen und Netzen für die familienexterne Tagesbetreuung von Kindern (Kinder von 0 – 12 Jahren), um den Gemeinden behilflich zu sein, ihren Gesetzauftrag (JG) wahrzunehmen. Bezüglich der Einrichtungen verfügt der Kanton über 76 Einrichtungen. Von diesen erbringen 6 ihre Leistungen im Oberwallis und 70 im französischsprachigen Kantonsteil.

4. Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET)

4.1 Interventionen

ANZAHL FÄLLE	ANZAHL INTERVENTIONEN	NEUE FÄLLE	ALTE FÄLLE	LAUFENDE FÄLLE	FÄLLE IN INSTITUTIONEN
4'065	31'455	1'868	541	1'600	92

Das ZET erbringt jährlich einen beträchtlichen Versorgungsauftrag an Kindern und Jugendlichen im Rahmen ihrer Untersuchungen, Abklärungen von Entwicklungsverläufen, verschiedener therapeutischer Leistungen und erziehungsberaterischer Hilfen betreffend verschiedene Bereiche der kindlichen Entwicklung (psychische, soziale, verhaltensmässige, logopädische, psychomotorische und schulische). Aufgrund der Abhängigkeit und dem Reifegrad der Kinder werden diese Massnahmen oft indirekt erbracht. Die Hilfen können die Form von Erziehungsberatung annehmen und damit beitragen, dass die Eltern damit zu wichtigen Ressourcen des ZET im Rahmen seines Auftrages zur Förderung der Psychohygiene werden.

4.2 Anmeldeinstanzen

Die Eltern (58 %) und die Schule (28 %) stellen diejenigen Partner dar, welche die Leistungen des ZET am häufigsten beanspruchen. Die Ärzteschaft, die heilpädagogischen und sozialpädagogischen Einrichtungen, die Sozialdienste, die Vormundschaftsämtler und die Gerichte sowie die sozialmedizinischen Zentren melden zusammen rund 14 % der zugewiesenen Fälle an.

Bezüglich der Altersgruppen sind es die Kindergärtner 24,4 % und die Primarschüler 48,3 %, welche am häufigsten die Dienstleistungen des ZET in Anspruch nehmen. Wir stellen fest, dass die Zahl der Jugendlichen, welche im ZET betreut werden, im Steigen begriffen ist. Im laufenden Jahr machen diese mit 11 % der Anzahl Fälle einen wichtigen Anteil der klinischen Arbeit aus.

4.3 Therapeutische Arbeit

Die Zahl der psychodiagnostischen Abklärungen zur Erfassung kognitiver Leistungsfähigkeit, vor allem über die Ermittlung des IQ, hat zugenommen. Dies ist vorwiegend darauf zurückzuführen, dass der Erfassung von Kindern mit hohen Begabungspotentialen vermehrt Beachtung geschenkt wurde. In diesem sensiblen Bereich wurde eng mit dem kantonalen Amt für Hilfs- und Sonderschulen zusammengearbeitet.

Verhaltensstörungen im schulischen Bereich oder innerhalb der Familie stellen mehr als einen Drittel der Neuanmeldungen dar. Diese Feststellung ist durchaus kompatibel mit den Beobachtungen von Erziehungsproblemen, denen Eltern in unserer Gesellschaft begegnen müssen.

Die Sitzungen mit den Eltern, mit der Familie oder mit einer Lehrperson machen rund 34 % der erbrachten Leistungen aus. Dieses Ergebnis unterstreicht die klinische Ausrichtung des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen. Es geht darum, die Ressourcen der dem Kinde nahestehenden Personen in die therapeutische Arbeit mit dem Kinde miteinzubeziehen. Mit 31'455 Therapiesitzungen, 370 Beobachtungen in Schulklassen und 940 Berichten und Expertisen erhält man einen breiten Einblick in die klinischen Tätigkeitsgebiete des ZET.

4.4 Präventive Arbeit

Die Prävention von Entwicklungsstörungen stellt die Hauptachse der Sichtweise des ZET in diesem Gebiet dar. Die regelmässige Zusammenarbeit mit den Fachpersonen, die mit Kindern arbeiten (Lehrpersonen, schulische Mediatoren, Sonderpädagogen, Sozialpädagogen, Kleinkindererzieherinnen....), ist von grosser Bedeutung.

Mehrere Mitarbeiter unterstützen die Ausbildung dieser Fachpersonen, bieten ihnen Supervisionen an und leiten fallzentrierte Seminare. Im Rahmen der Grundausbildung, der Fortbildung und der Supervisionen schulischer Mediatoren und Mediatorinnen erbringt das ZET einen wertvollen Beitrag zur Prävention im Schulbereich. Diese umfangreiche Arbeit der schulischen Mediation wird in einem jährlichen Bericht publiziert.

Die Integration des behinderten Kindes in die Regelschule verlangt nach einer umfassenden und interdisziplinären pädagogisch-therapeutischen Hilfe. Um diese Hilfe anzubieten, verfügen die Regionalstellen von Martinach und Monthey eigene Teams von Logopäden, Psychologen und Psychomotoriktherapeuten, die basisnah in den Schulzentren diese Leistungen erbringen.

In Zusammenarbeit mit dem Bereich Kleinkind konnte eine wertvolle präventive Arbeit in den familienexternen Tagesbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder erbracht werden (Kinderkrippen, Kinderhorte, Spielgruppen...). Im Auftrag von Elternvereinen, dem Verein Schule & Elternhaus und Vereinen, welche die Förderung der Entwicklung der Kinder zum Ziele haben, wurden im vergangenen Jahr mehrere Vorträge durch das ZET gehalten. Diese Vorträge behandeln Themen betreffend die kindliche Entwicklung, Erziehungsfragen und Verhaltensauffälligkeiten von Kindern.

4.5 Ausbildung von Praktikanten

22 Studenten verschiedener Hochschulen konnten in den Regionalstellen des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen ein klinisches Praktikum absolvieren. Grundsätzlich handelt es sich um erforderliche Praktika während der universitären Ausbildung und Praktika die nach Erhalt des Lizenziates erforderlich sind, um einen Diplomabschluss zu erhalten. Die Praktikanten kommen aus den Fachbereichen Psychologie, Logopädie und Psychomotorik. Die Praktikumsdauer variiert zwischen 3 und 9 Monaten. Verschiedentlich konnten Praktika auch im Rahmen der Beschäftigungsprogramme vermittelt werden.

5. Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie (AKJP)

5.1 Einleitung

Nachdem das Jahr 2001 von vielen Um- und Neustrukturierungen der gesamten kantonalen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungskette geprägt war, wurde im Jahr 2002 schrittweise mit der Realisierung der neugeschaffenen Strukturen begonnen. Die stationären Behandlungen sowie der Konsiliar- und Liaisondienst (K+L-Dienst) für die Regionalspitäler werden seit 2002 neu im Zentrum für Kinder und Jugendpsychiatrie (ZKJP) am Regionalspital in Siders-Leuk durchgeführt (vgl. dazu der Jahresbericht des Regionalspitals Siders-Leuk). Die Dienstleistungen der ambulanten Kinder und Jugendpsychiatrie (AKJP) werden von der im Jugendsgesetz definierten Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie innerhalb der Dienststelle für die Jugend wahrgenommen.

5.2 Aktivitäten der Regionalstellen der AKJP

Die Regionalstellen der AKJP befinden sich in Brig, Visp, Siders, Sitten, Martigny und Monthey. Laut kantonalem Reglement können die Tätigkeiten der AKJP ausschliesslich von ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Assistenz- und Oberärzte in Ausbildung zum Spezialarzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie) ausgeübt werden. Wegen eines gesamtschweizerisch existierenden akuten Ärztemangels auf diesem Spezialgebiet konnten zwei im Stellenetat vorgeplante Assistentenstellen für Monthey und Visp im Jahr 2002 nicht besetzt werden. Gesamthaft standen im letzten Jahr daher total nur 120 Stellenprozent für die kantonale ambulante Kinder und

Jugendpsychiatrie zur Verfügung (Brig: 50 %; Visp: vakant; Siders: 20 %; Sion: 30 %; Martigny: 20 %; Monthey: vakant). Das Schwergewicht der Tätigkeiten musste auf das Notwendigste in folgenden drei Bereichen eingeschränkt werden:

5.2.1 Ambulante Therapie

Es wurden 225 Kinder und Jugendliche ambulant behandelt. Insgesamt wurden 924 ambulante kinderpsychiatrische Abklärungen und Psychotherapien durchgeführt.

Die Nachfrage nach ambulanten Psychotherapien für Kinder und Jugendliche seitens der Eltern, der Ärzteschaft und der Schule nimmt ständig zu. Entsprechend gross ist die Warteliste. Das Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie im Spital Siders-Leuk (ZKJP) und die Zentren für Entwicklung und Therapie (ZET) der Dienststelle für die Jugend halfen im Rahmen ihrer Kapazitäten bei der Bewältigung der vielen Nachfragen mit.

5.2.2 Konsiliar- und Liaisondienst (K+L-Dienst)

Unter dem K+L-Dienst versteht man das Arbeitsgebiet eines Kinder- und Jugendpsychiaters in kinder- und jugendspezifischen Institutionen (z. B. Kinderspital, Kinder- und Jugendheim, Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET), Amt für Kinderschutz, etc.). Das Konsilium entsteht auf Anfrage der entsprechenden Institution. Der Konsiliarpsychiater erhebt – soweit möglich – eine auf das jetzige Leiden fokussierte Anamnese sowie die psychopathologischen Befunde und stellt eine möglichst konzise Diagnose, an die sich die Vorschläge zum Prozedere anschliessen.

Die Problemstellungen, für welche der K+L-Dienst für Kinder und Jugendliche (0 –18-jährig) am häufigsten gerufen wird, betreffen u.a. folgende Störungs- und Krankheitsbilder:

- Neuropsychiatrische Störungen, z. B. das psycho-organische Syndrom (POS)
- Direkte reaktive Störungen (z. B. Verhaltens- und Lernstörungen)
- Psychosomatische Krankheiten (z. B. unklare Schmerzen, Essstörungen)
- Neurotische Störungen (z. B. Angst, Depression, Suizidalität)
- Im Rahmen des Kinderschutzes.

Der K+L-Dienst stand im vergangenen Jahr in erster Priorität den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienststelle für die Jugend zur Verfügung (Psychologen/-innen, Psychotherapeuten/-innen, Logopäden/-innen, Psychomotoriktherapeuten/-innen, Sozialarbeiter/-innen der Abteilung für Kinderschutz, dem Frühberatungsdienst des Unterwallis) sowie der Direktion der Dienststelle für die Jugend im Rahmen der regelmässigen Kadersitzungen.

Der K-L-Dienst hat sich bestens bewährt und wurde rege in Anspruch genommen, nicht zuletzt, da sich die Ärzte der AKJP in der in einer Art Praxis- und Bürogemeinschaft mit den anderen Mitarbeitenden der Dienststelle für die Jugend befinden.

Der Konsiliar- und Liaisondienst für die Ärzteschaft und die Regionalspitäler (z. B. Kinderärzte, Hausärzte, Spitäler) wurde vom stationären Zentrum für Kinder und Jugendpsychiatrie im Spital Siders (ZKJP) wahrgenommen.

5.2.3 Prävention und Konzeptarbeit

Während des ganzen Jahres haben die Ärzte der AKJP an vielen Vorträgen, Podiumsgesprächen, Medienauftritten, Projekten (Konzeptarbeit) und Fort- und Weiterbildungen von Gesundheitsfachleuten (z. B. Krankenpflegeschool, Ausbildung der schulischen Mediatoren/-innen etc.) sowie in kantonalen Kommissionen und Konferenzen teilgenommen, z. B.

- kantonale Kommission für Gesundheitsförderung,
- kantonale Kommission für Katastrophenpsychiatrie,
- Konferenz der Chefärzte der Walliser Psychiatrie,
- Konferenz der Walliser Psychiater,
- Konzeptarbeit für einen kantonalen Konsiliar- und Liaisondienst,

- Konzeptarbeit für eine gesamtantonale Psychiatrieversorgung (Erwachsenen- und Alter-psychoiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie).

5.3 Schlussbemerkung

Mit dem am 1.1.2002 eröffneten Zentrum für Kinder und Jugendpsychiatrie des Spitals Siders-Leuk wurde seitens der AKJP von Beginn an eine sehr enge Zusammenarbeit angestrebt, entsprechend einer gemeinsamen Konvention zwischen dem Departement für Gesundheit, Soziales und Energie und dem Departement für Erziehung, Kultur und Sport einerseits und dem Spital Siders-Leuk andererseits. Vereinbarungsgemäss wurde die ärztliche Gesamtleitung der kantonalen Kinder- und Jugendpsychiatrie (ambulant, stationär, K+L-Dienst) einem einzigen Chefarzt übertragen. Diese Leitungsstruktur dient einer optimalen Koordination und der Nutzung von Synergieeffekten (und Vermeidung von Doppelspurigkeiten) und garantiert gleichzeitig eine kontinuierliche interne Fort- und Weiterbildung für die Assistenz- und Oberärzte. Dies ist ein wesentliches Kriterium für die Anerkennung als Ausbildungsstätte für den Facharzttitel FMH in Kinder- und Jugendpsychiatrie. Schliesslich dient die fachärztliche Gesamtleitung der heute im Gesundheitswesen geforderten Qualitätssicherung.

6. Das Amt für heilpädagogische Frühberatung (AHFB)

Das AHFB erbringt Leistungen für Kinder zwischen 0 und 7 Jahren, die Behindert sind. Die Behinderungen können die Motorik, die Sinnesorgane, das Verhalten und die Kommunikation betreffen. Die Leistungen werden grossmehrheitlich am Wohnort des Kindes und in enger Zusammenarbeit mit den Eltern erbracht.

Im Verlaufe des Jahres wurde eine Reflektion vorgenommen, welche Ziele hatte, die verschiedenen Stützkurse für diese Kinder aufzulisten mit dem Ziel einer optimalen Koordination dieser Tätigkeiten und die Erhöhung der Wirksamkeit der erbrachten Massnahmen zwischen den verschiedenen Leistungserbringern.

Eine Unterlage erlaubt nun die heilpädagogischen Leistungen aufzuzeigen und festzulegen welche Arbeiten auf den wichtigsten Achsen der heilpädagogischen Arbeit von den Frühberatern zu erbringen sind.

Dieser Leistungskatalog enthält nachfolgende Empfehlungen:

1. **Arbeit am Kinde:** Abklärung des Entwicklungsstandes des Kindes mit diagnostischen Instrumenten, individuelle Förderungsprogramme, hervorheben der vorhandenen Potentiale, angemessene spielerische Betätigungen, Aufbau von Kompetenzen und Ich-Wahrnehmungen.
2. **Arbeit mit der Familie:** Aufmerksames Zuhören, Begleitung, Unterstützung, Förderung der Kind-Elterninteraktionen, Stärkung der Kompetenzen, Zusammenarbeit und Partnerschaft bei der Festlegung von Erziehungszielen, Rückmeldung von spezifischen Fortschritten, Berücksichtigung der anderen Geschwister und der Lebensqualität der Familie.
3. **Sozialisierung, Integration, Schule:** Progressive Ausweitung der Lebensfelder des Kindes, seine Integration in Einrichtungen der Tagesbetreuung von Kleinkindern, Vorbereitung auf den Schulbesuch, Stärkung der Beziehungen Elternhaus-Schule.
4. **Interdisziplinarität:** Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten (Kinderärzte/-innen, Kinderpsychiater/-innen, Lehrer/-innen, Psychologen/-innen, Physiotherapeuten/-innen, Ergotherapeuten/-innen...) Information über verschiedene Einrichtungen und Vereine für das behinderte Kind, Teilnahme an vernetzten Fallbesprechungen und interdisziplinärer Meinungsaustausch.

Die Ausarbeitung dieses Leistungskataloges erlaubte es dem AHFB die Zusammenarbeit mit dem Frühberatungsdienst der heilpädagogischen Schule zu stärken.

Diese Zusammenarbeit konnte verstärkt werden und zum 1. Mal ist es möglich, eine Statistik der betreuten Fälle zwischen den verschiedenen Leistungserbringern im Kanton zu erstellen.

2002	Betreute Kinder	Neue Fälle
KAFB (UW)	75	27
HPFB (OW)	91	25
Private Heilpädagogin	12	3
Total	178	55

Die betreuten Fälle des kantonalen Amtes für heilpädagogische Frühberatung haben zugenommen. 2001 waren es 63 Kinder und im vergangenen Jahr stieg diese Zahl auf 75 Fälle. Die Zunahme beträgt 8 %.

Der Wunsch einer verbesserten Koordination war auch auf schweizerischer Ebene zu spüren. Auf Initiative des AHFB Wallis fand im vergangenen Jahr erstmals ein Austausch zwischen den verschiedenen Westschweizer Leistungserbringern auf diesem Gebiet in Sitten statt. Anlässlich dieses Anlasses wurde eine Konferenz ins Leben gerufen, die semesteriell über die verschiedenen Projekte und Herausforderungen informiert.

Perspektiven

Im Rahmen des Programms eDICS hat das AHFB seine prioritären Ziele festgelegt und ist bestrebt seine Leistungen quantitativ und qualitativ zu verbessern.

Im Rahmen der heilpädagogischen Arbeit wurden folgende Ziele festgelegt:

1. Ausarbeitung eines Erfassungsbogens bezüglich der Bedürfnisse und die Zufriedenheit der Familien,
2. Die Durchführung eines Austausches über die Auswirkungen der Behinderung auf die Geschwister,
3. die Schaffung einer Arbeitsgruppe, die Erfahrungen austauscht mit Kleinkindererzieherinnen und Kindergärtnerinnen, die Kinder betreuen, welche heilpädagogische Hilfe erfahren.

Auf der Organisationsebene sollen folgende Bereiche entwickelt werden:

1. Verbesserung der Information, damit die Zahl der behinderten Kinder, welche in ihrer Entwicklung gestört sind, früh gemeldet und betreut werden können,
2. Vorarbeiten zur Informatisierung der heilpädagogischen Dossiers,
3. Erneuerung der Konventionen (BSV, private Vereine).

Mit seiner Spezialisierung stellt das AHFB ein wertvolles Glied in der Betreuung von behinderten Kindern dar. Es nützt die Möglichkeiten der Synergien aufgrund der möglichen Synergien mit den anderen Abteilungen der Dienststelle.

DIENSTSTELLE FÜR TERTIÄRE BILDUNG

EINFÜHRUNG

Im Jahre 2002 setzte sich die Entwicklung der Walliser Fachhochschulen fort. Parallel zur Walliser Fachhochschule, die sowohl von der Zunahme der Studentenzahlen als auch von der Qualität von Bildung und Forschung aus gesehen ihren Normalbetrieb erreicht hat, laufen derzeit bei den zuständigen Stellen Anerkennungsverfahren

für die Pädagogische Hochschule, die kantonale Walliser Kunstschule, die Hochschule für Musik und die Fernfachhochschule von Brig.

Im Oktober 2002 wurde die Fachhochschule für Gesundheit und Sozialwesen des Wallis eröffnet. Das Wallis ist ganz besonders stolz darauf, eine führende Rolle bei der Errichtung dieser Westschweizer Hochschule (FH-GS) einzunehmen. In der Tat vereinigt diese Schule unter einer Leitung fünf Ausbildungsgänge, vier Standorte, drei Schulen und zwei Sprachen.

Schliesslich kann unser Kanton nicht allein die gesamte höhere Fachausbildung bieten. Im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller jungen Walliser, die eine Ausbildung der tertiären Stufe absolvieren, erweisen sich die "Öffnung" gegenüber ausserkantonalen Studiengängen sowie die "Aufnahme" von Studierenden anderer Kantone als wesentliche Aufgaben.

Die Dienststelle für tertiäre Bildung stellt zudem dem Departement durch ihre Forschungs- und Entwicklungsaufgaben die nötigen Informationen für die Führung der Schulen zur Verfügung, sie leitet die Weiterbildung der Lehrkräfte, stellt die Weitergabe der Studien- und Forschungsergebnisse an die Partner und Akteure der Schule sicher und unterstützt die Schulen bei der Einführung von Qualitätssystemen und neuen Informationstechnologien.

HOCHSCHULE WALLIS (HEVs)

Zur Erinnerung: Der Controlling-Bericht der HEVs, Pileiteinheit, dient als Tätigkeitsbericht.

Schlüsselergebnisse des Jahres 2002

- Die Hochschule Wallis und vor allem die Schweizerische Tourismusfachschule haben am 26. und 27. Juni die Zertifizierungsaudits des QM-Systems erfolgreich absolviert. Das Büro „Veritas Quality International“ – akkreditiertes externes Organ – hat der Hochschule Wallis für beide Standorte und alle Tätigkeitsbereiche die Zertifizierung ISO 9001:2000 verliehen.
- Die HEVs hat vom Bund eine offizielle Bestätigung der guten Resultate der Peer-Reviews (Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität der Dienstleistungen, die im Rahmen der 4 FH-Aufträge angeboten werden) erhalten. Die vier Studiengänge des Standorts Sitten sowie der Studiengang Wirtschaftsinformatik am Standort Siders, d.h. fünf von sechs Studiengängen, erfüllen die qualitativen Anforderungen des Bundes im Hinblick auf die definitive Anerkennung im Jahr 2003.
- Das neue nationale Kompetenznetzwerk für Materialtechnologie, MatNet, dem die sieben Fachhochschulen der Schweiz angehören, wurde vom Bund im November 2002 offiziell anerkannt. Die HEVs ist für die Koordination des Netzwerks auf nationaler Ebene verantwortlich (leading house).
- Die Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik erhielt im Juni 2002 das Label eduQua, Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen.
- Der neue Direktor der Schweizerischen Tourismusfachschule (STF) wurde vom Staatsrat im Dezember 2002 ernannt. Er wird sein Amt am 1. Januar 2003 antreten.
- Das Forschungszentrum der STF wurde in die Kompetenzgruppe Wirtschaft integriert, die sich am Standort Siders befindet. Dank dieses Zusammenschlusses hat der Tourismusbereich in Zukunft ebenfalls Zugriff auf nationale und internationale Forschungsfonds.

Statistiken zur Grundausbildung

HH	Standort Siders	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002
	Betriebsökonomie Vollzeit	65	44	37			146	26	172
Betriebsökonomie Berufsbegleitend	22	21	14	20		77	13	90	9
Wirtschaftsinformatik	72	54	41			167	33	200	30
Total	159	119	92	20		390	72	462	68
HH	Standort Sitten	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr		Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002
	Elektrotechnik	32	37	33		102	31	133	23
Maschinenbau	35	14	16		65	11	76	11	
Chemie	18	15	14		47	6	53	15	
Lebensmittel- & Biotechnologie	28	24	16		68	17	85	17	
Total	113	90	79	0	282	65	347	66	
HF	HFW Siders	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Total Studenten	Praktikanten 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002	
	Wirtschaftsinformatik Vollzeit	28	41		69	31	100	30	
Wirtschaftsinformatik Berufsbegleitend	19	20	17	56	16	72	9		
Total	47	61	17	125	47	172	39		
HF	STF Siders	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Total Studenten	Praktikanten 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002	
	Tourismusfachmann HF	91		82	173	83	256	90	

Aktivitäten 2002: Einige Kennzahlen

- Anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung sowie Dienstleistungen: Im Jahr 2002 hat die HEVs ca. 360 Projekte für mehr als 10 Millionen Franken ausgeführt.
- Weiterbildung: Die HFW ist auf diesem Gebiet immer noch sehr aktiv: ca. 1'500 Teilnehmer in 150 Kursen. 2002 haben die STF und die HFW einen Umsatz von rund 1.7 Millionen Franken erzielt.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE WALLIS (PH-VS)

Im Jahr 2002 wurde der Aufbau der PH-VS an den Standorten St-Maurice und Brig fortgeführt. Höhepunkte in diesem Jahr waren insbesondere die Aufnahme des zweiten Studienjahrgangs in die Grundausbildung, die Eingliederung der pädagogischen Fachberatung in die PH-VS, die teilweise Aufnahme der Weiterbildung und die Erweiterung des Standorts Brig.

Bedeutende Ereignisse

- 6. März : Verleihung der Kursbestätigungen für die Grundausbildung an 83 Praktikumslehrpersonen des Oberwallis und des französischsprachigen Wallis;
- 29. Mai : Einsetzung der Paritätischen Kommission für die Weiterbildung von Lehrpersonen;

- 10. Juni : Unterzeichnung des Mietvertrags für die Räumlichkeiten am Standort Brig;
- 27. Juni : Ernennung der Direktion der PH-VS;
- 19. Juli : Rücktritt des ersten Direktors mit Wirkung auf den 31. Januar 2003;
- 14. August : Verabschiedung der Verordnung über die Aufnahme und die Grundausbildung an der PH-VS;
- 29. August : Eine Delegation von Studierenden der PH-VS vertritt die Studierenden der schweizerischen PHs am Tag der EDK an der Expo 02;
- 1. September : Eingliederung der pädagogischen Fachberatung für die „Kindergarten-“ und Primarstufe in die PH-VS;
- 1. September : Amtseinführung der Dozenten, die für das zweite Jahr der Grundausbildung notwendig sind, sowie der Koordinatoren für die Weiterbildung, der Verwalterin und mehreren Fachberatern;
- 23. September : Eröffnung des zweiten Schuljahrs; Aufnahme von 80 neuen Studierenden
- 1. November : Bezug der neuen Räume am Standort Brig;
- 22. November : Ernennung der neuen Direktorin der PH-VS mit Wirkung ab dem 1. Februar 2003;
- 15.-19. Dezember : Kulturelle Eröffnungswoche für die Studierenden des ersten Jahres.

Grundausbildung: Herausforderungen, die in Angriff genommen wurden

Der Austausch zwischen den Standorten läuft mittlerweile regelmäßig. Die Partner zeigen sich beeindruckt von den Integrationsfähigkeiten der Studierenden.

	Studenten 1. Jahr	Studenten 2. Jahr	Studenten 3. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte 2001-2002
VSR N. élémentaire	60	19		79			
VSR N. moyen		22		22			
OW Basisstufe	20	14		34			
OW Primarstufe		21		21			
TOTAL	80	76		156			

Weiterbildung: Die PH-VS bereitet ihr erstes Ausbildungsprogramm für die Weiterbildung als Verlängerung des Konzepts der Grundausbildung vor.

Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen: Zehn Forschungsprojekte wurden bereits in Angriff genommen; der erste Bericht über den Austausch zwischen den Standorten, der in Zusammenarbeit mit dem Universitären Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (CURP) erstellt wurde, ist erschienen.

Zusammenarbeit auf nationaler Ebene : Die Teilnahme an regionalen und nationalen Konferenzen wurde weitergeführt und noch ausgebaut (CSHEP und CDHEP).

FACHHOCHSCHULE WALLIS GESUNDHEIT UND SOZIALE ARBEIT (HEVs2)

Im Rahmen des gesamten Reformprozesses des Bildungssystems und der Einrichtung der Westschweizer HES-S2 wurde die Fachhochschule Wallis Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2) mit dem Entscheid des Grossen Rates während seiner Sitzung vom 22. März 2002 offiziell gegründet.

Die ersten Realisierungen zwischen den drei Schulen PTSL (Physiotherapie), HFS (Soziale Arbeit) und WSGKP (Pflege) war deren Ausrichtung auf Interdisziplinarität und gemeinsame Module. Das Jahr 2002 wurde gezeichnet von zahlreichen Informations- und Koordinationssitzungen, HES-S2-Kommissionen, Arbeitssitzungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der HEVs2, welche die Ausarbeitung eines einzigen Status und die Einrichtung der Direktionsinstanzen zur Folge hatten sowie das Erstellen eines Budgets und die Anstellungs- und Nominierungsverfahren des Personals. Ein von kantonaler Struktur, der die spezifischen Besonderheiten in Bezug auf 5 Studiengänge, 4 Ausbildungszentren, 3 Sektoren und 2 Spra-

chen sowie auf die Herausforderungen der neuen Aufträge der HES integriert. Ein Jahr der Mobilität, verbunden mit zahlreichen Veränderungen der Funktionen und des Arbeitsortes.

Für das Jahr 2002 sind folgende Etappen und Ereignisse hervorzuheben:

- 22. März, 2. Lesung und einstimmige Verabschiedung des Gesetzes zur Schaffung der Fachhochschule Wallis Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2) mit Inkrafttreten auf den 01.10.02.
- 25. März, Personalversammlung der drei Schulen in einer Informationsveranstaltung über den Einrichtungsprozess der HEVs2, unter dem Vorsitz von Herrn Staatsrat Claude Roch.
- 9. Mai, Bildung des Direktionsausschusses der HEVs2 unter dem Vorsitz von Herrn Staatsrat Claude Roch.
- 3. Juli, Entscheid des Staatsrates betreffend die Gesamtauflösung der Dienstverhältnisse auf den 31. Oktober 2002 und die Einstellung der Gesamtheit des Personals der drei Schulen: HFS, PTSL, WSGKP auf den 1. Oktober 2002.
- Juli, Erarbeitung eines Vereinbarungs- und Zusammenarbeitsprojektes mit dem IUKB.

- 30. September, Personalversammlung der drei Schulen in einer Informationsveranstaltung über den Aufbauprozess der HEVs2, unter dem Vorsitz von Herrn Staatsrat Claude Roch.
- 16. Oktober, Entscheid des Staatsrates, den Lehrkörper der HEVs2 als Lehrbeauftragte zu nominieren mit besonderen Aufgabenbereichen im Zusammenhang mit den Unterrichtsfunktionen, der angewandten Forschung und der Koordination.
- 21. Oktober, Eröffnungsfeier der HEVs2 im Schloss von Leuk-

- Stadt und Beginn der Studiengänge im Rahmen der Westschweizer Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (HES-S2).
- 29. November, Interdisziplinäres Forum 2002 zum Thema „Rehabilitation und Wiedereingliederung : Wege zur Selbstbestimmung der Betroffenen“.
- 4. Dezember, Festlegung des Reglementes über die Entlohnung des Personals an der HEVs2.

Statistik

Ausbildung auf Stufe HES - Studienbeginn Oktober 2002									
HES		Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002
	Soziale Arbeit	57	-	-	-	57	-	-	-
	Pflege	23	-	-	-	23	-	-	-
	Physiotherapie	20	-	-	-	20	-	-	-
Total	100	-	-	-	-	100	-	-	-

Ausbildung nicht HES anerkannt mit Diplom ES/ESTS									
NICHT-HES		Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002
	Soziale Arbeit	3	69	28	a	100	30	130	35
	Pflege	39	98	b	c	137	138	275	136
	Physiotherapie	-	15	18	d	33	18	51	15
Total	42	182	46	0	270	186	456	151	

Ausbildung ES/ESTS (KKE und WB)									
ES/ESTS		Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte Schuljahr 2001/2002
	Soziale Arbeit	24	16	6	e	46	7	53	6
	Pflege	-	-	-	-	0	-	-	-
	Physiotherapie	-	-	-	-	0	-	-	-
Total	24	16	6	0	46	7	53	6	

Es hat 76 Nachdiplom-Studierende und 43 Pflegeassistentinnen

- a 20 Studierende im 3. Jahr und 10 Studierende im 4. Jahr innerhalb der 30 Diplomanden
- b 73 Studierende im 3. Jahr innerhalb der 138 Diplomanden
- c 65 Studierende im 4. Jahr innerhalb der 138 Diplomanden
- d 18 Studierende im 4. Jahr innerhalb der 18 Diplomanden
- e 6 Studierende im 3. Jahr und 1 Studierender im 4. Jahr innerhalb der 7 Diplomanden

FERNFACHHOCHSCHULE SCHWEIZ (FFH)

- Durch die Verdreifachung des Kantonsbeitrages konnte die Fernfachhochschule stark ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere die Ansiedlung eines Büros im Technopark in Zürich und den Aufbau der Abteilung aF+E.
- Mit der Hochschule Wallis wurde ein Kooperationsvertrag abgeschlossen im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie im Bereich aF+E. Den Hintergrund bilden Synergiepotenziale, die für beide Schulen interessant sein könnten.
- Um den erweiterten Leistungsauftrag der Eidgenossenschaft zu erfüllen, wurde eine Kooperation mit der Steinbeis GmbH abgeschlossen. Die FFH ist Exklusivpartner für den Aufbau und den Betrieb von Steinbeis Schweiz. Eng verzahnt mit Wissenschaft und Wirtschaft hat die Steinbeis-Stiftung ein weltweit einzigartiges Transfernetz aufgebaut, das Fachkompetenzen aller Technologie- und Managementbereiche bündelt.
- Daneben wurde die Antwort für die Peer-Reviews erarbeitet. Dieser Bericht bildet eine Grundlage für die definitive Anerkennung im Jahre 2003. Bei den Ergebnissen der wissenschaftlichen Überprüfung der einzelnen Studiengänge wurden schwerpunktmässig die Verbesserungen seit der ersten Peer-Review im Jahre 2001 dargestellt. Zusätzlich wird auf den Aufbau der Abteilung aF+E eingegangen sowie die Positionierung im e-Learning-Bereich geschildert.

Die Tochtergesellschaft brain-tec GmbH, mit insgesamt 13 Personen, arbeitet seit dem Jahre 2000 in folgenden Gebieten:
FH-Bereich

- Interaktiver Studienmaterialien im Fach Mathematik
- Datenbank zu Lernmaterialien im Bereich Mathematik (Applets, Templates und Lernprogramme)
- Unterstützung der Präsenzveranstaltungen
- Studienmaterialien zum Nachdiplomkurs Multimedia und TeleLernen Learn TV
- Im Moment wird das neue Portal www.learn.tv.ch aufgebaut. Hier entsteht online ein TV-Programm mit allen Bildungssendungen der deutschsprachigen Sender.
Distance Education Center DEC
- Das Distance Education Center DEC bildet das technische, organisatorische und didaktische Kompetenzzentrum des virtuellen Lernraums.

Statistik

	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Diplomanden 2002 u. 02/03	Total	Diplomierte 2002
Wirtschaftsingenieurwesen	14	4	3	0	7	28	0
Wirtschaftsinformatik	39	5	8	5	8	65	0
Betriebsökonomie	55	11	29	0	0	95	0
Allgemeine Informatik	43	13	9	3	0	68	4
TOTAL	151	33	49	8	15	256	4

WALLISER SCHULE FÜR GESTALTUNG

Wichtige Ereignisse

- Positiver Vorentscheid der EDK Expertenkommission bezüglich der Anerkennung des Lehrgangs der freien Kunst auf Fachhochschulebene (Mai 02).
- Veranstaltung einer ersten Sommerakademie in Partnerschaft mit der kantonalen Weiterbildungszentrale und dem schweizerischen Comics-Festival Sierre (Juli 02).
- Erfolgreiche Unterbreitung des Endrapports eines Forschungsprogramms an die DORE Kommission und Eingabe eines neuen Projektes (Juni und Dezember 02).
- Organisation eines Symposiums "Malerei" in Partnerschaft mit FHK Basel und der Kunstschule Caen (Frankreich) in Sierre (März 02).
- Vorstudie für die Entwicklung einer Abteilung Bühnenbild auf FH Ebene in Partnerschaft mit der zukünftigen FH Theater in Lausanne (November 02).
- Entwicklung gemeinsamer Projekte mit Konservatorium Sion (Dezember 02).
- Erarbeitung eines Ausstellungskonzepts auf schweizerischer/internationaler Ebene (Oktober 02).
- Entwicklung eines Master - Studiengangs in Partnerschaft mit FHK Luzern und international vernetzt.
- Einladung von Künstlern aus Venezuela, Nigeria, Südafrika und Hong-Kong dank Unterstützung von Pro Helvetia und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Statistik in Bezug auf Grundausbildung (HES)

Studiengang	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Diplomanden 2002/2003	Total	Diplomierte 2001/02
Gestaltung	18	10	15	-	43	15	58	4

Statistik in Bezug auf Weiterbildung

Sommerakademie :
Weiterbildungsmodul begleitend:
Symposium

47 TeilnehmerInnen
10 TeilnehmerInnen
35 TeilnehmerInnen

WALLISER HOCHSCHULE FÜR MUSIK (HEMVS) MUSIKHOCHSCHULE UND MUSIKAKADEMIE TIBOR VARGA

Im Dezember 2001 haben das Kantonale Konservatorium für Musik und die Höhere Musikschule von Sion eine neue Stiftung gegründet unter dem Namen Hochschule und Musikakademie Tibor Varga (Musikhochschule Wallis). Diese neue Einheit umfasst unter einem Dach die Berufsklassen des Kantonalen Konservatoriums und der Höheren Musikschule von Sitten. Unterstützt durch den Staatsrat wurde diese neue Schule am 7. Oktober 2002 eröffnet. Sie zählt heute 41 Studenten und 27 Professoren.

Die Stärken und Schwerpunkte der Schule (Studiengänge 1 und 2) liegen bei den Streichern des Symphonie-Orchesters, dies mit Rückblick auf die ausserordentliche Arbeit von Me Tibor Varga, welcher im Wallis während über 40 Jahren unermüdlich als

Pädagoge, aber auch als Solist und Orchesterdirigent wirkte. Zudem besteht eine Abteilung für Klavierunterricht, deren Klassen ein hohes Niveau erreichen. Für den Studiengang 1 wird sich die Schule auf die Blechinstrumente konzentrieren, sowie die Blasinstrumente und die Gitarre, Chor- und Orchesterleitung entsprechen ebenfalls ein nem wirklichen Bedürfnis der musikalischen und traditionellen Walliser-Umwelt (Chöre und Musikvereine), wofür der Studiengang 4 geschaffen wurde.

Statistik

Aus finanziellen Gründen ist die Anzahl der Studenten für dieses Schuljahr auf 41 begrenzt. Für das Schuljahr 2004 -2005 ist eine Erhöhung auf 60 Studenten vorgesehen. Die neuen Studenten wurden auf Grund einer Ende Juni und anfangs Juli organisierten Aufnahmeprüfung in die verschiedenen Studiengänge eingeteilt.

	Anz. Studenten 1. Jahr	Anz. Studenten 2. Jahr	Anz. Studenten 3. Jahr	Anz. Studenten 4. Jahr	Total Studenten	Praktikanten 2002/2003	Total	Diplomierte 2001/2002
Studiengang 1 u. 4	8	10	2	1	21	2	23	2
Studiengang 2	6	4	4	1	15	3	18	3
TOTAL	14	14	6	2	36	5	41	5

Weiterbildung

Die Musikakademie von Sion vereint jedes Jahr international berühmte Professoren und ungefähr 400 Studenten aus allen Kontinenten.

WESTSCHWEIZER FACHHOCHSCHULE FÜR THEATER

Im Dezember 2002 nahm der Grosse Rat in erster Lesung den

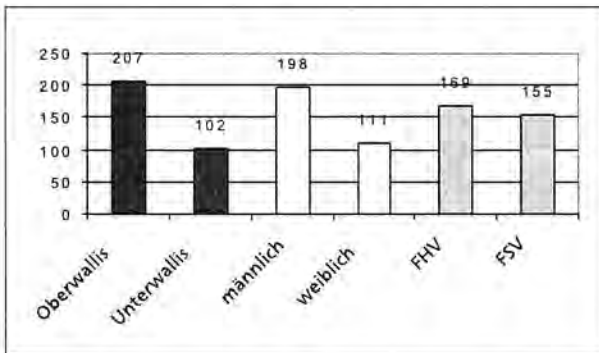
Von diesen Studenten wurden im wissenschaftlichen Bereich mehrheitlich die folgenden Fächer gewählt : Technik (75 Studenten), Sozialarbeit (53 Studenten), Musik und Theater (36), Bau (32).

INTERKANTONALE VEREINBARUNGEN

Die im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) zu leistenden Beiträge für die Studienjahre 2002/2003 und 2003/04 wurden entsprechend den vier folgenden Kategorien festgelegt: Fr. 5'000.–, Fr. 11'000.–, Fr. 18'000.– und Fr. 24'000.–. Diese Tarife gelten für verschiedene Wissenschaftsgruppen, deren tatsächliche Kosten stark voneinander abweichen.

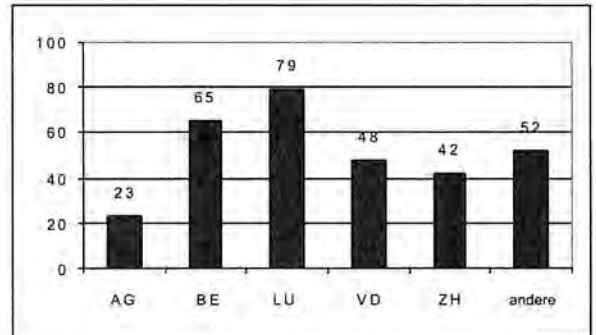
Das Beitrittsgesetz des Kantons Wallis zur Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) wurde am 24. Mai 2002 durch den Grossen Rat angenommen. Der Beschluss über das Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde am 27. November 2002 gefasst.

Die Anzahl der Walliser Studenten, die ausserhalb des Kantons auf der tertiären, nicht universitären Stufe (ausserhalb der HES-SO) im Jahr 2002 studierten, betrug 309. Die Verteilung war wie folgt:



Gesetzesentwurf über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom 31. Mai 2001 über die Westschweizer Fachhochschule für Theater (HETSR) an.

Nach diesem Beitritt erklärt sich der Kanton Wallis bereit, sich an der Finanzierung der HETSR zu beteiligen, und zwar einerseits im Verhältnis zur französischsprachigen Bevölkerung und andererseits entsprechend der Anzahl der Walliser Studenten. Die Schule wird etwa 30 Studenten aufnehmen, jeweils 15 jedes zweite Jahr. Die Zulassung erfolgt über Auswahlverfahren, die ab Mai 2003 durchgeführt werden.



FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG DES BILDUNGSSYSTEMS

Die Einheit F&E der Dienststelle für tertiäre Bildung bietet den anderen Verwaltungs- und wissenschaftlichen Einheiten ihre Unterstützung an. Ihre Haupttätigkeiten waren:

Forschung über das Bildungssystem

Die Forschungseinheit hat insbesondere Untersuchungen durchgeführt über den Wissensstand der Schülerinnen und Schüler in der Mathematik am Ende der 4. und 6. Primarklasse sowie am Ende der 2. und 3. Klasse der Orientierungsschule; daneben hat sie auch den Stand der Mathematik-, Französisch- und Deutschkenntnisse der Schülerinnen und Schüler von zweisprachigen Klassen der 4. und 6. Primarschulstufe untersucht.

Sie hat die Verbindung zu Internationalen Studien über die Fähigkeiten der Schüler am Ende der Schulzeit (PISA) hergestellt, indem sie die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler im französischsprachigen Wallis untersucht und veröffentlicht hat; daneben hat sie den Walliser Teil der interkantonalen Studien über die Auswirkungen der neuen Mathematiklehrmittel an der Primarschule, konkret in der 2. Klasse der Primarschule (MATHEVAL), und der neuen Bestimmungen über die allgemeine Maturität (EVAMAR) übernommen und dabei mit den Schweizer oder interkantonalen Verantwortlichen von Forschungszentren zusammengearbeitet.

Sie hat eine Liste der Schülerbestände aufgestellt, ihre Zunahme untersucht und eine Prognose über die künftige Entwicklung gemacht, damit beispielsweise der Bedarf an Lehrkräften für die kommenden Jahre bestimmt werden kann.

Entwicklung eines Qualitätssicherungssystems

Die Einheit trägt auch zur Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen in den Schulen des Kantons bei. Dazu begleitet sie die Schulen bei ihren Schritten (insbesondere die Handelsschulen Martigny und Brig sowie gewisse Orientierungsschulen im Ober- und Unterwallis).

Einen anderen Schwerpunkt bei der Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen in den Schulen bildet die Schaffung von leistungsfähigen und validierten Instrumenten. In diesem Rahmen entwickelt die Einheit Forschung und Entwicklung des Bildungssystems in Koordination mit den anderen Westschweizer Kantonen und den Universitäten Montreal und Neuenburg einen Fragebogen zur Ermittlung der Elemente des Schulklimas und der angemessenen Begleitmassnahmen. Ein vergleichbares Werkzeug (IFS-Barometer der Universität Dortmund) wird gegenwärtig für das Oberwallis geprüft.

Anderer Zusammenarbeiten, insbesondere mit Proformation (Genfer und Westschweizer Einrichtung für die Zertifizierung, EDUQUA-Norm) und der EDK (Schaffung von Qualitätsnormen für die Akkreditierung von Institutionen zur Ausbildung von Schuldirektionen) fördern die Entwicklung und das Know-how im Qualitätsbereich.

Weiterbildung der Lehrkräfte

Die Dienststelle für tertiäre Bildung hat das Konzept und die Organisation von Weiterbildungskursen für die Lehrkräfte, insbe-

sondere der obligatorischen Schulen, auf die Beine gestellt. In diesem Rahmen hat sie über 200 Ausbildungen (1-tägige bis 10-tägige) organisiert und auf der Ebene der methodologischen Begleitung die Einführung von neuen Lehrmitteln für Mathematik, Französisch, Deutsch und Handarbeit sichergestellt.

Sie hat auch eine paritätische Kommission für die Weiterbildung des Lehrkörpers geschaffen, in der die Berufsverbände und die Dienststellen vertreten sind; diese Kommission hat den Auftrag, die Bedürfnisse der Lehrerbildung zu definieren. Sie leitet eine Koordinationsgruppe, in der ebenfalls die Dienststelle für Unterrichtswesen und die PH vertreten sind. Diese Gruppe ist beauftragt, die Ergebnisse der Ausbildungen in der alltäglichen Praxis zu untersuchen und die Vergabe von Weiterbildungsaufträgen zu beantragen, wie zum Beispiel der Weiterbildung für die Lehrkräfte der Primarschule, mit der die Pädagogische Hochschule beauftragt wurde, oder der berufs begleitenden Kurse in Psychopädagogik, wo der Auftrag an das Centre romand d'enseignement à distance in Siders oder an das Zentrum für Fernunterricht in Brig (ZFU) ging.

Die Einheit für Ausbildung regelt auch die Einzelheiten für die Teilnahme der Lehrkräfte der Sekundarschulen an Kursen ausserhalb des Kantons oder die Sprachaufenthalte im Ausland für die künftigen Lehrkräfte für Englisch an der Orientierungsschule und für Deutsch an der Primarschule.

Sie bietet Unterstützung bei neuen Lehrmitteln und bei besonderen Unterrichtshilfen wie den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), die in den Genuss von Bundessubventionen kommen. Diese Tätigkeiten werden soweit möglich in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Schulkoordinationen der Westschweiz und der Zentralschweiz durchgeführt.

Kommunikation, Information

Das DEKS veröffentlicht zwei pädagogische Informationszeitschriften "Résonances" und "Mitteilungsblatt". 2002 hat "Résonances" die Form geändert, damit die Zeitschrift für die Leserinnen und Leser attraktiver wird. Das Mitteilungsblatt hat an Umfang gewonnen, weil es aktuelle Themen behandelt, wobei die Veröffentlichung der offiziellen Mitteilungen des Departements immer noch ihren Platz hat.

Ein Kommunikationskonzept, das die beiden Zeitschriften, aber auch die vom ORDP (Lehrmittelzentrale) entwickelte Internet-Site (www.ordp.vsnet.ch) einbezieht, wird gegenwärtig studiert; es soll Synergien bei der Auskunft fördern und sowohl innerhalb des DEKS als auch für die Partner der Walliser Schulen eine moderne Information bieten, die ständig nachgeführt wird; dazu sollen die bestehenden Kommunikationsmittel in der Schweiz und auf der Welt eingesetzt werden.

Lehrmittel und Dokumentation

Die Magazine für Lehrmittel in Sitten und Brig haben die Schulen mit neuen Mitteln versorgt, insbesondere auf der Orientierungsstufe: Französisch, Geschichte, Naturwissenschaften, Staatskunde und Religion. Die Lehrmittel für allgemeine Geschichte und Naturwissenschaften fehlten leider auf dem Markt. Diese Werke wurden auf der Grundlage von bestehendem Material von einem Verlag auf Ersuchen des Departements speziell zusammengestellt.

Die Dokumentationszentren (ODIS) in Sitten, St-Maurice und Brig haben sich für die Pädagogische Hochschule, der sie in naher Zukunft angegliedert werden, vorbereitet. Beim Zentrum in Sitten müssen die Werke, die an das ODIS/PHS in St-Maurice, aber teilweise auch an die Walliser Mediathek in Sitten gehen, aussortiert werden. Eine Neukatalogisierung, damit die Dokumente ins Netz der Schweizer Bibliotheken eingespielen werden können, ist gegenwärtig in Gang im Zentrum in Sitten; diese Arbeit wurde für die Werke der ODIS in Brig und St-Maurice bereits gemacht.

Dienststelle für Unterrichtswesen

1. OBLIGATORISCHE SCHULZEIT

ORGANISATION

Bei Schuljahresbeginn im Herbst 2002 verzeichneten die Schülerbestände der Kindergärten (6340) und der Primarschulen (21486) einen leichten Rückgang von 75 respektive 168 Schülerinnen und Schülern, entsprechend den gemachten Prognosen.

In der Orientierungsschule ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Vergleich zum vergangenen Schuljahr um 144 angestiegen.

Die Verminderung der effektiven Schülerzahlen im Kindergarten und in der Primarschule hat sich dementsprechend auf die Anzahl Klassen ausgewirkt. Der Rückgang von 10 respektive 16 Klassen resultiert im Besonderen aus der demografischen Entwicklung und teilweise aus der Einführung der neuen Normen zur Eröffnung und Schliessung der Klassen.

In der Orientierungsschule sind 19869 Unterrichtslektionen gewährt worden, was 764 Vollpensen und einer Abnahme von 116 Lektionen im Vergleich zum vorangegangenen Schuljahr entspricht.

UNTERRICHT

Stundentafeln

Als Folge der gewünschten Straffung der Programme und entsprechend den Leitideen für den Sprachenunterricht sind die neuen Stundentafeln für die obligatorische Schulzeit am 6. November 2002 vom Staatsrat angenommen worden. Die schrittweise Einführung wird in der Orientierungsschule im Schuljahr 2003/2004 erfolgen, diejenige für die Primarschule ist für das Schuljahr 2004/2005 vorgesehen.

Die wesentlichen Änderungen sind:

- Übergang von der Minutenangabe des Unterrichts in Lektionen für die Primarschule
- Einführung der zweiten Landessprache ab der Primarklasse
- Reduktion von 4 auf 2 Stundenpläne für die Primarschule (1. - 2. Primarklasse : 28 Lektionen und 3. - 6. Primarklasse : 32 Lektionen)
- Schrittweise Einführung des Englischunterrichts in der Orientierungsschule
- Einführung von zwei unterschiedlichen Richtungen zu je 5 Lektionen in der 3. Klasse der Orientierungsschule, eine, die eher für die Schüler vorgesehen ist, die ein Studium zu absolvieren wünschen, die andere, die eher für Schüler vorgesehen ist, die in eine Lehre eintreten wollen.

Kommissionen nach Fächern und Bereichen

Um die gewünschte vertikale und horizontale Koordination innerhalb der obligatorischen Schulzeit zu verbessern, hat der Departementsvorsteher die Bildung von Kommissionen nach Fächern und Bereichen genehmigt. In den 6 Kommissionen sind die Schulinspektorinnen/Schulinspektoren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PH, der tertiären Bildung und die Lehrervereinigungen vertreten. Die Arbeiten werden es ermöglichen, alle Fächer bezogenen Fragen gründlich anzugehen und im Auftrag des DEKS Vorschläge einzubringen, welche dem Unterricht zu gute kommen.

Die Kommissionen sind der Dienststelle für Unterrichtswesen unterstellt. Die allgemeine Koordination wird von der ständigen Kommission des Schulinspektorats wahrgenommen.

Einführung neuer Lehrmittel

- Mathematik-Lehrmittel in der 6. Primarklasse (Fortsetzung der Einführung)

- Deutsch-Lehrmittel "Sowieso" in der 2. Orientierungsklasse (Fortsetzung der Einführung)
- Französisch-Lehrmittel in der 1. Orientierungsklasse (Beginn der Einführung)
- Lehrbücher Naturwissenschaften und Geschichte in der Orientierungsschule

Wichtige Entscheide im Bereich des Unterrichtswesens

- Verabschiedung des Schul- und Ferienplans durch den Staatsrat für die Schuljahre 2003/2004, 2004/2005 und 2005/2006
- Beschluss des Staatsrates zu den neuen Normen betreffend die Organisation des Schuljahres 2002/2003
- Staatsratsbeschluss im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Lehrplans für den Kindergarten der deutschsprachigen Kindergärten im Schuljahr 2003/2004
- Schulleiterausbildung für Oberwalliser Schuldirektoren in Zusammenarbeit mit der Bildungsplanung Zentralschweiz
- Ausbildung von Personen zur Unterstützung fremdsprachiger Kinder, Jugendlicher und Erwachsener unmittelbar nach Ankunft in der Gemeinde (Kulturpatin/Kulturpate)
- Staatsratsbeschluss bezüglich die Nachqualifikation von Primarlehrpersonen für den Unterricht in der Realabteilung bzw. im Niveau II der Orientierungsschulen
- Organisation der Nachqualifikation für den Fachbereich Englisch

SCHULHAUSBAUTEN

Die Kantonsbeiträge bezüglich die 260 laufenden Dossiers im Bereich Schulhausbauten der obligatorischen Schulzeit verteilen sich wie folgt:

	Primarschulen	Orientierungsschulen	Total
Unterwallis	2'853'301	1'626'224	4'479'525
Oberwallis	1'474'813	45'948	1'520'761
Total	4'328'114	1'672'172	6'000'286

2. SONDRSCHULWESEN

Kommission RISC

Zwei Arbeitsgruppen bemühten sich um die Umsetzung des Berichts der Kommission RISC:

- Ausarbeitung neuer Vereinbarungen zwischen dem Staat Wallis und den Vereinen, welche die Institutionen und anerkannten IV-Zentren leiten: Hinterlegung von einem Entwurf für Rahmenvereinbarungen (Martinach und Region), welche als Grundlage für neue Vereinbarungen dienen werden.
- Typologie der Dienste zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen: ein neues spezifisches Dokument ist in Vorbereitung, es soll als Orientierung bei der Wahl der besonderen Massnahmen dienen.

Dezentrale Sonderklassen:

Ausweitung der integrativen Schulung von Schülerinnen und Schülern, welche von schulischen Massnahmen der Invalidenversicherung profitieren: 500 Stunden Sonderschulunterricht (+ 16%) wurden zugeteilt, um die Schulung dieser Schülerinnen und Schüler in ihrer Wohnortgemeinde zu fördern.

Pädagogische Schülerhilfe :

Im Schuljahr 2002/2003 ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 3.1% zu verzeichnen, ein Rückgang wie er bei den Schülerzahlen auch festzustellen war.

Deutsch für Fremdsprachige (DfF)

Im Vergleich zum Vorjahr kamen vermehrt fremdsprachige

Schülerinnen und Schüler an (+25%). Konsequenterweise steigt dadurch die Stundenzahl für befristete Stützkurse (DfF) im Schuljahr 2002/2003 an.

Es wurden vier Kurse für jugendliche Fremdsprachige, mehrheitlich Asylantinnen und Asylanten im Alter von 16 – 20 Jahren, in Sitten und in Visp eröffnet. Die Zielsetzung dient in erster Linie der Förderung der Sprachkenntnisse und der sozialen Integration.

SONDRSCHULINSTITUTIONEN

212 Schülerinnen und Schüler wurden in die fünf Sonderschulinstitutionen, welche dem Amt für Sonderschulwesen zur Verfügung stehen, aufgenommen.

TEMPORÄRE AUFNAHMESTATION

Eine neue temporäre Aufnahmestation für behinderte Schülerinnen und Schüler der Sittener Sonderschulklassen wurde im August 2002 eröffnet. Öffnungszeit eine Nacht pro Woche.

3. MITTELSCHULEN

KOLLEGIEN

Im August 2002 begannen 4002 Gymnasiasten der Maturitätsabteilungen das neue Schuljahr. Im Vorjahr waren es 4000, also handelt es sich um eine Zunahme von 2 Studenten. Die neue Regelung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen ist im Schuljahr 1998/99 in Kraft getreten. Als Folge wurden die traditionellen Maturitätstypen in den vier kantonalen Kollegien schrittweise abgeschafft und durch eine Einheitsmatura ersetzt. Am Schuljahresende 2002/03 werden erstmals Schülerinnen und Schüler die Maturitätsprüfungen entsprechend dem Programm des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR) absolvieren.

HANDELSMITTELSCHULEN

Im August 2002 besuchten 1297 Schüler in 63.5 Klassen die Handelsmittelschule. Seit die Handelsmittelschule in Sitten (Ecole supérieure de la ville de Sion) verstaatlicht worden ist, sind alle Handelsmittelschulen der gleichen Verwaltungsform unterstellt. Zur Zeit arbeitet das Departement einen neuen Mietvertrag mit dem Kloster St. Ursula in Brig für die Oberwalliser Mittelschule (OMS) mit der Handels- und Diplommittelschule, der Schule für Berufsvorbereitung (HMS, DMS und Sfb) aus. Der neue Vertrag sollte im laufenden Jahr abgeschlossen werden können. Im Jahr 2002 wurden 159 KBM-Zeugnisse ausgehändigt. Die Gesamtzahl der Schüler der KBM beläuft sich auf 447, aufgeteilt in 21 Klassen.

DIPLOMMITTELSCHULE (DMS) UND SCHULE FÜR BERUFVORBEREITUNG (SfB)

Die neue Struktur der DMS, in „tronc commun“ (gemeinsamer Unterricht) mit der Handelsmittelschule, hat im Herbst mit dem zweiten Jahr begonnen, wobei ein teilweiser gemeinsamer Unterricht, aber mit einer teilweisen Trennung der Schüler entsprechend des Wahlfachs Gesundheit oder Soziales vermittelt wird. Im Herbst 2002 besuchten 316 Schüler (+54 im Vergleich zum Jahr 2001) die Schule für Berufsvorbereitung und 476 (+135 im Vergleich zum Jahr 2001) die Diplommittelschule. Die Schülerzahl dieser beiden Schultypen ergibt ein Total von 792 aufgeteilt in 37.5 Klassen (Durchschnitt je Klasse 21.1). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine Zunahme von 189 Schülern (+ 31.3 %) mit 7.5 zusätzlichen Klassen.

Der Erfolg dieser Abteilung hat verschiedene Gründe:

- zunehmendes Interesse an der sozialen Arbeit;
- Schaffung der Fachhochschulen;
- Mangel an Personal im Gesundheitswesen;
- klareres Profil der neuen dreijährigen DMS.

Modulartige Zusatzausbildung für Kandidaten ohne entsprechendes Diplom für die Fachhochschule Gesundheit – Soziales (FH – GS)

Im Herbst 2002 haben 92 (+57 im Vergleich zum Jahr 2001) Studenten mit einer Zusatzausbildung begonnen, damit sie die schulischen Anforderungen erfüllen, um den Aufnahmebedingungen für die FH – GS entsprechen zu können. Diese anforderungsreiche Ausbildung wurde für die Übergangszeit im Zusammenhang mit der Schaffung der FH – GS auf die Beine gestellt.

Diese anforderungsreiche Ausbildung kennt drei verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten:

- im Unterwallis: modulartige Kurse;
- im Oberwallis: Fernunterricht wegen der kleinen Teilnehmerzahl;
- Zusammenarbeit mit Privatschulen in Spezialfällen.

Kantonale Mittelschulkommission

Die kantonale Mittelschulkommission, deren Mitglieder ebenfalls als Experten an den Maturitäts- und Handelsdiplomprüfungen mitwirkten, hielt im Jahr 2002 sieben Sitzungen ab.

Am 24., 25. und 26. Juni 2002 fanden zum Abschluss der Prüfungen in den Kollegien von Brig, Sitten und St. Maurice Sitzungen der Mittelschulkommission statt. Am 16. und 30. Oktober tagte die Kommission zum Abschluss der ausserordentlichen Maturitätsexamina. Sie pflegte einen Gedankenaustausch über den Ablauf der Maturitäts- und Diplomprüfungen, nahm Kenntnis von den Ergebnissen und sprach sich über die zu erteilenden Maturitätszeugnisse und Handelsdiplome aus. Am 9. August gab sie ihre Vormeinung zum hinterlegten Wiedererwägungsgesuch gegen die Prüfungsergebnisse ab.

Am 19. November fand sich die Mittelschulkommission zu einer Informationssitzung über die neue Maturität zusammen.

4. BÜRO FÜR AUSBDILUNG SOWIE SPRACHLICHEN AUSTAUSCH

HR 2002/2003	Austausch		
	von langer Dauer	von mittlerer Dauer	von kurzer Dauer
Unterwallis/Brig	16		
Oberwallis/Unterwallis	15		
Deutschschweiz		4 VS + 5 DS	
Deutschland		3 VS + 3 d	22 VS + 22 d
OS Brig 9. Klasse	19		
OS Brig 10. Klasse	18		
OS St-Guérin 9. Kl.	20		
OS St-Guérin 10. Kl.	14		
OS Visp 9. Klasse	4		
OS Collines 9. Klasse	14		
Deutschschweiz			110 Dossier behandelt

Austausche von langer Dauer (1 Jahr) : Sek. II und I

Zwischen den Kollegien

Bei der Analyse der Zahlen von 2002 stellt man fest, dass die Austausche in Richtung Brig wieder zunehmen und grösstenteils schon im ersten Kollegiumsjaar stattfinden. Die Anzahl der Oberwalliser, die sich in den andern Kantonsteil begeben, bleibt relativ konstant.

Zwischen den OS : 9. und 10. fremdsprachliches Schuljahr

Die in Brig und in Sitten vor 4, bzw. fünf Jahren eröffneten Klassen erfreuen sich wachsender Beliebtheit.

Austausche mittlerer Dauer (ca. 2 Monate): Sek. II

4 Unterwalliser StudentInnen und 5 Deutschschweizerinnen haben von dieser Möglichkeit profitiert. Drei andere junge Walliserinnen haben sich nach Deutschland begeben.

Austausche von kurzer Dauer (ca. 14 Tage) : Sek. II und I

16 Studenten der Mittelschulstufe und 6 der OS waren in Deutschland, 10 unter dem Motto des individuellen Austausches, 12 als Gruppe an der gleichen Schule mit einem Primarlehrer als Begleiter, für den die Betreuung ebenfalls eine sprachliche Weiterbildung darstellte. Die 22 deutschen Partner ihrerseits weilten in unseren Schulen und Familien.

Auf der OS-Stufe haben 110 junge Leute auf unser Angebot reagiert, um ihre Deutsch/Französischkenntnisse während ca. 14 Tagen aufzubessern. Unser Kanton bleibt diesbezüglich an der Spitze und arbeitet eng mit ch Jugendaustausch und den kantonalen Verantwortlichen zusammen.

Partnerschaften zwischen den OS des Oberwallis und des Unterwallis

Der Gedanke, die Oberwalliser OS den CO des Unterwallis oder umgekehrt näher zu bringen, hat sich bewährt, und so wird diese Austauschmöglichkeit jährlich von mehr als 100 SchülerInnen benutzt. Die Dauer dieser Aufenthalte ist unterschiedlich und kann 1 bis 4 Wochen umfassen.

Austausche im Rahmen des Projektes Exchange.02

20 Klassen aus dem Unterwallis haben in diesem Rahmen an der Expo.02 teilgenommen und von den Vorteilen dieses Austauschprogramms profitiert; sie wurden von ihren Partnern in den Expo-Kantonen aufgenommen und konnten so die Gastfreundschaft geniessen. Es sei noch daran erinnert, dass sich insgesamt mehr als 5500 Schüler und über 500 Lehrpersonen an diesen Austauschen beteiligt haben.

"Conseil du Léman"

Die Arbeiten zur Realisierung von sprachlichen Austauschen zwischen den Regionen Frankreichs des „Conseil du Léman“ und jenen der Schweiz gehen voran und nächstens sollten sie zu Partnerschaften zwischen Oberwalliser Ortschaften und solchen im Departement der Haute-Savoie und des Ain führen. Das Projekt ist für Klassen der Primar- und der OS-Stufe bestimmt.

Austausch Wallis-Kolumbien

In enger Zusammenarbeit mit dem Universitären Forschungsinstitut Kurt Boesch ist es uns gelungen, 26 junge KolumbianerInnen aus dem Colegio Helvetia von Bogotá aufzunehmen, um ihnen eine Verbesserung ihrer Französischkenntnisse zu ermöglichen. Es war ihnen vergönnt, Klassen der OS, der HMS oder des Kollegiums zu besuchen.

5. INTERKANTONALE KOORDINATION

Westschweiz:

Die wichtigsten Dossiers, welche durch die interkantonale Konferenz der Erziehungsdepartemente der Westschweiz und des Tessins (CIIP) behandelt wurden, waren:

- Veröffentlichung der Ergebnisse des Forschungsprojekts PISA (internationale Erhebung über die Schulleistungen der Schüler);
- PECARO (Rahmenlehrplan für die Westschweiz) : Fortsetzung der Arbeiten;
- EDUPRE (Gesundheitserziehung und Prävention) : Einführung eines interkantonalen Konzeptes;
- Lehrerbildung der PH : Schaffung einer Koordinationsstelle für die Kantone durch den Aufsichtsrat der pädagogischen Hochschulen;
- Medienerziehung (ICT): Mit Bundeshilfe konnte ein Konzept zur Lehrerbildung erstellt werden;
- Projekt zur Schaffung einer zukünftigen interkantonalen Musikhochschule;

VERGLEICHSTABELLE DER MATURAPRÜFUNGEN 2000 / 2001 / 2002

Schulen	Matura- typen Jahr	Matura A + B und L/sc.					Matura C					Matura D					Matura E					Total Matura				
		Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	Total nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	Total nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	Total nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	Total nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	Total nicht bestanden	% nicht bestanden
BRIG Kollegium	2002	34	34	26	0	0.0	49	47	17	2	4.1	51	51	42	0	0.0	72	71	16	1	1.4	208	203	101	3	1.5
	2001	60	59	36	1	1.7	51	48	12	3	5.9	52	50	43	2	3.8	73	68	34	5	6.8	236	225	125	11	4.7
	2000	58	57	36	1	1.7	65	62	19	3	4.6	63	62	37	1	1.6	49	47	29	2	4.1	235	228	121	7	3.0
ST-MAURICE Kollegium	2002	44	44	27	0	0.0	22	21	3	1	4.5	38	35	16	3	7.9	40	39	19	1	2.5	144	139	65	5	3.5
	2001	66	66	38	0	0.0	34	33	9	1	2.9	32	32	28	0	0.0	27	24	6	3	11.1	159	155	81	4	2.5
	2000	61	60	36	1	1.6	23	21	7	2	8.7	28	28	19	0	0.0	38	35	12	3	7.9	150	144	74	6	4.0
SITTEN Kollegium Les Creusets	2002	33	33	21	0	0.0	79	79	36	0	0.0						51	48	17	3	5.9	163	160	74	3	1.8
	2001	43	43	28	0	0.0	91	77	21	14	15.4						45	43	16	2	4.4	179	163	65	16	8.9
	2000	63	62	35	1	1.6	80	77	23	3	3.8						39	39	8	0	0.0	182	178	66	4	2.2
SITTEN Kollegium La Planta	2002	44	44	28	0	0.0						84	80	74	4	4.8						128	124	102	4	3.1
	2001	53	49	36	4	7.5						75	70	61	5	6.7						128	119	97	9	7.0
	2000	55	53	33	2	3.6						73	69	51	4	5.5						128	122	84	6	4.7
SITTEN Handels- mittelschule	2002																52	48	21	4	7.7	52	48	21	4	7.7
	2001																41	39	10	2	4.9	41	39	10	2	4.9
	2000																39	36	12	3	7.7	39	36	12	3	7.7
TOTAL je Maturatypus	2002	155	155	102	0	0.0	150	147	56	3	2.0	173	166	132	7	4.0	215	206	73	9	4.2	693	674	363	19	2.7
	2001	222	217	138	5	2.3	176	158	42	18	10.2	159	152	132	7	4.4	186	174	66	12	6.5	743	701	378	42	5.7
	2000	237	232	140	5	2.1	168	160	49	8	4.8	164	159	107	5	3.0	165	157	61	8	4.8	734	708	357	26	3.5

Vergleichstabelle der Resultate der Diplomprüfungen der Jahre 2000 / 2001 / 2002

Schule	HMS												HMS Richtung KBM						Total						
	Anzahl Kandidaten		Wahl		Bestanden				Nicht bestanden				Anzahl Kandidaten		Bestanden		Nicht bestanden		Anzahl Kandidaten		Bestanden		Nicht bestanden		
	T	F	I	II	I	II	T	F	I	II	T	%	T	F	T	F	T	%	T	F	T	F	T	%	
Brig Kollegium (S&A)	8	4	8	0	8	0	8	5	0	0	0	0.0	0	0	0	0	0	0.0	8	4	8	5	0	0.0	
Brig St. Ursula	24	18	11	13	9	0	9	17	2	0	2	8.3	20	15	20	15	0	0.0	44	33	28	32	2	4.5	
Siders HMS	34	19	34	0	26	0	26	15	8	0	8	23.5	63	37	58	36	5	7.9	97	58	84	51	13	13.4	
Sitten HMS Stadt Sitten	51	31	51	0	46	0	46	30	5	0	5	9.8	55	29	50	27	5	9.1	106	60	96	57	10	8.4	
Martinach HMS	34	19	34	0	29	0	29	16	5	0	5	14.7	22	13	20	13	2	9.1	56	32	49	29	7	12.5	
Monthey HMS St. Joseph	14	7	14	0	9	0	9	3	5	0	5	35.7	46	18	34	14	12	26.1	60	25	43	17	17	28.3	
	2002	165	98	152	13	127	0	127	86	25	0	25	15.2	206	112	182	105	24	11.7	371	210	309	181	49	13.2
	2001	194	130	172	22	152	22	169	119	25	0	25	12.9	159	84	141	75	18	11.3	353	214	310	194	43	12.2
	2000	197	135	181	16	154	15	168	128	46	1	29	14.7	140	76	123	68	17	12.1	337	211	291	196	46	13.6

Symbole: T = Total
F = Frauen

Wahl I = Mathematik
Wahl II = Bürotechniken

Schüler- und Klassenbestände
Mittelschule 2002 / 2003

	Schüler	Klassen		Schüler	Klassen
Brigue - Kollegium	1'100	50.0	St-Maurice - Collège de l'Abbaye	997	48.0
* 1. Jahr (keine Wahl)	273	10.0	* 1. Jahr (Wahl I)	102	4.5
* 2. Jahr	211	11.0	* 1. Jahr (Wahl II)	165	7.5
* 3. Jahr	198	8.0	* 2. Jahr	216	10.0
* 4. Jahr	192	9.0	* 3. Jahr	180	9.0
* 5. Jahr	164	8.0	* 4. Jahr	171	8.0
* B			* 5. Jahr	163	9.0
* C			* A + B + L/sc.		
* D			* C		
* E			* D		
* HMS (Sportler und Künstler)	62	4.0	* E		
Sitten - Collège des Creusets	914	45.0	Zwischentotal	4'659	222.0
* 1. Jahr (Wahl I)	62	3.0	Brig - OMS St. Ursula	349	16.0
* 1. Jahr (Wahl II)	157	7.0	* Handelsmittelschule	125	6.0
* 2. Jahr	196	9.0	* KBM	64	3.0
* 3. Jahr	171	9.0	* Diplommittelschule	121	5.0
* 4. Jahr	165	8.0	* Schule für Berufsvorbereitung	39	2.0
* 5. Jahr	163	9.0	Siders - Handelsmittelschule	401	19.0
* A + B			* Diplommittelschule	56	3.0
* C			* KBM	115	5.0
* E			* Handelsmittelschule	186	9.0
Sitten - Collège de la Planta	798	38.0	* Inf. Richtung Applikationsentwickl	44	2.0
* 1. Jahr (Wahl I)	56	3.0	Monthey - Handelsmittelschule	254	12.0
* 1. Jahr (Wahl II)	161	7.0	* Handelsmittelschule	97	4.0
* 2. Jahr	159	7.0	* KBM	105	5.0
* 3. Jahr	173	8.0	* Diplommittelschule	52	3.0
* 4. Jahr	139	7.0	Martigny - Handelsmittelschule	305.0	16.0
* 5. Jahr	110	6.0	* Handelsmittelschule	77	4.0
* A + B			* Diplommittelschule	98	4.0
* D			* KBM	61	3.0
Sitten - Handelsmittelschule	850	41.0	* HMS (Sportler und Künstler)	69	5.0
* 1. Jahr (Wahl II)	63	3.0	St-Maurice - La Tuilerie	123.0	6.0
* 2. Jahr	43	2.0	* Diplommittelschule		
* 3. Jahr	52	3.0	* Schule für Berufsvorbereitung	123	6.0
* 4. Jahr	37	2.0	Zwischentotal	1'432	69.0
* 5. Jahr	60	3.0	Total Mittelschulen	6'091	291.0
* E					
* Handelsmittelschule	169	8.5			
* KBM	102	5.0			
* Diplommittelschule	170	7.5			
* Schule für Berufsvorbereitung	154	7.0			

Wahl I = Latein ; Wahl II = Wirtschaft / Italienisch

Dienststelle für Berufsbildung

Verwaltung

Kommissionen

Verschiedene vom Staatsrat oder vom Vorsteher des Departements eingesetzten Kommissionen unterstützen die Dienststelle in ihrem Bestreben, die Berufsbildung den modernen Anforderungen anzupassen:

- Kantonale Berufsbildungskommission
- Kantonale Berufsmaturitätskommission
- Kommission zur Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung
- Kommission für die Einführung der neuen Kaufmännischen Berufslehre
- Arbeitsgruppe für Turnen und Sport an den Berufsschulen
- Pilotgruppe für die Einführung der Berufsmaturität Gesundheit und Pflege

Verwaltung

Herr Lévy Dubuis hat auf den 30. November 2001 Anspruch auf die Leistungen der Vorsorgekasse erhoben; er wurde am 1. März 2002 durch Herrn Serge Imboden als Dienstchef abgelöst.

Dank der guten Zusammenarbeit, welche die Dienststelle mit allen Verantwortlichen der Ausbildung pflegt, konnten alle Jugendlichen eine Lehrstelle bzw. einen Platz für die Anlehre finden.

Die Bundesbeschlüsse der eidgenössischen Räte über Massnahmen zur Verbesserung des Lehrstellenangebotes haben es ermöglicht, Lehrbetrieben weiterhin Sonderbeiträge an die Ausbildungskosten im Bereich der Einführungskurse und des Prüfungsmaterials auszurichten.

Der Kanton bietet Ausbildungsmöglichkeiten in verschiedenen Berufsmaturitäts-Typen an: kaufmännische, technische, gewerbliche und künstlerische Richtung. Vorarbeiten für die Einführung einer Berufsmaturität in Gesundheit und Pflege sind im Gange.

Die Dienststelle verstärkt ihre administrativen Arbeiten in folgenden Bereichen:

- Schaffung neuer Ausbildungskonzepte.
- Förderung des Fort- und Weiterbildungsangebotes für gelernte Berufsleute.
- Einführung der neuorientierten kaufmännischen Ausbildung.
- Eröffnung von Klassen für die Berufsmaturität Gesundheit und Pflege.
- Änderung und Anpassung von Ausbildungsreglementen und Durchführung von Teilprüfungen in zahlreichen Berufen.
- Ausbildung von Jugendlichen im Beruf des Designers gekoppelt an die gestalterische Berufsmaturität.
- Anpassung der Strukturen an die Normen des neuen Berufsbildungsgesetzes.

Zweisprachige Vollzeitausbildung an den Berufsschulen für Informatiker, Elektroniker und Automatikler

Drei neue Klassen konnten eröffnet werden; zwei in Sitten und eine in Visp.

Dank der guten Zusammenarbeit mit der Walliser Wirtschaft konnten alle Schüler des dritten Lehrjahres in ein „Kurzpraktikum“ platziert werden.

Zweisprachiger Vorkurs für Inhaber einer gymnasialen Maturität

Die Walliser Lehrwerkstatt konnte erneut ein Praktikum für Inhaber einer gymnasialen Maturität anbieten, um später in eine FH über-treten zu können.

Fachschule für Hauswirtschaft und Pflege

Eine Grundausbildung im Bereich der sozialen Wohlfahrt mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis wurde mit Basislehrjahr-Aufbau für die Berufe: Hauswirtschafterin, Hauspflegerin und Pflegeassistentin in Châteauneuf für das Unterwallis und im Landwirtschaftszentrum Visp für das Oberwallis fortgeführt.

Interkantonale Zusammenarbeit in der Berufsbildung

In zahlreichen Sitzungen mit den Vertretern der Kantone wurden für das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung einheitliche Grundsätze ausgearbeitet und koordiniert. Der Gesetzesentwurf wurde am 13. Dezember 2002 von den eidgenössischen Räten verabschiedet und wird voraussichtlich im Jahre 2004 in Kraft treten.

Innovative Leitideen des neuen Gesetzes sind:

- Eine neue Verteilung der Verantwortlichkeit und der Aufgaben zwischen Bund, Kantonen und Berufsorganisationen.
- Eine Unterstellung sämtlicher Berufe der Grundausbildung unter das Gesetz, auch jene der Gesundheit und Pflege, der Wald- und Forstwirtschaft und der Landwirtschaft usw.
- Die Einführung von Qualitätsnormen auf allen Stufen der Berufsbildung.
- Angebot neuer Ausbildungskonzepte in Form von „Troncs communs“, Modularisierung usw.
- Die Ausweitung der beruflichen Weiterbildung auf ein lebenslanges Lernen.
- Die neue vorwiegend berufspraktische Ausbildung für Jugendliche mit schulischen Rückständen.
- Die Schaffung eines Berufsbildungsfonds für die Finanzierung von Bildungsprojekten.

Entwicklung in der Berufslehre

Die 2446 Lehrlinge des ersten Lehrjahres konnten in 150 verschiedenen Berufen problemlos eine Stelle finden.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern für Berufsberatung wurde bei allen Lehrmeistern und bei allen Jugendlichen des letzten Pflichtschuljahres eine Erhebung über das vorhandene Stellenangebot bzw. über die Berufswünsche durchgeführt, um so die Vermittlung der offenen Stellen zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit zwischen den Berufsberatungsstellen, den Berufsschulen und der Dienststelle wurde wesentlich ausgebaut.

Die steigende Zahl an Jugendlichen aus dem Ausland, die für den Einstieg in die Berufslehre ungenügende Sprachkenntnisse aufweisen, steigt vorwiegend im Unterwallis. Deswegen wurde an der Berufsschule in Martinach zwei Eingliederungsklassen für Ausländer eröffnet.

Bestände

Zusammensetzung der Bestände:

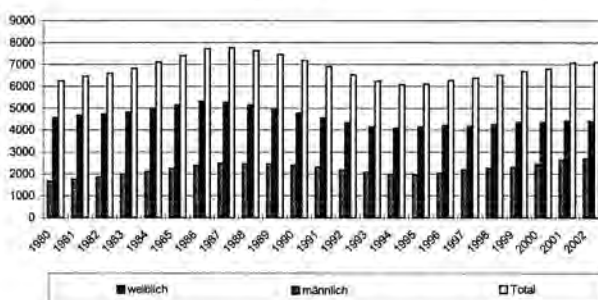
	01.12.1995	01.12.2002
Lehrlinge des 1. Lehrjahres	2'131	2'446
Lehrlinge des 2. Lehrjahres	1'869	2'343
Lehrlinge des 3. Lehrjahres	1'518	1'788
Lehrlinge des 4. Lehrjahres	594	529
Total Lehrlinge	4'147	4'404
Total Lehrtöchter	1'965	2'702
Lehrlinge französischer Sprache	4'024	4'812
Lehrlinge deutscher Sprache	2'088	2'294

Total der Lehrlinge 6'112 7'106

Integrationsklasse für Ausländer	13	29
Vollzeit-Berufsmaturität	43	98
Vorkurs für gymnasiale Maturanden (passerelle)	0	11

Gesamtbestand 6'168 7'244

Entwicklung der Bestände



Lehrmeisterkurse

Das Bundesgesetz verpflichtet alle Lehrmeister, die erstmals einen Lehrling/eine Lehrtöchter ausbilden, zum Besuch eines Kurses von 40 Lektionen. Im Jahre 2002 wurden 10 Kurse für das Unterwallis und 3 Kurse für das Oberwallis durchgeführt; 188 Kursausweise wurden übergeben.

4 Kurse wurden im Rahmen des Kantonalen Weiterbildungsprogramms für betriebliche Ausbilder angeboten.

Schul- und Lehrlingsinspektorat

Unterricht

Mit den Direktoren der Berufsschulen hat der Inspektor den Unterricht der nebenamtlichen und der vollamtlichen Lehrer überprüft. Oft konnte er Information geben und Unterstützung bieten.

Zahlreiche Lehrer haben Weiterbildungskurse des Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik und des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie besucht. Ferner wurde die Weiterbildung für das Lehrpersonal nach schulinternen Anforderungen gepflegt.

Aufsicht

In allen Berufen wird die fachgemässe praktische Ausbildung in den Betrieben durch den Inspektor, durch die Berufskommissäre und/oder die Ortslehrlings-Kommissionen überwacht. Konfliktlösung und Vertragsauflösungen sind für alle Verantwortlichen eine wichtige Aufgabe.

Die Berufskommissäre informieren die betrieblichen Ausbilder über die Entwicklung der Unterrichtskonzepte in den Berufen. Über Massnahmen, die zur Verbesserung der Ausbildung getroffen werden müssen, werden die Ausbilder auf dem Laufenden gehalten.

Die kommunalen Lehrlingskommissionen führen ihre Aufsichtspflicht mehrheitlich gewissenhaft aus. Für das Jahr 2002 haben 109 von 130 Gemeinden mehr als 1600 Inspektionsberichte erstellt und abgegeben. In verschiedenen Gemeinden werden Stützkurse für leistungsschwache Lehrlinge angeboten.

Das neue Überwachungskonzept über die Ausbildung bringt Vorteile. Die Berufsverbände, die Berufsschulen und die Berufskommissäre erhielten gründliche Informationen über das Vorgehen im Jahre 2003/2004.

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Die berufliche Fort- und Weiterbildung wird ständig ausgebaut, namentlich im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung und des kantonalen Gesetzes über die berufliche Fort- und Weiterbildung der Erwachsenen.

Das Weiterbildungsangebot an den Berufsschulen wird ständig ausgebaut und den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst. Die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der öffentlichen und der privaten Weiterbildung soll verstärkt werden.

LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN

Statistik

	Unterwallis	Oberwallis	Kanton
1. Lehrlinge			
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	1'117	679	1'856
2. Nach Artikel 41 des Bundesgesetzes zugelassene Kandidaten			
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	42	20	62
3. Kandidaten der Praktischen Lehre			
Ausgestellte Ausweise	4	2	6
4. Gewerbliche Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	8	10	18
5. Gestalterische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	20	0	20
6. Kaufmännische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	46	45	91
7. Technische Berufsmaturität			
Ausgestellte Zeugnisse	49	51	100
8. Anlehrausweise			
Ausgestellte Ausweise	88	29	117

BERUFSSCHULUNTERRICHT

Der neue Rahmenlehrplan für das Fach Allgemeinbildung wird inzwischen in allen Klassen der Berufsschulen eingesetzt.

Wenn immer möglich werden rationelle Lösungen gesucht, um unseren Jugendlichen den Pflichtunterricht an den kantonalen Berufsschulen anzubieten. Nur Lehrlinge aus Berufen mit sehr kleinen Beständen werden als ultima ratio interkantonalen Fachklassen zugewiesen.

Statistik der Bestände in den Schulen

Berufsschulen	Lehrlinge/ Lehrtöchter	Anlehre	Praktische Lehre	Total	Berufs- maturität	
					vollzeit	lehrbe- gleitend
Gewerbliche Berufsschule Brig	430	24	1	455	-	-
Kaufmännische Berufsschule Brig	551	15	-	566	7	89
Gewerbliche Berufsschule Visp	659	15	1	675	29	146
Kaufmännische & Gewerbliche Berufsschule Sitten	2'910	93	16	3'019	62	209
Gewerbliche Berufsschule Martinach	813	37	19	869	-	-
WLW	161	-	-	161	-	161
Ausserk. Schulen: - deutschsprachig	412	2	-	414	-	-
- französischspr.	473	-	-	473	-	-
Walliser Schule für Gestaltung	93	-	-	93	-	93
Fachschule für Haushalt und Pflege	242	-	-	242	-	-
Klubschule Migros Brig & Sitten	139	-	-	139	-	-
Total	6'883	186	37	7'106	98	698

STUDIEN- UND BERUFSBERATUNG

Unterwallis

Im Amt für Berufsberatung wurden grundlegende Veränderungen vorgenommen.

• Studien- und Berufsberatung

Das Amt bot verschiedene neue Leistungen an, welche den Bedürfnissen der Jugend entsprechen.

- Berufswahlvorbereitungskurse in den Orientierungsschulen.
- Informationssitzungen über die Berufe, organisiert in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden.
- Individuelle Berufsorientierungen in den verschiedenen Schulen der Sekundarstufe I und II.
- Schnupperlehren in den Betrieben, welche die Berufswahl bestätigen.

• Berufsorientierung von Erwachsenen

Die Zahl der erwachsenen Ratsuchenden steigt stetig an. Sie suchen nach einer neuen Berufsorientierung, wollen ihre Kompetenzen validieren oder Weiterbildungsangebote in Betracht ziehen.

• Berufliche Eingliederung

Die LAM-Struktur (Logistik für Arbeitsmarktliche Massnahmen) bietet Arbeitslosen Weiterbildungsmöglichkeiten an. Die Tätigkeit in diesem Bereich ist im Jahre 2002 stark angestiegen. Die Kurse sind ausgerichtet auf die Suche eines Arbeitsplatzes, die individuelle Berufsberatung und besondere Unterstützungs-massnahmen.

• Information und Dokumentation

Die Ausbildungsangebote schulischer und beruflicher Art werden stets ausgebaut. Deshalb muss nebst traditionellen Mitteln eine Verwaltung mit Informatikunterstützung ausgebaut werden (Internet usw.).

Oberwallis

Das Amt für Berufsberatung Oberwallis und das Berufsinformationszentrum haben den Standort zusammengelegt. Dadurch können die verfügbaren Mittel besser genutzt und Synergien zwischen den beiden Institutionen entwickelt werden.

Beratungen

Im Verlaufe des Jahres wurden zahlreiche Einzelberatungen durchgeführt. Die Zahl der ausländischen Ratsuchenden steigt an. Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren machen 60 % der Ratsuchenden aus.

Beratung von Erwachsenen

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit wurden zahlreiche Weiterbildungskurse angeboten. Vermehrt melden sich Arbeitslose auf der Suche nach einer Beschäftigung bei den Berufsberatern des Amtes.

Information und Dokumentation

Die Dokumentation des Amtes wurde neu strukturiert und in diejenige des BIZ integriert.

Zahlreiche Jugendliche und Erwachsene verlangen eine umfassende Dokumentation über die verschiedenen Berufe. Das Amt hat daher seine Tätigkeit vermehrt auf diese Dienstleistung ausgerichtet.

Verschiedene Aktivitäten

Im Geschäftsjahr wurde die Studienberatung in den Gymnasien und in den übrigen Mittelschulen ausgebaut.

Die Berufsberater haben bei den Lehrmeisterkursen und deren Entwicklung mitgewirkt.

Berufsberatung in Zahlen

Dienstleistungen	Oberwallis	Unterwallis	Total
Schüler der Orientierungsschule, welche an Informationssitzungen über Berufe teilgenommen haben	2'076	2'885	4'961
Individuelle Beratungen für Schüler der Sekundarstufe 1 und 2	1'027	3'378	4'405
Anzahl Ratsuchende in den BIZ	5'250	15'028	20'278
Anzahl ausgeliehene Dokumente in den BIZ	2'899	7'455	10'354
Anzahl Arbeitslose, die sich für eine Beratung meldeten	954	3'881	4'835
Anzahl Arbeitslose mit Laufbahnberatung	171	932	1'103
Anzahl Teilnehmer in Wiedereingliederungskursen	264	624	888

MEDIATHEK WALLIS

ALLGEMEINE POLITIK

Die Tätigkeit der Mediathek Wallis kann mit fünf sich ergänzenden Zielen umschrieben werden:

- die Vermittlung von Informationsquellen durch Ausleihen von Dokumenten (Bücher, Zeitschriften), von Auskünften und Zugang zu den Informationsnetzen;
- die Sensibilisierung und Ausbildung des Publikums zur Benutzung der Informationsquellen und der Dokumentation;
- das Angebot von Räumen für Animation, Studium, Ausstellungen und Meinungsaustausch;
- die Sammlung, Behandlung, Erhaltung und Erschliessung von Dokumentation und der Informationsquellen, insbesondere jene, die das Wallis betreffen;
- die Entwicklung eines angepassten und leistungsfähigen Zugangszentrums zur Dokumentation im Wallis durch Koordinierung der öffentlichen Bibliotheken, Schulbibliotheken und spezialisierten Bibliotheken.

ENTWICKLUNG DER SAMMLUNGEN

Zunahme der Dokumente nach Erwerbsform (materielle Einheiten)

	MW-Sitten	MW-Brig	MW-SM	MW-Martigny	Total
Erwerb	12'131	5'070	544	0	17'745
Gaben	5'180	232	532	0	5'981
Austausch	2	0	0	0	2
Hinterlegung	1'105	0	0	16'483	17'588
Total	18'418	5'302	1'136	16'483	41'339

Verstärkte Anstrengungen wurden im audiovisuellen Bereich in Sitten und Brig unternommen. In Sitten wurde der Entwicklung des Bereichs der gedruckten Musik spezielle Bedeutung beigemessen, dies infolge der Hinterlegung der Sammlungen des Kantonalen Konservatoriums. Am Ende des Jahres hat man in Martigny mit der Schaffung eines neuen Sektors der Sammlungen der Gemeindebibliothek begonnen.

Mit der Hinterlegung des Literaturarchivs des Schriftstellers Jean FOLLONIER hat die Mediathek eine neue literarische Sammlung übernommen.

PERSONAL

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe beschäftigt die Mediathek nicht nur das in ihrem Organigramm vorgesehene Personal, sondern auch Personen aus verschiedenen anderen Kreisen. Im Verhältnis zu den Vollzeitstellen ergibt sich zwischen den verschiedenen Personalkategorien folgende Aufteilung:

- kantonales Personal (Beamte und Aushilfen): 34.68 Einheiten, also 44.65 % der Arbeitszeit (2001: 38.05 %);
- Personal, finanziert durch externe Aufträge: 6.53 Einheiten = 8.4 % (2001: 9 %);
- Gemeindepersonal: 2.95 Einheiten = 3,8 % (2001: 3.13 %);
- Personen in Ausbildung (Lehrlinge und Praktikanten): 16.59 Einheiten = 21.36 % (2001: 24.12 %);
- Ad-hoc-Programme (halbgeschützte Anstellungen, Beschäftigungsprogramme, Zivildienst): 16.33 Einheiten = 21.02 % (2001: 23.32 %).

Finanzielle Beiträge von Dritten erlauben es, 6.53 Einheiten, die zum grossen Teil von der Stiftung MEMORIAV stammen, zu beschäftigen, welche die MW-Bild und Ton mit der Realisierung eines Projektes von nationaler Bedeutung beauftragt hat.

BEHANDLUNG UND AUFWERTUNG DER SAMMLUNGEN

Informatisierte Datenbank

Um sie dem Publikum zugänglich zu machen, sind die Sammlungen der Mediathek Wallis der gemeinsamen Datenbank der Kantonsbibliotheken und wissenschaftlichen Bibliotheken der Westschweiz (RERO) angegliedert. Heute sind alle geschriebenen und audiovisuellen Bestände, die nach 1999 erworben wurden, in dieser Datenbank enthalten. Bestände, die vor diesem Zeitpunkt erworben wurden, konnten zu ungefähr 60 % übernommen werden. Am 31. Dezember 2002 verzeichnete die Walliser Datenbank 1'221'980 Dokumente, die wie folgt aufgeteilt werden:

MW-Sitten	MW-Brig	MW-SM	MW-Martigny
559'322	557'055	23'208	582'395

Walliser Bibliographie

- Erstellte Notizen: 2'724
- Anzahl der erstellten Fichen: 7'911
- Total der Fichen Ende 2002: 369'825

Dank einer gründlichen Studie konnte bestimmt werden, welche Dokumente in Zukunft in die Walliser Dokumentation aufgenommen werden können. Es wurde beschlossen, die heutige manuelle Form der Registrierung am 31. Dezember 2002 aufzugeben und diese Daten ab 2003 an die RERO weiterzugeben.

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Die neue Freihandausleihe von Pratifori der MW-Sitten konnte 2002 ihren Erfolg bestätigen. Die Anzahl ausgeliehener Dokumente ist von 76'549 Werken während des Jahres vor ihrer Eröffnung (1999) auf 150'673 Werke im Jahre 2002 angestiegen, also eine Verdoppelung in drei Jahren, was eine Steigerung von 29 % in einem Jahr ausmacht. Global gesehen, ist die Anzahl der Ausleihen (ohne ODIS) der Mediathek Wallis von 240'807 auf 292'481 Einheiten (+21.5 %) angestiegen.

	MW-Sitten	MW-Brig	MW-SM	MW-Martigny	Total 2002	2001
Leserkarten *	21'354	14'049	3'370	*	38'773	35'119
Ausleihen von Dokumentationen	150'673	116'761	22'007	3'040	292'481	240'807
Führungen und Ausbildung	47	42	23	45	157	232
Kursteilnehmer	568	907	427	1'045	2'947	4'095
Teilnehmer an Animationen und Ausstellungen	504	254	0	18'264	1'9022	30'318

(*) Berücksichtigt werden Leserkarten, die nach dem 1.1.1995 ausgestellt und nicht annulliert wurden.

Interbibliothekarische Ausleihen

War in der Entwicklung der interbibliothekarischen Ausleihe bisher ein leichter Rückgang zu verzeichnen, konnte man 2002 in den drei Zweigstellen wieder einen Anstieg feststellen. Lag die Anzahl der behandelten Gesuche im Jahre 2001 bei 6'510, so stiegen sie 2002 auf 7'334 (+12) an, und dies mit einem mittleren Zufriedenheitsgrad von 97%.

Zufriedenheitsumfrage

Die Zufriedenheitsumfrage bei den Benutzern der Mediathek wurde im Verlaufe des ersten Trimesters 2002 zum zweiten Mal durchgeführt.

Resultate in % der Zufriedenheitsumfrage 2002 (in Klammer Resultat 2001)

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Wenig zufrieden	Gar nicht zufrieden	Weiss nicht
Dienstleistungen/ Sammlungen	33.3 (36)	49.4 (49.5)	4.3 (6.5)	0.2 (0.5)	12.8 (7.5)
Zugang	35.7 (31.5)	41.9 (50.5)	6 (10)	0.6 (1)	15.8 (7)
Empfang	61.4 (57.5)	25.4 (33)	4.6 (4.5)	0.6 (1)	8 (4)
Animation	30 (19.5)	46.9 (51)	0 (4.5)	1 (1)	22.1 (24)
Kataloge	24.6 (30)	55 (54)	9.5 (6.5)	1.2 (0)	9.7 (9.5)
Logistik	34.3 (34.5)	48 (50)	6.2 (7.5)	0.9 (1)	10.6 (7)

Für die Gesamtheit der Bedienung kann eine Zunahme der positiven Meinungen im Bereich der Zugangsbedingungen zu den Sammlungen feststellen. Diese Meinung betrifft vor allem Sitten, das sich von 38.7 % auf 43.8 % gesteigert hat, dies dank der Freihandausleihe in Pratifiori. Global gesehen sind auch die Animationen beim Publikum besser bekannt und wahrgenommen worden. Einen leichten Rückgang verzeichnet der Sektor „Kataloge“, was auf die Einführung eines neuen Suchsystems, das erst einen Monat vor der Durchführung der Umfrage gestartet wurde und deshalb noch wenig bekannt war.

WALLISER BIBLIOTHEKENNETZ

In bezug auf die Einhaltung der im Leitplan vorgesehenen Ziele sind im Jahre 2002 folgende Erfolge zu verzeichnen:

- Die Schaffung einer virtuellen Bibliothek durch Zusammenschluss der öffentlichen Bibliotheken in der Region Siders sowie die Einrichtung der gemeinsamen audiovisuellen Dokumente in der Region Visp;
- Einrichtung einer Lesezentrums in Mund;
- Die Verbreitung von Bibliopass Valais/Wallis im Zentralwallis;
- Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel einer Reorganisation der Lehrbibliotheken in der Sekundar-Unterrichtsstufe II;
- Abschluss der ersten Stufe der Verbreitung von Internet in den Bibliotheken (ausgerüstet sind 18 Bibliotheken) und Start zu einer zweiten Phase (9 Bibliotheken).

ZUSAMMENARBEIT

Zusammenarbeit im Wallis

Mit der Gemeinde Martigny wurde ein Vertrag unterzeichnet, durch welchen diese die Verwaltung der Stadtbibliothek der MW anvertraut wird. Die MW stellt dafür ihre Lokalitäten an der Av. de la Gare 15 (ehemals Innovation) zur Verfügung. Zusammen mit der Dienststelle für Ausbildung im Dienstleistungsbereich hat die Mediathek Wallis ein Organisationskonzept mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit mit der Verwaltung der pädagogischen Dokumentation ausgearbeitet. Dieses Projekt wurde in Brig verwirklicht, namentlich durch eine stärkere Integration der Funktionen durch die Schaffung einer Auskunft- und Ausleihestelle und die Integrierung der Sammlungen. Zusammen mit dem kantonalen Konservatorium hat die MW ein Projekt für eine „Musikbibliothek“ ausgearbeitet.

Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Staat Wallis und dem Réseau des bibliothèques de Suisse occidentale (RERO), leitet der Kantonsbibliothekar diese Organisation mit ihrem Sitz in Martigny.

KANTONSARCHIV

ZUWACHS

Im vergangenen Jahr wurden 32 Eingänge von 25 staatlichen Verwaltungsstellen sowie 17 Deposita, 20 Schenkungen und 3 Käufe verzeichnet. Dies entspricht insgesamt 72 Eingängen bestehend aus ca. 1500 Archivschachteln, was ca. 277 Laufmeter ausmacht. Dazu sind verschiedene Ordner, Karteien und Register hinzuzufügen. Ferner wurden anstelle der bisher üblichen Mikrofilmchen 6 CD-Roms klassiert. Verschiedene Gemeinden, Privatpersonen und Vereine haben ihr Archiv hinterlegt oder bereits deponierte Bestände ergänzt. Eine ausführliche Liste der Schenkungen, Deposita und Käufe sowie der Ablieferungen der kantonalen Dienststellen wird in der nächsten Nummer der Zeitschrift *Vallesia* 2003 (Bd. 58) zu finden sein. Darin werden auch die hier nur kurz zusammengefassten Archivarbeiten des Jahres 2002 eingehender umschrieben werden.

ARBEITEN

1. Registratur, Klassierung, Analysen und Inventarisierung der Ablieferungen, Deposita und Schenkungen

a) Alte Bestände

Die Sammlungen der Wappen, Photos, Diapositive, Photokopien und die Abteilungen AV und AVL wurden ergänzt. Das Verzeichnis der Dokumenteneingänge seit 1926 sowie die Karteien Ph und „AV Gemeinden“ werden mit dem PC erfasst.

b) Bestände der Staatsverwaltung

Staatskanzlei – 5 Inventarseiten für 58 Archivschachteln; 22 gebundene Register mit Amtsblättern der Jahre 1980-1997.

DVBU – Dienststelle für Verkehrsfragen, 5 Inventarseiten für 11 Schachteln; Kantonale Baukommission, 128 Schachteln mit Baubewilligungen (1999); Kantonales Laboratorium, 9 S. für 62 Schachteln.

DFLA – Amt für Bodenverbesserungen, 3 Inventarseiten für 17 Schachteln ; Amt für Agrarkredite, 1 S. für 36 Schachteln ; Landwirtschaftliche Schule Visp, 20 Photo-Negativrollen; Finanzverwaltung: Sektion Gehälter, 144 S. für 90 Schachteln; Hauptbuchhaltung, 3 CD-Roms ; Finanzinspektorat, 4 S. für 10 Schachteln ; Sekretariat des Departements, Delegierter für Finanzfragen, 21 S. für 220 Schachteln; Dienststelle für Personal und Organisation, 9 S. für 86 Schachteln.

DVIS – Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, Sektion Handel und Patente, Kantonale Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse, 2 S. für 39 Schachteln ; Handelsregister St. Maurice, 1 S. für 195 Schachteln ; Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt, 3 CD-Roms ; Kantonales Amt für Feuerwesen, 5 S. für 68 Schachteln; Dienststelle für Innere Angelegenheiten, Rechtsdienst, 34 S. für 34 Schachteln.

DEKS – Dienststelle für Berufsbildung, 5 S. für 88 Schachteln ; Schweizerische Tourismusfachschule, Siders, 2 S. für 23 Schachteln.

DGSE – Dienststelle für Sozialwesen; Flüchtlingsheim St. Alexis, Sitten, 31 S. für 31 Schachteln; Flüchtlingsheim Beau-Site, Siders, 18 S. für 18 Schachteln; Flüchtlingsheim Visp, 21 S. für 21 Schachteln; Dienststelle für Gesundheitswesen, 18 S. für 252 Schachteln; Walliser Zentrum für Pneumologie, Montana, 1 S. für 50 Schachteln.

Die 2001 erhobene Umfrage betreffend die Archivierung in den Dienststellen der kantonalen Verwaltung erzielte eine Beantwortungsquote von 71.4 % und wurde 2002 ausgewertet. Die diesbezüglichen Ergebnisse zeigen die Schwachstellen in der Archivierung auf und helfen entsprechende Verbesserungen vorzuschlagen. Gleichzeitig haben wir uns mit den Problemen der Verwaltung und Archivierung elektronischer Akten vertraut gemacht (Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven betreffend Archivierung).

c) Gemeinde-, Burger- und Pfarrarchive

Chalais, Gemeinde, Nachtrag, 34 Inventarseiten ; Conthey,

Gemeinde, Nachtrag, 5 S.; Archiv des Priorats von Lens, 152 S.; Mörel, Pfarrei, Nachtrag, 4 S.; Vétroz, Gemeinde, Nachtrag, 3 S. Die Erfassung von handschriftlichen Inventaren auf PC wurde weitergeführt: Bellwald, Pfarrei, 9 S. ; Blatten, Gemeinde, 11 S. ; Ergisch, Gemeinde und Pfarrei, 31 S. ; Mörel, Pfarrei, 159 S.; Siders, Burgerschaft, 135 S. ; Burgerschaft Sitten, in Bearbeitung; Troistorrens, Gemeinde, 38 S. – Die Archive von Lens, Leukerbad und Savièse wurden inspiziert. – Ein *Handbuch für die Walliser Gemeindearchive* wurde vom StAW publiziert (siehe 3.)

d) Privatbestände

Oscar de Chastonay, 2 Inventarseiten; Familie Closuit, 40 S. ; Guy Constantin, 3 S. ; Hans Dorsaz, 9 S.; Michel Follonier, in Bearbeitung; Hermann Imboden, Nachtrag, 1 S.; Rudolf Loretan, 3 S. ; Guy Mabilard, 21 S. ; René Morisod, in Bearbeitung ; Fonds de Nucé, in Bearbeitung ; Charlotte de Wolff, 3 S. ; Schweizerischer Alpenklub, Sektion Monte Rosa, Nachtrag, 1 S. ; Hotel du Grand Combin, Champex, 10 S. ; St. Theodulskirche Sitten, 3 S. ; Union romande des fibres, tambours et clairons, 2 S.

Die Erfassung von handgeschriebenen Inventaren auf PC wurde fortgesetzt: Fonds Bregy, 25 S. ; Fonds Jost-Arnold, 160 S. Die Eingabe der Bestände de Quartéry (21 S.) und der Société d'histoire du Valais romand (60 S.) läuft weiter.

2. Sicherheitsverfilmung

Die Mikrofilmabteilung erstellte insgesamt 140 16mm-Filme für die Grundbuchämter (2001-2002) und von Staatsratsbeschlüssen (2001). Ferner wurden 48 35mm-Filme hergestellt von Notariatsminuten von Brig (1879-1950) und Visp (1670-1771), von Pfarregistern von Salvan und Bürchen sowie von Dokumenten des Gemeinarchivs Zeneggen.

3. Veröffentlichungen

Band 56 (2001) der Zeitschrift *Vallesia*, 653 Seiten umfassend, ist im Juli 2002 und das *Beiheft zu Vallesia Nr. 8* über Vercorin kurz vor Weihnachten 2002 im Druck erschienen. – Ein zweisprachiges *Handbuch für die Walliser Gemeindearchive* wurde im Juli 2002 veröffentlicht und den meisten Munizipal- und Burgergemeinden zu einem günstigen Preis abgegeben. Eine Internet-Website des Staatsarchivs ist erarbeitet worden und wird im Frühjahr 2003 der Öffentlichkeit zugänglich sein.

4. Räumlichkeiten und Konservierung

Die Verbesserung und Sicherung der Lagerräume und die Renovation der öffentlichen Räume des Staatsarchivs wurden fortgesetzt. Die Sicherheit der Depoträume, Rue Pratifori 35, wurde durch grössere Umbauarbeiten beim Eingang und im Innern bedeutend verbessert. Im Hauptgebäude, Rue des Vergers 7, wurden die Fenster des Erdgeschosses durch Fensterläden im Rauminnern gesichert. - Spezialisten haben zwei Gutachten zur Restauration und besseren Konservierung der Dokumente und Plansammlungen erstellt.

BENÜTZUNG

Während des Jahres 2002 wurden ca. 1800 Archivbesucher registriert; die meisten von ihnen sahen Dokumente ein. Ferner wurden 668 Dossiers von staatlichen Verwaltungsstellen eingesehen. Die Archivare haben wie üblich verschiedene Forscher, Lizentianden und Doktoranden in ihrer Arbeit beraten und unterstützt. - Wie bis anhin empfing das Staatsarchiv im Verlauf des Jahres mehrere Besuchergruppen und beantwortete eine Vielzahl von schriftlichen (298) und mündlichen Anfragen. Am 16. November 2002 veranstaltete das Staatsarchiv einen „Tag der offenen Tür“, dem ein grosser Erfolg beschieden war. Es wurden gegen 300 Besucher gezählt. Die Archivare führten durch die Ausstellungen, die Dokumente zur Geschichte der Rhone (im Hinblick auf die 3. Rhonekorrektur) und Kostbarkeiten aus den Sammlungen des Staatsarchivs zeigten. Bei diesem Anlass sprach Fr. Lena Pasche zum Thema „L'aménagement des cours d'eau et de la plaine du Rhône dans la région de Conthey au 19e siècle“. Schliesslich bot man den Besuchern die Möglichkeit an, sich mit dem Lesen alter Schriften vertraut zu machen.

KANTONALE MUSEEN

ALLGEMEINE POLITIK

Im Vierjahresplan lauteten unsere Zielsetzungen für 2002:

- Spürbare Verbesserung der Sammlungskonservierung
- Erleichterung des Zugangs zu den Sammlungen und den dazugehörigen Dokumentationen
- In Gang Setzen des Projekts Zusammenlegung der Kantonsmuseen und Aufbau eines Museumsnetzes Wallis
- Verbesserung der allgemeinen Dienste.

1. Verbesserung der Sammlungskonservierung

- Erfolgreiche Verhandlungen mit der Stadt Sitten bezüglich Übernahme eines ersten Teils von **Magazinräumen** (400 m²), die 2003 eingerichtet werden. Für den Restbedarf (2'500 m²) laufen Verhandlungen mit einem Privatbesitzer.
- Einstellung eines **Sammlungstechnikers** ab Juni.
- Inkraftsetzung eines **Verfahrens** für den Ein- und Ausgang von Objekten.
- Klassierung** der volkskundlichen Bestände des KMG; Abschluss der Neuklassierung der Werke auf Papier des KKM.
- Analyse** des Konservierungszustands der Bestände der Fotothek, der Skulpturen des KKM sowie der Papierbestände von KMG und KKM.
- Anschaffung von Hygrogeräten zur Klimaregulierung.

2. Zugangserleichterung fürs Publikum

- Erarbeitung und Annahme des Vorprojekts für ein neues historisches Museum unter dem Titel **Park und Museum für Walliser Kulturgeschichte**. Das neue Museum umfasst die Bestände von vier Museen (+ die punktuelle Beteiligung von Kunst- und Naturmuseum). Dabei geht es um die Umsetzung der 1993 getroffenen Entscheidung, die beiden Hügel von Valeria und Tourbillon sowie Gebäude und Hof des ehemaligen Gefängnisses mit einem umfassenden Angebot zur Walliser Kulturgeschichte auszustatten. Die Eröffnung des ganzen Komplexes ist für 2007-2008 vorgesehen (125-Jahr-Jubiläum des historischen Museums).
- Studie – in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt – eines **neuen Rundgangs** durch die beiden Gebäude des KKM.
- Redaktion der wissenschaftlichen Texte für 120 Objekte für den demnächst erscheinenden **Sammlungskatalog** des KMG.
- Konzept und Beginn des Projekts **Kulturführer Wallis**. Ziel: Illustrierter Führer von 250-300 Seiten, der das Wallis in all seinen Facetten darstellt (Natur, Landschaft, Siedlungen, Wirtschaft, Denkmäler, Kulturleben...). Der Führer soll an Ostern 2004 in drei Sprachen erscheinen. Er entsteht in Zusammenarbeit mit Wallis Tourismus, den kulturellen Dienststellen des Kantons und den Verlegern Rottenverlag und Payot.
- Analyse der bisherigen, nach Museen getrennten Inventare auf Informatik und Entwicklung eines Systems für eine künftige **gemeinsame Datenbank**.
- Klassierung der Neueingänge und der **Fotobestände**. Klassiert wurden 2207 fotografische Dokumente verschiedener Museen.
- Bibliothek**: Im Hauptkatalog kamen 2146 Einträge hinzu bzw. wurden ergänzt (Anschaffungen und alte Bestände). Aktueller Bestand: 6282 Titel.
- In der Bischofsscheune wurde ein **Vortragssaal** für 50 Personen eingerichtet.
- Organisation von und Teilnahme an Tagungen und **Vorträgen** über den Umgang mit dem Kulturerbe im In- und Ausland.
- Erarbeitung einer **Internet-Homepage** der Kantonsmuseen.
- Herausgabe eines **Führers** durch das KKM für das junge Publikum.
- Einrichtung eines **Kinderhorts** während grossen Ausstellungen.
- Der museumspädagogische Dienst bot Animationen an für die Ausstellung *Die ersten Menschen im Alpenraum* (600 Teilnehmende) und organisierte eine Wanderausstellung über

mittelalterliche Holzskulpturen sowie Spezialkurse für Lehrkräfte.

- Herausgabe der **Agenda 2002** mit dem Programmangebot der Museen zuhanden von Publikum und Medien.

3. Reorganisation der Kantonsmuseen und Aufbau des Museumsnetzes Wallis

- Erarbeitung eines Basisdokuments und Formulierung der **Grundprinzipien**: Weniger Institutionen mit mehr Effizienz und mehr Mitteln. Dabei wurden folgende Prinzipien festgelegt:
 - Zusammenlegung der 6 Kantonsmuseen zu 3 Institutionen mit unterschiedlichen Ausrichtungen sowie ein Ausstellungsort.
 - 1 grosses kulturhistorisches Museum durch Zusammenlegen der Museen für Geschichte, Archäologie, Militärgeschichte und Numismatik: **Park und Museum für Walliser Kulturgeschichte** (Valeria-Gefängnis).
 - 1 mittelgrosses Museum mit Ausrichtung Kunst, in Koordination mit dem obigen: **Kunstmuseum** (Majoria und Viztumschloss).
 - 1 mittelgrosses Museum mit Ausrichtung Umweltwissenschaften, Neustrukturierung des bisherigen Naturmuseums an neuem Standort: **Museum für Naturgeschichte** (Bischofsscheune).
 - 1 Ort für Wechselausstellungen (in den ehemaligen Räumen der Dienststelle für Informatik, Rue de Conthey / Planta).
 - Aufbau eines **Netzes mit Partnermuseen**, darunter Regionalmuseen, denen Sammlungsbestände und Gebäude zur Verfügung gestellt werden könnten und die projektbezogen finanziell unterstützt werden.
- Verteilung des Basisdokuments und **Kontaktaufnahme** mit den Gemeinden Sitten und St-Maurice sowie mit den Mitgliedermuseen der Vereinigung der Walliser Museen.
- Bis November 2002 haben sich **2 Kandidaten** als Partner gemeldet: Das Museum Bagnes und das Walliser Reb- und Weinmuseum Siders-Salgesch. 2003 wird das Pflichtenheft für das Netz erarbeitet.
- Die Gemeinde **St-Maurice** bestätigt ihr Interesse an einer gemischten Verwaltung des Schlosses mit einem lokalen Projekt und einer Partnerschaft mit den Kantonsmuseen.

4. Verbesserung der allgemeinen Dienstleistungen

- Einführung von Lösungen, die die dienstinternen Abläufe bezüglich Verwaltung und Finanzen vereinfachen und rationalisieren.
 - Aufgaben- und Kompetenzverteilung (Bestellungen, Rechnungen, Personal usw).
 - Einführung von Registrierkassen im KMG und im ehemaligen Gefängnis mit automatischer Berechnung von Besucherzahlen und Einnahmen.
 - Einheitliches, aber auf jedes Museum abgestimmtes Klassierungssystem, Evaluierung des Bedarfs an Möbeln, Ausstattung und Material.
- Ausbau der **Aus- und Weiterbildung**: Ausbildung von 2 Lehrlingen, interne Kurse über Sicherheit und Besucherempfang, Museologiekurs für 3 Mitarbeiter, Fortbildung des Sammlungstechnikers, Teilnahme mehrerer Mitarbeiter an Tagungen, Durchführung eines Kurses für Kleinmuseen und eines weiteren für das Staatspersonal, Stages in Archäologie, Kunst, Geschichte, Volkskunde und Naturgeschichte.

KANTONALES MÜNZKABINETT (KKM)

Sammlung

Dank einer Partnerschaft mit der Walliser Kantonalbank konnte anlässlich einer Auktion in Zürich ein Silberdicken aus dem späten 15. Jahrhundert erworben werden, geprägt von Bischof Nikolaus Schiner. Diese sehr rare Münze ergänzt unseren lückenhaften Bestand über diesen Prälaten. Das Inventar wurde erweitert durch die Überarbeitung der Bestimmungen der karolingischen Münzen

und durch die Revision eines ersten Teils an Schweizer Münzen. Im Bereich Restaurierung wurden ausländische Medaillen und Jetons behandelt.

KANTONALES MUSEUM FÜR ARCHÄOLOGIE (KMA)

Sammlung

Auswertung von Fundobjekten aus Grabungen der jüngsten Zeit. Kontrolle des Sammlungsinventars ergänzt durch das Anlegen von Objektdokumentationen. Summarisches Inventar und fachgerechte Lagerung der Sammlung Guigoz. Wissenschaftliche Aufarbeitung der Bronzeobjekte durch eine Studentin der Uni Genf. Restaurierungsarbeiten an protohistorischen Gefässen und keltischen Metallobjekten.

Dokumentation und Forschung

Anfertigung von Abrieben der Stelen von Petit-Chasseur, Sitten. Damit sind sämtliche wichtigen Stelen des Gräberfeldes auf diese Weise dokumentiert. Im Hinblick auf eine Publikation wurde ein Objektbestand der Grabungen von Sitten / St-Guérin (1972) aufgearbeitet.

Ausstellungen, Publikationen

Die gemeinsame Ausstellung von KMA und KNM *Die ersten Menschen im Alpenraum* wurde am 24. Mai eröffnet. Dieses Projekt – Katalog, Auswahl und Ausstellen der Objekte, Transport und Einrichtung – hat von Januar bis Mai sämtliche Kräfte des Museums gebunden. Zahlreiche Führungen und – mit 12'000 Eintritten – ein schöner Publikumserfolg.

Animation

3 Konzerte im Hof des Museums (Juli-August), organisiert von Musikakademie und Museum. 4 Vorträge in Zusammenarbeit mit der Walliser Vereinigung für Archäologie zum Thema frühe Besiedlungen im Alpenraum. Tagung über Metall-Restaurierung mit 70 Teilnehmenden in Zusammenarbeit mit der schweizerischen Vereinigung der Konservatoren-Restauratoren.

Wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Programm Interreg III Erste menschliche Spuren in alpinen Tälern. Mitwirkung an Fachinstitutionen (Wissenschaftskommission der schweizerischen Gesellschaft für Urgeschichte und Archäologie, Forschungsgruppe für schweizerische Urgeschichte, Vorstand Vereinigung der Walliser Museen). Regelmässige Beiträge auf Canal 9.

KANTONALES KUNSTMUSEUM (KKM)

Sammlung

Inventarisierung von 47 Neueingängen, davon 9 vom kantonalen Dekorationsfonds. Administrative Kontrolle der Deposita der Eidgenossenschaft. Ausleihen an Ausstellungen in Saillon und Payerne. Abschluss der Neuklassierung der Werke auf Papier. Analyse des Erhaltungszustands der Skulpturen und Papierwerke. Restaurierungen im Zusammenhang mit Ausleihen und Ausstellungen.

Dokumentation und Forschung

Verfassen wissenschaftlicher Beiträge über Equipo 57 und den ländlichen Primitivismus in der Schweizer Malerei. Arbeit an der Herausgabe der Korrespondenz von Raphael Ritz, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarchiv. Leitung und Vorbereitung des Programms über die Familie Bille (2003) in Zusammenarbeit mit weiteren kulturellen Dienststellen des Kantons.

Ausstellung

Vorbereitung und Eröffnung der **neuen Dauerausstellung** in den Räumen von Schloss Majoria, die bei dieser Gelegenheit einen neuen, farbigen Anstrich erhalten haben. Ausgestellt sind rund 60 wichtige Werke aus eigenen Beständen, chronologisch angeordnet. Eröffnung eines Saals mit Neuerwerbungen und einer

Donatorentafel. Herausgabe von zwei Museumsführern für Erwachsene und Kinder, eines Begleithefts für Schulen über eine Skulptur von Zeller, eines Kalenders für das Jahr 2003 und eines neuen Plakats.

Animation

2 Vortragszyklen in Zusammenarbeit mit der Volksuniversität Sitten. Kinder-Entdeckungsparcours. Durchführung einer Woche des Kunstmuseums mit breitem Rahmenprogramm, in Zusammenarbeit mit Canal 9 und Visarte.

KANTONALES MUSEUM FÜR GESCHICHTE (KMG)

Basilika von Valeria

Konservierung-Restaurierung von 2 barocken Antependien, 2 Ex-Votos sowie eines Tabernakels von 1651; Neuplatzierung des Bildes "Anbetung der Könige". Projekt einer Empfangsloge für Führungen.

Neueinrichtung des Museums

Erarbeitung und Überprüfung des neuen Rundgangs (siehe "allgemeine Politik: neues kulturhistorisches Museum"); erste thematische Gliederung; Begleitung der Baustelle; Inventar des Baumbestandes auf Valeria.

Sammlung

Kauf eines aussergewöhnlichen Albums von 1868 mit Aquarellen des englischen Alpinisten Arthur Cust sowie einer barocken Truhe. Schenkung der Erbgemeinschaft Vincent Pitteloud (1866-1945), Les Agettes mit Objekten zu den Bereichen Tourismus, Bekleidung und private Devotion. Schenkung der Kapuziner des Foyer Franciscain in St-Maurice mit Objekten und Dokumenten zur Afrika-Mission 1900-1950. Inventarisierung von 1500 druckgrafischen Ortsansichten und der Sammlung der Klinik von Malévoz. Beginn des wissenschaftlichen Inventars der Ansichtskarten. Restaurierung von religiösen Bildern, einer Spanischen Wand mit einer Ansicht von Sitten um 1860 sowie von Metallobjekten. Analyse der Papierbestände.

Dokumentation und Forschung

Beginn einer Studie über Uniformen des 19. Jahrhunderts aus fremden Diensten (Neapel, Frankreich, Russland, Vatikan) sowie über Walliser in fremden Diensten und den Bürgerkrieg im Wallis (Schlacht bei Trient). Vorbereitung der Ausstellung "100 Jahre Klinik Malévoz" und einer Publikation über die Bestände an mittelalterlichen Möbeln.

Publikation

Vom Ding zum Mensch. Theorie und Praxis volkskundlicher Museumsarbeit. Das Beispiel Wallis, herausgegeben von Thomas Antonietti und Werner Bellwald, Baden 2002, 336 S., 216 Abb.

Wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Die beiden Konservatoren haben an mehreren Tagungen teilgenommen (Finnland, Grenoble, Lugano) und zahlreiche Vorträge gehalten. Sie wirken in verschiedenen kantonalen und nationalen Verbänden mit.

KANTONALES MILITÄRHISTORISCHES MUSEUM (KMM)

Nach der beschlossenen Neuausrichtung des Museums hat der Konservator auf den 31. 8. 2002 seine Kündigung eingereicht.

Sammlung

Mehrere Schenkungen von Privaten sowie Anschaffungen im Zusammenhang mit der Neueinrichtung von Raum 17. Schenkungen und Deposita kamen vom Zeughaus Aigle, von der

Zoll-Kreisdirektion 3 und der kantonalen Jagdabteilung in Sitten. Beim Inventar wurden 2002 vor allem die Fotoarbeiten vorangetrieben. Sämtliche Sammlungsobjekte sind nun fotografiert.

Dokumentation und Forschung

Unter der Aufsicht des Museums laufen zur Zeit 2 wichtige Forschungsprojekte, das eine über die fremden Dienste nach 1798, das andere über den Bürgerkrieg der 1840er Jahre.

Neueinrichtung, Ausstellung, Publikationen

Die Neueinrichtung wurde im 1. Stockwerk fortgesetzt, und zwar mit dem Thema **Walliser Waffenträger ab 1815**. Dabei geht es um die Einstellung zu den Waffen in den letzten 2 Jahrhunderten mit Vitrinen über: Armee und Religion, Schützengesellschaften, Jagd und Wilderei, Milizen, Polizei, Zoll, Flugwaffe und Schweizer Armee. Zusammen mit der Mediathek Wallis wurde vom 15. Juni bis 15. September eine Fotoausstellung mit Bildern von Bernard Dubuis über die Festung St-Maurice durchgeführt. Von Juni bis August wurden überdies im 1. Stock 5 Werke des Malers Centovisi zum Thema *Militärjunta* gezeigt. Herausgabe der Publikation *Ein Schweizerischer Genfersee - Die Schweiz, das Chablais und die Neutralisierung Savoyens* (deutsche Version 2003).

KANTONALES NATURHISTORISCHES MUSEUM (KNM)

Sammlung

Übernahme der verbleibenden naturwissenschaftlichen Bestände der Marianisten von Martinach (Mineralien, Muscheln) sowie der verbleibenden Herbarien der Chorherren vom Grossen St. Bernhard, Schenkungen von Tieren und Fossilien. Über 500 im Lötschberg-Basistunnel gefundene Mineralien sowie solche vom Mont Chemin (aufgenommen von Stefan Ansermet) wurden inventarisiert. Sonderstudien gelten dem Moosherbarium und den wilden Bienen. Die Neuordnung der Sammlung im Dachgeschoss des

Museums ist bald abgeschlossen, mit Identifikation und Lokalisation jedes einzelnen Objekts. Der zur Verfügung stehende Raum ist heute praktisch bis zum letzten genutzt.

Dokumentation und Forschung

Das Projekt *Säugetiere des Wallis* wurde mit der Erarbeitung von Kriterien für die Identifikation von Spitzmaus und Waldmaus in Angriff genommen. Forschungsprojekt über die Nachtfalter im Wallis (Erfassen der von der Forschungsstelle in Changins erhobenen Daten). In diesem Zusammenhang hat das Museum ein System zur Digitalisierung und Bearbeitung der im Mikroskop beobachteten Bilder angeschafft.

Neueinrichtung des Museums, Ausstellungen, Publikationen

Die Abteilung *alpine Fauna* konnte durch eine weissliche Gämse ergänzt werden, zur Verfügung gestellt von der kantonalen Jagdabteilung. Zusammenarbeit mit dem archäologischen Museum für die Ausstellung *Die ersten Menschen im Alpenraum* und mit dem Kunstmuseum für die Ausstellungen über René-Pierre Bille (2003).

Animation

Vorträge über *die ersten Menschen im Alpenraum, Reichtum der Vogelnamen*; Tag der Konservatoren der Naturmuseen.

Wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Verlängerung der Zusammenarbeit zwischen Kanton, Gemeinde Orsières und Stiftung Aubert für 2003-2006. Tag der offenen Tür im Alpinen Garten, Champex. Die Stiftung B.+S. Tissières hat zusammen mit den Vereinen für Mineralogie des Unter- und Oberwallis sowie des Tessins in Martinach eine vielbeachtete Ausstellung über alpine Kristalle gezeigt. Präsentiert wurden ebenfalls das Institut Mosso der Universität Turin auf dem Col d'Olen (2'900 m, Monte Rosa) und die Arbeiten der Wanderbegleiter. Das Interreg III-Projekt "Vernetzung historisch-wissenschaftlicher Institutionen rund um den Monte Rosa" (mit Uni Turin) wurde angenommen.

BESUCHERSTATISTIK : insgesamt wurden in diesem Jahr gegenüber 2001 7'805 Eintritte mehr verzeichnet.

	KMA	KKM	KMG	KMM	KNM	Ehemaliges Gefängnis (Sonderausst.)	Basilika von Valeria	Schloss Tourbillon	Hexenturm (Sonderausst.)	TOTAL
2001	3'988	3'404	14'309	3'895	8'752	4'177	3'396	24'157	2'422	68'500
2002	4'797	3'246	12'597	8'486	7'758	11'427	2'938	25'056	-	76'305

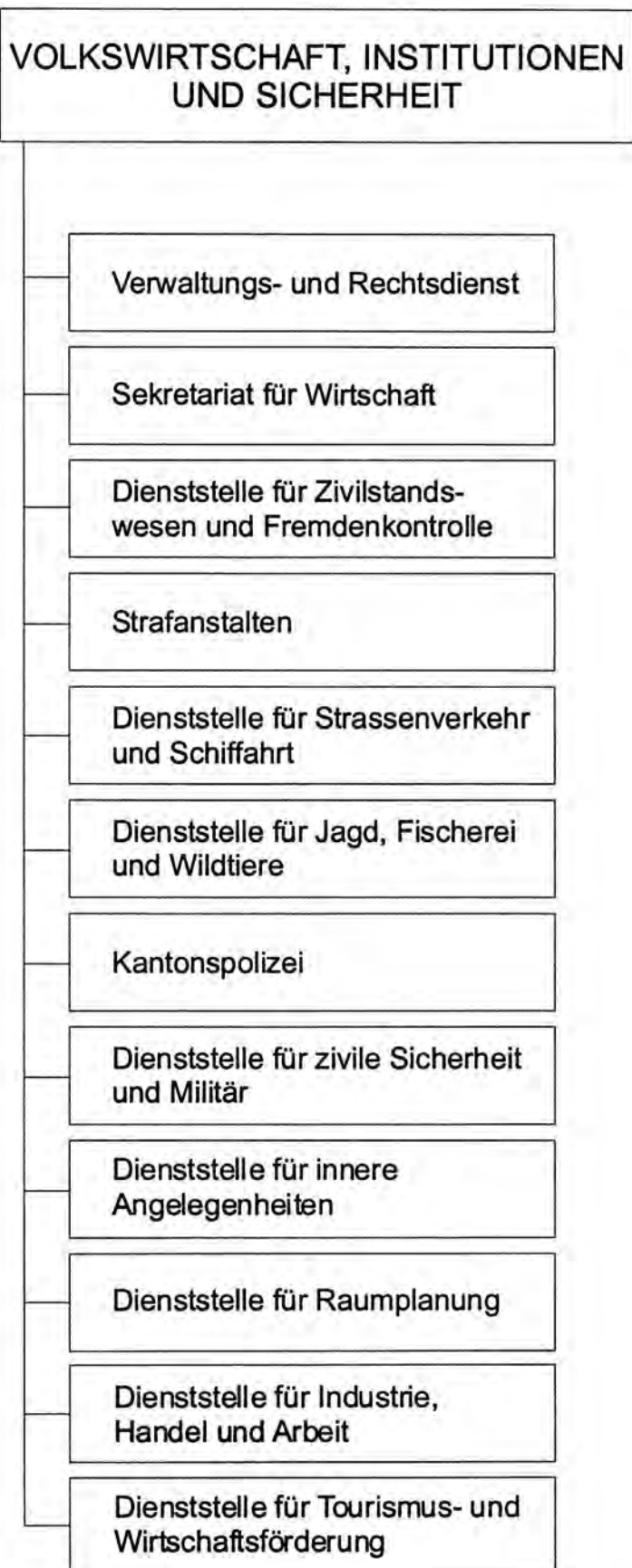


DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

FÜR DAS JAHR 2002



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: CLAUDE ROCH**



EINLEITUNG

Die Hervorhebung gewisser Aufgabengebiete eines Departements bedeutet keinesfalls die Vernachlässigung anderer. Ein Geschäftsbericht kann lediglich einen Teil der täglichen Arbeit jeder und jedes Einzelnen wieder geben, mithin nur einen Bruchteil der Arbeit, ohne den sich die Ergebnisse nicht verwirklichen liesse.

Wir heben deshalb bestimmte Elemente hervor:

A. Wirtschaftliche Aspekte

2002 wurden der Direktor des Sekretariats für Wirtschaft, sowie der Verantwortliche für die Regionalantenne Unterwallis ernannt.

Auf Vorschlag des Departements hat der Staatsrat die Zusammensetzung des Wirtschafts- und Sozialrates bestimmt. Dieser hat im Verlauf des Jahres bereits die ersten Elemente seiner Strategie in Bezug auf die Wirtschaftspolitik erarbeitet.

Dabei ist insbesondere das Zusammenfassen unter einem Dach der verschiedenen Finanzhilfelinstrumente im Kompetenzzentrum für Finanzhilfen zu erwähnen.

Auf Gesetzesesebene hat das Departement die Aufgaben in Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten per 1. November 2002 übernommen. Ein entsprechendes Rundschreiben wurde erarbeitet und an alle Gemeinden sowie an die betroffenen Geschäfte verteilt.

Ferner ist festzuhalten, dass die durch das zuständige Departement erarbeiteten Koordinationsblätter D.10 «*Beschneigungsanlagen*» und I.5 «*Naturgefahren: Erdbeben*», weil sie einen Einfluss auf die Wirtschaft haben, vom Grossrat im Januar 2002 angenommen wurden. Diese Koordinationsblätter wurden anschliessend dem Bund zur Genehmigung unterbreitet.

B. Institutionen

Die umfangreichen Arbeiten zur Gesamtreform der Institutionen wurde begonnen. Die grossen Projekte sind in der Vernehmlassung. Es handelt sich um:

- das Gesetz über die Gemeindeordnung
- die Reform der Bezirksordnung und das Statut der Präfekten
- sowie das Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen.

C. Die Sicherheit

In diesem Zusammenhang ist auf einige wichtige Neuerungen hinzuweisen, die vor allem Dienststellen betreffen, die den Bereich Sicherheit mitumfassen, wie die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt, welche eine Internetseite (www.vs.ch/autos) eingeführt hat, die mit beträchtlichem Erfolg den Anwendern verschiedene Dienstleistungen zur Verfügung stellt.

Im Bereich Kriminalitätsbekämpfung arbeitet die Kantonspolizei in gesamtschweizerischen Projekten mit, darunter vor allem die Kampagne gegen «häusliche Gewalt».

Bei der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle hat schliesslich per März 2002 der kantonale Integrationskoordinator seine Tätigkeit aufgenommen.

**Der Vorsteher des
Departementes für Volkswirt-
schaft, Institutionen
und Sicherheit**

Jean-René Fournier

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	13.00
– Betreibungs- und Konkursamt Sitten	10.50
– Betreibungs- und Konkursamt Siders	9.50
– Gleichstellungsbüro	2.50
Sekretariat für Wirtschaft (SECO)	2.00
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	27.00
Strafanstalten	75.00
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	58.00
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	32.00
Kantonspolizei	448.30
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	81.40
Dienststelle für innere Angelegenheiten	9.50
Dienststelle für Raumplanung	12.50
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	16.50
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	16.00
Total	814.20

1. MOTIONEN

- 4.201 von Frau Grossrätin Brigitte Diserens und Konsorten betreffend Mandatsdauer
Motion in der Novembersession 2002 in ein Postulat umgewandelt. Die Frage wird im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen geprüft (Botschaft und Entwurf vorgesehen im Jahre 2003).
- 4.204 der CVP-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat Maurice Tornay, betreffend Personalbeschaffung bei der Kantonspolizei
Motion in der Märzsession 2002 teilweise angenommen. Die Antwort des Staatsrates wurde bereits in die Praxis umgesetzt.
- 4.205 von Herrn Grossrat Beat Abgottspon (CVPO) und Konsorten betreffend die Revision des kantonalen Gesetzes betreffend Expropriation zum Zwecke öffentlichen Nutzens (Enteignungsgesetz)
Motion in der Septembersession 2002 angenommen. Eine ausserparlamentarische Kommission wird demnächst bestimmt.
- 4.211 von Herrn Grossrat Enrique Caballero, im Namen der Tourismusgruppe, betreffend Revision des Gesetzes über den Tourismus (Gesetz 935.1 und Verordnung 935.100)
Motion in der Oktobersession 2002 angenommen. Die Behandlung dieser Motion wird von den Ergebnissen der Arbeiten über die Tourismuspolitik abhängen.
- 4.222 von Herrn Grossrat Nicolas Voide und Konsorten betreffend Rechtsbeistand
Motion in der Märzsession 2002 in ein Postulat umgewandelt. Im Scheidungsverfahren muss der einen Unterhaltsbeitrag verlangende Ehegatte, manchmal auf den Rechtsbeistand verzichten, weil der andere Ehegatte den Vorschuss für die Prozesskosten leisten muss. Dieses Problem kann durch die Rechtsprechung gelöst werden. Das Gesetz über den gerichtlichen und administrativen Rechtsbeistand wird somit nicht geändert, um diesen einzigen Fall zu regeln.
- 4.226 von Frau Grossrätin Esther Waeber-Kalbermatten und Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 20. Januar 1953
Motion in der Märzsession 2002 in ein Postulat umgewandelt. Die Gesetzgebung über die Tätigkeit der Polizei hat mehrere Teilrevisionen erfahren, insbesondere anlässlich der kürzlich erfolgten Reform der Strafprozessordnung. Der Grosse Rat wird demnächst die Änderung des Gesetzes über die Akten der gerichtlichen Polizei in Angriff nehmen. Eine Änderung des Rahmengesetzes vom 20. Januar 1953 drängt sich zurzeit nicht auf.
- 4.244 von Herrn Grossrat Alphonse-Marie Veuthey (CVPU) und Konsorten betreffend vormundschaftliche Aufsichtsbehörden
Motion in der Septembersession 2002 angenommen. Der Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 23. Oktober 2002 einen Gesetzesentwurf über die Neuordnung der Organisation der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde angenommen.
- 4.252 der Herren Grossräte Dominique Epiney und Simon Crettaz, im Namen der CVP-Gruppe Unterwallis, der CVP-Gruppe Mittelwallis, der CVPO-Fraktion und der CSPO-Fraktion, betreffend Unterstützungsfonds für touristische Transportmittel
Motion in der Dezembersession 2002 teilweise angenommen. Ende November wurde eine Studie über die touristischen Transportanlagen im Wallis (Entwicklung, Strukturen und Perspektiven der Branche) zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben.
- 4.254 der Herren Grossräte Grégoire Luyet, Paul-André Roux, François Giannadda, Beat Abgottspon und Konsorten betreffend Rückerstattung der seit April 1998 illegal erhobenen Tombolagegebühr
Motion in der Junisession 2002 angenommen. Eine entsprechende Botschaft und Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Frühjahr 2003 vorgelegt.

2. POSTULATE

- 4.199 von Herrn Grossrat Markus Truffer (CVPO) und Konsorten betreffend effizientere Tourismusvereine in unserem Kanton
Postulat in der Junisession 2002 angenommen. Die von Wallis Tourismus mit Unterstützung des Staates eingeleiteten Massnahmen werden im Sinne des Postulates weiterverfolgt.
- 4.206 von Herrn Grossrat Beat Abgottspon (CVPO) und Konsorten betreffend Schulung und Unterstützung der Gemeinderäte zu Beginn einer neuen Legislaturperiode durch den Kanton
Postulat in der Novembersession 2002 angenommen. Eine Studie wird im Rahmen der Änderung des Gesetzes über die Gemeindeordnung durchgeführt (Botschaft und Entwurf – Februar 2003).
- 4.231 der Tourismusgruppe, durch ihren Präsidenten, Herrn Grossrat Jean-Marie Luyet, betreffend Tourismuspolitik
Postulat in der Oktobersession 2002 angenommen. Die Arbeiten an der Tourismuspolitik wurden Ende Jahr wieder aufgenommen.
- 4.264 der Herren Grossräte Vincent Grenon, Moreno Centelleghé (Suppl.) und Konsorten betreffend Einstieg in die Berufswelt
Postulat in der Novembersession 2002 als gegenstandslos betrachtet, weil es im Rahmen der Arbeitslosenbekämpfung bereits verwirklicht wurde.

BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

GESETZGEBUNG

- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren auf Kantons- und Bundesebene.

VERWALTUNG

- Mitarbeit in verschiedenen verwaltungsinternen Arbeitsgruppen und Kommissionen, insbesondere:
 - Arbeitsgruppe zur Anpassung des Reglements über die Arbeitszeit der kantonalen Verwaltung
 - Arbeitsgruppe Frauenförderung in der Kantonalen Verwaltung
 - Kommission für Erwachsenenbildung

SENSIBILISIERUNG / PROJEKTE

Aus- und Weiterbildung

- In Zusammenarbeit mit der PH: Forschungsprojekt zur Gleichstellung im Klassenzimmer.
- Gestaltung eines Dossiers mit dem Schwerpunkt "Gender in der Schule" in Résonances (April 2002).
- Teilnahme an der Ausstellung "Action Jeunesse" in Martinach.

Berufsbildung: Lehrstellenbeschluss 2 des Bundes

- Fortsetzung und Abschluss des Projekts zur *atypischen Berufswahl* junger Frauen und Männer. Das Projekt an den Orientierungsschulen wurde vom Bund finanziell unterstützt. In diesem Rahmen Gestaltung der Thematik Stereotypen im Ordner des Fachs Berufswahl (französischsprachiges Wallis).
- In Zusammenarbeit mit der DPO und dem DEKS Durchführung des ersten Walliser Tochtertags mit 1'200 Teilnehmerinnen. Mandat zur Evaluation des Projekts in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktbeobachtung Wallis.
- Mit verschiedenen Projekten zur Berufswahl von jungen Frauen und Männern ist das Büro Ehrengast an der Ausstellung Foire de Martigny, an den organisierten Diskussionen nehmen 350 SchülerInnen der OS und 25 Eingeladene teil.

Familienfragen

- Zusammenarbeit mit dem DVIS für die Präsentation der Familien-Internetseite.
- Kantonale Koordination der Eidgenössischen Kampagne Fairplay-at-home, insbesondere an mehreren Sportanlässen und in den Walliser Kinos.
- Referat über Mädchen und Ausbildung im Rahmen einer Vortragsreihe des Internationalen Instituts für die Rechte des Kindes.
- In Zusammenarbeit mit den Westschweizer Büros Herausgabe einer Studie über die realen Kosten von familienergänzenden Betreuungsstrukturen.

Frauen und Armut

- Fortführung der Studie *VeZ* in Form eines Forschungsprojekts in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Gesundheit und soziale Arbeit; die Studie wird vom DO-RE Fonds finanziell unterstützt.

Frauen und Politik

- Analyse der Frauenvertretung in den ausserparlamentarischen Kommissionen (Publikation 2003).
- Weiterbildung Kommunikation in Zusammenarbeit mit der Klubschule Migros.

Gewalt an Frauen in der Partnerschaft

- Leitung der Kantonalen Arbeitsgruppe Halt Gewalt an Frauen in Ehe und Partnerschaft.
- Initiierung von interdisziplinären Austauschgruppen im Oberwallis.

Geschlechtergerechte Sprache

- In Zusammenarbeit mit der DPO: Konzept zur Anwendung geschlechtergerechter Stellenausschreibungen.

Sexuelle Belästigung

- Promotion des Weiterbildungsangebotes und des Handbuchs von V. Ducret zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz (Co-Finanzierung der Publikation durch das Eidgenössische Gleichstellungsbüro).

ZUSAMMENARBEIT

- Teilnahme an den Konferenzen der Schweizerischen sowie der Westschweizer Gleichstellungsbeauftragten und Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen.
- Teilnahme an den Sitzungen des Kantonalen Gleichstellungsrates (+ Sekretariat) und der OHG-Kommission.

BERATUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- Beantwortung zahlreicher Fragen im Zusammenhang mit Gleichstellung von Frau und Mann.
- Informationen und Presseartikel zur Gleichstellungspolitik
- Aktualisierung der Internetseite www.vs.ch/gleichstellung.

DOKUMENTATIONSSTELLE

- Weiterführung der Dokumentationsstelle.
- Erarbeitung von Pressedossiers aus Zeitungsartikeln.
- Versand der Liste der Neuerwerbungen (2 mal jährlich).
- Ausleihe von Werken.
- Aufbereitung von Informationen auf zahlreiche Anfragen, Zustellen entsprechender Dokumentation.

VERSCHIEDENES

- Begleitung von Praktikantinnen und Teilnehmerinnen im Rahmen der Programme zur vorübergehenden Beschäftigung in der kantonalen Verwaltung.
- Expertinentätigkeit beim Schweizerischen Kaufmännischen Verband in Zürich und im IKB in Brämis.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Damit der Bürger über eine bessere Übersicht über die der Verwaltung anvertrauten Aufgaben verfügt, hat der Staatsrat von jeder Dienststelle die Erstellung einer Leistungsstruktur ihrer Tätigkeiten und die Definition der Ziele auf politischer, strategischer und operationeller Ebene verlangt (System der Verwaltungsmandate). Der Verwaltungs- und Rechtsdienst ist einen Schritt weitergegangen, indem eine Organisation aufgestellt wurde, welche die Weiterführung ihrer Tätigkeiten, deren Evaluation und deren Anpassung erlaubt (Qualitätsmanagementsystem).

Am Ende dieses Geschäftsjahres kann die Tätigkeit der Dienststelle in drei Hauptbereiche eingeteilt werden: Verwaltungstätigkeit und Rechtsberatung für das Departement und ihre Dienststellen, Betreuung und Aufsicht in zivilrechtlichen Verwaltungssachen und Vollzug der Strafurteile.

1. VERWALTUNGSTÄTIGKEIT UND RECHTSBERATUNG

Die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und die Antwort auf die gesetzlichen Vernehmlassungen stellen den ersten Teil der Rechtsberatung dar.

Das Gesetz über das Prinzip der freien Errichtung eines Schuldbriefes wurde endgültig angenommen (Art. 181 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch / EGZGB). Es wurden der Prüfung des Grossen Rates unterbreitet:

- ein Gesetzesentwurf, welcher einerseits dem Departement einige Kompetenzen der kantonalen Regierung gemäss dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch überträgt und andererseits die vormundschaftliche Aufsichtsbehörde reorganisiert (Änderung des EGZGB);
- ein Gesetzesentwurf über die Schaffung eines Informationssystems betreffend Prostitution (Ergänzung zum Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei);
- ein Gesetzesentwurf betreffend die Übertragung der Entschädigung und Genugtung an Opfern von Straftaten vom Bezirksrichter an das für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständige Departement (Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten).

Von den zehn geprüften eidgenössischen Vernehmlassungen wurde das Augenmerk besonders auf die eidgenössischen Gesetzesentwürfe gerichtet, welche eine Änderung des kantonalen Rechts erfordern (Vorwurf zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren; Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare; Änderung des Waffengesetzes).

Die Führung der streitigen Verfahren und die Rechtsberatung stellen die zweite Achse der juristischen Tätigkeit dar. Die registrierten Akten haben um 10 % zugenommen (179 im Jahre 2002, 165 im Jahre 2001). Die behandelten Bereiche sind das Notariat, das Handelsregister, die Fuss- und Wanderwege und der Strafvollzug. Es ist hervorzuheben, dass das Gesetz über den Anwaltsberuf zur Vertretung von Parteien vor den Gerichtsbehörden vom 6. Februar 2001 der Dienststelle das Sekretariat der Aufsichtskammer über die Anwälte als Disziplinarbehörde in erster Instanz anvertraut.

2. BETREUUNG UND AUFSICHT IN ZIVILRECHTLICHEN VERWALTUNGSSACHEN

Im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres hat sich die Betreuung hauptsächlich in Richtung Vormundschaftsämter orientiert. Zur Information wurde diesen Ämtern zwei Weisungen über die Vermögensanlage durch den Vormund und die Übertragung einer vormundschaftlichen Massnahme zugestellt.

Die Leistungsstruktur der Tätigkeiten der Dienststelle hebt deutlich den Anteil der ihr anvertrauten Aufsicht in den Bereichen Stiftungen, 2. Säule, Vormundschaft, Notariat, Handelsregister und Betreibungs- und Konkursämter hervor. Anlässlich der Zertifizierungsarbeiten ISO wurden die verschiedenen Verfahren zu diesen Kontrollen neu definiert und kodifiziert.

3. VOLLZUG DER STRAFURTEILE

Der Strafvollzug umfasst:

- die Registrierung der Strafurteile im Zentralstrafregister (2'799 Urteile);
- das Inhaftierungsverfahren der zu einer unbedingten Strafe Verurteilten (708 organisierte Inhaftierungen, 31 Entscheide über den Aufschub des Strafvollzugs);
- das Inkasso der Gerichtsbussen (2'158 in Rechnung gestellt Bussen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'100'856.20 / Inkasso von Fr. 805'260.—, d.h. 73,14 %);

- die Einziehung von Ersatzforderungen (19 Akten für einen Rechnungsbetrag von Fr. 64'165.75);
- die Betreuung und die Aufsicht der unter Schutzaufsicht gestellten oder zu einer Weisung verurteilten Strafgefangenen (146 Verurteilte, davon 43 verzieht an die zuständige Behörde; 15 ausgesprochene Verwarnungen, 14 Änderungen der Weisungen und 11 angeordnete Inhaftierungen);
- den Vollzug einer kurzen Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten in Form von gemeinnütziger Arbeit (223 Gesuche, 75 Verzichte nach Anhörung und Information des Geschichtstellers, eine Verweigerung, 130 Umwandlungen, 3 Abbrüche).

WIRTSCHAFTSSEKRETARIAT

Der neue Direktor des Wirtschaftssekretariates des Kantons Wallis hat seine Funktion am 1. Mai 2002 aufgenommen. Während des Jahres legte er das Hauptgewicht auf die Kontaktaufnahme mit einer Vielzahl von kantonalen Wirtschaftsakteuren. Dabei ging es vor allem darum, die neue kantonale Wirtschaftsstrategie vorzustellen, die auf den folgenden 3 Hauptachsen basiert:

1. Verbesserung der Rahmenbedingungen
2. Diversifikation des Wirtschaftsgefüges (vor allem mittels dem Konzept „the ARK“)
3. Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Aus den vier Leistungsverträgen entstammen mehrere Projekte, die für die zukünftige Entwicklung der kantonalen Wirtschaft von grosser Bedeutung sind. Erwähnt seien an dieser Stelle zwei davon. Als Erstes die Entwicklung des Konzeptes zur Diversifikation der Walliser Wirtschaft (Valais technologie), welches von nun an „The Ark“ genannt wird. Dies um die Bedeutung des „Brückenschlages“ für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft in unserem Kanton zu unterstreichen. Beim zweiten Dossier handelt es sich um die Konkretisierung von „The Ark“, indem „BioArk“ auf dem (Chemie-)Platz Monthey errichtet wurde. Dieses Kompetenzzentrum im Bereich der Biotechnologie entwickelt sich in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Monthey und der sozio-ökonomischen Region Monthey-St. Maurice und erlaubt Unternehmen in unserem Kanton Fuss zu fassen. Dabei können diese auf die Unterstützung der ETH Lausanne und der Hochschule Wallis HEVs zählen.

Um die interkantonale Zusammenarbeit zu fördern, wurden im Hinblick auf einen zukünftigen Beitritt des Kantons Wallis zum „DEWS“ (Development of Western Switzerland) mit den Kantonen Waadt und Neuenburg Verhandlungen geführt. Diese Beteiligung würde unserem Kanton erlauben, im Bereich der exogenen Wirtschaftsförderung effizienter zu handeln. Abgesehen davon hat der Kanton Wallis aufgrund der geografischen Nähe und des Erfolgspotentials eine Nische für die exogene Wirtschaftsförderung in Frankreich. Das Mandat für die Wirtschaftsförderung in Deutschland konnte die Erwartungen bis jetzt noch nicht ganz erfüllen und wird im DEWS integriert.

Das Gesetz sieht die Schaffung von zwei bis drei regionalen Wirtschaftsantennen vor. Die vier Regionen des französischsprachigen Teils des Kantons haben zusammen entschieden, nur eine einzige zu schaffen. Die entsprechenden Stellen wurden ausgeschrieben. Ende November konnte dem Staatsrat in der Person von Herrn Jean-Daniel Antille ein Verantwortlicher für die regionale Wirtschaftsantenne des französischsprachigen Teils des Wallis vorgeschlagen werden. Trotz zweimaligem Ausschreiben konnte für das Oberwallis noch kein Kandidat vorgeschlagen werden. Diesbezügliche Entscheide sollen im Frühling 2003 gefällt werden.

Schliesslich fanden während des Jahres eine Vielzahl von Treffen mit Unternehmen statt, die einer Intervention des Staates bedurften (Ansiedlungs- und Entwicklungsprojekte oder Gesellschaften in Schwierigkeiten). Die Treffen mit andern Partnern hatten zum Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung der 5 „Sternbranchen“ des Wallis - Landwirtschaft, Energie, Tourismus, Dienstleistungen und Unternehmen - festzulegen und eine einheitliche Wirtschaftspolitik für den gesamten Kanton zu gewährleisten.

Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle

Fremdenpolizei

Die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union sind am 01.06.2002 mit der gestaffelten Einführung des freien Personenverkehrs in Kraft getreten. Genauere Richtlinien wurden erarbeitet und eine entsprechende Ausbildung für die Fremdenkontrollbüros der Gemeinden, das Personal der Dienststelle und die wichtigsten Partner der Dienststelle ZFK durchgeführt. Die Gemeindepräsidenten wurden ebenfalls zu Ausbildungstagungen eingeladen.

Die Zahl der wohnsässigen Ausländer (Permis B und C) nahm um 1'322 zu, beziffert sich auf 46'959 Personen.

Die Dienststelle regelte den Aufenthalt von 119 Personen durch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung im Rahmen von Härtefällen. Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 324 Haftanordnungen im Hinblick auf die Ausschaffung (105 Fälle betreffen das Bundesamt für Flüchtlinge und 219 Fälle das Bundesamt für Ausländer). Die Zunahme hat ihren Grund in der Grenzlage des Kantons Wallis und der Zunahme von angehaltenen Illegalaufenthalten. Der Vertrag über die Wiederaufnahme mit Italien verpflichtet das Wallis namentlich Personen mit Herkunft aus einem anderen Lande, die die Schweiz ohne Kontrolle durchreisen und welche Italien nicht auf seinem Gebiet duldet, wiederaufzunehmen. Die Ausweitung der Anstalt LMC, welches die Wünsche des Parlamentes berücksichtigt und dem Bericht der «Konsultativ-Kommission» entspricht, wird im Laufe des Jahres 2003 ausgeführt. Die Ausbildung der Wärter ist weiterhin im Gange.

Asyl

2002 ersuchten 26'125 Personen um Asyl in der Schweiz, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 26.6% bedeutet. Dem Wallis wurden 941 Personen zugewiesen. Der grösste Teil der Asylsuchenden stammt aus der Bundesrepublik Jugoslawien, Türkei, Bosnien und dem Irak. 569 Asylbewerber wurden bei unserer Dienststelle einvernommen.

Ende 2002 wohnten im Wallis 2'578 Personen mit Permis N (Asylbewerber) oder mit Permis F (vorübergehende Aufnahme). Für 123 Personen, welche provisorisch aufgenommen waren, wurde beim Bundesamt für Ausländerfragen die Regelung ihrer Aufenthaltsverhältnisse beantragt. 365 Personen, die Gegenstand einer definitiven Ablehnung des Asylgesuches bildeten, wurden bezüglich Organisation ihrer Abreise angehört. 219 Personen verliessen schliesslich die Schweiz.

Zivilstandswesen

Die Dienststelle setzte die Vorbereitung der Reorganisation des Zivilstandswesens fort, welche aufgrund der bevorstehenden Einführung des Systems „Infostar“ und der Professionalisierung der Zivilstandsbeamten notwendig ist.

Unser Kanton zählt zur Zeit 68 Zivilstandsämter. Durch Entscheid des Staatsrates vom 26. Mai 2001 werden diese Ämter auf 15 reduziert, d.h. ein Amt pro Bezirk, ausgenommen Östlich-Raron, plus Zermatt und Montana.

Die Reorganisation wird im Laufe des 2. Semesters des Jahres 2003 stattfinden. Die 2 Pilotämter Brig-Glis und Visp wurden auf den 01.01.2003 kantonalisiert.

Einbürgerungen

276 Personen wurden durch ordentliche Einbürgerung und 584 Personen durch erleichterte Einbürgerung (ausländischer Ehegatte eine(s/r) Schweizer(s/in) in unserem Kanton in das Schweizer Bürgerrecht aufgenommen.

Integration

Der kantonale Organisator für Integration, Herr Jacques Rossier, ist seit 01. März 2002 im Amt. Er wurde ebenfalls als Verbindungsperson zur eidgenössischen Kommission gegen den Rassismus bezeichnet.

Eine Arbeitsgruppe ist gegenwärtig mit der Erarbeitung eines kantonalen Integrationskonzeptes, welches dem Staatsrat im Verlauf des 1. Trimesters 2003 vorgelegt wird, beschäftigt.

Schweizer Reisepässe

	2002	2001	2000
neue Reisepässe und Verlängerungen	15'948	16'642	17'848

Adoptionen

	2002	2001	2000
	49	49	40

Namens- und Vornamensänderungen

	2002	2001	2000
	179	198	155

Eheschliessungen von Ausländern, die von unserer Dienststelle geprüft wurden

	2002	2001	2000
	535	375	667

STRAFANSTALTEN (WSA)

Für die Direktion der Strafanstalten war das Jahr 2002 insbesondere durch eine Zunahme der Aufgaben im administrativen Bereich gekennzeichnet, mit denen sie aufgrund zahlreicher Mandate beauftragt wurde.

Sie wurde dazu eingeladen, das Präsidium einer Konkordatsarbeitsgruppe zu übernehmen, welche den Auftrag erhielt, ein Konkordatsprojekt zur Inhaftierung Minderjähriger in den Westschweizer Kantonen zu erstellen.

Zudem hat die Direktion der Strafanstalten noch 192 Dossiers im Jahr 2002 vorbereitet für:

- die Kommission für bedingte Entlassung;
- die Untersuchungskommission für Hochrisikoverurteilte;
- die verschiedenen Kommissionen der platzvermittelnden Kantone, welche den Strafvollzug angeordnet haben.

Strafkolonie von Crêtelongue

Die Anstalt wird seit mehreren Jahren mit einer Zunahme Anfrage konfrontiert, Personen aufzunehmen, welche im Freiheitsentzug spezielle Betreuung bedürfen. Um dieser Situation gerecht zu werden, hat die Direktion von Crêtelongue im Jahr 2002 ein Aufnahmekonzept für diese Personen im Gebäude "Les Cerisiers" erarbeitet. Die Art der Anstalt gestattet eine ideale Beschäftigung dieser Personen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden.

Zudem hat Crêtelongue sein Kistenfabrikationsatelier in ein Beobachtungsatelier umgestaltet. Dieses erlaubt eine bessere Einschätzung der beruflichen Fähigkeiten der Neuankömmlinge und ihnen anschliessend eine geeignete Beschäftigung zuzuordnen.

Angesichts persönlicher Probleme und Beziehungsschwierigkeiten vieler Insassen erweist sich deren Betreuung immer schwieriger. Die Vorbereitung auf den Austritt ist jedoch von entscheidender Bedeutung und erfordert in Zukunft noch eine verbesserte Zusammenarbeit aller Beteiligten des Gefangenenbereichs.

Die Anstellung eines zusätzlichen Wärters hat es ermöglicht, einen Mitarbeiter dem Innendienst zuzuteilen. Der betreffende Wärter ist verantwortlich für die Überwachung der Insassen, die sich um die Unterhaltsarbeiten kümmern, für das reibungslose Funktionieren der passiven Sicherheit der Anstalt sowie für den Empfang der Besucher in Crêtelongue.

Der Ausbau eines neuen Parkplatzes wird im Jahr 2003 beendet werden. Der Parkplatz wird überdeckt und die Insassen sowie das Personal werden sich an der Gestaltung beteiligen.

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Verwaltung

Die Entwicklung der Internet-Website unserer Dienststelle hat einen beachtenswerten Erfolg erfahren. Seit dem März 2002 können die Garagisten ihre Termine für Fahrzeugprüfungen direkt auf unserer Web-Agenda vornehmen. Die Benutzer können auf dieser Agenda ebenfalls Aufgebote von Fahrzeugprüfungen ändern lassen, sofern ihnen ein zugewiesener Termin nicht passt. Ab November 2002 verfügen die Fahrlehrer und Führerausweisbewerber über die gleichen Erleichterungen, um sich zu einem Prüfungstermin einzuschreiben. Die Suche über einen Kontrollschildhalter oder eine Steuerberechnung eines Fahrzeuges kann gleichfalls online auf der Website der Dienststelle vorgenommen werden.

Arbeitserziehungsanstalt von Pramont (AEA)

Die im Jahr 2001 erwartete Tendenz hat sich bestätigt. Die Auslastung der AEA ist besonders hoch. Da Pramont die letzte Anstalt dieser Art in der gesamten Westschweiz stellt, nehmen die Gesuche um Neuaufnahmen stetig zu.

Diese Situation, gekoppelt mit besonders schwierigen Insassen, nimmt das Personal stark in Anspruch. Die seit drei Jahren bereit gestellten Strukturen sind jedoch vollkommen zufriedenstellend. Es muss aber beharrlich an der Ausarbeitung von neuen erzieherischen und der Jugendkriminalität angepassten Konzepten gearbeitet werden.

Bei ihrem Eintritt befinden sich die Jugendlichen von Pramont meistens in einem Zustand von fortgeschrittener moralischer und physischer Verwahrlosung. Es wird in Zukunft unumgänglich sein, zusätzliche soziod-therapeutische Mittel anzubieten, um die Betreuung dieser Jugendlichen wirksamer gestalten zu können.

Pramont wird den Jungen weiterhin die Möglichkeit bieten, sich neues Berufswissen anzueignen. So absolvieren viele Insassen eine Lehre oder Vorlehre als Koch, Schreiner oder Mechaniker. Besonders hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen, die weiter gefördert wird und damit den Jugendlichen von Pramont eine Beschäftigung ausserhalb der Anstalt bietet.

Im Bereich der Kultur sowie der Freizeitbeschäftigung bietet die AEA verschiedene Sport- und Musikprogramme an. Zusätzlich wurde ein klassisches Konzert organisiert, an dem Insassen und ein zahlreiches Publikum teilnahm. Neue Kunsttherapiekurse werden voraussichtlich 2003 eingeführt.

Beim Personal war das Jahr 2002 durch eine grosse Stabilität gekennzeichnet. Zusammenkünfte, die einen Berufsaustausch innerhalb der Anstalt ermöglichten, konnten organisiert werden.

Untersuchungsgefängnisse des Kantons

Die Auslastung der drei Untersuchungsgefängnisse des Kantons nimmt weiter zu.

Im Jahr 2002 wurde eine Zunahme von 5'069 Hafttagen registriert. Bei den Verschiebungen konnte man zusätzliche 256 Eintritte und 258 Austritte festhalten.

Im Bereich der Halbgefangenschaft zeigte sich die gleiche Tendenz: Im Vergleich zum Vorjahr wurden 1334 Hafttage mehr verzeichnet. Nur im Bereich der Halfreiheit wurde ein leichter Rückgang von 33 Hafttagen festgehalten.

Im September 2002 war das Gefängnis "Les Iles" Mittelpunkt eines Treffens der offiziellen Kirchen unseres Kantons. Diese Tagung wahr ein echter Erfolg, an dem nicht weniger als 150 Personen teilnahmen.

Alle diese Erleichterungen werden von unseren Kunden sehr geschätzt, da monatlich mehr als 20'000 Benutzer von unserer Website www.vs.ch/autos Gebrauch machen. Wir werden im Sinne von e-Government mit der Einführung von neuen Modulen im Jahre 2003 fortfahren, namentlich für das Verwalten von Versicherungsnachweisen.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugpark hat erneut zugenommen. Zur Zeit sind im Kanton Wallis 232'882 Fahrzeuge verzeichnet gegenüber 227'289 im Vorjahr. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Inverkehrsetzungen von Personenwagen zurückzuführen, dessen Zahl auf 53'119 angestiegen ist und einen neuen Höchststand in dieser Sparte darstellt. Die Inverkehrsetzungen von neuen Fahrzeugen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und belaufen sich neu auf 10'643 zu 10'989 im Vorjahr. Die Zahl der Inverkehrsetzungen von Occasions-Fahrzeugen beträgt gegenwärtig 42'476 zu 40'610 im Vorjahr.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die Zahl der praktischen Führerprüfungen hat leicht zugenommen und beträgt 7'879 zu 7'759 im Vorjahr. Dank einer guten Vorbereitung der Führerausweisbewerber beträgt die Durchfallquote der Führerprüfungen 30 Prozent.

Die technische Sektion hat während des Jahres in den Kontrollhallen von Visp, Sitten und St-Maurice etwa 65'000 Motorfahrzeuge kontrolliert. Durch diese hohe Anzahl hat sich die Verspätung stabilisieren können, die bei den periodischen Nachkontrollen aufgetreten ist.

Schifffahrt

Der Schiffpark verzeichnet in unserem Kanton 1'373 Schiffe, die sich wie folgt aufteilen:

Motorboote	739
Segelboote	425
Ruderboote	197
Güterschiffe	8
schwimmende Geräte	4

Der Bestand der Schiffe ist aufgrund der beschränkten Anlegeplätze stabil geblieben.

Im laufenden Jahr wurden 569 Schiffe kontrolliert, 177 Führerprüfungen und 127 Theorieprüfungen registriert. Diese Zahlen beliefen sich im Vorjahr auf 567, 165 und 120.

Zusätzlich wurden von den Schiffswerften aufgrund von abgeschlossenen Vereinbarungen 70 Schiffskontrollen durchgeführt.

Administrative Massnahmen

Im Jahr 2002 ist die Zahl der verfügten Führerausweisentzüge oder Fahrverbote auf 2'885 angestiegen. Diese Zahl betrug im Vorjahr 2'857. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation (1'068) sowie Trunkenheit am Steuer (1'027) sind nach wie vor die wichtigsten Gründe der angeordneten Administrativmassnahmen.

Die wegen Missachten von Verkehrsregeln verfügten Verwarnungen haben ebenfalls zugenommen. Im Jahr 2002 wurden 2'471 Verwarnungen ausgesprochen gegenüber 2'366 im Vorjahr.

Ausserdem mussten 399 Personen zu einem eintägigen Verkehrsunterricht aufgeboten werden, weil sie wiederholt gegen die Verkehrsregeln verstossen hatten. Diese Zahl betrug im Vorjahr 414.

Zusätzlich zu den getroffenen Administrativmassnahmen wurden 8'058 Personen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr missachtet hatten. Diese Zahl belief sich im Vorjahr auf 8'222.

Buchhaltung und Informatik

Die Einnahmen der Dienststelle nehmen von Jahr zu Jahr zu und erreichten im Berichtsjahr 55,9 Millionen Franken. Dieser Betrag ergibt sich aus 357'000 Einzahlungen mittels Einzahlungsscheinen und 26'400 handschriftliche Einzahlungen auf die Konti der Finanzverwaltung. In nicht weniger als 2'156 Fällen musste ein Betreibungsverfahren eingeleitet werden, während 1'046 Kontrollschild-Beschlagnahmen angeordnet wurden, weil die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden sind.

Im Jahr 2001 wurden 1'081 Bewilligungen für Fahrten des 40-Tonnen-Kontingents ausgestellt. Im Berichtsjahr 2002 wurden 2'314 solcher Bewilligungen erteilt und dadurch das dem Kanton zugewiesene Kontingent vollumfänglich ausgeschöpft.

DIENSTSTELLE FÜR JAGD, FISCHEREI UND WILDTIERE

Die Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere arbeitete das vergangene Verwaltungsjahr erstmals vollständig gemäss dem System ISO-PM 9001. Die durch das ZVM sowie die SGS vorgenommenen Kontrollen und Audite bestätigten der Dienststelle eine korrekte systemkonforme Verwaltung. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Anpassung des Systems an die öffentliche Funktion sowie die erforderliche Flexibilität, je nach Eigenart und Aufgabenbereich einer Dienststelle, durch die zertifizierenden Organe anerkannt.

Jagd

Die Regierungsziele stützen sich direkt auf die in der eidg. und kantonalen Jagdgesetzgebung enthaltenen Zielsetzungen betreffend die wildlebenden Tiere.

Im Jahre 2002 war unsere Dienststelle erneut mit der Grossraubwildproblematik konfrontiert. Dies insbesondere betreffend den Wolf, welcher erneut im Simplongebiet auftauchte und Schäden anrichtete, welche zur Erteilung einer bedingten Abschussbewilligung führten. Der Wolf verzog sich jedoch in der Folge ohne direkte Intervention der Jagdaufsichtsbehörden.

Die Dienststelle konnte sich mit dem vom zuständigen Bundesamt in die Vernehmlassung gegebenen Wolfskonzept nicht einverstanden erklären. Nebst anderen Mängeln enthielt das Konzept insbesondere keinerlei Massnahmen zum Schutz des einheimischen Schalenwildes, welches mehr oder weniger zu einem reinen Futterlieferanten des Wolfes degradiert werden sollte. Zusammen mit der Mehrheit der übrigen Schweizer Kantone stellte der Staatsrat des Kantons Wallis die dem Konzept zugrunde liegende Philosophie in Frage. Das Bundesamt reagierte und passt zurzeit den Konzeptentwurf den von den interessierten Kreisen gemachten Bemerkungen sowie den sich im Rahmen der Motion Maissen konkretisierten Ansichten der Bundesversammlung an.

Die Dienststelle äusserte sich im Rahmen der Vernehmlassung zur Teilrevision des NHG betreffend die Schaffung von Natur- und Landschaftspärken von nationaler Bedeutung. Insbesondere die in diesen Gebieten in aller Regel vorgesehene Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die Bevölkerung sowie des ordentlichen Jagdbetriebes haben die Dienststelle zu einer negativen Stellungnahme veranlasst.

Die Jagdsaison verlief in verschiedener Hinsicht befriedigend. Die Anzahl der gelösten Patente erweist sich weiterhin als stabil. Die Anzahl der erlegten Hirsche (926) und der Rehe (1170) ist erfreulich und zeugt von gesunden Wildbeständen. Die von der Dienststelle vorgeschlagene Rehbejagung führte bereits im ersten Jahr zum angestrebten Ziel. Mit einer Jagdstrecke von 379 Geissen und 791 Böcken konnte das angestrebte Verhältnis von 1:2 beim Abschuss erreicht werden. Das Bejagungsmodell muss deshalb bis zum Ende des 5-Jahres-Beschlusses weitergeführt werden. Die Hirschstrecke erforderte keine sofortige Nachjagd. Die Dienststelle zusammen mit dem Forstdienst und dem Jägerverband prüfen für das Jagdjahr 2003 die Einführung von Massnahmen, welche den erforderlichen Hirschabschuss während der ordentlichen Hochjagd ermöglichen sollten.

Fischerei

Obwohl die Fischerei in der Praxis nicht unbefriedigend ist, kann deren Verwaltung noch nicht als optimal bezeichnet werden. Die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse werden auf die Fischerei übertragen und deren Auswirkungen auf die stehenden und fliessenden Gewässer wird geprüft.

Im Rahmen der Gewässersanierungen, namentlich im Zusammenhang mit der Energiegewinnung, wurde eine breit abgestützte Studie begonnen, welche durch die verschiedenen betroffenen Dienststellen, namentlich auch dem Fischereidienst ausgearbeitet wird. Im weiteren war der Fischereidienst an der Ausarbeitung des neuen Beschlusses über die Spülungen beteiligt. Dieser Beschluss erlaubt es den Fischereierinteressen bei der Spülung von Stauseen besser Rechnung zu tragen.

Die Konvention zwischen der Dienststelle und dem kantonalen

Fischereiverband wurde neu erarbeitet. Der definitive Entwurf liegt zurzeit bei beiden Partnern zur Annahme vor.

Das Auf und Ab der Fischereierträge widerspiegelt die Empfindlichkeit der kantonalen Gewässer in diesem Bereich. Nebst den endemisch auftretenden Gewässerverschmutzungen machen im Bereich der natürlichen Fortpflanzung insbesondere natürliche und künstliche Hochwasser die vom Fischereidienst und den Sektionen vorgenommenen Korrekturen vielfach zu nichte.

KANTONSPOLIZEI

GERICHTSPOLIZEI

	1998	1999	2000	2001	2002
Total behandelte Fälle * (mit Verzeigungen Betäubungsmittel)	12'364	12'562	11'363	11'856	13'523
* Höchstwert der 10 letzten Jahre = 13'629 im 1994					
Aufklärungsquote (in %)	29.89	29.71	30.65	31.34	29.41
Ausländerkriminalität (in %)	49.2	38.5	50.5	39.5	41.6
Jugendkriminalität (in %)	27.2	26.3	37.6	32.4	29.7
Auszug/Entwicklung gewisser Fälle	1998	1999	2000	2001	2002
Tötungsdelikte (inkl. Versuch)	4	2	5	4	7
Körperverletzungen und Tötlichkeiten	246	254	246	261	288
Notzuchtdelikte	12	10	8	5	10
Total strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	148	109	114	102	134
Diebstähle:	6'240	6'116	5'907	6'181	7'107
- davon Einbruchdiebstähle	2'117	1'935	1'822	1'346	1'825
Diebstahl von Motorfahrzeugen	338	313	331	145	133
Sachbeschädigungen	1'097	1'272	1'303	1'582	1'743
Raubdelikte	14	19	17	23	35
Drohungen	100	111	90	80	86
Veruntreuungen	66	105	61	85	64
Betrugsdelikte	124	262	119	89	128
Brandstiftungen	27	49	58	40	60
Gemeldete Suizide	55	62	64	51	59
Verhaftungen und Anhaltungen (ohne Strassenverkehr)	1998	1999	2000	2001	2002
Verhaftungen	778	718	669	591	731
Anhaltungen	2'706	3'995	4'986	5'545	6'428
Bundesgesetz über die Betäubungsmittel	1998	1999	2000	2001	2002
Total Anzeigen	1'524	2'003	1'865	1'897	2'238
Todesfälle infolge Überdosis	4	3	4	2	3
Gerichtspolizeiliche Identifikation	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl technische Tatbestandsaufnahmen	1'442	1'505	1'484	1'305	1'669
Anzahl erfasste Personen (Photo und Fingerabdrücke)	530	571	541	785	664

STRASSENVERKEHR

	1998	1999	2000	2001	2002
Gemeldete Unfälle	1'649	1'638	1'652	1'580	1'693
- tödliche Unfälle	38	31	29	27	26
- Unfälle mit Verletzten	711	684	777	732	793
- Unfälle mit Sachschaden	900	923	846	821	874
Unfallopfer					
Getötete Personen	47	31	31	28	31
Verletzte Personen	955	925	1'074	1'017	1'093

Hauptursache der Unfälle 2002

Tödliche Unfälle

1. Geschwindigkeit	38.5 % (2001: 25.9 %)
2. Trunkenheit	26.9 % (2001: 22.2 %)
3. Überholen	11.5 % (2001: 18.5 %)

Unfälle mit Verletzten

1. Geschwindigkeit	23.7 % (2001: 21.3 %)
2. Missachten des Vortritts	20.8 % (2001: 22.5 %)
3. Trunkenheit	19.2 % (2001: 19.5 %)

Geschwindigkeitskontrollen

1'887 Kontrollen wurden im Jahr 2002 durchgeführt (2001: 1'623). 241'627 Fahrzeuge wurden kontrolliert (2001: 225'006). 25'261 Lenker/innen (10,45 %) begingen eine Übertretung. 22'313 Ordnungsbussen wurden einkassiert und 2'727 Strafanzeigen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die eine Administrativ-Massnahme nach sich ziehen, erstellt. 221 Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitung wurden an das Untersuchungsrichteramt weitergeleitet.

Die Summe der Ordnungsbussen im Strassenverkehr (30'244) beläuft sich auf Fr. 2'604'627.--.

Weitere Tätigkeiten

Die Buchhaltung hat 4'922 Rechnungen im Gesamtbetrag von Fr. 1'686'901.90 ausgestellt.

17'208 Aufträge wurden vom Sekretariat verwaltet und weitergeleitet.

Flughafenpolizei

Die Ausreise von 453 Personen wurde kontrolliert und organisiert (2001: 467), darunter 219 zurückgewiesene Asylbewerber (2001: 248).

Ausbildung

Am 12. Dezember 2002 wurden 22 Aspiranten bzw. Aspirantinnen der Aspirantenschule 2002, darunter zwei Beamte der Gemeindepolizeien Montana und Champéry, vereidigt.

Die Rekrutierungskampagne für die Aspirantenschule 2003 wurde vom 4. Februar bis zum 19. April 2002 durchgeführt. 210 Interessenten haben die Dokumentation verlangt. 74 Kandidaten wurden berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen. Nach Auswertung der Resultate wurden 17 Bewerber französischer

Muttersprache, davon 6 weiblichen Geschlechts, sowie 7 deutscher Muttersprache, davon 1 weiblichen Geschlechts, für die Aspirantenschule vorgeschlagen.

Während 108 Halbtagen wurden die Mitglieder des Korps im taktischen und polizeilichen Schiessen sowie im Nachtschiessen und in der persönlichen Sicherheit ausgebildet. Die Handhabung der Waffen und deren Unterhalt wurde ebenfalls geschult.

Eine besondere Aufmerksamkeit galt auch den Bereichen Aus- und Weiterbildung. Mehrere Beamte haben an verschiedenen Kursen und Seminaren teilgenommen. Auch die von der kantonalen Verwaltung organisierten Kurse erfreuten sich einer grossen Teilnahme.

Verkehrserziehung

Im Jahr 2002 hat die Kantonspolizei ihre erzieherische Tätigkeit in den Schulen zusammen mit den Gemeindepolizeien und Lehrpersonen weitergeführt. Insgesamt wurden nicht weniger als 1'300 Unterrichtsstunden an 24'000 Schüler erteilt.

Ein besonderer Schwerpunkt galt den höheren Schulen und Berufsschulen (Altersgruppe 17-20 Jahre). Speziell betont wurden dabei die Risiken in Bezug auf das Fahren in angetrunkenem Zustand und das Nichtbeachten der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit. Diese gezielte Aktion entsprach dem Unfallverhütungskonzept 2002. Im Rahmen ihrer Tätigkeiten hat die Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit ihren Partnern auch an der Planung und Durchführung einer Vielzahl von Unfallverhütungskampagnen teilgenommen.

Verbrechensprävention

Die Vorbereitung der nationalen Kampagne 2002-2004 "Häusliche Gewalt" hat begonnen.

Die nationale Präventionskampagne im Bereich "Anlagebetrug" - mit Post Finance als Partner - wurde im Frühling 2002 gestartet. Das Hauptziel dieser Kampagne ist die Bildung eines "gesunden Misstrauens". Potentielle Opfer müssen in der Lage sein, Risikosituationen zu erkennen. Die Broschüre der Kampagne ist in allen grösseren Poststellen und Polizeiposten der Schweiz verfügbar.

Das neu erstellte Plakat "Achtung Diebe" wurde an alle Warenhäuser und Geschäfte verteilt. Es soll die Aufmerksamkeit zukünftiger Diebstahlopfer wecken und sie rechtzeitig warnen. Ab Januar bis Ende Juni 2002 hat die Kantonspolizei eine kantonale Präventionskampagne mit dem Namen "Guten Morgen" realisiert, indem sie diese in die üblichen Nachtdienste der Gendarmerie integrierte. Die Reaktionen innerhalb der Bevölkerung waren sehr positiv.

In Zusammenarbeit mit der Einsatzzentrale wurden über 3'100 Alarmdossiers behandelt.

Einsatzzentrale

Im Jahr 2002 wurden alle Überwachungsanlagen im Tunnel von Gamsen (A9) in Betrieb genommen. 61'846 Notrufe (112/117/118) wurden entgegengenommen. 2'916 Feualarmer sind bei der EZ eingegangen (2001: 2'260).

Information

Polizei – Medien

Es wurden 360 Pressemitteilungen verbreitet, davon etwa 40 Vermisstenanzeigen und/oder Zeugenaufrufe sowie etwa 20 Pressemitteilungen mit präventivem Charakter. Durch verschiedene Medienreportagen konnten verschiedene Arbeitsbereiche der Kantonspolizei der Öffentlichkeit nähergebracht werden. Komplexe Gerichtsfälle, die das Interesse der Medien geweckt und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Partnern (Medien, Polizei und Justiz) erschwert haben, prägten das Jahr 2002.

Interne Mitteilungen

Interne Mitteilungen erschienen ab April in Form eines auf Informatik verfügbaren, wöchentlichen internen Mitteilungsblattes, welches erlaubt, die Informationen zu vereinen und sie über den elektronischen Weg an alle Beamte zu verteilen. Vier Ausgaben der einmal pro Trimester erscheinenden internen Zeitschrift "Police" wurden verteilt.

Dienststelle für Innere Angelegenheiten

GESETZESARBEITEN

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit auf folgenden Gebieten:

Bezirksordnung

Im Verlauf des Jahres 2002 hat die vom Staatsrat eingesetzte ausserparlamentarische Kommission für die Überprüfung der Bezirksordnung ihre Arbeiten auf der Grundlage des vom Föderalistischen Instituts Freiburg ausgearbeiteten Gutachtens weitergeführt.

Nachdem zusätzliche Informationen des vorgenannten Instituts angefordert wurden, hat die Kommission im November 2002 ihren Bericht hinterlegt. Gleichzeitig wurde die Dienststelle für Innere Angelegenheiten mit der Ausarbeitung von Verfassungsbestimmungen beauftragt, welche die Vorschläge der Kommission konkretisieren.

Im Dezember 2002 beschloss der Staatsrat, sowohl den Bericht der Kommission als auch die von der Dienststelle ausgearbeiteten Texte in die Vernehmlassung zu geben. Diese Vernehmlassung dauert bis zum 31. März 2003.

Informationshalber erinnern wir daran, dass der Grosse Rat in der Märzsession 2000, die Zweckmässigkeit der Überprüfung der Bezirksordnung und des Präfektenstatus auf Verfassungsebene beschloss hat.

Gemeindeordnung

Mit Datum vom 17. Januar 2002 hinterlegte die vom Staatsrat eingesetzte ausserparlamentarische Kommission ihren Bericht zusammen mit einem Vorentwurf zur Reform des Gesetzes über die

Gemeindeordnung. Dieser Vorentwurf erforderte im übrigen eine vorgängige Reform der Kantonsverfassung in mindestens drei Punkten, nämlich bezüglich der Genehmigung des Voranschlags durch die Urversammlungen, die Aufhebung des Verfahrens zur Genehmigung bestimmter Gemeindegeschäfte und schliesslich die Übertragung der Zuständigkeiten zur Verleihung des Bürgerrechts von den Bürgergemeinden an die Munizipalgemeinden.

Die Vorschläge der ausserparlamentarischen Kommission bildeten Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens bis Ende September (Frist um drei Monate verlängert).

Im Grossen und Ganzen wurden die Vorschläge der ausserparlamentarischen Kommission begrüsst. Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten wurde beauftragt, die Stellungnahmen zu prüfen, zusammenzufassen und die als notwendig erachteten Abänderungsanträge vorzuschlagen. Sie wurde auch mit der Prüfung der Zweckmässigkeit, die erforderlichen Änderungen der Verfassung vorzuschlagen, beauftragt. Die Vorschläge der Dienststelle samt dem erklärenden Bericht werden anfangs des Jahres 2003 erwartet.

Gesetz über Wahlen und Abstimmungen

Die Arbeiten zur Totalrevision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen wurden zu Beginn des Jahres 2002 beendet. Der von der Dienststelle selbst ausgearbeitete Gesetzes-Vorentwurf samt dem erklärenden Bericht wurde im Einverständnis mit dem Staatsrat bis Ende September 2002 in die Vernehmlassung gegeben. Auch wenn sich die verzeichneten Stellungnahmen auf den ersten Blick als positiv erweisen, bildeten sie in Anbetracht der übrigen der Dienststelle übertragenen gesetzgeberischen Arbeiten und der vom Departement und vom Staatsrat im Einverständnis mit der grossrätlichen Kommission der Institutionen festgelegten Prioritäten, noch nicht Gegenstand einer Zusammenfassung und eingehenderen Prüfung.

VERWALTUNGSARBEITEN

Wahlen

Im Verlauf des Jahres 2002 gab es keine Wahlen. Die Dienststelle wurde indessen mehrfach bezüglich Demissionen sowohl von Gemeindebehörden als auch Kantonsbehörden (Grossräte und Suppleanten) in Anspruch genommen.

Abstimmungen

Am 22. September 2002 hat die Walliser Bevölkerung die Abänderung von Art. 25 der Kantonsverfassung (Ausgabenbremse) mit 41'697 Ja zu 16'204 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 32,79% angenommen.

Auf Bundesebene hat sich die Walliser Bevölkerung zu 8 Vorlagen, verteilt auf 4 Urnengänge, ausgesprochen. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung an diesen vier Urnengängen lag knapp unter 38%.

Instruktion der Beschwerden

Im Verlauf des Jahres 2002 wurden an die Dienststelle für Innere Angelegenheiten 241 Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden zur Prüfung überwiesen. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Vormeinung der Dienststelle 246 Entscheide gefällt.

Genehmigungen von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen usw.

Im Verlauf des Jahres 2002 homologierte der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 185 Gemeindereglemente, wovon 34 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne.

Ferner bewilligte der Staatsrat nach Begutachtung durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten:

35	Kaufverträge, Baurechtsverträge, usw.	
35	Kreditaufnahmen über einen Betrag von	Fr. 91'264'624.--
6	Bürgschaften für einen Betrag von	Fr. 54'595'000.--
2	Darlehen für einen Betrag von	Fr. 115'000.--

Betreffend Kreditaufnahmen zeigt die nachfolgende Statistik die bewilligten Beträge seit 1991:

Jahr	Anzahl Neuverschuldungen	Bewilligter Betrag
1991	54	Fr. 75'917'000.--
1992	72	Fr. 114'783'900.--
1993	55	Fr. 89'631'000.--
1994	46	Fr. 122'351'530.--
1995	43	Fr. 72'116'800.--
1996	29	Fr. 45'287'000.--
1997	29	Fr. 58'773'000.--
1998	32	Fr. 61'716'479.--
1999	82	Fr. 138'605'589.--
2000	70	Fr. 281'767'293.--
2001	77	Fr. 406'282'209.--
2002	35	Fr. 91'264'624.--

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Chef der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 917 erstinstanzliche Entscheidungen geprüft (gegenüber 800 im Jahre 2001 und 881 im Jahre 2000).

Es wurden keine Beschwerden gegen diese Entscheidung eingereicht.

RAUMPLANUNG

Allgemeine Bemerkungen

Zwei wesentliche Aufgaben der Raumplanung bestehen darin, die raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander abzustimmen und den zuständigen Behörden die erforderlichen Angaben zu liefern, damit sie eine umfassende Interessenabwägung vornehmen können.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, namentlich dem kantonalen Richtplan und den kommunalen Nutzungsplänen, versucht die Dienststelle für Raumplanung (DRP), die räumliche Entwicklung auf die sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten auszurichten und dabei das natürliche und überbaute Umfeld zu schonen.

Im Jahre 2002 hat sich die Dienststelle für Raumplanung hauptsächlich in folgenden Sachbereichen engagiert:

- Weiterführung der mit dem Richtplan verbundenen Studien;
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben;
- Anhörung der interessierten kantonalen, regionalen und kommunalen Stellen bei Sachplänen des Bundes im Bestreben eine geeignete Mitwirkung der Bevölkerung sicherzustellen;
- Anpassung der kommunalen Nutzungspläne;
- Erarbeitung von Sondernutzungsplänen;
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen zur Erstellung und Bewirtschaftung der Fuss- und Wanderwegnetze gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988;
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassung der Zonennutzungspläne;

Parallel dazu hat die Dienststelle die Gemeinden, die Bezirke und Regionen und die beauftragten Ortsplaner im Rahmen des kantonalen Richtplanes und bei der Anpassung der Nutzungspläne beraten, unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler (KPK, CORAT, CEAT, NEAT/AlpTransit) und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil Valais – Vallée d'Aoste du Grand-St-Bernard).

KANTONALER RICHTPLAN

A. Bewirtschaftung des Richtplanes

Die folgenden Koordinationsblätter, beschlossen durch den Staatsrat im Jahre 2002, sind dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden:

- A.2 «Zweckmässige Ausscheidung und Nutzung der Bauzonen»
- F.9 «Wasserbau und Unterhalt von Wasserläufen»
- I.4 «Naturgefahren; Hochwasser»

Die nachstehenden Koordinationsblätter befinden sich in der Aktualisierungsphase:

- B.3 «Einkaufszentren»
- F.9 «A9, Umfahrung Siders»
- c.305 «Anschluss an die A9: Leuk – Leukerbad»
- c.503 «Schweizerische Hauptstrassen: Zufahrt Lötschberg (A509)»
- C.7 «Öffentlicher Verkehr»
- c.903 «Bahnverbindung mit dem Skigebiet – Le Châble»
- F.8 «Restwassermengen»
- G.6 «Trinkwasserversorgung»
- G.7 «Konflikt mit Gewässerschutzzonen»
- H.4 «Luftqualität»
- H.7 «Überprüfung der Projekte und Umweltverträglichkeitsstudien»

B. Änderung des Richtplanes

Die folgenden Koordinationsblätter, angenommen durch den Grossen Rat am 31. Januar 2002, sind dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden:

- D.10 «Beschneigungsanlagen»
- I.5 «Naturgefahren: Erdbeben»

Seit der Annahme des kantonalen Richtplanes (21.12.1988) bis Ende 2002 sind 78 Koordinationsblätter der Kategorie «Festsetzung» zugeordnet worden

C. Grundlagen für den kantonalen Richtplan

Ländlicher Raum

Der ländliche Raum ist zu einem multifunktionalen und komplexen Raum geworden. Seine Entwicklung erfordert die Umsetzung einer Raumplanungspolitik, die darauf abzielt, sich ergänzende Strukturen zwischen den städtischen und den ländlichen Gebieten zu sichern und die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung beinhaltet.

Daraus ergab sich das Bedürfnis, eine Studie erarbeiten zu lassen, um den ländlichen Raum des Kantons Wallis genau zu ergründen, die aktuellen Raumplanungsziele zu überprüfen und falls erforderlich neue strategische und operationelle Ziele vorzuschlagen, die zu einer Aktualisierung der Raumplanungsinstrumente, insbesondere des kantonalen Richtplanes, führen werden.

ORTSPLANUNG

A. Gesamtrevision der Zonennutzungspläne

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonenpläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschieden wurden. Am 31. Dezember 2002 zeigte sich folgende Situation:

- 100 Gemeinden besitzen einen dem RPG entsprechenden, homologierten Nutzungsplan;
- 17 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentscheid des Staatsrates;
- 26 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentscheid ; der Synthesebericht ist der Dienststelle für innere Angelegenheiten abgegeben worden ;
- 7 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben;
- 2 Gemeinden haben ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt;
- 8 Gemeinden haben die Überarbeitung ihres Nutzungsplanes eingeleitet.

Die 8 nachstehend aufgeführten Gemeinden haben das Verfahren zur Anpassung ihrer Zonennutzungspläne an die Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 noch nicht in die Wege geleitet:

Bovernier, Bourg St. Pierre, Vissoie, Mühlebach, Niederwald, Bister, Martisberg und Eisten

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (RPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Förderungsmassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton Wallis im Jahre 2002 den Gemeinden, die ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 392'081,10 gewährt.

B. Teilrevisionen der Zonennutzungspläne sowie der Bau- und Zonenreglemente

Im Rahmen der Weiterführung der Raumplanungsaufgaben haben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Raumplanung im Jahre 2002 36 RPG-konforme Teilrevisionen der Zonennutzungspläne und/oder der Bau- und Zonenreglemente vorgenommen.

C. Sondernutzungspläne

Gemäss Artikel 12 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (KRPG) können die Gemeinden bei Bedarf die Erarbeitung von Sondernutzungsplänen verlangen und der Dienststelle für Raumplanung zur Prüfung oder Stellungnahme unterbreiten. Dies erfolgte für:

- 29 Detailnutzungspläne (DNP)
- 6 Quartierpläne (QP)

Im Verlaufe des Jahres 2002 wurden 3 Gesamtrevisionen und 24 Teilrevisionen der Nutzungspläne durch den Staatsrat homologiert

DIENSTSTELLE FÜR INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

1. HANDEL UND PATENTE

1.1. Handel

Eine der Hauptaufgaben war die Vorbereitung des Inkrafttretens des Gesetzes betreffend die Ladenöffnung (LÖG) auf den 1. November 2002. Zuhanden der Gemeinden sowie der verschiedenen Geschäften wurden Informationsartikel und ein Kreisschreiben verfasst sowie die neuen gesetzlichen Grundlagen zugestellt.

Um das Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über das Reisengewerbe auf den 1. Januar 2003 sicherzustellen, wurde ein ganzheitliches Informationssystem für die betroffenen Behörden und Personen in die Wege geleitet.

2002 wurden folgende Patente und Bewilligungen erteilt:

Jahr	Automatische Apparate	Spielsalons	Wandernde Tätigkeiten	Tombola
2001	3'013	18	472	200
2002	2'943	13	423	186

Die Kontrolltätigkeit der Handelspolizei wurde verstärkt. 2002 wurden insgesamt 267 Kontrollen (Bäckereien, Weinhandlungen, diverse Betriebe) durchgeführt.

Die kantonale Stelle des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden hat 2002 in insgesamt 130 Schadenfällen einen entsprechenden kantonalen Beitrag in der Gesamthöhe von Fr. 117'987.- zusätzlich zur Schweizerischen Fondshilfe geleistet. Der Schweizerische Fonds seinerseits hat für dieselben Schadenfälle einen Gesamtbetrag von Fr. 698'113.- an die Geschädigten ausbezahlt.

1.2. Patente

Schwerpunkt des Jahres 2002 bildeten die Tätigkeiten innerhalb der ausserparlamentarischen Kommission zur Revision des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken (GGG). Am 8. Juli 2002 wurden ein Schlussbericht sowie ein Gesetzesvorentwurf an den Staatsrat abgegeben. Das Vernehmlassungsverfahren endete am 30. November 2002 und erste Auswertungen erfolgten im Dezember.

Gleichzeitig wurden die entsprechenden jährlichen Abgaben im Gastwirtschaftswesen aufgrund der Entscheide der Gemeindebehörden in Rechnung gestellt.

Trotz diverser Probleme bei der Umsetzung und Anwendung des GGG konnte die Sektion weiterhin in beratender und unterstützender Weise zugunsten der Gemeindebehörden vor Ort tätig sein. 2002 konnten insgesamt drei Gastro-Management Kurse (zwei auf französisch / einer auf deutsch) und zwei Hotel-Management Kurse (je einer auf deutsch und französisch) durchgeführt werden.

Mit Beiträgen aus dem kantonalen Gastgewerbefonds wurden die Hochschule Wallis (HEVs/Kursorganisatorin) sowie das kantonale Ausbildungsprogramm der Hotelpflichtassistentinnen unterstützt.

1.3. Schlichtungskommission für Mietverhältnisse

Aufgrund der gesetzlichen Aufgaben wird die Kantonale Schlichtungskommission länger je mehr für Mietverhältnisse angerufen. Die Anzahl Dossiers stieg 2001 um 8,2% und 2002 um 5,3%. Bei gleichbleibender Tendenz drängt sich eine Umstrukturierung der Funktionsweise des Sekretariats dieser Kommission auf.

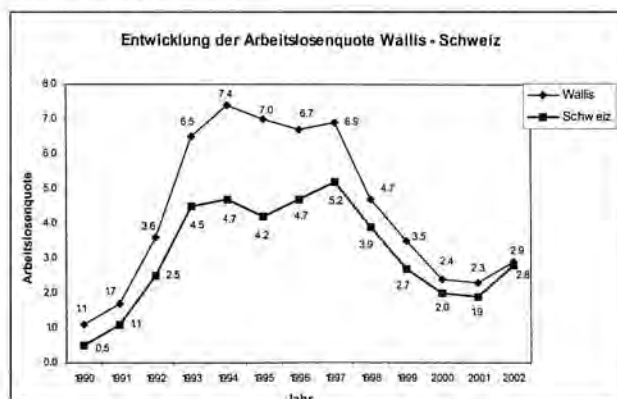
2002 behandelte die Kantonale Schlichtungskommission 557 Dossiers, wovon 441 wie folgt abgeschlossen werden konnten:

- in 257 Fällen (58%) konnte eine Einigung erzielt werden;
- in 71 Fällen (16%) musste eine Nichteinigung festgestellt werden;
- in 63 Fällen (14%) wurden Entscheide gefällt und
- 50 Fälle (11%) konnten anderweitig erledigt werden.

2. ARBEITSMARKT

2.1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2002

Im Wallis stieg die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2002 um 0,6 Prozentpunkte auf 2,9%. Das Jahresmittel der Arbeitslosenanzahl liegt bei 3'559 (+729). Alle Regionen und Wirtschaftsbranchen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Die durchschnittliche Anzahl Stellensuchender stieg um 819 auf ein Total von 6'450. Die saisonale Arbeitslosigkeit im Bau- und im Gastgewerbe bleibt weiterhin besorgniserregend.



2.2. Arbeitslosenversicherung

Kurzarbeitsentschädigung (KAE)

	1999	2000	2001	2002	Diff. 2001-2002
verlorene Stunden ¹	175'000	22'177	50'361	94'624	+90%

¹Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)

Der Sektor «Décolletage-assemblage (Automatenarbeit)» war am stärksten von diesen Arbeitszeiteinbussen betroffen (60% der verlorenen Stunden).

Massenentlassungen

2002 wurden 13 Massenentlassungen gemeldet. Dies sind 3 mehr als im Vorjahr. Insgesamt waren 223 Arbeitnehmer von Umstrukturierungen betroffen. Die gewohnten saisonalen Entlassungen sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Fälle zur Untersuchung der Vermittlungsfähigkeit

291 Fälle wurden der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) unterbreitet, um die Anspruchsvoraussetzung der Vermittlungsfähigkeit zu prüfen. Dies entspricht der Anzahl Fälle des Vorjahres. 118 Dossiers (40%) kamen von den RAV und 173 von den Arbeitslosenkassen. Die Dienststelle verneinte in 72% der gefällten Entscheidungen den Anspruch auf Arbeitslosentaggelder.

Ausbildung

Ein Hauptanliegen war die Ausbildung der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in den folgenden Bereichen:

- neues Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts;
- Auswirkungen der bilateralen Abkommen auf die Arbeitslosenversicherung.

2.3. Öffentliche Arbeitsvermittlung und Beratung – Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Die bereits während dem zweiten Semester 2001 beobachtete zunehmende Tendenz der Arbeitslosigkeit verstärkte sich leider 2002. Die Bemühungen, sowenig RAV-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter wie möglich zu entlassen, erwiesen sich als richtig. Im Gegensatz zu anderen Kantonen war die Walliser Struktur den Bedürfnissen dieses Jahres angepasst. Die Arbeitsbelastung der Personalberater in einigen RAV stieg dennoch so hoch, dass für 2003 neue Mitarbeiter eingestellt werden mussten.

	Stellensuchende VS monatliches Minimum	Stellensuchende VS monatliches Maximum	Stellensuchende VS Jahreschnitt
2001	4'345	7'534	5'631
2002	5'128	8'704	6'450
Diff. 2001-2002	+ 783	+1'170	+ 819

Anzahl der von den RAV betreuten Stellensuchenden

Entwicklung der Situation

Die 2002 festgehaltene Situation weist folgende Merkmale auf:

- spezifische, regionale Merkmale der Zunahme der Arbeitslosigkeit;
- eine Zunahme von «neuen Arbeitslosen», die im Allgemeinen höher qualifiziert sind;
- eine deutliche Verminderung der Anzahl Personen mit einem Zwischenverdienst;
- ein Anstieg der Wiederanmeldungen aufgrund saisonaler Arbeitslosigkeit;
- eine steigende Anzahl komplexer Situationen;
- eine zunehmende Anzahl Personen, die wiederholt arbeitslos sind (4 bis 10 Jahren).

Um dieser Lage Herr zu werden und um die Effizienz der Arbeitsbemühungen der Stellensuchenden zu fördern, wurden die Personalberater in diesem Jahr für die Umsetzung eines Aktivierungsprogramms zur Stellensuche sensibilisiert.

Die Anzahl in den RAV registrierten, offenen Stellen nahm merklich ab. Dennoch herrscht in einigen Branchen ein Mangel an qualifiziertem Personal. Die RAV müssen deshalb vermehrt zusammen mit den Unternehmungen Mittel und Wege für die Umschulung von Stellensuchenden suchen, um diesen spezifischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Neuer Aufwind für die interinstitutionelle Zusammenarbeit

Die Tatsache, mit den Bedürfnissen einer steigenden Anzahl komplexer Situationen konfrontiert zu werden, erfordert von den RAV eine ständige Anpassung ihrer Dienstleistungen sowie eine stärkere, vernetzte Zusammenarbeit mit den Berufsinformationszentren (BIZ), den sozialmedizinischen Zentren (SMZ), der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT) sowie der Invalidenversicherung (IV).

Infolge verschiedener Staatsratsentscheide zur Schaffung einer Koordinationsstruktur für die Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Wiedereingliederung waren die DIHA und die RAV zudem auf verschiedenen Ebenen der Umsetzung tätig:

- die DIHA wurde durch die RAV-Koordination zum Koordinationsorgan der interinstitutionellen Zusammenarbeit;
- die kantonale Steuergruppe der interinstitutionellen Zusammenarbeit schuf regionale Strukturen, an welchen die RAV-Leiter aktiv teilnehmen;
- auf Antrag der interinstitutionellen Regionalgruppen (Unter-, Mittel- und Oberwallis) ernannten die RAV Oberwallis, Siders und Sitten Ansprechpartner mit der Aufgabe, als Auskunftsstelle und Kontaktperson für interinstitutionelle Fragen zu wirken;
- die Personalberater aller kantonalen RAV nahmen zusammen mit den Fachleuten der weiter oben aufgeführten Institutionen an einer interinstitutionellen Ausbildungstagung teil.

2.4. Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen (LAM)

Walliser Arbeitsmarktbeobachtung (WAB)

Die Zusammenarbeit mit der Aus- und Weiterbildung wurde strukturiert und eine Arbeitsgruppe «Beschäftigung – Bildung», bestehend aus den Verantwortlichen dieser Bereiche innerhalb der Verwaltung aufgebaut. Die Resultate der Arbeitsmarktbeobachtung sollen somit direkt bei der Gestaltung des Bildungsangebotes berücksichtigt werden können.

Im Rahmen der baldigen Einführung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr ist die DIHA damit beauftragt, die bestehenden Statistiken über die Lohnsituation im Kanton zu sammeln, ihre Aussagekraft zu überprüfen und zusätzlichen Bedarf festzustellen.

Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts

Alle im Wallis tätigen Unternehmungen auf dem Elektrizitätsmarkt wurden mit Hilfe eines Fragebogens zur Beschäftigungssituation und Zukunftsaussichten befragt. Der Schlussbericht wurde den teilnehmenden Unternehmungen sowie interessierten Kreisen zugestellt.

Arbeitsmarktliche Massnahmen (AM) im Allgemeinen

Massnahme	1999 realisierte Jahresplätze*	2000 realisierte Jahresplätze*	2001 realisierte Jahresplätze*	2002 realisierte Jahresplätze* (Schätzung)	Differenz 2001-2002
Beschäftigungsprogramme	647	396	328	334	+3%
Kurse	321	262	260	305	+17%
Einarbeitungszuschüsse	115	83	59	61	+3%
Betriebspraktika	56	36	20	24	+20%
Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit	22	14	19	19	+/-%
Ausbildungszuschüsse	14	7	7	9	+28%

*ein Jahresplatz entspricht 220 Tagen Teilnahme an einem Programm

Die deutlich höheren Arbeitslosenzahlen widerspiegeln sich vor allem bei den Kursen und den Berufspraktika. Die anderen Massnahmen weisen noch keine Auswirkungen auf.

Tripartite Kommission AM

Innerhalb der tripartiten Kommission wurde 2002 vor allem über Möglichkeiten zur Bekämpfung der saisonalen Arbeitslosigkeit diskutiert. Entsprechende Vorschläge werden nun vom Departement abgeklärt.

Bildungsmassnahmen

Monatlich benutzen 400 bis 600 Stellensuchende das Ausbildungsangebot der LAM.

Die Schwerpunkte 2002 waren:

- die Einführung des Zertifikats eduQua für sämtliche Anbieter von Weiterbildungsmassnahmen;
- die Förderung von Massnahmen zur Steigerung der Erwerbskombinationsmöglichkeiten und der Qualifikationen von Arbeitslosen;
- die Mitarbeit im Rahmen des neuen Weiterbildungsgesetzes.

Beschäftigungsmassnahmen

Sämtliche Anbieter von Beschäftigungsmassnahmen haben ihre Umstrukturierungen abgeschlossen. Vermehrt konnte daher wieder in die Qualität und den Inhalt von Massnahmen investiert werden. Die individuellen Zielvereinbarungen und deren Umsetzung wurden verfeinert. Damit soll den Teilnehmern Rechnung getragen werden, die mit immer grösseren Problemsituationen an einer Massnahme teilnehmen.

Besonders Massnahmen in Unternehmungen (Praktika, Einarbeitungszuschüsse, usw.) wurden gefördert. Sie weisen das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis auf. Die Teilnahme an diesen Massnahmen stieg; jedoch noch nicht im erhofften Ausmass. Mit einer vertieften Abklärung sollen neue Wege für die Steigerung der Attraktivität dieser Massnahmen erarbeitet werden.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Benutzung der ergänzenden kantonalen Massnahmen.

Ergänzende kantonale Massnahmen	Verfügungen			
	1999	2000	2001	2002
Kantonale berufliche Eingliederungsverträge	696	445	309	327
Kantonale Einarbeitungszuschüsse	54	29	19	28
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge	27	14	4	1
Bildungsmassnahmen		9	44	19

Als Vorbeugemassnahme organisierte und finanzierte die LAM Kurse zur Standortbestimmung für Apothekenhelfer(innen), deren Beruf nicht mehr vom Gesundheitswesen anerkannt ist. Ziel dieser Massnahme war es, den Betroffenen neue Berufswege aufzuzeigen.

3. AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE

3.1 Einführung des freien Personenverkehrs

Der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den EU/EFTA-Staaten, welcher am 1. Juni 2002 in Kraft trat, hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Arbeit der DIHA:

- ein neues Bewilligungsverfahren wurde in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle ausgearbeitet;
- die Gemeindearbeitsämter und die RAV erhielten eine vollumfängliche Ausbildung;
- zahlreiche Anfragen von Berufsverbänden und Bevölkerung wurden beantwortet.

3.2 Die flankierenden Massnahmen

Die DIHA nahm aktiv an der Erarbeitung des kantonalen Gesetzesentwurfs über die entsandten Arbeitnehmer und dessen Botschaft teil. Dieser Gesetzesentwurf wird im ersten Semester 2003 dem Grossen Rat unterbreitet.

3.3 Entwicklung der Ausländischen Arbeitskräfte

Die DIHA führte 2002 ihre selektive Bewilligungspolitik für ausländische Arbeitskräfte fort. Trotzdem stieg die Anzahl der Arbeitsbewilligungen.

	2000	2001	2002	Diff. 2001-2002	Diff. in %
Kurzaufenthaltbewilligung L (< 4 Monate)	5'946	6'561	7'862	+1'301	+19%
Kurzaufenthaltbewilligung L (4 bis 12 Monate)	7'269	8'409	9'583	+1'174	+14%
Grenzgänger G	1'603	1'836	1'776	-60	-3%
Asylsuchende	728	918	879	-39	-4%
Arbeitsbewilligung B	347	445	449	+4	+1%

Entwicklung der Anzahl erteilter Arbeitsbewilligungen (01.11.2001 – 31.10.2002)

Die Tatsache, dass die für den Gesundheitssektor und die grossen Baustellen (NEAT, Raffinerie, usw.) erteilten Arbeitsbewilligungen nunmehr dem kantonalen Kontingent unterliegen, dass die Beschäftigung in den Tourismusstationen unattraktiv bleibt sowie die Auswirkungen des freien Personenverkehrs erklären teilweise diese Erhöhung.

	Gastgewerbe	Bau	Landwirtschaft	Handel	Verschiedenes	Total
1999	4'982	189	695	123	168	6'157
2000	5'670	258	894	158	289	7'269
2001	6'203	466	1'093	199	448	8'409
2002	6'498	600	1'301	233	951	9'583

Entwicklung der Anzahl Kurzaufenthaltsbewilligungen pro Beschäftigungssektor (01.11.01 – 31.10.02)

Zum Schluss sei noch angeführt, dass infolge der Einführung des freien Personenverkehrs die Erstellung der Statistik über die erwerbstätigen Ausländer gegenwärtig nicht möglich ist.

DIENSTSTELLE FÜR TOURISMUS- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

TOURISMUS

Situation des Walliser Tourismus

Gesamt-schweizerisch wurde 2002 ein Rückgang der Übernachtungen von ca. 6% gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Die dank der EXPO.02 erzielten guten Resultate im Mittelland vermochten den starken Rückgang in den Alpen nicht aufzuwägen. Die Logiernächte gingen im Graubünden um 10%, im Berner Oberland um 8,5% zurück. Das Wallis hat diesem Rückgang besser widerstanden; es verzeichnete nur ein Rückgang der Übernachtungen um 3%.

Der Nachfragerückgang, im Wallis wie in der Schweiz, ist hauptsächlich auf den Wechselkurs des Frankens, auf die Euroeinführung in den wichtigsten Konkurrenzländern, auf das Wetter im Sommer und auf die schwierige konjunkturelle Situation zurück zu führen.

Sensibilisierungskampagne

In enger Zusammenarbeit mit Wallis Tourismus und dem Departement für Erziehung, Kultur und Sport wurde ein Konzept für die Durchführung einer Sensibilisierungskampagne erarbeitet. Diese ist hauptsächlich auf die Jugend ausgerichtet und soll Eingang in den Schulen erhalten. Zudem werden die Wirtschaftskreise und das breite Publikum anvisiert.

Tourismustaxen

Die Gemeinden, für die der Tourismus einen hohen wirtschaftlichen Stellenwert hat, interessieren sich in zunehmendem Masse für die Tourismustaxen. Seit der Inkraftsetzung des Gesetzes über den Tourismus haben rund fünfzig Gemeinden diese Taxe eingeführt.

Das Kantonale Finanzinspektorat hat einen ersten Zyklus über die Kontrolle der Erhebung, des Inkasso und der Verwendung der Tourismustaxen abgeschlossen. Aufgrund dieser Ergebnisse wurde ein Massnahmenkatalog erarbeitet. Ein zweiter Zyklus hat Ende Jahr begonnen. Allfällige Probleme werden im Sinne des Massnahmenkataloges bereinigt werden.

Informationsstelle Wallis

Die Arbeitsgemeinschaft "Informationsstelle Wallis" koordinierte die Auftritte der verschiedenen Partner ausserhalb des Kantons. Zu erwähnen sind hier die EXPO.02, der 1. August in Berlin und die Eröffnungsfeierlichkeiten zum 400. Jubiläum der Escalade in Genf.

Die Informationsplattform Wallis stellt der Wirtschaft einen breiten Fächer von Information über das Wallis, seine Regionen und Gemeinden zur Verfügung. Ab 2003 wird die administrative Verwaltung dieser Plattform vollständig in die Arbeitsgemeinschaft integriert.

Bergführer, Wanderbegleiter und Skilehrer

Zum letzten Mal führte das Wallis einen Bergführerkurs durch. 13 Walliserinnen und Walliser erhielten das Diplom. Ab 2003 wird

diese Ausbildung durch den Schweizerischen Bergführerverband und unter der Aufsicht der Eidgenossenschaft durchgeführt. 27 Personen haben ihre Ausbildung zum Wanderleiter erfolgreich abgeschlossen. Erstmals erhielten sie das Diplom für Wanderleiter.

Die Ausbildung der Skilehrer erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Dachverband "Swiss Snowsports". 35 Personen haben die Schlussexamen als Skilehrer bestanden. Der Skilehrerberuf ist – im Gegensatz zum Bergführerberuf – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene anerkannt. Bestrebungen zur Schliessung dieser Lücke sind im Gange.

EXPO.02

Das Wallis zeigte sich auf der Artepilge von Biel an der EXPO.02 von seiner besten Seite. Es beteiligte sich am Projekt "Grenzen (er)leben", führte am 7. September seinen Kantonaltag durch und betrieb ein Walliser Restaurant, das sich grosser Beliebtheit erfreute.

Internationales Jahr der Berge

Im Rahmen des Jahres der Berge hat sich die Dienststelle an den Arbeiten des Vereins Berge 2002 beteiligt, hat diverse Projekte unterstützt und war mitverantwortlich für die Ausarbeitung des Rahmenabkommens zwischen dem Königreich Butan und dem Wallis.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Mehrjahresprogramme

Dieses Jahr ist die erste Vierjahresperiode seit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) vom 21. März 1997 zu Ende gegangen.

Die 8 sozio-ökonomischen Regionen des Wallis haben in Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle die neuen Mehrjahresprogramme für die Periode 2003 - 2006 erarbeitet. Zu Beginn des Jahres 2003 werden diese dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet.

Diese enthalten:

- die Bereiche und Teilregionen, die prioritär gefördert werden sollen;
- eine Liste der Aufgaben, welche die Region vordringlich angehen will;
- die Gemeinden und Teilregionen, für die der Nachweis erbracht wird, dass die Erhaltung, die Erneuerung und der Ausbau der infrastrukturellen Grundversorgung ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt.

Die von den 8 Regionen geplanten Investitionen für die Periode 2003-2006 betragen 770 Millionen Franken, davon 430 Millionen im Bereich der Entwicklungsinfrastruktur, 156 Millionen in Hotels und einfache Unterkünfte und 184 Millionen für Basisinfrastruktur.

Investitionshilfe

Der Grosse Rat hat einen zusätzlichen Zahlungskredit von 19 Millionen Franken bewilligt, 13,7 Millionen für 2002 und 5,3 Millionen für 2003. Der Kredit wurde notwendig, weil der bewilligte Zahlungskredit dem Verpflichtungskredit, der durch die Erhöhung des Engagements in der Hotellerie und andere wichtige Projekte stark anstieg, nicht angepasst wurde.

Im Jahre 2002 ist das Engagement des Kantons um 24 Millionen Franken gestiegen. Die Auszahlungen von Darlehen betragen für den gleichen Zeitraum 39,7 Millionen Franken.

Der Saldo des allg. Infrastrukturfonds von 275 Millionen beträgt per Ende 2002 unter Einbezug der Dossiers in Bearbeitung nur noch ca. 4 Millionen Franken. Damit die zukünftigen Investitionen in den sozio-ökonomischen Regionen unterstützt werden können, wird es einer Anfrage an den Grosse Rat um Erhöhung des allg. Infrastrukturfonds bedürfen.

Entsprechend der bewilligten Darlehen per 31.12.2002 beträgt der zu bezahlende Saldo 38,6 Millionen Franken. Pro memoria: per Ende 2001 betrug dieser 54,3 Millionen Franken.

Die folgenden Tabellen vermitteln einen Überblick über den Stand der IHG-Engagements und Zahlungen Ende 2002 sowie der Entwicklungsinfrastrukturprojekte für 1999-2002.

IHG-Engagements per 31.12.2002 und Entwicklungsinfrastrukturprojekte 1999-2002 (in Mio. Franken)

sozio-ökonomische Region	Situation der IHG-Darlehen per 31.12.2002			Investitionsvolumen 1999-2002			Inv.-Vol. geplant 2003-2006
	Engagements	Zahlung	zu bezahlen	geplant	realisiert	realisiert in %	
Goms	21.3	20.4	0.9	14.7	12.7	86.3	17.40
Brig – Aletsch	33.8	31.0	2.8	56.5	34.3	60.7	30.52
Visp/Westl. Raron	79.8	69.6	10.2	113.5	81.6	71.9	52.29
Leuk	25.9	23.3	2.6	26.7	14.7	55.2	33.88
Siders	46.8	45.3	1.5	103.0	75.8	73.6	64.65
Sitten	78.9	63.2	15.7	66.0	93.7	142.0	83.95
Martigny	73.9	70.4	3.5	89.2	61.9	69.4	85.14
Monthey - St-Maurice	31.3	29.9	1.4	39.0	54.6	140.0	63.47
Oberwallis	160.8	144.3	16.5	211.4	143.3	67.8	134.09
Zentralwallis	125.7	108.5	17.2	168.9	169.5	100.3	148.60
Untervalis	105.2	100.3	4.9	128.2	116.5	90.9	148.61
Wallis	391.7	353.1	38.6	508.5	429.3	84.4	431.30

Aufteilung der kantonalen IHG-Darlehen gemäss Geltungsbereich 1999-2002
(in Mio. Franken)

Bezeichnung	1999	2000	2001	2002
Landwirtschaft, Forstwirtschaft	0.1	0.2	0.1	0.1
Industrie, Handwerk	1.6	2.6	2.3	1.0
Hotellerie und einfache Unterkünfte				
- Hotelneubau	0.0	2.0	0.0	0.9
- Hotelrenovation	4.1	4.0	2.6	3.7
- Hotelkauf und Renovation	0.2	4.0	0.6	1.2
- Hotelrefinanzierung	0.4	7.0	5.4	7.2
Einfache Unterkünfte	0.6	1.4	3.1	1.5
Tourismus	1.1	1.1	0.8	2.7
Touristische Beförderungsmittel	3.2	4.5	5.2	0.4
Gesundheit und Sozialwesen	0.7	0.1	0.4	0.5
Bildung	0.1	2.6	3.8	0.6
Kultur, Freizeit, Sport	2.8	3.2	5.8	3.2
Energie, Transport, Fernmeldewesen	1.8	1.1	4.9	1.1
Öffentliche Arbeiten	2.7	2.9	0.9	0.1
Übrige	1.8	0.1	0.3	0.0
TOTAL	21.2	36.8	36.2	24.2

Regio Plus

Regio Plus füllt die Lücke zwischen Infrastrukturförderung und der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung und unterstützt innovative Projekte, bei denen verschiedene Branchen beteiligt sind und die ohne diese staatliche Hilfe nicht realisiert werden könnten.

2002 wurden vom Bund zwei Walliser Projekte akzeptiert: die Projekte „Phytopôle“ (Region Sitten) und „UNESCO Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn“. Drei weitere Projekte sind zur Zeit beim Bund in Bearbeitung, darunter das Projekt „Marke Wallis“.

WOHNUNGSWESEN

Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

2002 konnte an 56 Bauprojekte Bundes- und Kantonshilfe gewährt werden. Das Gesamtengagement betrug 2,027 Millionen Franken (0,682 durch den Kanton, 1,345 durch den Bund). Diese à fond perdu-Beiträge lösten Investitionen von rund 12 Millionen Franken aus.

Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Berggebieten im Jahre 1970 wurden insgesamt 97,8 Millionen Franken an rund 4'700 Begünstigte gewährt, 36 Millionen Franken vom Kanton und 61,8 Millionen Franken vom Bund. Diese Unterstützung generierte Investitionen von mehr als 800 Millionen Franken.

Wohn- und Eigentumsförderung

Um den Wegfall der Bundeshilfe für die Unterstützung beim Bau und dem Erwerb von Wohneigentum zu kompensieren, hat der Staatsrat auf der Basis des kantonalen Gesetzes über das Wohnungswesen vom 30. Juni 1988 200'000 Franken zur Verfügung gestellt (Subvention von 0,6% der Gesamtkosten von rund 100 Wohnungen). Der zur Verfügung stehende Betrag wurde nicht voll ausgeschöpft. 60 neuen Wohnungen konnten von einer Subvention von 145'000 Franken profitieren, was Investitionen von 23 Millionen Franken entspricht.

Total wurden 2002 für alle Dossiers (3'360 Objekte) Kantonsbeiträge in der Höhe von 5,8 Millionen Franken ausbezahlt, gegenüber 6,5 Millionen im Jahr davor. Diese Verringerung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, da die Laufzeit vieler Dossiers zu Ende geht.

Seit dem Inkrafttreten der kantonalen Unterstützung im Jahre 1991 wurden durch den Staat insgesamt 63,5 Millionen Franken an Begünstigte ausbezahlt. Zusammen mit der Bundesunterstützung in der Höhe von 146,5 Millionen Franken beträgt das Total an Unterstützungsbeiträgen bis heute 210 Millionen Franken. Damit konnten insgesamt 8'000 Objekte mit einer Investitionssumme von ca. 2 Milliarden Franken unterstützt werden.

Der Bund hat die Wohnbau- und Eigentumsförderung per 1. Januar 2002 gestrichen. Die Hilfe für die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet endet in seiner aktuellen Form Ende 2005. Ein neues Bundesgesetz für die Wohnbauförderung tritt höchstwahrscheinlich am 1. Oktober 2003 in Kraft.

Vor diesem Hintergrund hat der Staatsrat eine Kommission ernannt, die den Auftrag hat, die zukünftige Politik im Bereich der kantonalen Wohnbauförderung zu formulieren. Der Bericht der Kommission wird per anfangs 2003 erwartet.



DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT

FÜR DAS JAHR 2002



**DEPARTEMENTCHEF: JEAN-JACQUES REY-BELLET
STELLVERTRETER: THOMAS BURGNER**



EINLEITUNG

Auf Verwaltungsebene war das Jahr 2002 durch die Ausdehnung der Neuen Verwaltungsführung auf die gesamte Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie und die Dienststelle für Strassen- und Flussbau, die entsprechend den Anforderungen der Führung der 3. Rhonekorrektur reorganisiert wurde, gekennzeichnet.

Es war auch das Jahr der Präsentation der neuen Richtlinien der Regierungspolitik im Grossen Rat. In diesem Dokument taucht neuerdings in mehreren Bereichen der Hinweis auf die Kriterien der nachhaltigen Entwicklung auf. Diese sind dazu bestimmt, umfassend in einer Agenda 21 des Kantons präsentiert zu werden, deren Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt wurde. Sobald diese konkret neu formuliert sein wird, wird sie dem Grossen Rat unterbreitet, um als Entscheidungsgrundlage zur Anwendung der Charta für nachhaltige Entwicklung zu dienen.

Auf gesetzgeberischer Ebene wurde die Haupttätigkeit der Auswertung der Vernehmlassungen und der Überarbeitung der Revision des Baugesetzes und des neuen Gesetzes über den Wasserbau gewidmet, die beide im kommenden Jahr dem Grossen Rat unterbreitet werden.

Im Verkehrsbereich lässt die Einhaltung des Programms der Bauarbeiten im Lötschberg-Basistunnel erhoffen, dass dieser wie geplant im Jahre 2006-2007 in Betrieb gesetzt werden kann. Die Realisierung der Doppelspur Salgesch-Leuk schreitet programmgemäss voran und ihre Inbetriebsetzung kann für Ende 2004 ins Auge gefasst werden.

Die Autobahn-Arbeiten waren durch die Eröffnung der Teilstrecke Visp Ost – Brig am 25. Oktober und durch den vollständigen Durchstich des Pilotstollens für die Süd-Umfahrung von Visp gekennzeichnet.

Im Bereich der schweizerischen Hauptstrassen sind der Abschluss der Realisierung des Rohbaus des Umfahrungstunnels von Monthey, der eine Zufahrt zum Val-d'Illiez ermöglicht, die Aufnahme der Bauarbeiten am Schutztunnel bei Lavanchy auf der Strasse am Grossen St. Bernhard, die Aufnahme der Bauarbeiten am Stägjitschuggen-Tunnel auf der Zufahrtsstrasse nach Zermatt der Eröffnung für die Umfahrung St. Niklaus und der Abschluss der Sicherungsarbeiten an der Strasse am Lötschberg hervorzuheben.

Im Bereich der Hochbauten wurde der Autobahn-Werkhof und das Verwaltungsgebäude Gamsen-Brig eröffnet und es erfolgte die Inbetriebnahme der Fachhochschule HEV in Siders.

Beim Umweltschutz ist zu erwähnen, dass fortan der Lärmbelastungskataster für die Kantonsstrassen vollständig informatisiert ist. Die meisten Walliser Gemeinden, die 90% der Wohnbevölkerung darstellen, haben zur Deckung der Studienkosten des generellen Entwässerungsplans ein Subventionsgesuch eingereicht und der neue Emissionskataster steht zur Verfügung.

Im Waldbereich konnte das Programm für die Wiederinstandstellung der durch das Unwetter vom Jahre 2000 beschädigten Waldinfrastrukturen abgeschlossen werden. Im Bereich der Naturgefahren

wurde das Programm für den Aufbau des kantonalen Netzes der automatischen Schnee- und Wetterstationen verwirklicht.

Beim Konsumentenschutz hat schliesslich das Kantonslaboratorium das Hauptaugenmerk auf die Kontrolle der Trinkwasser gelegt. Angesichts der Bedeutung dieses Bereichs wurde die Anstellung eines Wasserinspektors beschlossen.

Schlussendlich hat der Kanton Wallis mittels durch seine aktive Beteiligung am Internationalen Jahr der Berge 2002, mit der aus seiner Initiative entstandenen Vereinigung:

- zu einem besseren Verständnis der Wasserproblematik im Berggebiet, in Zusammenarbeit in einem internationalen Netzwerk von Wissenschaftlern;
- zur Sensibilisierung der Bevölkerung im Hinblick auf die Ressourcen der Berggebiete und auf das fragile Ökosystem;
- zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Berggebieten in der ganzen Welt für ihre nachhaltige Entwicklung beigetragen.

Die positiven Auswirkungen werden sie weit über den Rahmen dieses Jahres hinaus erstrecken.

Der Vorsteher des Departementes für Verkehr, Bau und Umwelt

Jean-Jacques Rey-Bellet

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

Dienststellen	Anzahl Staatsstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	16.80
Dienststelle für Verkehrsfragen	7.00
Luftseilbahn Riddes-Isérables	6.00
Verwaltete Luftseilbahnen	24.00
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	422.20
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	22.89
Dienststelle für Wald und Landschaft	21.00
Dienststelle für Umweltschutz	27.60
Kantonales Laboratorium	16.30
Total	563.79

GESETZGEBUNG

Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (Teilrevision). Angenommen durch den Grossen Rat am 6. Dezember 2002.

Baugesetz und Bauverordnung (Teilrevision). Vernehmlassung erfolgt.

Gesetz über den Wasserbau. Die Anpassung des Textes erfolgte nach der ersten Vernehmlassung.

MOTIONEN UND POSTULATE

- 5.102 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Vincent Grenon und Konsorten betreffend die Bergstrasse „Riddes-Les Mayens de Riddes“ (07.02.2000).

Das Projekt für die Verbesserung des Lichtraumprofils der Strassentunnels wurde wegen zu hohen und gegenüber dem verfügbaren Budget unverhältnismässigen Kosten, die im Bereiche der Sicherheit nicht prioritär waren, aufgeschoben.

Der unterhalb der Abzweigung von Isérables stehende längere Tunnel hingegen, in dem sich mehrere Unfälle ereigneten, wurde zur grossen Zufriedenheit der Strassenbenützer im Jahre 2002 mit einer Beleuchtung ausgerüstet.

Was das weitere vergehen angeht, so ist vorgesehen, in den beiden oberen Tunnels (oberhalb der Abzweigung Isérables) die Installation der Beleuchtung weiterzuführen. Diese Arbeiten werden entsprechend den im Budget verfügbaren Geldern verwirklicht und werden den im unteren Tunnel gemachten Erfahrungen Rechnung tragen.

- 5.112 Postulat von Frau Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher (Suppl.) (SPO), Hrn. Grossrat Werner Salzmann (Suppl.) (FDPO), Hrn. Grossrat Richard Kalbermatter (CVPO) und Hrn. Grossrat Norbert Brenner (CSPO) betreffend die Integration des Lärms in das kantonale Luftforum (10.02.2000).

Das Luftforum hat auf Ende 2002 formell seine Tätigkeiten eingestellt. Es werden derzeit andere Arten der Zusammenarbeit mit den Kreisen, die vom Lärmschutz betroffen sind, geprüft, insbesondere bei Anlagen, für welche die Gemeinden zuständig sind. Diesbezüglich werden dem Staat anfangs 2003 Vorschläge unterbreitet werden.

- 5.121 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Vincent Grenon und Konsorten betreffend die Leitplanken: eine Verlockung für die Motorradfahrer (26.06.2000).

Die Sicherheitsversuche mittels doppelter Leitplanken wurden aufgenommen, damit eine Machbarkeit beurteilt werden kann.

Im Unterwallis wurden an der Strasse zum Grossen St-Bernhard, oberhalb Orsières, in der Kurve von Senaire, wo die Motorradfahrer dazu neigen, sehr schnell zu fahren (über die zugelassene Geschwindigkeit), versuchsweise doppelte Leitplanken angebracht.

Im Oberwallis wurde auf der Furkastrasse in den Fiescherkehren, zwischen Fiesch und Niederwald, ein ähnlicher Versuch gestartet.

Im Jahre 2002 hat ein Motorradfahrer oberhalb dieser Stelle das Leben verloren, die Leitplanke ist hier aber nicht die Todesursache.

Im Jahre 2002 ereignete sich auf der Strasse zum Grossen St. Bernhard, am Ort genannt «La Carrière», oberhalb Sembrancher ein weiterer tödlicher Unfall, aber ohne Bezug zu den Leitplanken.

- 5.125 Motion von Frau Grossrätin Edith Nanzer-Hutter (CVPO), Hrn. Grossrat Edgar Salzmann (SPO) und Hrn. Grossrat Ambros Ritz (FDPO) betreffend die Umfahrungsstrasse Naters-Blatten-Birgisch-Mund (28.06.2000).

Eine Umfahrung von Naters, Richtung Blatten-Birgisch-Mund, kann zur Zeit angesichts der finanziellen Lage des Kantons und der Gemeinden (Baukosten 10-20 Millionen) nicht verwirklicht werden. Es erfolgte eine Verkehrszählung und eine Messung der Lärmemissionen. Anhand dieser Ergebnisse wurde ein Pflichtenheft erstellt. Zurzeit erfolgt die Ausschreibung des Ingenieurmandats.

- 5.149 Postulat von Hrn. Grossrat Markus Truffer und Konsorten betreffend die Weiterführung der Sanierung der Strasse St. Niklaus bis Grächen (16.05.2001)

Die Strasse St. Niklaus-Grächen ist 7.5 km lang. Bis heute wurden 4.8 km ausgebaut. Es fehlen noch 2.7 km. Entsprechend den Begehren der Gemeinden St. Niklaus und Grächen wird der Ausbau eines Strassenabschnittes von 2 km geplant. Das Ingenieurmandat wird zur Zeit vergeben.

- 5.154 Postulat der HH. Grossräte Felix Ruppen, Claude-Alain Schmidhalter und Konsorten betreffend die Simplonstrasse – Verkehrssicherheit (LKW) (29.06.2001).

Angesichts der Verkehrsbelastung auf der Simplonstrasse und den topo-graphischen Zwängen entsprechen ihre Charakteristiken völlig den Normen. Ohne übermässige Bauten ins Auge fassen zu müssen, kann mit punktuellen Verbesserungen und einer geeigneten Signalisation die für Nationalstrassen im Gebirge erforderliche Sicherheitsstufe sichergestellt werden. Die eingeleiteten und vorgesehenen Massnahmen entsprechen den Sicherheitsanforderungen (31.01.2002).

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Allgemeines

Ineistrische Sektion

Der Aufgabenbereich der Dienststelle bleibt in etwa gleich wie in den vorigen Jahren. Er umfasst den Baubereich im weiten Sinne,

was eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfordert, damit eine einheitliche Anwendung dieser Gesetzgebung gewährleistet werden kann. Der Rechtsdienst bietet ebenfalls sämtlichen Dienststellen des Departementes eine rechtliche Unterstützung an.

Gesetzgebung

Die vom Staatsrat mit der Revision des Gesetzes über die Wasserläufe vom 6. Juli 1932 beauftragte Arbeitsgruppe hat sich im Jahre 2002 zu insgesamt sieben Sitzungen getroffen. Dabei wurden die Ergebnisse der Vernehmlassung ausgewertet, Untergruppen gebildet und der Gesetzesentwurf vollständig überarbeitet.

Das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege wurde am 6. Dezember 2002 in einer einzigen Lesung abgeändert.

Der Text des Vorentwurfs für die Teilrevision des Baugesetzes und der Bauverordnung bildete infolge der internen Vernehmlassung Gegenstand einer Überprüfung.

Ab dem 15. Oktober 2002 bis Ende November 2002 hat das Departement eine externe Vernehmlassung vorgenommen. Die erste Lesung im Grossen Rat ist für Juni 2003 vorgesehen.

Kommissionen

Die Dienststelle ist von Rechts wegen in der **kantonalen Baukommission** vertreten. Im Jahre 2001 wurden 24 Sitzungen abgehalten und zahlreiche Augenscheinverhandlungen durchgeführt.

Die Uferkommission für den Genfersee setzt ihre Arbeiten fort. Nebst der Behandlung der laufenden Dossiers betreffend die Benützung des öffentlichen Eigentums im Uferbereich des Genfersees, fällt in deren Zuständigkeit inskünftig auch die Regelung für die Erstellung und die Benützung der Ankerbojen.

Die kantonale Strassensignalisationskommission, welcher der Adjunkt des Dienstchefs angehört, hat in 48 Sitzungen 1448 Gesuchsdossiers behandelt. Nebst der Behandlung der laufenden Gesuche (Vormeinung über die Signalisationen, Plakate und diverse Werbetafeln) bleibt das Wuchern der am Rande der Kantonsstrasse ohne Bewilligung aufgestellten Plakattafeln und der „wildern“ Werbung ihr Hauptanliegen.

Übrige Verwaltungstätigkeit

Verkauf und Tausch von Liegenschaften im Kantonsgebiet

Im vergangenen Verwaltungsjahr wurden insgesamt 8 Grundstücke verkauft und 10 Sondergebrauchsbewilligungen für die Benützung des öffentlichen Eigentums erteilt. Einige Gesuche mussten abgewiesen werden.

Instruktionsorgan

Die Dienststelle ist seit 1990 Instruktionsorgan für Strassen- und Wasserbauprojekte des Kantons und der Gemeinden. Insgesamt wurden 75 Projekte, d.h. 27 im Oberwallis und 48 im Unterwallis vom Staatsrat genehmigt. Zusammen mit den Plangenehmigungen ist jeweils über Expropriationsbegehren und die Ernennung von Enteignungskommissionen zu verfügen.

Seit 1997 ist die Dienststelle ebenfalls Instruktionsorgan für die Plangenehmigungsdossiers im Waldbereich (Rodungs- und Dienstbarkeitsbewilligungen, Strafsentscheide, Waldfeststellungsent-

scheide, usw.), und beim Umwelt- und Gewässerschutz (Sanierungs- und Erleichterungsverfügungen, - Luft, Lärm, Deponien, Schutz der ober- und unterirdischen Gewässer – ARA, Strafsentscheide). Sie gewährt zudem rechtliche Unterstützung im Zusammenhang mit den Aufgaben des kantonalen Laboratoriums (Giftstoffe und Lebensmittel).

Was die provisorische Umfahrung von Visp angeht, hat der Staatsrat im Frühjahr 2002 eine Arbeitsgruppe bestimmt, die beauftragt wurde, ihm raschmöglichst ein Projekt vorzuschlagen. Zu diesem Zweck und nach mehreren Sitzungen mit den betroffenen Gemeinden hinsichtlich der Wahl des Projektes bildete dieses im September 2002 Gegenstand einer Ausschreibung. Nach Behandlung der Einsprachen hat der Staatsrat am 18. Dezember 2002 dieses Bauprojekt genehmigt.

EINSPRACHEN – BESCHWERDEN

Einspracheentscheide

Die Dienststelle hat betreffend 136 Baudossiers ihre Vormeinung abgegeben.

Beschwerdeantworten

Die Dienststelle vertrat die KBK und das Departement vor dem Staatsrat, dem Kantons- und Bundesgericht. In diesem Zusammenhang wurden 115 Beschwerdeantworten (42 im Oberwallis und 73 im Unterwallis) eingereicht.

Kantonale Baukommission

Im Verwaltungsjahr 2002 wurden 24 Sitzungen abgehalten und 2338 Baudossiers behandelt, davon 676 von der Kompetenz der KBK.

STATISTIK DES KANTONALEN BAUSEKRETARIATES

Total eingereichte Baugesuche	1999	2000	2001	2002
Oberwallis	837	712	642	641
Unterwallis	1578	1621	1688	1747
Total der eingereichten Gesuche	2415	2333	2330	2388

Geschäfte:

Kompetenz KBK

Oberwallis	337	311	316	285
Unterwallis	420	465	456	441
Total	757	776	772	726

Erstellte

Synthesevormeinungen

Oberwallis	500	358	326	320
Unterwallis	1158	1088	1232	1271
Total	1658	1446	1558	1591

Bewilligte Baugesuche

Oberwallis	163	165	145	193
Unterwallis	267	292	269	312
Total	430	457	414	505

Abgewiesene Gesuche

Oberwallis	65	14	33	37
Unterwallis	84	56	78	86
Total	149	70	111	123

Verschiedene Gebühren

863'000.— 840'867.45 855'655.45 938'163'20

DIENSTSTELLE FÜR VERKEHRSFRAGEN

PLANUNG / TECHNISCHE KOORDINATION UND INFORMATION

AlpTransit – Lötschberg

70% des Tunnelsystems sind bereits ausgebrochen

Die 5 Angriffspunkte von Raron, Niedergesteln, Ferden, Mitholz und Frutigen stehen im Bau. An gewissen Orten erfolgt der Vortrieb sogar rascher als vorgesehen. Am 12. September 2002 hatte die Tunnelbohrmaschine (TBM), welche ab dem Portal Niedergesteln 8925m³ Felsen gefressen hat, ihr Ziel erreicht und konnte danach demontiert werden. Mitte Dezember 2002 erfolgte der erste Durchschlag am Lötschberg. Erstmals konnten sich die Mineure der Baustellen Niedergesteln/Steg und Ferden die Hand reichen.

Der Betrieb des Lötschbergbasistunnels sollte planmässig 2006/07 aufgenommen werden.

Betreffend den sofortigen Vollausbau sind im Verlaufe des Jahres verschiedene parlamentarische Interventionen eingegangen. Die diesbezügliche Stellungnahme des Staatsrates hält fest, dass zwischen Mitholz und Ferden die eisenbahntechnische Ausgestaltung der 2. Röhre zwischen 2006 und 2008 vorgenommen werden sollte. Eine entsprechende Anfrage wurde gemacht. Die Realisierung einer 2. Röhre zwischen Mitholz und Frutigen sowie der Westanschluss Steg/Niedergesteln bleiben unter Berücksichtigung einer etappenweisen Realisierung des Lötschbergbasistunnels ein zu realisierendes Ziel im Rahmen der Bahn 2000, 2. Etappe.

Bahnhöfe und Zufahrtsleise südlich des Lötschbergs

Im Jahre 2002 haben sich die beteiligten Partner (Bund, Kanton, SBB, BVZ, PAD, Gemeinde Visp) auf ein Finanzierungskonzept für den Personenverkehrsanteil des Bahnhofs Visp auf 80 Mio. Fr. einigen können. Hingegen muss für den Güterbahnhof das Vorprojekt überarbeitet und die Finanzierung von Bund und SBB neu geregelt werden.

Die öffentliche Planaufgabe ist auf Sommer 2003 und der Baubeginn im Frühling 2004 vorgesehen, damit der Bahnhof bei der Eröffnung des Lötschbergbasistunnels in Betrieb genommen werden kann.

Der Staatsrat nahm zum öffentlich aufgelegten Projekt 3. Gleise Raron – Visp (mit Lärmsanierung) am 15. Mai 2002 Stellung. Die definitive Genehmigung wird im Frühjahr 2003 erwartet.

Bahn 2000 2. Etappe

Das im Rahmen der Planung Bahn 2000, 2. Etappe (B22) im Jahre 2002 von der SBB im Auftrag des BAV erarbeitete Grundangebotskonzept löst einen Investitionsbedarf von 8 Mrd Franken aus; dieser Betrag liegt demnach höher als der gesetzlich vorgegebene Kostenrahmen von 5,9 Mrd Franken.

Deshalb hat Ende 2002 das BAV der SBB AG den Auftrag erteilt, das Grundangebotskonzept zu priorisieren. Parallel dazu erarbeitet das BAV in Zusammenarbeit mit den beiden ETH Zürich und Lausanne ein Angebotskonzept. Mit diesem Konzept und dem von der SBB AG priorisierten Grundangebotskonzept will das BAV über zwei vergleichbare Angebotskonzepte verfügen, die sich im Idealfall als Grundlage für die Vernehmlassungsvorlage kombinieren lassen.

Doppelspur Saigesch – Leuk der Simplonlinie

Am 19. Juli 2002 erfolgte der Durchstich des Tunnels von Varen und am 21. November derjenige des Tunnels von Leuk. Die Tiefbauarbeiten in den beiden Tunnels dauern noch bis in den Sommer 2003. Anschliessend wird die Ausrüstung mit der Bahntechnik in Angriff genommen. Die Inbetriebnahme der neuen Doppelspur wird programmgemäss im November 2004 erfolgen.

Tarifverbund Wallis

Im Jahre 2002 wurde einer Bürogemeinschaft der Auftrag erteilt, ein Vorprojekt sowie eine Detailstudie zu erarbeiten, damit Ende 2004 ein Tarifverbund im Kanton Wallis eingeführt werden kann. Ziel dieses Tarifverbundes ist die Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs zu fördern. Innerhalb einer oder mehrerer Zonen soll für alle Transportmittel des öffentlichen Verkehrs nur noch ein einziger Fahrausweis gültig sein.

Regionaler Personenverkehr

Nebst den üblichen Umstrukturierungen im Regionalverkehr stehen folgende neue Infrastrukturelemente in der Planungsphase:

- Linie St-Maurice - St-Gingolph: Sanierung der Bahnübergänge, Automatisierung der Linie und neues Erscheinungsbild der Bahnhöfe (RV05).
- Harmonisierung, Standardisierung und Verbesserung der Sicherheit der verschiedenen Regionalbahnhöfen.

Technische Bewirtschaftung des öffentlichen Verkehrs

Eisenbahnprojekte

Nach der öffentlichen Ausschreibung, der Vernehmlassung und der Vormeinung des Kantons sind im Jahr 2002 im Wallis neunzehn Eisenbahnausbauprojekte vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und vom Bundesamt für Verkehr (BAV) genehmigt worden. Es handelt sich um folgende Projekte:

- BLS AT AG • Lötschberg - Basislinie :
 - Ausführungsprojekt Endgestaltung Ablagerung Riedertal
Gemeinden Visp und Baltschieder
 - Ausführungsprojekt Endgestaltung Goler / Gemeinde Raron
 - Projektänderung Ablagerung Bubichopf / Gemeinde Steg
- SBB
 - Perronerhöhungen Perron 1, 2 und 3 im Bahnhof Brig / Gemeinde Brig-Glis
 - Detailprojekt Gestaltungsplan für den Bahnhof Leuk / Gemeinde Leuk
 - Erneuerung der Fahrleitung Typ R, Abschnitt Noës - Siders / Gemeinde Siders
 - Perronerhöhungen im Bahnhof Sitten / Gemeinde Sitten
 - Erneuerung der Haltestelle von Châteauneuf-Gundis / Gemeinden Sitten und Gundis
 - Erhöhung des Perrons 1 im Bahnhof von Vernayaz / Gemeinde Vernayaz
 - Erneuerung der Brücke "la Source" / Gemeinde St. Maurice
 - Erneuerung der Brücke "St-Barthélémy" / Gemeinde St. Maurice
 - Umbau der Treppe in eine Rampe zum Perron 2 im Bahnhof von St. Maurice / Gemeinde St. Maurice.

- BLS
 - Bahnhof Goppenstein: Sanierung und Erweiterung Hochdäch / Gemeinde Ferden
- BVZ
 - Gleiskorrektur Neubrücke, Abschnitt Visp - Stalden / Gemeinde Visperterminen
 - Gleissanierung, Etappe "Gettwieren", Abschnitt Stalden - Kalpetran / Gemeinde Töbel
 - Übertragungsleitung Stalden - Mattsand / Gemeinde St. Niklaus
- TMR
 - Doppelspur des Anschlussgleises Migros "Les Finettes" in Martinach / Gemeinde Martinach
 - Vergrößerung der Triebwagen-Halle in Le Châble / Gemeinde Bagnes
 - Umbau des Triebwagen-Depots in Orsières / Gemeinde Orsières

Transportrechte gemäss der Verordnung über die Personenbeförderungskonzession (VPK) vom 25.11.1998

Bilanz für das Jahr 2002:
Konzessionen

- 3 Konzessionsweiterungen
- 3 Konzessionserneuerungen

Kantonale Bewilligungen
- 5 Bewilligungen

SEILBAHNEN

Touristische Anlagen

Die nachstehenden Tabellen zeigen :

- A den Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 2002 oder der laufenden Genehmigungen Ende 2002,
- B die Liste der 2002 in Betrieb gesetzten Anlagen,
- C das umfassende Verzeichnis der Seilbahnen im Wallis.

A Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 2002 oder der laufenden Genehmigungen Ende 2002

	Erteilte Konzessionen und Bewilligungen				Laufende Konzessions- und Bewilligungsgesuche			
	P	UK	US	Total	P	UK	US	Total
Eidg. Konzessionen								
- Konzessionserneuerungen	-	-	-	-	-	-	-	-
- Abänderung oder Ersatz einer bestehenden Anlage	-	2	3	5	-	-	6	6
- Neue Anlage	-	-	-	-	-	-	1	1
Total eidg. Konzessionen	-	2	3	5	-	-	7	7

Kantonale Bewilligungen (Skilifte)

Ersatz / Umbau	2	2
Neue Anlage	4	1
Total Skilifte	6	3
Gesamttotal	11	10

B 2002 in Betrieb gesetzte Anlagen

Eidgenössische Konzessionen

2002 wurden zwei Gondelbahnen und drei Sesselbahnen in Betrieb gesetzt. Es handelt sich um Ersatzanlagen.

- Gondelbahnen

- Zermatt - Furi (8 Plätze) in Zermatt : Ersatz einer Gondelbahn (6 Plätze)
- Furi - Schwarzsee (8 Plätze) in Zermatt : Ersatz einer Pendelbahn (40 Plätze)

- Sesselbahnen

- Les Etablons de Riddes - Savoleyres (6 Plätze, kuppelbar), in Les Mayens de Riddes : Ersatz eines Skiliftes und einer Sesselbahn
- Plateau de Sorebois - Corne de Sorebois (4 Plätze), in Zinal : Ersatz eines Skiliftes
- Eisfluh - Sunnegga (2 Plätze) in Zermatt : Ersatz eines Skiliftes

Kantonale Bewilligungen

2002 sind fünf Skilifte in Betrieb gesetzt worden. Es handelt sich um drei neue Anlagen, eine Ersatzanlage und einen Umbau einer bestehenden Anlage

- Skilifte

- Cuvette - Pas de Mairbré in Anzère : neue Anlage
- Bendolla - Marais in Grimontz : Ersatz eines Kleinskiliftes
- Greppon Blanc II in Nendaz : Verdoppelung einer bestehenden Anlage
- Le Lac in Châtel (Frankreich) teilweise in Collombey-Muraz : neue Anlage
- Pas de Bœuf in St-Luc : Versetzung der Talstation

C Verzeichnis der in Betrieb stehenden Seilbahnen

Anlage mit eidg. Konzession	2001	2002
Standseilbahnen	6	5
Pendelbahnen	42	41
Gondelbahnen	45	45
Sesselbahnen mit festen Klemmen	74	75
Sesselbahnen mit kuppelbaren Klemmen	26	28
Total mit eidg. Konzession	193	194
Anlage ohne eidg. Konzession	2001	2002
Pendelbahnen	23	23
Schrägaufzüge	21	22
Skilifte	298	296
Kleinskilifte	127	116
Total ohne eidg. Konzession	469	457
Gesamttotal	662	659

LUFTFAHRTHINDERNISSE

2002 wurden 27 neue Luftfahrthindernisse aufgenommen:

- Seile 17
- verschiedenes (Hochkammine, Krane usw.) 10

16 bestehende Luftfahrthindernisse wurden beseitigt, wovon 13 Seile.

ADMINISTRATIVE UND FINANZIELLE VERWALTUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Regionalverkehr

Finanzierung

Bund und Kanton gelten den Transportunternehmungen die laut Planrechnung ungedeckten Kosten des von ihnen gemeinsam bestellten Verkehrsangebotes gemäss Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG), revidiert am 24.03.1995 und 20.03.1998 und gemäss dem kantonalen Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV) vom 28.09.1998 ab.

Die ungedeckten Kosten des gesamten kantonalen Regionalverkehrs betragen für das Jahr 2002 Fr. 114 Mio. (inklusive den Anteil des Bundes). Sie werden zwischen den öffentlichen Gemeinwesen, die dessen Finanzierung gewährleisten, wie folgt aufgeteilt:

2002	%
Bund	89
Kanton	6,6
Gemeinden	4,4

Pro Transportart verteilen sich die im Jahre 2002 überwiesenen kantonalen Beiträge (inkl. die kommunalen Anteile) wie folgt:

	Bund	Kanton und Gemeinden
– Eisenbahnen	Fr. 61,8 Mio.	Fr. 7,6 Mio.
– Autobuslinien	Fr. 31,6 Mio.	Fr. 4,1 Mio.
– Luftseilbahnen	Fr. 7,0 Mio.	Fr. 1,9 Mio.

Agglomerationsverkehr

Das EBG schliesst diesen Verkehr, der von lokalem Interesse ist, von der Bundessubventionierung aus.

Demnach werden die durch die Transportunternehmen in den Agglomerationen erbrachten Leistungen gemäss Art. 11 Abs. 1c des GöV abgegolten, d.h. durch den Kanton (15%) und durch die Regionsgemeinden (15%).

Die hierfür ausbezahlten Subventionsbeträge 2002 (inkl. die kommunalen Anteile, die den Gemeinden durch den Kanton fakturiert werden) betragen Fr. 1'013'100.-

Investitionshilfen

Der kantonale Anteil an der Finanzierung der Investitionsprogramme der Bahngesellschaften gemäss Art. 56 des EBG beträgt 2002 Fr. 4.1 Mio.

Luft- und Schifffahrt

Gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 28.09.1998 über den öffentlichen Verkehr beteiligt sich der Kanton an den Betriebskosten des regionalen Flughafens Sitten. Für das Jahr 2002 beträgt diese Beteiligung Fr. 350'400.-.

Das Defizit der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Genfersee (CGN) wird durch die 3 Nachbarkantone Waadt, Genf und Wallis gedeckt; der Anteil des Kantons Wallis (6,53%) beträgt für das Jahr 2002 Fr. 281'000.-.

Luftseilbahn Riddes - Isérables

Verkehrsstatik	2000	2001	2002
Anzahl beförderte Personen	63'403	62'551	62'726
beförderte Güter (in Tonnen)	639	462	409

Erhaltene Abgeltung 2002 für den regionalen Personenverkehr (Bund, Kanton und Gemeinden):

– Luftseilbahn Riddes – Isérables	Fr. 542'464.-
– Buslinie Riddes – Mayens de Riddes	Fr. 311'089.-

Vom Kanton verwaltete Luftseilbahnen

Erhaltene Abgeltung 2002 für den regionalen Personenverkehr:

– vom Bund	Fr. 1'760'340.-
– von Kanton und Gemeinden	Fr. 413'048.-
Total	Fr. 2'173'388.-

Verkehrsstatik

Anzahl beförderte Personen	2000	2001	2002
Dorénaz - Alesse - Champex	23'243	23'446	20'795
Gampel - Jeizinen	56'273	52'720	48'285
Turtmann - Oberems	47'989	46'220	48'504
Raron – Eischoll	81'151	54'421	52'594
Fürgangen – Bellwald	47'433	46'773	44'013
Stalden - Staldenried – Gspon	136'833	132'218	123'102

Gütertransport (in Tonnen)	2000	2001	2002
Dorénaz - Alesse - Champex	5	5	5
Gampel - Jeizinen	76	77	67
Turtmann - Oberems	22	21	18
Raron - Eischoll	148	62	72
Fürgangen - Bellwald	40	49	45
Stalden - Staldenried – Gspon	256	263	193

DIENSTSTELLE FÜR WALD UND LANDSCHAFT

WALDBEWIRTSCHAFTUNG

Waldbauprojekte in Schutzwäldern

Gegenüber dem Vorjahr konnten die waldbaulichen Arbeiten in den Wäldern mit Schutzfunktion deutlich intensiviert werden. Die Gesamtinvestitionen der Waldbesitzer für die Schutzwaldbewirtschaftung belaufen sich auf 15,9 Millionen Franken und liegen damit 35 % über dem Vorjahreswert. Der Durchschnittswert dieser Investitionen der letzten 10 Jahre beträgt 14,1 Million Franken. Der Kanton beteiligte sich an den Kosten für die Schutzwaldbewirtschaftung mit durchschnittlich 13 %, der Bund mit 64 %.

Waldbauprojekte in Wäldern ohne Schutzfunktion

Die Aufwendungen für die Arbeiten in den Wäldern ohne Schutzfunktion beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,0 Millionen Franken. Hiervon betreffen Fr. 246'000.- Massnahmen in Sonderwaldreservaten (Massnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung besonders schutzwürdiger Waldgesellschaften oder Bewirtschaftungsformen) oder für die Naturwaldreservate.

Waldschäden

Im Unterwallis, speziell im Entremont und im Chablais, musste eine starke Zunahme der Borkenkäferschäden verzeichnet werden. Die Aufwendungen für die Behebung der Waldschäden beliefen sich insgesamt auf ca. 3,0 Millionen Franken und liegen damit nur unwesentlich unter dem Vorjahreswert von 3,2 Millionen Franken.

Der Bund beteiligte sich mit 50 % an den Kosten für die Schadensbehebung, der Kanton mit 27 %. Infolge der fehlenden Budgetkredite musste ein Teil der Kantonsbeiträge auf das Jahr 2003 übertragen werden.

2,1 Millionen Franken auf forstliche Erschliessungsanlagen (Forststrassen und Lagerplätze). Der Bund beteiligte sich an diesen Kosten der Waldbesitzer und Gemeinden mit 1,5 Millionen Franken, der Kanton mit 0,7 Millionen.

Strukturverbesserungen

Die Investitionen für die forstlichen Erschliessungsanlagen und Forstwerkhöfe der Forstreviere belaufen sich auf 3,2 Millionen Franken. 1,1 Millionen Franken entfielen dabei auf Forstwerkhöfe und

Zudem konnte die Schlussabrechnung der Instandstellungsarbeiten der Unwetterschäden 2000 an den forstlichen Infrastrukturen (Verbauungen, Erschliessungsanlagen) erstellt werden: die Behebung dieser Unwetterschäden beläuft sich für den forstlichen Bereich auf 20,1 Millionen Franken. Dank zusätzlicher Kredite des Bundes konnte dieses Projekt per Ende 2002 geschlossen werden.

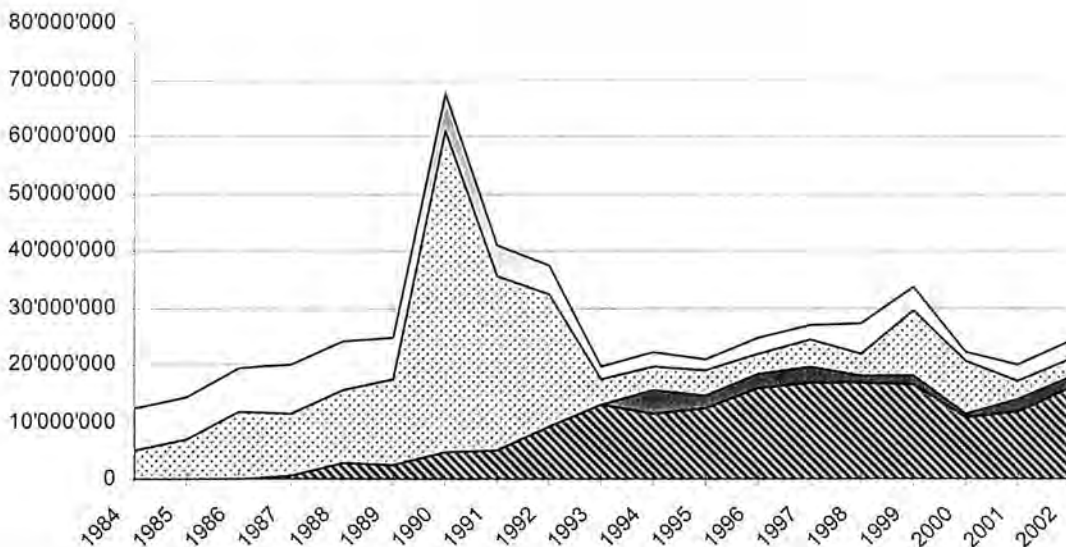
Verpflichtungskredite

	Anzahl offene Projekte	Stand am 31.12.2002	Stand am 31.12.2001
Waldbauprojekte			
- in Wäldern mit Normalfunktion	45	11.392 Mio. Fr.	9.593 Mio. Fr.
- in Schutzwäldern	133	56.558 Mio. Fr.	70.438 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen	13	2.684 Mio. Fr.	3.831 Mio. Fr.

Zahlungen 2002

	Waldbauprojekte in Wäldern ohne Schutzfunktion			Waldbauprojekte in Schutzwäldern			Waldschäden			Strukturverbesserungen			Total		
	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%
Total der Arbeiten	2.018	100	11	15.902	100	61	2.975	100	13	3.171	100	15	24.066	100	100
Anteil CH	0.965	48		10.123	64		1.468	49		1.514	48		14.070	58	
Anteil VS	0.396	20		2.144	13		0.801	27		0.721	23		4.062	17	

Total der forstlichen Investitionen 1984 - 2002



- Strukturverbesserungen
- Behebung ausserordentlicher Waldschäden
- Arbeiten in Wäldern mit Normalfunktion
- Arbeiten in Wäldern mit Schutzfunktion

WALDERHALTUNG

Die bewilligte Rodungsfläche 2002 (31 Gesuche) beträgt 171'971 m² (2001: 92'235 m²).

Die Entscheidungsinstanzen haben im Einverständnis mit den Eigentümern 24 (2001: 19) nachteilige Waldnutzungen (Leitungen, Kleinbauten, etc.) bewilligt.

Wegen illegaler Handlungen wurden 13 Strafverfahren durchgeführt (2001: 8). Diese betrafen Übertretungen wie Holzschläge, nachteilige Nutzungen etc. ohne Delikte wie illegale Handlungen, für welche die richterlichen Instanzen zuständig sind.

Im Jahr 2002 hat der Staatsrat die Feststellungen von 23 Gemeinden homologiert:

Niederwald, Greich, Mörel, Goppisberg, Oberwald, Fieschertal, Hohstenn, Ferden, Kippel, Visperterminen, Visp, Bürchen, Leukerbad, Turtmann, Vex, Ayent, Hérémence, Sembrancher, Val-d'Illicz, Monthey, Port-Valais, Collombey-Muraz, St-Gingolph.

Gesamtkantonal wurden bisher in 67 Gemeinden die Waldfeststellungen homologiert. Sie grenzen den Wald definitiv vom Bauland ab und werden nach ihrem Inkrafttreten in den Zonenplan übertragen.

In der forstlichen Planung wurde das Schwergewicht auf die Ausarbeitung der Wald-Wildkonzepte gelegt. Durch diese sollen Aussagen über den Einfluss des Wildes auf die Verjüngung von Schutzwäldern gemacht werden. Es sind Massnahmen vorzuschlagen, um Wildschäden zu verhüten und in besonders belasteten Gebieten auf ein tragbares Mass zu reduzieren. Ferner ist die Grundlage für eine Erfolgskontrolle zu schaffen. Die Planung im Goms, Chablais, Entremont-Trient-Martigny, Centre Valais-Rive

Die maximalen gemessenen Schneehöhen sind die folgenden:

	Höhe ü.Meer	2002	2001	2000	1999	1998	1997	1996
Fiesch-Kühboden	2'210 m	118 cm	185 cm	184 cm	270 cm	116 cm	130 cm	129 cm
Simplon-Hospiz	2'000 m	80 cm	95 cm	145 cm	230 cm	131 cm	130 cm	130 cm
Egginer (Saas)	2'620 m	145 cm	288 cm	214 cm	274 cm	180 cm	188 cm	146 cm
Les Ruinettes (Verbier)	2'250 m	154 cm	200 cm	215 cm	310 cm	158 cm	170 cm	175 cm
Gandegg (Lötschental)	2'620 m	391 cm	539 cm	455 cm	580 cm	392 cm		

Nachstehend einige kumulierte Schneehöhen der letzten 4 Jahre:

	Höhe ü.Meer	2002	2001	2000	1999
Münster, Goms	2'430 m	295 cm	537 cm	610 cm	833 cm
Simplon-Hospiz	2'000 m	375 cm	689 cm	681 cm	669 cm
Egginer (Saas)	2'620 m	360 cm	640 cm	415 cm	595 cm
Gandegg (Lötschental)	2'620 m	876 cm	921 cm	993 cm	1'223 cm
L'Ecreuse, Finhaut	2'240 m	595 cm	847 cm	715 cm	845 cm

Das Programm der Präventivmassnahmen konnte nicht vollständig durchgeführt werden und dies aus finanziellen Gründen. Die Eidgenössische Forstdirektion konnte nur einen Betrag von Fr. 829'800.- auszahlen. Das Gesuch bezifferte sich auf Fr. 1'600'000.-.

Das Programm des Aufbaus des kantonalen Netzes der automatischen Schnee- und Wetterstationen kann mit der Station Mt. Gond bei Conthey als abgeschlossen betrachtet werden. Der Kanton zählt heute 18 Meteo- und 26 Schneestationen. Das Infobox-Programm steht allen Verantwortlichen der lokalen Sicherheitsdienste zur Verfügung.

Die Unterhaltskosten inklusiv die Transporte zum Erhalt dieser Stationen kosteten im Jahre 2002 Fr. 216'292.-.

Zwei halbtägige Weiterbildungskurse wurden in Zusammenarbeit

Gauche und Val d'Anniviers sind abgeschlossen. 2002 wurde das Mandat Wald-Wildkonzept Simplon-Vispertäler-Schattenberge weiterentwickelt. In diesen Gebieten wurde mit Hilfe von Stichproben untersucht, wie viele junge Bäumchen vom Wild verbissen wurden. Zusätzlich wurden auf eingezäunten Flächen von 6 x 6 m die Verjüngung aufgenommen und mit vergleichbaren Flächen ausserhalb des Zaunes verglichen.

In der forstlichen Planung wurden die regionalen Waldpläne im Goms, in Orsières und Bagnes weitergeführt. Sie findet auf zwei Ebenen statt:

- Die überbetriebliche Planung bezweckt die Wahrung der öffentlichen Interessen am Wald und ist behördenverbindlich. Sie gibt Auskunft über den Zustand und die Entwicklung des Waldes einer Region.

- Die betriebliche Planung regelt die Massnahmen zur Erreichung der öffentlichen und privaten Wirtschaftsziele. Sie wird aufgrund des regionalen Waldplanes und der Eigentümerziele erstellt und ist eigentümergebunden.

NATURGEFAHREN

Der Winter 2001/2002 kann betreffend Lawenniedergänge als normal betrachtet werden; vor allem im südlichen Bereich gab es recht grosse aber zum Glück stabile Schneemengen.

Die grösseren Lawineneignisse fanden nach den Schneefällen und den stationären Schneeverfrachtungen zwischen dem 26. und 30. Dezember 2001, statt. Der Winter 2001/2002 wurde von ausserordentlichen klimatischen Staulagen von Südost und Südwest geprägt.

mit dem Institut für Schnee- und Lawinenforschung in Davos für die lokalen Sicherheitsdienste im Ober- resp. Unterwallis organisiert. Ca. 10 Mitarbeiter dieser Sicherheitsdienste nahmen teil an einem Lawinenkurs und an einer Fachtagung in Zürich.

Im Jahre 2002 wurden folgende Lawinengefahrenkarten erstellt: Oberwald, Brig-Glis, Raron (St-German), Zermatt, Saas-Balen, Saas-Almagell, St-Luc, Bratsch, Oberems, Ayer, Leukerbad, Conthey, St-Jean, Savièse, Bourg-St-Pierre, Orsières, Vex, Val d'Illicz.

Expertisen und Gefahrenkarten über Bodeninstabilitäten wurden in folgenden Gemeinden erstellt: Gondo, Embd, Raron, Eisten, Saas-Almagell, Töbel, Saas-Grund, Visp, St-Niklaus, Zermatt, Saas Fee, Varen, Evolène, Nax, Bagnes, Orsières, Finhaut, Vollèges. Lawinenwarnanlagen konnten im Walibach (Grafschaft), Lüegelbach (Zermatt) und Tschongbach (Embd) installiert werden.

Lawinen, Schneebruch

Gemeinde	Ort	Schaden
Naters	Gratlawine	Lawinenanriss in den Stahlnetzen Waldschäden: 23 m ³
Ulrichen	Ägene	
Oberwald und Obergesteln Geschinen	Löuwene/Cheerbach Ritzihörner	Schneebrettlawine: 1 Toter 100 m ³ Holz gebrochen und Schäden von 2 ha Jungwuchs
Blatten	Stampbach	

Wind und Sturm

Chermignon		100 m ³ Sturmholz
Nax	Vachette	110 m ³ Sturmholz
Champéry und Val-d'Illicz	Rechte Talseite der Vièze	250 m ³ Sturmholz

Steinschläge, Bodeninstabilitäten

Ried-Mörel	Salzgäb	Anriss von ca. 30'000 m ² , davon 300 m ² auf der Kantonsstrasse 200 m Wanderweg zerstört
Simplon	Alpjen, Munigstafel	Anriss von 40 m ² Anriss von 30 m ² Leichte Rutschung
Birgisch Ausserberg Kippel Ried-Brig	Fuxflüh Mettja Gafenbach Ganterbach, Fronbach Wasen, Leiggern, Vogelsang	Verschiedene kleine Rutschungen innerhalb des Waldes
Saas Balen	Flüe-Roseltinu	0,75 ha Wald zerstört
Saas-Grund	Chrome	Auffangdamm aufgefüllt
Eisten	Engi-Graben	1 Toter und 3 Verletzte; ca. 300 m ² Felsabbruch bis auf Kantonsstrasse
Staldenried	Gsponfluh	10'000 m ² ; Schutzwald zerstört
St. Niklaus	Medje	120'000 m ² ; Schutzwald zerstört und der Auffangdamm hat seine Funktion erfüllt Ca. 50 m ³
Gampel Leuk	Lonza-Areal Sagenschleif	300 m ² ; Schäden an der Trinkwasserleitung und des Weges nach Gietji
St-Luc Chandolin	Roc du Capussin Fang	30 m ² auf der Strasse Felsblöcke auf Kantonsstrasse
Mase	Vieille Morte	Rutschung im Auffangdamm
Hérérence Nendaz	Scex Frei Combatseline- Planchouet	25 m ² Holzschaden
Salvan	Les Bioles	Wenig Schäden 5'000 m ² auf 2 ha Wald
Trient	Les Jeurs, sous le Cretton	100 m ² in Bewegung
Troistorrents	Forêt des Têtes	Materialablagerung auf Kantonsstrasse

Verbauungen und Schutzmassnahmen

Im laufenden Jahr wurden 23 neue Projekte mit einer Gesamtsumme von Fr. 19'280'000.- durch die kantonalen und Bundesinstanzen genehmigt. Präventivmassnahmen gegen Naturgefahren (Gefahrenkarten, Schnee- und Wetterstationen, Alarm- und Warnsysteme usw.) umfassen 77 Projekte. Der Gesamtbetrag dieses Programmes betrug Fr. 2'428'000.-.

Die Art der Naturgefahren der 23 eingereichten Projekte verteilt sich wie folgt:

11	Lawinenverbauungen
6	Rutschungen
6	Steinschläge, Felssturz.

Folgende Tabelle zeigt die finanzielle Verteilung der Investitionen für Abwehrmassnahmen gegen Naturgefahren im Jahre 2002 pro Forstkreis.

Kreis	Abrechnung Fr.	Bundes-subsidien ausbezahlt 2002 Fr.	Kantons-subsidien ausbezahlt 2002 Fr.	Zu Lasten des Bauherrn Fr.
I	4'024'770	2'829'780	905'240	289'750
II	3'948'049	2'780'944	831'175	335'931
III	3'393'038	2'355'424	599'314	438'301
IV	2'563'452	1'795'115	502'847	265'490
V	2'208'732	1'520'635	407'118	280'979
VI	2'096'586	1'452'628	359'665	284'293
VII	827'081	565'156	127'477	134'448
VIII	1'786'216	1'182'429	348'694	255'094
IX	106'831	75'907	21'929	8'996
Total	20'954'756	14'558'018.30	4'103'457.40	2'293'280

NATUR UND LANDSCHAFT**Allgemeines**

Am 27. Februar 2002 ernannte der Staatsrat die neue kantonale Natur- und Heimatschutzkommission. Bestehend aus 15 Mitgliedern, tagte sie im Berichtsjahr viermal. Sie hat sich unter anderem zur Revision des Eidg. Natur- und Heimatschutzgesetzes geäußert, welche die Schaffung von Natur- und Landschaftspärken betrifft.

Vom 8. Mai 2002 bis zum 20. Oktober 2002 wurde im „Maison de la Nature“ auf dem Mont d'Orge in Zusammenarbeit mit der Stadt Sitten eine vom Kanton erarbeitete Ausstellung zu den Naturschutzgebieten des Kantons Wallis organisiert. Mehr als 5'700 Personen besuchten die Ausstellung; die zahlreichen Schulklassen nicht mitgezählt. Informationstafeln, lebende Tiere (Vipern, Zwergmäuse, Krebse, Schildkröten, Fische, Insekten,...), eine Informatikecke, ein Spiel und weiteres didaktisches Material ermöglichten es jedem Besucher, sich mit den einheimischen Arten und Lebensräumen unseres Kantons vertraut zu machen.

Im Jahr 2002 wurden 83 neue Bewirtschaftungsverträge mit Landwirten abgeschlossen, die sich damit verpflichten, besonders artenreiche Magerwiesen extensiv zu bewirtschaften. Die insgesamt 388 gültigen Verträge betreffen 977 ha Magerwiesen, Moore und traditionelle Kulturlandschaften.

Mandate im Auftrag des Kantons

- Vorbereitung der Bewirtschaftungsverträge und Nachführung der entsprechenden Datenbank
- Vorbereitung der Ausstellung (Tafeln, Spiel, Terrarien,...) über die Naturschutzgebiete des Kantons Wallis

- Detailprojekt betreffend die Verpflanzung von Wildtulpen sowie den Bau von Teichen zum Schutz einer gefährdeten Amphibienpopulation auf Territorium der Gemeinde Salvan.
- Studie über die Population des Feldhasen im Wallis.

Subventionierung von Naturschutzprojekten

In der Berichtsperiode wurden folgende Projekte von Gemeinden und privaten Organisationen finanziell unterstützt:

- Biotop "Schwickboden" und Revitalisierung Geschinerbach, Gemeinde Geschinen
- Schutz und Aufsicht im Reservat Aletschwald
- Verein UNESCO-Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn
- Aufsicht Schutzgebiet Binntal
- Unterhaltsarbeiten im Schutzgebiet „Achera Biela“, Gemeinden Ried-Brig und Termen
- Kulturlandschaft Gampel-Jeizinen
- Aktivitäten der Animateure im Pfywald und Naturschutzaufsicht
- Informationstafel über die Fledermäuse der Kirche St. Sylve in Vex
- Wiederherstellung einer Suone in Conthey
- Programm zum Schutz und zur Förderung des Wiedehopfs zwischen Martinach und Turmann
- Inventar der Natur- und Landschaftswerte in Vollèges
- Unterhaltsarbeiten in den „Follatères“, Gemeinden Fully und Dorénaz
- Verein Naturpark „Les Muverans“
- Unterhalts- und Aufwertungsmassnahmen im Moor „La Maraïche de Plex“ in Collonges
- Naturschutzaufsicht und Exkursionen im Val de Bagnes
- Stiftung Landschaftsschutz Schweiz: Organisation des Kongresses über Terrassenlandschaften im La Poste in Visp
- Koordinationsstelle für den Amphibien- und Reptilienschutz der Schweiz (KARCH)
- Walliser Gruppe zum Schutz der Fledermäuse

Der Kanton hat in der Berichtsperiode an folgende Publikationen einen finanziellen Beitrag geleistet:

- Herausgabe des Exkursionsprogramms 2002 in Zusammenarbeit mit verschiedenen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes tätigen Verbänden und Organisationen.
- Publikation des Bulletins der „Murithienne“.

Vormeinungen

Die Sektion Natur und Landschaft hat in der Berichtsperiode zu 839 technischen Dossiers (2001: 663) schriftliche Vormeinungen zuhanden der kantonalen Baukommission oder andern kantonalen Fachstellen abgegeben.

Wanderwege

Für Hauptwanderwege wurden im Jahr 2002 an 14 Projekte kantonale Beiträge im Umfang von Fr. 262'685.05 (2001: Fr. 150'720.--) entrichtet.

UMWELTSCHUTZ

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Ein Qualitätssicherungssystem, das sämtliche Tätigkeiten des Laboratoriums der Dienststelle umfasst, steht in der Verwirklichungsphase und wird zu einer Akkreditierung führen, die vom Bundesamt für Metrologie erteilt wird.

Die Erstellung des Altlasten-Katasters geht nach wie vor gemäss dem festgesetzten Zeitplan weiter. Er betrifft mehr als 2'500 Standorte, die Gegenstand einer Beurteilung in Absprache mit den Gemeinden bilden.

Die mit den KMU und der Industrie im Rahmen des Luftforums erstellte Zusammenarbeit ermöglichte eine bessere Erfassung der wirklichen Lage der Luftschadstoffemissionen. Diese Daten versorgen einen vollständig überarbeiteten Emissionskataster, der die Lageentwicklung seit 1986 aufzeigt.

Der vollständig informatisierte Lärmbelastungskataster für die Kantonsstrassen wurde im Juni 2002 der Presse vorgestellt. Die Gemeinden erhielten alle Informationen betreffend ihr Gemeindegebiet auf einem CD-Rom-Träger.

STRAFVERFAHREN

Im Jahre 2002 wurden 9 Strafverfügungen ausgesprochen. Sie betrafen die Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung (Abfälle, Deponien, Hofdünger, usw.)

Unter diesen Verfügungen waren 8 Strafbefehle (Verfügungen ohne Anhörung), sowie eine Beschwerde.

9 Strafanzeigen wegen Gewässerverschmutzung oder Vergehen gegen den Umweltschutz wurden durch das Departement den Untersuchungsrichtern eingereicht, die 3 Strafbefehle und 2 Klassierungsverfügungen aussprachen.

GEWÄSSERSCHUTZ

Abwasserreinigung

Im Laufe des Jahres 2002 wurde eine neue Kläranlage (ARA) in Betrieb gesetzt;

- Binn : 560 Einwohner-Gleichwerte
- Folgende ARAs wurden erweitert und vergrössert:
- Fiesch (Goms) von 21150 auf 36150 Einwohner-Gleichwerte
- St-Gingolph von 1250 auf 3100 Einwohner-Gleichwerte
- Riddes von 3700 auf 8750 Einwohner-Gleichwerte

Gesamthaft wurden in den ARAs 74 Millionen m³ Abwasser behandelt. Der Reinigungseffekt beträgt bei organischen Stoffen 92% und 91% beim Phosphor. Bei den organischen Stoffen sind die Ergebnisse ähnlich wie 2001. Was den Phosphor angeht, so gibt es eine ca. 8%-ige Verbesserung, die hauptsächlich auf die industriellen ARAs zurückzuführen ist.

Bei der seit dem Unwetter vom Oktober 2000 ausser Betrieb gesetzten Kläranlage von Nendaz - Biendron wurde der Vorbehandlungsteil wieder in Betrieb gesetzt (Mai 2002). Der biologische Teil wird in den kommenden Jahren wieder in Betrieb gesetzt. Seine Finanzierung ist noch nicht sichergestellt.

Mit dem Kanton Genf konnte betreffend die Subventionierung der Elimination der Phosphate eine Einigung gefunden werden. Diese wird aber zu einem niedrigeren Ansatz bis 2006 verlängert werden.

Die Schlammverwertung in der Landwirtschaft wird immer schwieriger. Die direkt betroffenen Bundesämter haben vorgeschlagen, diese Praxis in den kommenden Jahren zu verbieten.

Oberflächenwasser

Im Laufe des Jahres 2002 wurde die physikalische, chemische, bakteriologische und biologische Wasserqualität in der Rhone zwischen Brig und St-Maurice sowie in der Fare, die auf dem linken Ufer bei Riddes in die Rhone mündet, untersucht.

Die Analysen zeigen, dass die physische und chemische Qualität des Wassers längs der Rhone gut ist und die Anforderungen der GSchV des Bundes eingehalten werden. Die Auswirkungen der Einleitung der grossen ARAs der Lonza-Visp, Sitten und Nendaz ist bei Niedrigwasser in den Parametern NH₄, Phosphor und bakteriologische Qualität sichtbar.

In der Fare weist das Wasser bergwärts eine sehr gute Qualität und unterhalb der Einleitung der ARA von Isérables eine geringe Verschlechterung auf.

Die im Frühjahr im Kanal Sitten-Riddes gemachten Untersuchungen bestätigen das unerwünschte Vorkommen von Pflanzenschutzmitteln im Wasser während der Regenzeit auf der ganzen Länge des Kanals mit Konzentrationen über 0,1 Mikrogramm/l (Aufforderungen GSchV 1998).

Bauten, Subventionen und GEP

Die von den Gemeinden für die Erstellung von Sammelleitungen und ARAs eingesetzten Investitionsbeträge erreichen im Jahre 2002 21 Millionen Franken. Die meisten Gemeinden des Wallis (115) haben zur Deckung der Studienkosten für den generellen Entwässerungsplan (GEP) bei den Bundes- und Kantonsinstanzen ein Subventionsgesuch eingereicht.

Die durch diese Studien betroffene Wohnbevölkerung erreicht 90%. Der geschätzte Betrag der Kantonssubventionen beläuft sich auf 6,4 Millionen Franken.

Lagerung von Hofdünger

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Rindviehhaltung hat sich bei 1466 Betrieben stabilisiert. Die derzeitigen Daten zeigen, dass 75% unter ihnen eine mehr als 80%-ige Lagerungskapazität aufweisen.

Im Jahre 2002 konnten mehr als 200 Betriebe kontrolliert und gewisse Streitfälle in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Landwirtschaft und direkt mit den Landwirten geregelt werden.

Genfersee

Die Mengen Schwemmholz und übrigen aus den Wassern gezogenen schwimmenden Abfälle sind ganz normal und sogar unter dem zehnjährigen Durchschnitt. Diese betragen: 1650 m³ bei der Rhone-Einmündung in Bouveret 1250 m³ bei der Rhone-Sperre in Evionnaz

Grundwasser

Die Nachführung der **Grundwasser-Schutzzonenkarten** wurden fortgeführt und es wurden weitere Verfahren bei den Gemeinden eingeleitet im Sinne des Reglementes vom 31. Januar 1996 betreffend die Genehmigung der Grundwasserschutzzonenpläne.

Das **hydrogeologischen Jahrbuch** enthält nützliche Auskünfte über den Grundwasserstand im Rhonetal.

Die **Verordnung über die Trinkwasserversorgung in Notlagen** war Gegenstand einer Voranalyse (Entwicklung des Projektes, Vorbereitung der Ausschreibungsdokumente) und bildet im Jahre 2003 Priorität.

Die DUS hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Landwirtschaft einen Auftrag zur Erarbeitung von **Richtlinien betreffend den agrar-pastoralen Plan** erteilt. Diese Weisungen haben zum Ziel, dem Eigentümer / Betriebsinhaber einer Alpe zu helfen, sich mit den umweltschutzbedingten Anforderungen und Einschränkungen vertraut zu machen.

Die DUS und die DRP haben in gemeinsamer Zusammenarbeit die **Koordinationsblätter des kantonalen Richtplans** betreffend die Trinkwasserversorgung und Grundwasserschutzzonen nachgeführt und ergänzt.

Die derzeitige Tendenz ist die Benutzung von Wärmepumpen als Heizungsmitel bei Einfamilienhäusern. Im Laufe des Jahres wurde zu nicht weniger als 250 Anlagen eine günstige Vormeinung abgegeben.

Steinbrüche und Kieswerke

Das Sanierungsprogramm der Steinbrüche und Kieswerke wurde entsprechend den im Jahre 2001 angekündigten Prioritäten weitergeführt.

Die paritätische Kommission für Steinbrüche und Kieswerke ist 3 Mal zusammengetreten. Sie hat namentlich zu folgenden Geschäften Stellung genommen:

- Die Problematik der Wasserbehandlung (Flockungsmittel)
- Die Kiesausbeutungen in der Rhone
- Dokument für die generelle Planung von Steinbrüchen und Kieswerken
- Die Inspektion der Kiesausbeutungen durch den Schweiz Fachverband für Sand und Kies
- Die von den Betriebsinhabern bezahlte Gebühr für die Materialentnahme aus der Rhone
- Die Materialausbeutungen in der Rhone im Pfywald.

Die DUS und die Kantonale Baukommission haben 13 Betriebsinhaber einberufen, um ihre rechtliche und technische Lage genauer zu bestimmen und mit den Gemeinden und betroffenen Betriebsinhabern festzulegen, was für Massnahmen vorzunehmen wären. Das Ergebnis der Sitzungen wird nachstehend präsentiert und zusammengefasst:

- Aufgegebene oder aufzugebende Standorte: 4
- Baubewilligungspflichtige Standorte: 9
- Standorte, die nebst einer Baubewilligung eine Zonenänderung erfordern: 2
- Standorte die nebst einer Baubewilligung die Erarbeitung eines Betriebsplans erfordern: 3

Altlasten-Kataster

Die Erstellung des Altlasten-Katasters wird nach wie vor aufgrund von Aufträgen fortgesetzt, die in drei regionalen Losen an spezialisierte Büros vergeben wurden. Bei rund 2'500 Standorten erfolgt die Zählung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Der Abschluss des Mandats ist für Mai 2003 vorgesehen.

Die Verantwortlichen der Industrie-Standorte der Lonza, Alcan, der Chemie-Werke Monthey, von Orgamol in Evionnaz und der Raffinerie Tamoil in Collombey-Muraz setzen nach wie vor in enger Zusammenarbeit mit der DUS ihre eigenen Untersuchungen fort.

Bei 33 Standorten erfolgten die Voruntersuchungen (historische und technische Untersuchungen) im Jahre 2002. Infolge der Ergebnisse dieser Untersuchungen konnten 6 Standorte in den Kataster der Standorte ohne Überwachungs- oder Sanierungsnotwendigkeit klassierte werden. 11 Standorte werden derzeit regelmässig überwacht. 6 Standorte wurden saniert oder stehen in der Sanierungsphase. Bei den übrigen Standorten laufen die Untersuchungen und ihre definitive Klassierung kann noch nicht verfügt werden.

ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG UND -BEHANDLUNG

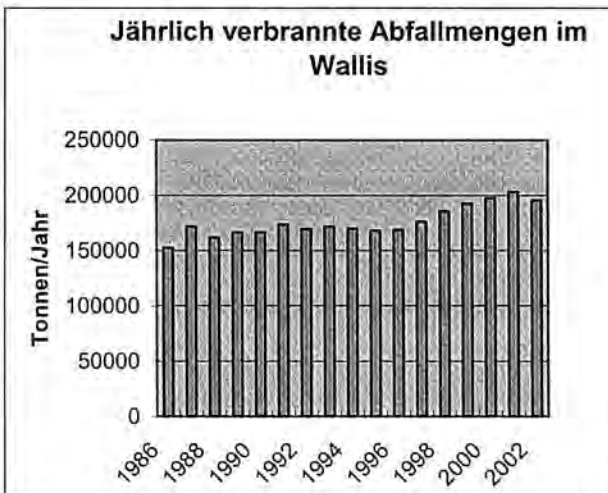
Kerichtverbrennungsanlagen

Die Mengen verbrannter Abfälle im Wallis haben um ein paar Tausend Tonnen abgenommen und sanken erneut unter 200'000 Tonnen. Diese Abnahme ist hauptsächlich auf die Verminderung der Abfallmengen aus den Industrien und Geschäften sowie den Zulieferungen von Nicht-Aktionär-Gemeinden der SATOM zurückzuführen. Die in den drei übrigen Verbrennungsanlagen verbrannten Abfallmengen sind stabil geblieben. Die KVA von Zermatt wurde am 09. Dezember 2002 definitiv stillgelegt; seither werden die Abfälle von Zermatt nach Gamsen transportiert.

Verbrannte Abfälle in den verschiedenen Verbrennungsanlagen in Tonnen:

	2000	2001	2002
SATOM, Monthey	112'480	115'550	109'055
UTO, Uvrier	52'682	52'864	52'548
KVO, Gamsen	27'060	28'858	28'550
KVZ, Zermatt	5'568	5'951	5'663
Total	197'790	203'223	195'816

Die Entwicklung der verbrannten Kehrichtmengen während den letzten 16 Jahren:



Getrennte Abfallsammlungen

Die Datenerfassung der getrennten Abfallsammlungen erfolgt alle zwei Jahre, so dass wir die Ergebnisse für 2001 erhalten haben. 136 Gemeinden haben den Fragebogen beantwortet was uns ermöglicht folgende Tabelle zu erstellen:

	1997	1999	2001
Glas	10'482	11'000	11'010
Papier / Karton	11'144	12'299	12'907
Sperrgut	5'842	7'791	8'877
Alteisen	5'779	5'000	6'592
Aluminium / Blech	454	450	488
Altöl	438	386	459
Organische Abfälle	9'288	16'833	16'841
Plastik	426	748	788
Textilien	366	359	359
Total	44'219	54'866	58'321

Die Gesamtmenge der getrennten Abfälle nimmt ständig zu. Dies ist bei allen Abfallkategorien ersichtlich. Am stärksten zugenommen hat das Sperrgut und Blech. Die bei den Deponiekontrollen vorgenommenen Anstrengungen fangen an Früchte zu tragen.

Deponien

Die aktuellen Statistiken betreffend die Inertstoffdeponien erfassen 305 in Betrieb stehende und 190 geschlossene Deponien. 71 geschlossene Standorte wurden teilweise saniert (wovon 26 im Jahre 2002).

Die Intensivierung der Kontakte mit den Gemeinden ermöglichte 156 Deponiekontrollen, die Erstellung von 31 Verfügungen, die das

Verfahren für die Regularisierung oder Schliessung der verschiedenen Deponien festlegen. Bei diesen Kontrollen wurden 19 Standorte mit Feuern und 11 mit Feuerspuren registriert und die Bewirtschaftung von 64 Standorten wurde als „gut“ beurteilt.

Die Anzahl der gemäss der TVA zugelassenen Inertstoffdeponien beträgt am 31. Dezember 2002 30 Standorte. Bei zwei weiteren Standorten steht die Betriebsbewilligung in der Erneuerungsphase.

VREG

Die Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) vom 14. Januar 1998 verpflichtet die Rücknehmer solcher Geräte, eine kantonale Bewilligung zu besitzen, um die elektrischen und elektronischen Geräte zu sammeln, grob zu sortieren oder zu zerlegen. Bis zum 31. Dezember 2002 hat der Kanton 4 Bewilligungen erteilt.

LUFTREINHALTUNG

Immissionsmessungen

Die Messungen der Luftschadstoffe zur Überwachung der Immissionsgrenzwerte wurde fortgeführt. Die Luftqualität hat sich im Wallis weiter verbessert dank den verschiedenen Massnahmen des Luftforums, das sich bemüht, die Bevölkerung zu orientieren und zu sensibilisieren sowie durch sektorische Vereinbarungen mit den Industrien und KMU die grenzwertüberschreitenden Schadstoffemissionen zu vermindern.

Übermässige Immissionen für Stickstoffdioxid, Ozon und schwebender Feinstaub PM10 dauern jedoch in unserem Kanton nach wie vor fort. Die gesamten Untersuchungen bilden Gegenstand einer jährlichen Publikation.

Zusätzlich zu den Luftanalysatoren sind die RESIVAL-Stationen mit meteorologischen Sensoren ausgerüstet, anhand deren Erhebungen man die Schadstoffkonzentrationsschwankungen interpretieren kann. Die nachstehende Abbildung illustriert den Föhnneffekt (09. Oktober) auf die NO-Dispersion und den stratosphärischen Ozon-Beitrag, der die Konzentrationen dieser Parameter beträchtlich erhöht. Am 10. Oktober kann man die umgekehrte Situation feststellen.

Die 1989 erstellten Messstationen sind zu erneuern, damit sie dem heutigen Stand der Technik entsprechen. Die Datenerfassungssysteme wurden im Jahre 2002 ausgewechselt.

Die Messstation von Montana wurde für die Bedürfnisse der Nationalstudie SAPALDA wieder in Betrieb gesetzt.

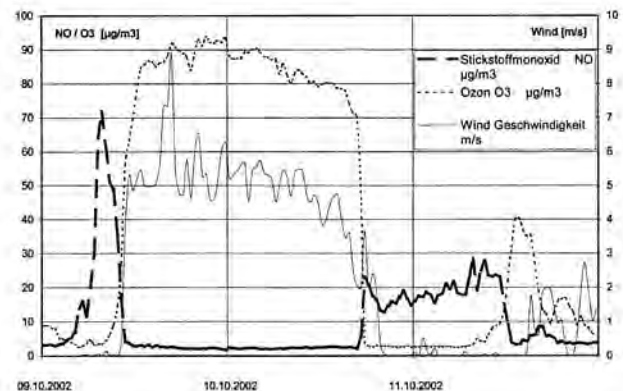


Abbildung: RESIVAL-Station Turtmann: Föhnperiode

Emissionen

Dank den Erhebungen und den im Rahmen der Tätigkeiten des Luftforums erlangten Meldungen werden die Emissionen aus der Industrie und dem Gewerbe immer besser bekannt. Die Ergebnisse wurden in den kantonalen Emissionskataster aufgenommen.

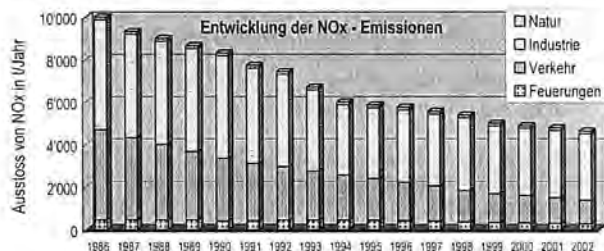
Es wurden problematische Luftschadstoffquellen wie:

- Baustellen (Emissionen von karzinogenen Partikeln von Baumaschinen mit Dieselmotoren, Staub- und Rauchpartikel)
- Holzfeuerungen mit Abfällen und chemisch behandeltem Holz
- Feuer im Freien entdeckt und ihre Emissionen reduziert. Die von diesen Quellen ausgestossenen Emissionsmengen sind oft gesetzeswidrig, beträchtlich und unzulässig.

Emissionskataster

Der neue Emissionskataster ist verfügbar. Er benutzt neue Bestimmungsmethoden und angepasste Emissionsfaktoren. Zusätzlich zu den traditionellen Schadstoffen werden darin die Kohlendioxid (CO₂) und die Feinstaubemissionen (PM₁₀) quantifiziert, soweit diese durch Emissionsfaktoren bestimmbar sind. Die Berechnungen basieren auf statistischen Angaben aus Wirtschaft, Volkszählung, Energieverbrauch, Verkehrsaufkommen und Tourismus sowie wissenschaftlichen Kenntnissen über die Luftschadstoffentstehung (Emissionsfaktoren). Die natürlichen Emissionen wurden ebenfalls bestimmt.

Beispiel eines Kataster-Auszugs:



Lenkungsabgabe auf VOC (VOC-LA)

Die VOC-LA ist ein wirksames Vollzugsinstrument, das eine Verminderung der COV-Emissionen ermöglicht. Die Gesuche für Rückerstattung und die Bestimmungen der nachträglich zu entrichtenden Abgabe wurden kontrolliert und zur Bearbeitung an die Oberzoldirektion weitergeleitet.

Industrie und Gewerbe

Die Anstrengungen der Grossindustrie des Kantons zur Luftreinhaltung wurden im Rahmen des Luftforums veröffentlicht. Die Resultate sind erfreulich und in den kommenden Jahren sind noch Verbesserungen zu erwarten.

Die Holzverarbeitenden Betriebe und Maler haben ihre Emissionen eingeschätzt. Die Rücksendung von rund 1000 versandten Formularen ist zufriedenstellend und die Auswertung ist auf Ende Mai 2003 vorgesehen.

Feuerungskontrolle

Infolge von Expertisen und regulären Kontrollen wurde festgestellt, dass über 15% der Feuerungsanlagen nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprachen. Instandstellung und Behebung der Mängel im Bezug auf Feuerung, Sicherheit und Brennstoff waren aufwendig für die Kantonsbehörde und Eigentümer.

Alle Expertisen der Feuerungsanlagen werden mit Hilfe eines geeigneten informatischen Bewirtschaftungsprogramms erfasst. Die Feuerungskontrolle mit freier Wahl des Kontrolleurs verursacht vermehrten Verwaltungsaufwand. Derzeit werden die von den Experten und offiziellen Kontrolleuren erfassten Informationen

durch die DUS eingeholt. Die im Programm vorgesehenen Anpassungen ermöglichen zudem eine noch bessere statistische Bewirtschaftung der Anlagen.

Das jetzige für die erste Expertise der Feuerungsanlagen im Wallis erstellte Formular ist für eine informatische Datenbewirtschaftung schlecht geeignet und ist zu verbessern.

Schliesslich wurden vermehrt Holzfeuerungen kontrolliert, die einer eingehenden Abgaskontrolle unterstellt sind, insbesondere wenn die Nachbarn durch den Rauch belästigt werden.

LÄRM

Nachdem der Lärmbelastungskataster des Flugplatzes von Sitten im Jahre 2001 vom Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport zurückgewiesen wurde, wird er derzeit durch das Bundesamt für Betriebe der Luftwaffe überarbeitet.

In Hinblick auf die Sanierung der Eisenbahnen kommt dem Huckepackkorridor Thun-Brig eine prioritäre Bedeutung zu, zumal dieser Streckenabschnitt bis zur Inbetriebnahme der AlpTransit-Tunnelstrecke Frutigen – St. German saniert sein muss. Die SBB haben im Februar 2002 ein entsprechendes Sanierungsprojekt für die Strecke von St. German bis Visp zusammen mit dem Projekt eines 3. Gleises auf demselben Streckenabschnitt öffentlich aufgelegt. Derzeit steht der Plangenehmigungsentscheid des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (UVEK) noch aus.

Im Juni 2002 wurde der Lärmbelastungskataster für die Kantonsstrasse der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei kam zum Ausdruck, dass von den 500 km untersuchten Kantonsstrassen 200 km als sanierungspflichtig einzustufen sind, wobei 21 km Alarmwertüberschreitungen aufweisen.

Im Berichtsjahr 2002 wurden 150 Dossiers lärm-spezifisch beurteilt. Dabei betrafen 90 Dossiers Baugesuche oder Plangenehmigungen. Weiter 9 Dossiers beinhalteten Gerichts-fälle, welche in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gerichten und Rechtsdiensten bearbeitet wurden. In 16 Fällen wurde zu raumplanerischen Aspekten Stellung bezogen. 17 Fälle betrafen Wohnbauprojekte in lärm-belasteten Gebieten, gegen welche Einspruch erhoben wurde. Eine stark steigende Tendenz ist gleichzeitig bei der Beratung von Privaten, Gemeinden und Ingenieurbüros in Lärmfragen zu verzeichnen.

Die am 01. April 1987 in Kraft gesetzte Lärmschutzverordnung sah eine Sanierung aller lärm-erzeugenden Anlagen bis zum 31. März 2002 vor. Angesichts der Verzögerung dieser Sanierung hat der Bundesrat die Sanierungsfristen verlängert. Die Revision dieser Verordnung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Die Schall- und Laserverordnung wurde ebenfalls einer Revision unterzogen, damit die Erfahrungen der vergangenen 7 Jahren in den Vollzug aufgenommen werden können.

Die Fachstelle für Lärm- und Strahlenschutz hat eine Informationsschrift „lärm-spezifische Behandlung von Schnee-erzeugungsanlagen“ herausgegeben.

STRAHLEN

Die Behandlung von Baugesuchen für Mobilfunkantennen bildet nach wie vor die Hauptarbeit im Bereich der nicht ionisierenden Strahlung. Dabei wurden für die 3 Mobilfunkbetreiber insgesamt 85 Baugesuche (2001:75) beurteilt. 51 Gesuche betrafen dabei neue Standorte und 34 Änderungen von bestehenden Anlagen. Per 31. Dezember 2002 waren somit im Kanton Wallis gesamthaft 406 Antennenstandorte registriert (163 im Oberwallis, 127 im Mittelwallis und 116 im Unterwallis).

Mit dem 01. Juli 2002 wurden die neue Messempfehlung sowie die Vollzugsempfehlung zur Verordnung über den Schutz nicht ionisierender Strahlung (NISV) für die Mobilfunkbasisstationen durch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) veröffentlicht. Sie sind das Resultat einer 3-jährigen Erfahrung mit der NISV und einer intensiven Diskussion mit den Betreibern, den Bundesämtern und den kantonalen Stellen und führen zu einer Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahren.

Der Vollzug bei den Hochspannungsleitungen liegt beim Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI). Bei der Voruntersuchung zur 380/132 kV-Leitung Massaboden – Ulrichen und bei der Plangenehmigung zur 380/380/220/132/65 kV-Leitung Chamoson – Chippis gab die DUS jeweils eine Stellungnahme ab.

Weiter Gesuche betreffend namentlich eine Rundfunkanlage, einen Radiosender sowie eine militärische Radaranlage wurden ebenfalls geprüft.

Ein Kataster sämtlicher Anlagen, welche nicht ionisierende Strahlung erzeugen, ist derzeit in Bearbeitung.

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Bei Umweltverträglichkeitsprüfungen hat die Dienststelle für Umweltschutz-Sektion UVP und Bauten-in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen je nach Projekt folgende Aspekte zu beurteilen: Raumplanung, Natur- und Landschaftsschutz, Walderhaltung, Heimat- und Denkmalschutz, Archäologie, Jagd, Fischerei, Gewässerschutz (Grundwasser inklusive Quellen sowie Oberflächengewässer), rationelle Energienutzung, sowie Umweltschutz im engeren Sinne das heisst Lärmschutz, Luftreinhaltung, Schutz vor nichtionisierenden Strahlen, Bodenschutz, Abfallbewirtschaftung, Altlasten, Organismen, Katastrophenschutz (Schutz vor Störfällen und Naturgefahren). Im Jahre 2002 wurden 33 UVP-pflichtige Projekte behandelt, (2001: 18 bzw. 15). Neue UVP-pflichtige Projekte wurden im Verlauf des Jahres 17 eingereicht (2001: 19), insgesamt waren Ende Jahr 47 UVPs laufend. Bei 15 im Bau befindlichen UVP-pflichtigen Projekten war eine Umweltbaubegleitung in Funktion. Zudem wurden 315 nicht UVP-pflichtige Projekte behandelt, welche Auswirkungen in mehreren Umweltbereichen haben (2001: 186).

Prozentualer Anteil der behandelten Anlagentypen:

Anlagentyp	UVP	
	%	nicht UVP %
Verkehr	46	30
Energie	3	3
Wasserbau	3	4
Abfallbehandlung	6	2
Schiessanlage	-	1
Sport, Tourismus, Freizeit	27	13
Industrie	6	7
Meliorationen	3	4
Kiesabbau, Steinbrüche	6	4
Einkaufszentren	-	4
Zonenpläne	-	8
Wohnbauten	-	4
Konsultation Gesetze	-	4
Naturgefahren	-	10
Andere	-	2

KANTONALES LABORATORIUM

ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN

Das Jahr 2002 hat die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Konsumentenschutzes wiederum bestätigt:

- Das BSE-Problem (Rinderwahnsinn) ist nach wie vor aktuell, obwohl 2002 die Zahl der Fälle in der Schweiz bedeutend abgenommen hat.
- Am 27. Februar 2002 hat die Eidgenossenschaft jeglichen Import von Hühnern aus China untersagt, da die Kantonslabors oberhalb der Grenzwerte liegende Spuren von Chloramphenicol und Enrofloxacin festgestellt haben. Die Einfuhreinschränkungen wurden erst aufgehoben, nachdem sich das Produkt nach Durchführung von Analysen als konform erwiesen hatte. Betroffene Betriebe waren gezwungen, die Selbstkontrollen bei der Herstellung zu verstärken und Importeure sowie Warenbesitzer mussten, um die Rückverfolgung der Waren zu garantieren, über eine wirkungsvolle Selbstkontrolle verfügen.
- Im Sommer 2002 hat man sowohl in Meeresfrüchten als auch in aus Südostasien und Südamerika stammendem Geflügel Nitrofurant feststellt. Der Import der davon betroffenen Unternehmen wurde unterbrochen und die Importeure wurden verpflichtet, durch Selbstkontrolle sicherzustellen, dass diese Ware nicht in den Handel gelangt.
- Ein weiteres zu lösendes Problem stellte sich mit Acrylamid, eine als krebserregend bekannte Substanz, die bei Trockenerhitzen von Lebensmitteln, die vor allen Dingen Stärke enthalten, entsteht. Da die Forschung noch nicht weit genug fortgeschritten ist, empfiehlt das BAG lediglich, auf eine ausgeglichene und abwechslungsreiche Ernährung sowie sorgfältiges Kochen und Erhitzen von Lebensmitteln zu achten.

Die kantonalen Laboratorien der Welschschweiz haben vier gezielte Kampagnen, die dem allgemeinen Interesse dienen, vorgenommen. Es handelt sich um die Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln in zum Verzehr bestimmten Weintrauben, Authentizität von Ziegenkäse, Fungiziden in Zuchtfischen und die Herkunft von Tomaten.

Es wurde eine nationale Kampagne zum Schutz gegen Täuschung hinsichtlich Angabe des Herkunftslandes, der biologischen Produkte, der Stempelung der Eier und der Einhaltung der landwirtschaftlichen Deklarierungsverordnung durchgeführt. Eine weitere Kampagne, welche die Milchprodukte betrifft, findet zur Zeit statt.

Das Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz wird anhand mikrobiologischer Analysen systematisch untersucht. Bei einer Trinkwasserverschmutzung durch Abwässer erkrankten mehrere hundert Personen. Die Anstellung eines Wasserinspektors sollte es ermöglichen, derartige Vorkommnisse, die ernsthafte Auswirkungen haben können, zu vermindern und eventuell sogar zu verhindern. Die Analysen aller anderen Lebensmittel werden durch Sondierung durchgeführt.

Das Inspektorat für Lebensmittel und sein „halbzentralisiertes“ System versucht nach Möglichkeit die Gleichmässigkeit der Kontrollen von 30 teilzeit-beschäftigten Kontrolleuren, die über den gesamten Kanton verteilt sind, zu garantieren. Ferner versucht es die Schwierigkeiten, die aus delikaten und nicht immer einfachen Situationen entstehen können, zu beseitigen.

Gesetzgebung:

Die Revision der Lebensmittelgesetzgebung trat am 01. Mai 2002 in Kraft. Sie umfasst die Lebensmittelverordnung sowie weitere Verordnungen im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Diese Revision verbessert den Gesundheitsschutz, die Transparenz gegenüber dem Konsumenten, den Schutz vor Täuschungen, sowie den Marktzugang für schweizer und importierte Waren. Sie stärkt so die Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Lebensmittelhandels und trägt der Entwicklung von Lebensmittelwissenschaft und -technologie Rechnung. Die

Anforderungen müssen im Einklang mit den übergeordneten Prinzipien der schweizerischen Lebensmittelgesetzgebung, namentlich dem Schutz der Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten vor Täuschungen, stehen. Der Bundesrat hat sich für eine Verbesserung des Jugendschutzes entschieden, indem er die Abgabe von gegorenen alkoholischen Getränken an Jugendliche unter 16 Jahren verbietet. Die neuen Bestimmungen stehen im Zeichen vermehrter Transparenz und erhöhtem Täuschungsschutz, wonach die Zutaten, die bei der Bezeichnung eines Lebensmittels besonders hervorgehoben werden, angegeben werden müssen. Dies betrifft ebenfalls den Gehalt der wichtigsten allergenen Zutaten.

DURCHGEFÜHRTE ANALYSEN

Das Laboratorium hat an 5576 Proben mikrobiologische und chemische Analysen durchgeführt. 19.7% der Proben entsprachen nicht den verschiedenen angewandten Gesetzgebungen. Dies aus unterschiedlichsten Gründen, angefangen bei der Etikettierung, über Konsumententäuschung, bis zur Gesundheitsgefährdung durch verdorbene Ware. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Probenerhebungen gezielt vorgenommen werden und die statistischen Ergebnisse daher nicht repräsentativ für die allgemeine Lage sind, jedoch die Probleme hervorheben.

Milch :

90 Proben abgepackter Milch wurden in verschiedenen Läden erhoben. Davon wurden 4 Proben beanstandet, d.h. 2 wegen Wässern und 2, weil sie als laktosefrei bezeichnet waren, jedoch Laktose nachgewiesen werden konnte.

Käse :

Eine Kampagne der Welschschweiz zur Bestimmung der Tierart wurde an „Tommes de chèvre“ vorgenommen. Die Analysen wurden vom kantonalen Laboratorium von Neuchâtel durchgeführt. Die 10 Proben, die im Wallis erhoben wurden, haben sich als normal erwiesen. Alle „Tommes“ waren aus Ziegenmilch.

Frittieröl :

Die Kontrolle der Frittierölqualität wird systematisch vor Ort und während der Restaurantinspektionen mittels Schnelltests vorgenommen. Die Kontrollleure konnten eine eindeutige Qualitätsverbesserung feststellen.

Fleischwaren :

Fische

Eine Kampagne zur Bestimmung von medikamentösen Rückständen wurde im Februar durchgeführt. Sie war eine Folge der im Jahr 2001 durchgeführten Untersuchungen. 4 von 18 Proben enthielten Malachitgrün, wovon 2 wiederum über dem Toleranzwert lagen. Eine neuerliche Kontrolle, die im September durchgeführt wurde, hat dieses Mal keine Nicht-Konformität aufgewiesen.

Krevetten

Von 16 Krevettenproben, die zur Untersuchung auf Nitrofurantol erhoben wurden, waren 3 positiv. In einer Probe erwies sich der Nitrofurantolgehalt als 50mal höher als der Grenzwert. Zwei der Proben stammten aus Thailand und eine vom indischen Ozean. Die Waren wurden zum Verkauf verboten.

Fleisch

Auf Anfrage des Bundesamts für Veterinärwesen wurden 13 Schweinefleischproben zur mikrobiologischen Untersuchung erhoben. Alle Proben erwiesen sich als in Ordnung. Das Bundesamt für Veterinärwesen führte eine Untersuchung zur Resistenzbildung von Bakterien gegenüber in Geflügelfleisch gefundenen Antibiotika durch. Von 18 erhobenen Proben enthielten 2 den Keim *Campylobacter jejuni*. Diese Keime wiesen keine Resistenz gegenüber 8 getesteten Antibiotika auf.

Trockenfleisch, Speck und Wurstwaren

Von 16 Trockenfleischproben aus Metzgereien, wiesen 7 einen Nitratwert oberhalb der Toleranzgrenze auf.

Früchte und Gemüse :

Früchte

Das Laboratorium hat in 120 Proben verschiedener Früchte den Gehalt von Pestiziden und vor allen Dingen Fungiziden analysiert. Zwei Proben überschritten den Toleranzwert.

Eine Kampagne der Welschschweiz zur Feststellung von Insektiziden, Fungiziden und Akarizide in zum Verzehr bestimmten Weintrauben wurde durchgeführt, wobei das kantonale Laboratorium Genf die Untersuchungen vornahm. Die 5 Proben, die im Wallis erhoben wurden, erwiesen sich als normal. Keine enthielt Insektizide oder Acarizide und 4 Proben enthielten Fungizide, die jedoch unter den Toleranzwerten lagen.

Gemüse

Keine von 45 verschiedenen Gemüseproben überschritt den Toleranzwert von Fungiziden.

Es wurden 25 Salatproben analysiert und keine davon enthielt Pestizide oberhalb der Normen. Eine Probe wurde aufgrund des oberhalb der Toleranzgrenze liegenden Nitratgehalts beanstandet. Von den offiziell erhobenen Proben (11 ausländische), enthielten 10 Proben Dithiocarbamate, jedoch mengenmässig unter dem Toleranzwert liegend.

Dank einer neuen Analytikmethode, genannt IR-MS (Isotop Ratio-Mass Spectrometry), kann das Laboratorium schnell feststellen, ob die Deklaration der Herkunft der zum Verkauf angebotenen Tomaten korrekt ist. Von 5 Kontrollen wurde 1 Probe beanstandet.

Trinkwasser :

Es wurden 2901 Trinkwasserproben aus dem öffentlichen Netz untersucht. 17.3% davon entsprachen nicht den mikrobiologischen Anforderungen, wobei ein Grossteil aus privaten Leitungen stammte. 7% des öffentlichen Netzes wiesen mindestens einmal jährlich einen anormalen Keimgehalt auf.

Ein Hauptziel des Laboratoriums ist, der Bevölkerung immer ein einwandfreies Trinkwasser zu garantieren. Die Anstellung eines Wasserinspektors wird dazu beitragen, diesem Ziel näher zu kommen.

Weine :

Walliser Weine des Jahrgangs 2001

46 AOC-Weine aus dem Wallis wurden analysiert, um die durchschnittliche Zusammensetzung der wichtigsten Weine festzustellen und in unsere Datenbank einzugeben. Bei 6 der erhobenen 46 Proben war der Alkoholgehalt nicht korrekt angegeben. Bei 8 von 35 Weinen überschritt der Histamingehalt die Toleranzgrenze.

Weinlese

Im Wallis wurden 42 Millionen Liter Wein eingekellert, davon 24 Mil. Liter Rotwein und 18 Mil. Liter Weisswein. Es handelt sich um die kleinste Weinernte seit 1994. Seit 1957 wurde im Wallis keine derart geringe Menge Fendant, d.h. 12.8 Millionen Liter, eingekellert.

Spirituosen :

Die Bezeichnung „AOC“ (Appellation d'origine contrôlée) wurde Ende 2001 für „Abricotine“ oder „Eau de vie d'abricots du Valais“ erlangt. Diese Bezeichnung gilt nunmehr ausschliesslich für Aprikosenbrand, der im Wallis destilliert wurde. Ferner darf nicht irgendeine Frucht verwendet werden, sondern der bekannte Abricotine muss zu 90% aus der traditionellen walliserischen Luizet-Aprikose hergestellt werden.

INSPEKTORAT UND LEBENSMITTELKONTROLLE :

Sicherheitsbeurteilung eines Lebensmittelbetriebes

Das neu eingeführte Lebensmittelsicherheitsystem ermöglicht es, die Kontrollen zu optimieren. Die Beurteilung der Sicherheitsniveaus für Kriterien wie : Selbstkontrolle, Lebensmittel, Prozesse, räumliche und betriebliche Voraussetzungen, sowie Einrichtung und Apparate, gestatten eine objektive Qualitätsbeurteilung des Betriebes.

Ausgeführte Kontrollen

Von 5108 Betrieben wurden im Laufe des Jahres 3061 Betriebe kontrolliert, wozu 3225 Inspektionen erforderlich waren. 6% der kontrollierten Betriebe gaben zu Beanstandungen Anlass.

Gifte und umweltgefährdende Substanzen :

Die Marktüberwachung erfolgte gewöhnlich durch Inspektionen,

Ausgabe verschiedener Genehmigungen, sowie Giftscheine und -bücher.

Im Rahmen der Kontrolle von Bäderbetrieben wurde der Sicherheit der Einrichtungen, der verwendeten giftigen Produkte und den Desinfektionssystemen besondere Aufmerksamkeit gewidmet

BEILAGE ZU PZ2

STRASSEN UND KUNSTBAUWERKE

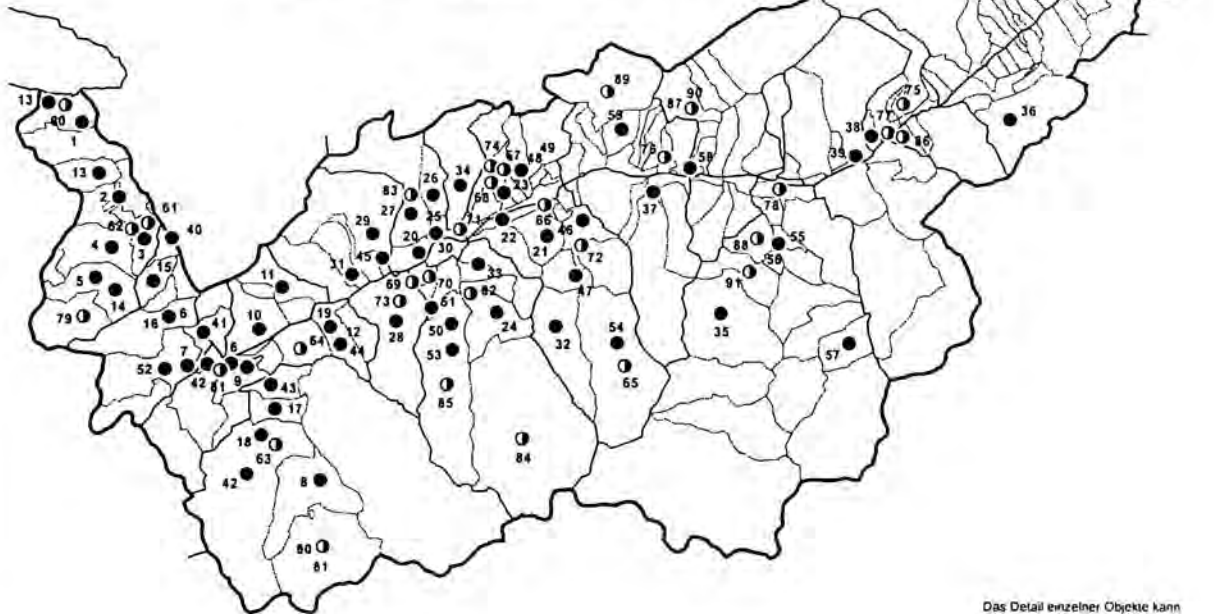
● AUSGEFUEHRTE ARBEITEN ○ ARBEITEN IM GANGE

STRASSEN 1 BIS 39

STRASSEN 60 BIS 78

KUNSTBAUWERKE 40 BIS 59

KUNSTBAUWERKE 79 BIS 91



Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden

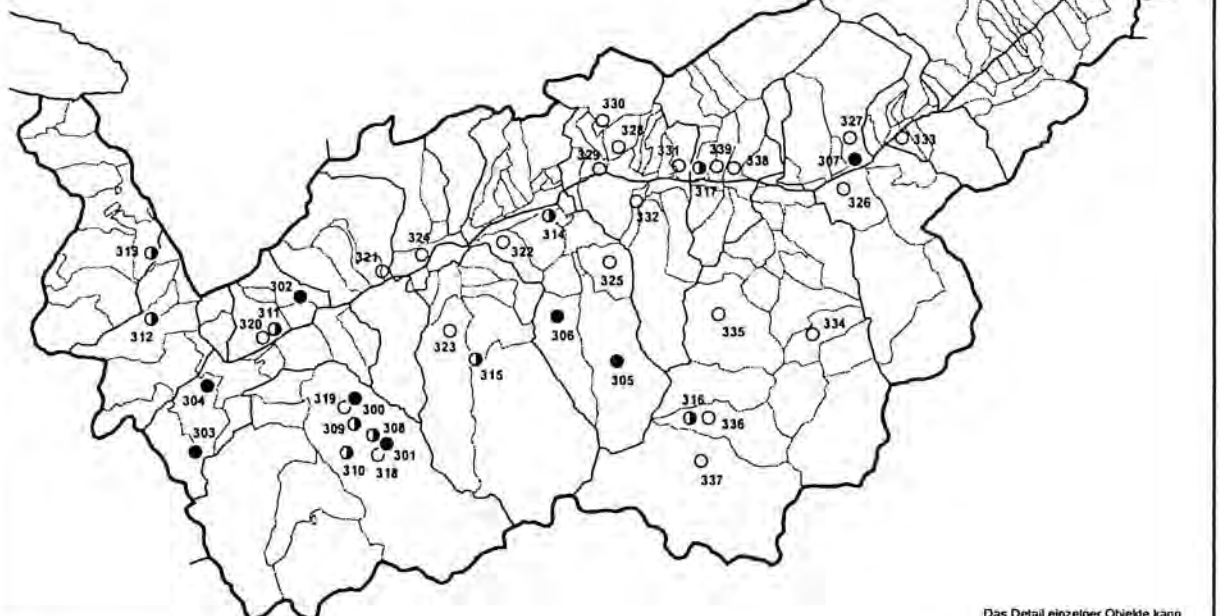
BEILAGE ZU PZ4

FLUSSBAU (SEITENGEWAESSER)

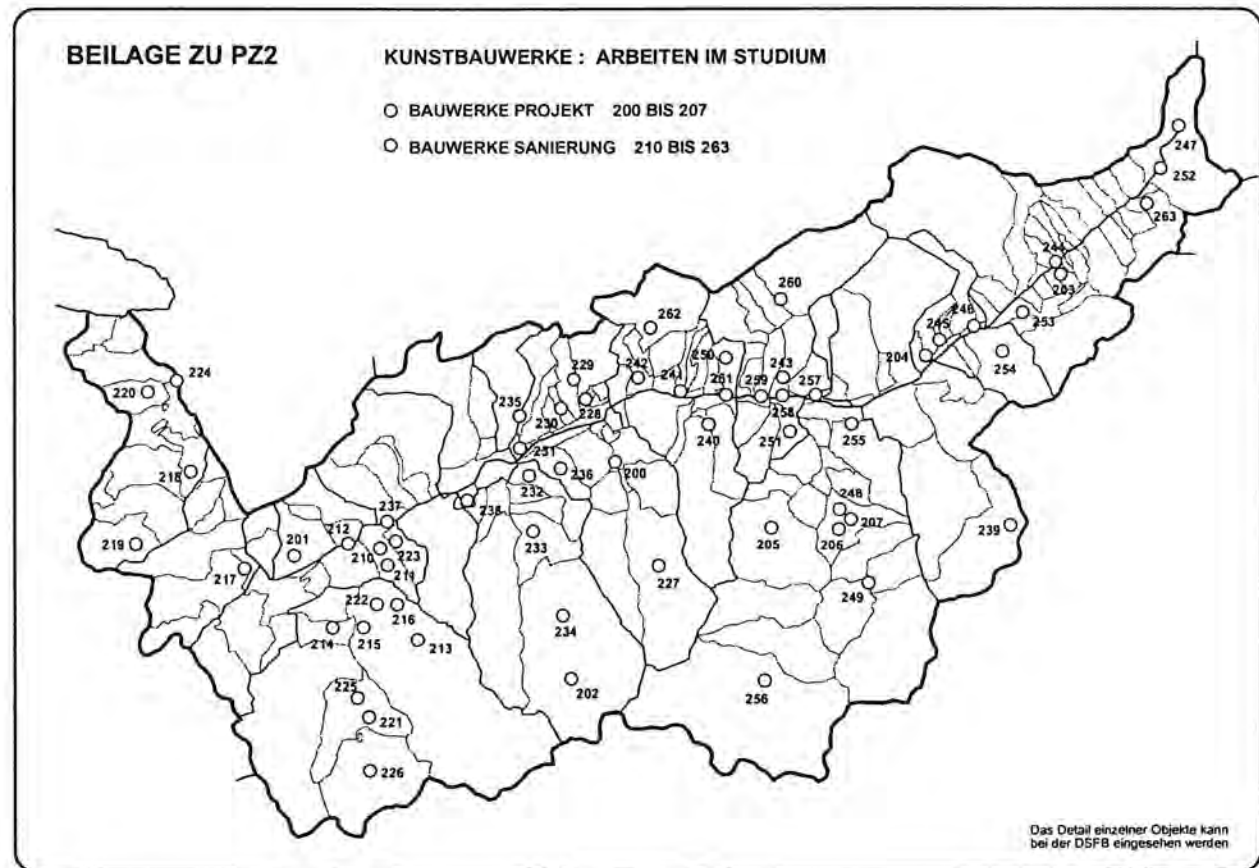
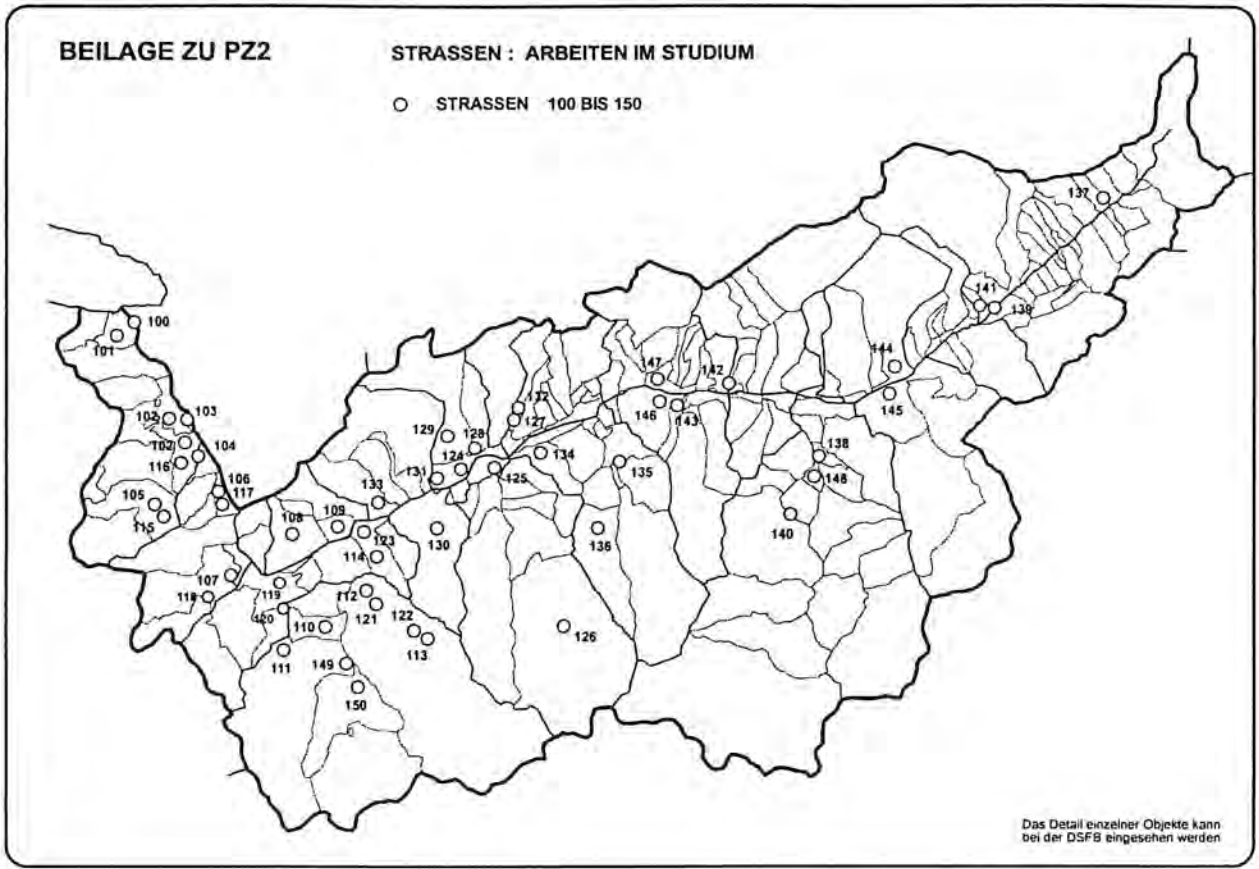
● AUSGEFUEHRTE ARBEITEN 300 BIS 307

○ ARBEITEN IM GANGE 308 BIS 317

○ ARBEITEN IM STUDIUM 318 BIS 339



Das Detail einzelner Objekte kann bei der DSFB eingesehen werden



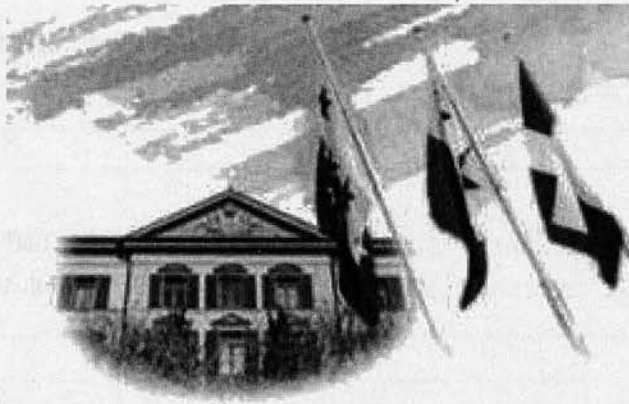


Nordwand der HEVs von Siders

Administrationsgebäude werkhof A9 Brig



**BERICHT
DES STAATSRATES AN DEN GROSSEN RAT
ÜBER
DIE UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER
REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES
JAHRES 2002**



Bei Änderungen in den Verzeichnissen sind die Änderungen dem
Verleger rechtzeitig zu melden.

Inhaltsverzeichnis

Präsidium	137
Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	
Finanzen	139
Geschäftsführung und Finanzhaushalt	140
Landwirtschaft	142
Äussere Angelegenheiten	143
Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	
Gesundheitswesen	145
Sozialwesen	146
Energie und Wasserkraft	148
Departement für Erziehung, Kultur und Sport	
Erziehung, Unterricht und Ausbildung	149
Jugendpolitik	151
Kulturpolitik	152
Sportpolitik	153
Rahmenbedingungen	153
Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	
Volkswirtschaft	155
Institutionen	157
Sicherheit	158
Departement für Verkehr, Bau und Umwelt,	
Natürliche und bebaute Umwelt	161
Bau	164
Transport	166
Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte	167

**Bei Abweichungen zwischen der französischen und der deutschen Version
ist die französische Version massgebend.**

Einleitung

Der Rahmen und die Schwerpunkte der Tätigkeit des Staates Wallis in der laufenden Legislaturperiode sind in den Richtlinien der Regierungspolitik 2002-2005 zu finden. Aufgrund des neuen Wortlautes von Artikel 97 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten hat der Staatsrat in seinem jährlichen Verwaltungsbericht eine Zwischenbilanz über die Richtlinien zu präsentieren.

Diese erste Zwischenbilanz übernimmt die Struktur der Richtlinien 2002-2005. Für jede der aufgeführten Ziele wird eine kurze Beurteilung des Standes der Umsetzung Ende 2002 formuliert.

Mit diesem Bericht will der Staatsrat die Bedeutung der Richtlinien als Planungs-, Führungs- und Informationsinstrument unterstreichen. Er will auch dem Parlament und seinen Kommissionen die Möglichkeit geben, im Verlaufe der Legislaturperiode die Realisierung der hauptsächlichlichen sektoriellen Ziele, die sich der Staatsrat im Vierjahresplan gesteckt hat, mitzuverfolgen.

Koordination der Tätigkeit des Staatsrats und der Beziehungen zwischen den Gewalten

Die Beziehungen zwischen dem Staatsrat und dem Grossen Rat aufgrund der neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten koordinieren

- Mit dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GORBG) wurde das bis anhin administrativ der Staatskanzlei angegliederte Sekretariat des Grossen Rates zu einem unabhängigen Dienst (Parlamentdienst).
- Als Stabsorgan der Regierung hat die Kanzlei namentlich die Aufgabe, die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative zu koordinieren. Das Inkrafttreten des geänderten GORBG bringt gewisse Neuerungen, die eine Präzisierung der Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen dem Grossen Rat und dem Staatsrat, respektive zwischen der Staatskanzlei und dem Parlamentdienst bedingen. Diese im Jahre 2002 in Angriff genommene Arbeit wird 2003 fortgesetzt.
- Die neue Informatikanwendung des Grossen Rates sollte es erlauben, Synergien zu nutzen und die administrative Arbeit der Staatskanzlei für den Grossen Rat rationeller zu gestalten, namentlich was die Antworten auf die parlamentarischen Vorstösse und die Übermittlung der vom Staatsrat angenommenen Dokumente an den Parlamentdienst anbelangt.

Weiterentwicklung einer koordinierten Informations- und Kommunikationspolitik

Förderung der Anwendung der modernen Technologien für eine Optimierung der Kontakte mit der Öffentlichkeit und der internen Kommunikation

- Im Jahre 2002 wurde besonderes Gewicht auf die Internetsite WWW.VS.CH gelegt. Die vor vier Jahren ins Leben gerufene Intenetsite des Staates Wallis wurde grundlegend überarbeitet, um das Dienstleistungsangebot auszubauen, die Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen und die Verwaltung zu optimieren.
- Die Studie und die Vorarbeiten für die Einführung eines kantonalen Intranets wurden Ende 2002 abgeschlossen. Die Realisierung ist für das erste Halbjahr 2003 vorgesehen.

Bis Ende 2003 bereit sein für eine eventuelle allgemeine Einführung der Führung über Leistungsaufträge und Globalbudget in der gesamten Kantonsverwaltung

Die Verbesserung der Verwaltungsführung war für den Staatsrat immer ein zentrales Anliegen. Die minutiöse Beurteilung der Führung über Leistungsaufträge wurde in Angriff genommen. Im Verlaufe des zweiten Halbjahres 2003 werden dem Grossen Rat konkrete Vorschläge unterbreitet.

Eine aktive Konsolidierung der versuchsweise eingeführten Führung über Leistungsaufträge und Globalbudget anhand der Leistungsaufträge 2002-2003 der erweiterten Piloteinheiten

- 2002 war das erste Jahr der zweiten Kontraktgeneration (Kontrakte 2002-2003 der erweiterten Piloteinheiten). Die Politikkontrakte wurden vom Grossen Rat anlässlich der Junisession 2002 angenommen. In einem weiteren Schritt haben die Piloteinheiten ihre Management- und Ausführungskontrakte erarbeitet. Die Erfassung der Zeit pro Produkt wurde für sämtliche Piloteinheiten realisiert.
- Die im Mai 2002 ernannten thematischen Kommissionen haben die Controllingberichte der Piloteinheiten im Rahmen des Budgetverfahrens 2003 geprüft.
- Die Arbeiten zur Einführung einer auf SAP gestützten Kostenrechnung (Festlegung der Gesamtkosten) wurden mit der Dienststelle für Gesundheitswesen fortgesetzt. Die übrigen Piloteinheiten legen die Kosten ihrer Leistungen pro Produkt, Programm und politisches Ziel weiterhin mit nicht integrierten Werkzeugen (namentlich Excel) fest. Diese Situation ist unbefriedigend.
- Die Einführung von Instrumenten für eine auf die Auswirkungen und Ergebnisse des politischen und administrativen Handelns ausgerichtete Verwaltungsführung wird namentlich mit den ersten Entwicklungen im Rahmen des Projekts e-DIKS (siehe 1. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt) vorangetrieben. Für den Austausch der Finanzinformationen ist eine Schnittstelle zwischen SAP und e-DIKS vorgesehen.

Ab 2002 Durchführung einer abschliessenden Bewertung der Testphase

- Am 5. Juli 2002 hat der Staatsrat einen Ausschuss zur Beurteilung der Reformen ernannt. Dieser Ausschuss wird von Staatsrat Claude Roch präsidiert. Er soll die Zukunft des Projekts nach dem 31.12.2003 (Ablauf der Gültigkeit des Gesetzes betreffend die Experimentierklauseln, welches die Verwaltungsführung über Leistungsaufträge vorsieht) skizzieren.
- Im Dezember 2002 wurde dem Staatsrat ein Zwischenbericht unterbreitet. Der Schlussbericht des Evaluationsausschusses wird für das erste Halbjahr 2003 erwartet; er wird durch einen externen Audit ergänzt. Gestützt auf diese Grundlage wird der Staatsrat dem Parlament im Verlaufe des zweiten Halbjahres 2003 Vorschläge hinsichtlich der Zukunft der Verwaltungsführung über Leistungsaufträge und Globalbudget, die in unserem Kanton seit 1998 getestet wird, unterbreiten.

Siehe auch Ziel des DFLA "Eine flexiblere und effizientere Geschäftsführung des Kantons"

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Der Ausgabenüberschuss (Nettokosten) der Staatsratsdienste belief sich auf Fr. 9'391'719.85

FINANZEN

Sicherstellung ausgeglichener Kantonsfinanzen**Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse**

- Die starke Verschuldung des Staates, insbesondere ab den 1990er Jahren, machte die Schaffung von Massnahmen notwendig, um diese zu stabilisieren, resp. zu reduzieren. Die Bestimmungen sind durch die Volksabstimmung vom 22. Sept. 2002 in die Verfassung aufgenommen worden. Diese sehen die Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse vor, damit soll nicht nur das Gleichgewicht der Laufenden Rechnung, sondern auch die Selbstfinanzierung der Investitionen sichergestellt werden.
- Die ersten Vorbereitungsarbeiten betreffend die Anwendungsbestimmungen des Verfassungsartikels sind im Gang. Es ist vorgesehen den Entwurf des Gesetzes im Verlauf des Jahres 2003 dem Grossen Rat vorzulegen.

Verstärkung des Controlling-Systems und der Hilfen zur Haushaltsführung

- Eine Ad-hoc-Kommission ist mit der Durchführung einer internen Evaluation der laufenden administrativen Reformen betraut. In diesem Rahmen wird die Kommission insbesondere die aktuellen Controllingstrukturen und deren Funktionieren prüfen. Die Vorschläge der Kommission werden im ersten Halbjahr 2003 vorgelegt. Diese Arbeiten müssen ebenfalls Aspekte zur Verstärkung anderer Hilfsmittel der Finanz- und Verwaltungsführung liefern, namentlich mit den Modulen des Informatiksystems SAP.

Siehe auch Ziel des Präsidiums "Schlussbeurteilung der Reformen" und 1. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt

Sanierung der Gemeindefinanzen**Revision des Gesetzes über die Gemeindeordnung vom 13. November 1980**

- Eine ausserparlamentarische Kommission unter der Führung des Departementes für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit hat die Vorbereitungsarbeiten hinsichtlich der Revision des Gemeindeordnungsgesetzes vom 13. November 1980 durchgeführt. Diese war Gegenstand einer breiten Vernehmlassung bei den interessierten Kreisen und wird im Verlauf des Jahres 2003 dem Parlament vorgelegt.

Siehe auch 6. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt

Revision des Finanzausgleichs

- Der Staatsrat hat an der Sitzung vom 24. April 2002 beschlossen eine ausserparlamentarische Kommission mit der Vorbereitung der Totalrevision des aktuellen interkommunalen Finanzausgleichs zu betrauen. Die Kommission wird präsidiert von Herrn Edouard Delalay, alt Ständerat, und ist bereits mehrmals zusammengetreten. Die Schlussfolgerungen und Vorschläge werden im Verlauf des Jahres 2003 vorgestellt.

Siehe auch 3. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt

Überprüfung der Bestimmungen über den Zusammenschluss von Gemeinden

- Diese Revision erfolgt im Rahmen der Überprüfung des Gesetzes über die Gemeindeordnung, das diesbezüglich ein Kapitel enthält. Das Ziel ist also erreicht, was die Aspekte der Revision betrifft; es bleiben die Anwendungsmodalitäten, welche aus den parlamentarischen Beratungen resultieren.

Einführung einer Hilfs- und Beratungsinstanz für die Gemeinden

- Der Staatsrat hat am 6. Januar 2002 beschlossen, innerhalb der Finanzverwaltung eine Sektion "Gemeindefinanzen" zu schaffen. Die Sektion wird sich schrittweise aufgrund der gesetzgeberischen Massnahmen und den zur Verfügung gestellten Mitteln entwickeln.

Anwendung einer gezielten Finanzpolitik

Auf den 1.1.2003 die zeitliche Bemessung der natürlichen Personen harmonisieren (Übergang von der zweijährigen Pränumerandobesteuerung zur einjährigen Postnumerandobesteuerung)

- Am 13. September 2001 hat der Grosse Rat des Kantons Wallis die einjährige Postnumerandobesteuerung bei natürlichen Personen angenommen.
- Für die Jahre 2001-2002 sind Übergangsbestimmungen vorgesehen (Berücksichtigung des ausserordentlichen Aufwands wie Unterhaltskosten für Privat- und Geschäftsliegenschaften, Einkauf von fehlenden Beitragsjahren an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, Krankheits-, Unfall-, Invaliditäts-, Weiterbildungs- und Umschulungskosten, freiwillige Zuwendungen und Besteuerung der ausserordentlichen Einkünfte wie ausser-ordentliche Dividenden und Gratifikationen, Nachzahlungen von Überstunden, Kapitalgewinne, buchmässige Aufwertungen, usw.).

Die Ansiedlung von Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen und Vermögen im Wallis fördern

- In den kommenden Jahren werden Aktionen durchgeführt, mit denen schweizerische Steuerpflichtige ermutigt werden sollen, im Kanton Wallis Wohnsitz zu nehmen. Zudem sollen Selbstanzeigen gefördert werden.

Das Reglement betreffend die Katastertaxen dahingehend ändern, dass der Steuerwert der Katastertaxe entspricht, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Grundstücke

- Im Jahre 2003 wird die Anpassung der Steuerwerte für Gebäude, nichtlandwirtschaftlichen Boden und industrielle Anlagen vorbereitet.

Die Effizienz der Besteuerung erhöhen

- Am Ende des Jahres 2001 startete die kantonale Steuerverwaltung bei Gemeinden, Banken, Steuerberatern, Advokaten und Notaren eine Kampagne, um der Besteuerung nach dem Aufwand (Pauschalsteuer) vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Mit dieser Aktion konnte die Anzahl der Pauschalbesteuerten um ungefähr 10 % erhöht werden.

Siehe auch 4. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt "Das Steuersystem anpassen"

<h4>Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002</h4> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Einnahmen aufgrund der Zunahme der Pauschalbesteuerungen: + 1 Million

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZHAUSHALT

Modernisierung der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften über die Haushaltsführung

Eine flexiblere und effizientere Geschäftsführung des Kantons

- Das Inventar der vorzusehenden gesetzlichen und reglementarischen Modifikationen betreffend das Gesetz vom 24. Juni 1980 über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle ist im Gang. Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat im Herbst 2003 vorgelegt.

Moderne und dynamische Personal- und Beschäftigungspolitik

Einführung von Massnahmen, die es dem Kanton Wallis gestatten, ein attraktiver und auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähiger Arbeitgeber zu bleiben

- Um sein Image und seine Attraktivität als Arbeitgeber zu verbessern, hat der Staat Wallis seine verschiedenen Vorzüge (abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit, flexible Arbeitszeitmodelle, ein leistungsorientiertes und motivierendes Führungs- und Besoldungssystem, arbeitnehmerfreundliche Sozialleistungen, vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten) in der Presse sowie auf dem Internet (Site des Staates Wallis, www.vs.ch, Stellenbörse) präsentiert.
- Damit der Staat Wallis ein attraktiver und konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleibt, verfolgt er ausserdem eine Lohnpolitik, welche die interne und externe Lohngerechtigkeit garantieren soll.

Eindämmung der Personalentwicklung

- Der Staatsrat hat die temporäre Einführung der Stellenplafonierung (Personalstopp) angeordnet. Im Rahmen des Budgets 2003 wurde keine einzige neue Stelle geschaffen, mit Ausnahme jener, welche mit der Kantonalisierung der Zivilstandsämter zusammenhängen – dieser Organisationsentscheid wurde dem Kanton vom Bund auferlegt.
- Die Entwicklung des Personalbestandes kann durch eine permanente Hinterfragung und Anpassung der Strukturen und Prozesse der einzelnen Organisationseinheiten im Griff behalten werden. Der Staatsrat hat beispielsweise am 15. Mai 2002 entschieden, ein Kantonales Inkassoamt für Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren, welches der kantonalen Steuerverwaltung angegliedert ist, zu schaffen. Durch diese Massnahme beabsichtigt der Staatsrat eine Optimierung der Inkassomassnahmen und die Nutzung bestehender Synergien.

Siehe auch 9. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt "Die Organisation des Staates optimieren"

Moderne und effiziente Personalpolitik

- Der Staatsrat setzt die 1997 eingeführte moderne und effiziente Personalpolitik fort, insbesondere in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitgestaltung, Entlohnung, Dienstaltersanerkennung, Personalmarketing, methodische und objektive Personalrekrutierung, Personalförderung, Aus- und Weiterbildung, Chancengleichheit und Führungsinstrumente.

Konsolidierung der finanziellen Lage der beiden Pensionskassen des Staates

- Bereits seit 1999 haben die beiden Pensionskassen zur Verstärkung ihrer finanziellen Situation verschiedene Massnahmen eingeleitet. Diese Massnahmen sollten es erlauben, mittelfristig eine Verbesserung des Deckungsgrades zu erreichen. Mit zusätzlichen Massnahmen soll ein langfristiger Deckungsgrad von 80% erreicht werden.

Entwicklung und Ausbau der Informatikpolitik

Entwicklung einer integralen und kohärenten Informatik, die der Modernisierung des Staats förderlich ist

- Die Steigerung der Effizienz der Organisationen sowie die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch das Nutzen von internen und externen Synergien und das Streben nach vermehrter Zusammenarbeit sind ständige Anliegen der kantonalen Informatikpolitik.
- Aufgrund des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission vom 18. Oktober 2002 hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe beauftragt, bis Ende März 2003 darzulegen, inwieweit die Informatikmittel bei der kantonalen Dienststelle für Informatik gruppiert werden können.
- Ende 2002 sieht der Umsetzungsstand der hauptsächlichen Informatikprojekte folgendermassen aus:
 - Die Entwicklung der Applikation "Informatisierung des Grossen Rates" erfolgte 2002 und die Inbetriebnahme der ersten Etappe wird im ersten Quartal 2003 erfolgen;

- Die informatisierte Geschäftsführung der Gerichte "Tribuna 2000" wurde etappenweise im ersten Halbjahr 2002 in Betrieb genommen. Die elektronische Post wurde im dritten Quartal 2002 realisiert;
- Das geomatische Kompetenzzentrum wurde 2002 in Verbindung mit dem Landinformationssystem "LIS Wallis" realisiert. Im Weiteren wurden die Strategie und die Richtlinien definiert und die ersten Koordinationsaufgaben mit den Dienststellen unternommen;
- Mehrere Module des Projekts "Cari" (Informatisierung der Dienststelle für Verkehr und Schifffahrt) wurden im Jahre 2002 realisiert, namentlich die Terminverwaltung für die periodischen Kontrollen und die Prüfungen;
- Die Informatisierung der Grundbuchämter Siders und Brig (Projekt "Capitastra") wurde realisiert. Die Informatisierung des Grundbuchamtes Martinach wird folgen;
- Die Informatisierung der Zivilstandsregister "Infostar" nimmt ihren Lauf. Die Vorbereitungsarbeiten mit dem Bund nehmen ihren Fortgang. Die Pilotprojekte Brig und Visp wurden 2002 ausgerüstet und gehen im März 2003 in Produktion. Die anderen Ämter werden ab dem 2. Halbjahr 2003 ausgerüstet;
- Ein Bericht über die Möglichkeiten zur informatisierten Verwaltung von Streitfällen unter SAP befindet sich in Erarbeitung und wird im Laufe des 1. Quartals 2003 unterbreitet.

LANDWIRTSCHAFT

Förderung einer hochwertigen Landwirtschaft

Anwendung der neuen Landwirtschaftspolitik des Bundes und Optimierung der Direktzahlungen des Bundes

- Im Jahr 2002 hat sich die Dienststelle für Landwirtschaft mit folgenden Punkten beschäftigt:
 - Anwendung der Eidgenössischen Verordnungen in der Landwirtschaft;
 - Umsetzung der Empfehlungen aufgrund der strategischen Studien welche vom Staatsrat in Auftrag gegeben wurden (insbesondere Inst. für Agrarwirtschaft der ETH Zürich "Die Walliser Landwirtschaft auf dem Weg der Nachhaltigkeit" und "Viti 2006").
- In diesem Zusammenhang können vor allem folgende Aktivitäten für das Jahr 2002 erwähnt werden:
 - Definition und Übernahme des Reglements bezüglich der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen und Beginn der ersten Projekte;
 - Unterstützung der Erneuerung der Obstkulturen durch Sorten mit einem grossen Marktpotential;
 - Entwicklung biologischer Anbauflächen im Bereich des Obst- und Weinbaus;
 - Verstärkte Überwachung der Krankheiten welche eine Quarantäne erfordern (1. Fälle von Feuerbrand aufgetreten);
 - Abschluss des Sanierungsplans für landwirtschaftliche Bauten welcher seit 1996 läuft (der Rahmenkredit ist aufgebraucht);
 - Eintragung der AOC-Bezeichnung für den "Abricotine", Stellungnahmen zu den Einsprachen gegen die AOC-Eintragung "Raclette", Rückweisung der Einsprachen gegen die AOC-Bezeichnung "Walliser Roggenbrot";
 - Verstärkte Unterstützung der Identifikation und Förderung der Walliser Produkte (Marke Valais-Wallis®);
 - Einführung einer Beobachtungsstelle für den Schweizer Weinmarkt;
 - Stellungnahme zur Agrarpolitik (AP 2007) des Bundes;
 - Information und intensivierte Ausbildung der Walliser Landwirte in Bezug auf Anpassung und Anwendung der neuen Agrarpolitik.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Direktzahlungen 2002: 104'581'329 Franken

ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN

Verstärkung unserer Beziehungen zu den Instanzen des Bundes und unseren Nachbarn

Intensivierung der Beziehungen zum Bund

- Die Verteidigung der Kantonsinteressen beim Bund in Sachen Verteilung des Reingewinns oder der überschüssigen Goldreserven der SNB, neuer Bundesfinanzausgleich oder neue Finanzordnung des Bundes ab 2006 werden durch den Staatsrat und in enger Zusammenarbeit mit den Walliser Abgeordneten in Bern sichergestellt.

Verstärkung des interkantonalen und grenzüberschreitenden Austausches

- Die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht mit einer Harmonisierung der Kompetenzstufen einher. Während die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgrund der Bundesverfassung in die Kompetenz der Kantone fällt, so verhält es sich nicht gleich in zentralistisch organisierten Staaten wie namentlich in Frankreich. Die Gesamtheit der Entscheidungsstufen, national, regional und departemental, müssten in derselben Struktur mit Kompetenzübertragung vereinigt werden. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme INTERREG erlaubt eine solche Konzentration. Das Ziel ist es, dies über die Lebensdauer dieser Programme hinweg zu erhalten. Die Zusammenarbeit mit unseren südlichen Nachbarn wird durch Gebirgs- und Sprachgrenzen erschwert. Eine bemerkenswerte Annäherung mit dem Aostatal, einem Gebiet mit vergleichbaren Gegebenheiten und Situation, würde unsere Trümpfe für eine verbesserte Zusammenarbeit mit den wirtschaftlich stärkeren Regionen wie die Lombardei und Piemont vereinigen.
- Im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit muss die Arbeit auf weniger interkantonale Organismen konzentriert werden. Es wird wichtig sein, eine Wirtschaftsregion europäischen Ausmasses mit den Westschweizer Kantonen in der Struktur des Espace Mittelland mit Genf und Aargau zu schaffen. In Ergänzung zum Wirtschaftsraum wird es notwendig sein, eine gute Zusammenarbeit im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone zur Verteidigung der Interessen als Energieressourcenkantone der Schweiz sicherzustellen. Die dritte Achse der interkantonalen Zusammenarbeit ist die Interessenverteidigung unseres Kantons gegenüber dem Bund durch den Espace Mittelland und die Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen. Das Lobbying auf Bundesstufe erweist sich als viel wirksamer, wenn es durch andere Kantone oder gar durch eine Mehrheit der Kantone unterstützt wird.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Äussere Angelegenheiten: 670'000 Franken

GESUNDHEITSWESEN

Gewährleistung einer angemessenen heilenden und palliativen Betreuung, sowohl zu Hause als auch in Gesundheitseinrichtungen und Spitälern, durch eine sinnvolle Infrastrukturplanung, eine gerechte Zuteilung der vorhandenen Ressourcen und die Bildung regionaler Gesundheitsnetze, die eine optimale Orientierung und Betreuung des Patienten im Gesundheitssystem begünstigen

Siehe Ziel 3 des Politikkontraktes der Dienststelle für Gesundheitswesen und 8. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt

Förderung der Gesundheit und Verhütung von Krankheiten und Unfällen durch die Information und Erziehung der Bevölkerung über die Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten, die einem zufrieden stellenden Gesundheitszustand förderlich sind, die Früherkennung von Gesundheitsstörungen und die Entwicklung günstiger Rahmenbedingungen

Siehe politisches Ziel 2 des Politikkontraktes der Dienststelle für Gesundheitswesen

Gewährleistung erschwinglicher Gesundheitsleistungen durch die gezielte Subventionierung der Prämien der einkommensschwachen Versicherten

Siehe politisches Ziel 4 des Politikkontraktes der Dienststelle für Gesundheitswesen

Sicherstellung eines Angebots für die Grundausbildung und die Weiterbildung für die Gesundheitsberufe, je nach Bedarfsentwicklung des Gesundheitssystems und gemäss den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Qualität

Dieses Ziel wurde auf das Erziehungsdepartement, tertiäre Bildung, übertragen

Nettoaufwand im Gesundheitsbereich für das Jahr 2002

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • 241.9 Millionen Franken |
|---|

Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit, Bekämpfung der Tierseuchen und Kontrolle der Hundebesitzer

- Im Jahre 2002 wurde erstmals ein Überwachungsprogramm umgesetzt (Blaue Kontrolle). Das Programm besteht darin, den Gesundheitszustand und die Identifikation der Tiere zu überwachen. Die Erfassung der verschiedenen Elemente in einer Datenbank gewährleistet die Rückverfolgbarkeit der Tiere vom Viehhalter zum Konsumenten.
- Dank der Präventionsmassnahmen und Überwachungskampagnen sollen die Betriebe tierseuchenfrei werden und als solches auf dem europäischen Markt anerkannt werden. Auf nationaler Ebene wurde das Überwachungsprogramm zur Ausmerzung der BSE-Krankheit «Rinderwahnsinn» verstärkt. Im Jahre 2002 wurde ein einziger positiver Fall registriert.
- Im Jahre 2002 wurde ein Gesetzesentwurf zur Vollziehung des Bundesgesetzes über den Tierschutz erarbeitet. Dieser Gesetzesentwurf enthält einen Abschnitt über die Haltung von gefährlichen Hunden.
- Was die Rindviehhaltungen angeht, so lag der Schwerpunkt im Jahre 2002 beim Winterauslauf, namentlich für die Eringer Rasse. Der Besuch von Rindviehhaltungen hat es erlaubt, jeden Fall zu beurteilen und gegebenenfalls Ausnahmen zu gewähren.

SOZIALWESEN

Soziale Massnahmen

Förderung der Hilfe und der sozialen Wiedereingliederung

- Die ausserparlamentarische Kommission, welche durch den Staatsrat im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Sozialhilferegelung im Kanton Wallis eingesetzt worden ist, hat mit ihren Vorarbeiten im Jahre 2002 begonnen. Sie sollte dem Staatsrat ihren Bericht zusammen mit einem Gesetzesentwurf im Laufe des ersten Halbjahres 2003 unterbreiten.
- Hinsichtlich einer Optimierung und Harmonisierung der professionellen Praktiken wurde die interinstitutionelle Zusammenarbeit (RAV, IV, LVT, SMZ) gefördert. Sie muss noch weiter entwickelt werden.
- Verschiedene Projekte zur beruflichen Wiedereingliederung wurden in Zusammenarbeit mit den Unternehmen entwickelt:
 - Eröffnung einer integrierten Behindertenwerkstätte in Collombey im April 2003;
 - Begleitung der Vorarbeiten für die Einführung einer internen Unterstützungsstruktur für das Personal der Lonza AG, das mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung oder mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat; Konkretisierung des Projekts im Januar 2003;
 - Gleiches Vorgehen mit der Groupe Mutuel. Geplante Konkretisierung: Ende 2003.

Optimierung der Betreuung von Behinderten

- Sämtliche Institutionen im Bereich der Abhängigkeitsprobleme vernetzen, um die Qualität der Leistungen in einem schwierigen finanziellen Umfeld (Rückzug des Bundes) zu verstärken.
- Dekret für die Vergrösserung des medizinisch-pädagogische Zentrums "La Castalie".
- Erweiterung der Vereinbarungen mit Leistungsverträgen mit den Institutionen für behinderte Personen.

Anpassung der kantonalen Organisation für die Betreuung von Asylbewerbern

- Entwicklung von Berufsbildungszentren für Asylbewerber in Vétroz und Gampel.

Nettoaufwand für soziale Massnahmen mit Jahre 2002 <ul style="list-style-type: none"> • 17.6 Millionen Franken
--

Sozialversicherungen

Anpassung der Leistungen der kantonalen Ausgleichskasse an die Entwicklung des rechtlichen und sozialen Umfeldes

- Die Umsetzung der umfangreichen Revision der Gesetzgebung am 1. Januar 2002 ist durchaus zufrieden stellend verlaufen.
- Das Gesetz über die Familienzulagen an die Arbeitnehmer und über den kantonalen Familienfonds wurde am 21. März 2002 in formeller Hinsicht angepasst.
- Der Staatsrat verfolgt die eidgenössischen Projekte hinsichtlich eines Rahmengesetzes über die Familienzulagen und die allfällige Einführung von Ergänzungsleistungen für die Familien aufmerksam.
- Der Ausgleichsfonds für die Familienausgleichskassen wurde planungsgemäss und effizient auf die Beine gestellt. Er soll es ermöglichen, die Unterschiede bei den Beitragssätzen zwischen den Arbeitgebern im Jahre 2003 deutlich zu reduzieren. Die Prüfung der Struktur der Familienausgleichskassen wird durchgeführt, nachdem einige Jahre Erfahrungen im Bereich des Ausgleichs gesammelt werden konnten.
- Um für die Familien und die Betagten in Altersheimen erträgliche wirtschaftliche Bedingungen gewährleisten zu können, hat der Staatsrat den Schwerpunkt auf eine professionellere und systematischere Kontrolle der Tagesansätze namentlich für die Bezüger von Ergänzungsleistungen AHV/IV gelegt.

Wahrung der Rechte und der Interessen der ArbeitnehmerInnen

Dieses Ziel steht in Zusammenhang mit der strategischen Weiterführung der Sicherung des sozialen Friedens und der Arbeit. Es handelt sich dabei um ein stetiges Anliegen des Staatsrats, das in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Sicherstellung der Bürgernähe der Arbeitsgerichte

- In Anbetracht der Zunahme sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch die Komplexität der Arbeitsstreitigkeiten hat sich eine funktionale und strukturelle Reorganisation als notwendig erwiesen. Die erste Phase der im Jahre 1998 begonnenen Restrukturierung ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Was übrig bleibt ist die Revision des Kantonalen Arbeitsgesetzes, insbesondere der Bestimmungen über das Verfahren vor dem Arbeitsgericht.
- Von der Schaffung einer spezialisierten zentralisierten Institution, welche die Einsprachen gegen arbeitslosenversicherungsrechtliche Verfügungen behandelt, wurde zu Gunsten einer dezentralisierten Lösung abgesehen. Ab dem Jahr 2003 ist somit grundsätzlich gegen Verfügungen bei der verfügenden Stelle einzusprechen.

Politik der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die den Interessen der Arbeitnehmer und der Wirtschaft entspricht

- Nach einer Versuchsperiode ist die beschlossene neue Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit am Arbeitsplatz in ihre Realisierungsphase getreten. Während Kontrollen in Unternehmungen früher besonders den individuellen Arbeitsplatz betrafen, wird der Schwerpunkt heute auf die Systemkontrolle gelegt. Die Kontrollen betreffen insbesondere Unternehmungen, in denen erhöhte Gefahren bestehen, und die sich nicht an einer Betriebsgruppen- oder Branchenlösung beteiligt haben.
- In Zeiten wirtschaftlicher Rezession ist eine tendenzielle Zunahme der mit den Arbeitsbedingungen zusammenhängenden Gesundheitsprobleme festzustellen. Die Zahl der TeilnehmerInnen an Seminaren, die sich mit diesen Problemen (Stress, Mobbing, Alkohol am Arbeitsplatz, Arbeitszeitgestaltung, Arbeit auf Abruf, Nacharbeit, Arbeit bei Schwangerschaft, Beilegung von Konflikten), befassen, war im Jahre 2002 erfreulich hoch. Wegen ihrer positiven grossen Wirkung auf die Prävention müssen diese Seminare in den kommenden Jahren in allen Westschweizer Kantonen unter der Leitung der kantonalen Arbeitsinspektorate weitergeführt werden.

Vermeidung des Sozial- und Lohndumpings, insbesondere als Folge der Einführung des freien Personenverkehrs

- Die vom Staatsrat genehmigten Ergebnisse der Kommissionsarbeiten betreffend das Gesetz über die entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden am 9. Januar 2003 anlässlich einer Pressekonferenz vorgestellt. Der Gesetzesentwurf samt Botschaft soll gemäss Planung anlässlich der März-Session 2003 vom Grossen Rat behandelt werden.
- Die kantonale Kommission zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hat ihre auf Prävention und Repression beruhende Politik fortgesetzt. Gewisse Mängel im Vollzug des Dekrets wurden im Oberwallis festgestellt. Diese liegen vor allem in der Schwierigkeit, qualifizierte Inspektoren zu rekrutieren, die diesen Kantonsteil bearbeiten können. Eine Studie, die die Erhöhung der Attraktivität dieser Aufgabe durch Synergien mit anderen Tätigkeiten in der kantonalen Verwaltung zum Ziel hat, ist zur Zeit in Arbeit.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Zusammenarbeitsvertrag mit dem Institut universitaire romand de Santé au Travail; Anwendung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr, einschliesslich Schwarzarbeit und Kontrolle der Chauffeurverordnung (ARV): 150'000 Franken

ENERGIE UND WASSERKRAFT

Entwicklung einer Energiepolitik, die den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht**Sicherstellung des Übergangs zu einem offenen Strommarkt**

- Nach der Ablehnung des eidgenössischen Elektrizitätsmarktgesetzes wurde der Entwurf für ein kantonales Gesetz zurückgestellt. Es ist hingegen wichtig, die Energiepolitik im Bereich der Energieversorgung des Kantons zu verfolgen und allenfalls neu zu definieren.

Die Interessen des Kantons in Sachen Wasserkraft und Hochwasserschutz verteidigen

- Ein Vorentwurf für die Revision des Gesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte sowie ein erster Entwurf des Gesetzes über die Walliser Elektrizitätsgesellschaft wurden im Jahre 2002 erarbeitet. Sie werden im Laufe des Jahres 2003 aktualisiert.
- Der Startschuss für die 2. Phase des Projekts Minverve (System zur Hochwasserbewirtschaftung vom Oberwallis bis zum Genfersee) ist im Oktober 2002 gefallen. Die Elektrizitätsgesellschaften, welche die verschiedenen Staubecken verwalten, sind an den Arbeiten beteiligt.
- Der Beschluss über die Spülungen und Entleerungen, dessen Richtlinie sowie jene über die Sanierung der Wasserläufe wurden vom Staatsrat im Oktober 2002 genehmigt.
- Auf Ebene der Mehrzweckprojekte wird die Schaffung eines Freihaltevolumens im Stausee Mauvoisin zum Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser entlang des Verlaufs der Dranses bis zum Zusammenfluss mit der Rhone in Martinach geprüft.
- Im Rahmen eines Programms Interreg IIIB, das sich mit der Problematik der Ansammlung von Sedimenten in den alpinen Stauseen befasst, sieht ein Projekt die Analyse der möglichen Varianten zur Ableitung des sedimentreichen Wassers unterhalb des Stausees Turtman vor. Die Dauer dieses Projekts beträgt voraussichtlich 3 Jahre.

Förderung einer rationellen Energienutzung und der Nutzung erneuerbarer Energien

- Am 1. Januar 2003 wurden die Gesetzesanforderungen hinsichtlich des Wärmeschutzes von Gebäuden an die neue Norm SIA 380/1 angepasst. Der Entwurf eines kantonalen Energiegesetzes, welches das geltende Gesetz aus dem Jahre 1987 ablösen soll, ist in Bearbeitung.
- Die Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung erneuerbarer Energien wurde im Jahre 2002 fortgesetzt.
 - Der MINERGIE-Standard konnte zwischen 2001 und 2002 ein Wachstum von 40% verzeichnen. Der Markt diversifiziert sich vom Einfamilienhaus zum Bau von Mehrfamilienhäusern. Die Berufsleute zeigen sich zunehmend interessiert. Die MINERGIE-Strategie kann als Erfolg gewertet werden.
 - Für die Durchführung eines Förderungsprogramms für die energetische Gebäudesanierung fehlt es an den nötigen Mitteln. Dieses Programm würde allerdings eine Unterstützung des Baugewerbes ermöglichen.
 - Zur Vorbereitung einer allgemeinen Einführung der Warmwasser-Vorheizung durch Sonnenergie in Wohnhäusern wurde im Herbst 2002 eine Walliser Informationskampagne über die Sonnenergie gestartet. Momentan ist eine Kampagne auf Schweizer Ebene im Gange.
 - Die Massnahmen für eine rationelle Energienutzung in den vom Kanton verwalteten Gebäuden und Installationen werden weitergeführt.
 - Die Grossprojekte für die Nutzung von Holz als Energiequelle werden in einem in Anbetracht der finanziellen Möglichkeiten befriedigenden Rhythmus weitergeführt.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002*Energie*

- Im Voranschlag 2002 wurde kein Betrag für die Realisierung eines neuen Programms zur Förderung der energetischen Sanierung bestehender Gebäude vorgesehen
- Eine globale Beteiligung des Bundes, die höher als im Voranschlag vorgesehen ausgefallen ist, erklärt die Reduktion des Aufwandüberschusses

Wasserkraft

- Die Einnahmen aus der Wasserkraftsteuer sind in der Rechnung 2002 tiefer als im Voranschlag (-3.2%), was weitgehend auf hydrologische Gründe (kleineres Wasservolumen) zurückzuführen ist

GEMEINSAM GESTALTEN UND AUFBAUEN, UM DIE CHANCEN DER KOMMENDEN GENERATIONEN ZU VERBESSERN

ERZIEHUNG, UNTERRICHT UND AUSBILDUNG

Obligatorische Schulzeit

Anpassung des obligatorischen Unterrichts, um den Bedürfnissen und Erwartungen der Schüler, der Eltern und der Gesellschaft besser gerecht zu werden

Verbesserung der schulischen Vorbereitung der Schüler sowohl auf eine Ausbildung durch eine Lehre als auch auf ein Studium

- Verabschiedung der neuen Stundentafeln für die obligatorische Schule durch den Staatsrat, die folgende Neuerungen bringen:
 - Erlernen der 2. Sprache ab der 3. Primarschulklasse;
 - Einführung des Englischunterrichts ab dem 1. Jahr der Orientierungsschule;
 - Verbesserung des Bildungsangebots im 3. Jahr der Orientierungsschule.
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Überarbeitung der Lehrpläne in den Fächern mit einer veränderten und angepassten Dotation.
- Systematische Analyse der Schulabschlussprüfungen auf den Stufen 4. und 6. Primarschule, 2. und 3. Orientierungsschule in den Fächern Französisch und Mathematik.
- Beteiligung an der dreijährig durchgeführten PISA-Studie über die Kenntnisse und Fähigkeiten der Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit.
- Schrittweise Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT).
- Umsetzung des Berichtes RISC (Rolle der kantonalen Schulen) und Ausarbeitung von Vertragsmodellen.

Mittel- und Berufsschulunterricht

Eine bessere Vorbereitung unserer Jugendlichen auf die Anforderungen von morgen durch eine Optimierung des Unterrichts auf der Sekundarstufe und eine Aufwertung der Berufsausbildung (Lehre)

Reorganisation der Diplommittelschulen (Kaufmännische Berufsschulen eingeschlossen)

- Einrichtung eines teilweisen gemeinsamen Unterrichts ("tronc commun") mit der Handelsmittelschule in den fünf Schulorten Brig, Siders, Sitten, Martinach und Monthey.
- Realisierung der ersten Anerkennungsphase auf schweizerischer Ebene.
- Einrichtung von Einstiegsmöglichkeiten, um den Zugang zu den FH zu erleichtern.
- Schrittweise Kantonalisierung der Kaufmännischen Berufsschule der Stadt Sitten.

Anpassung der Unterrichtsorganisation, der Programme und der Stundenpläne der Walliser Kollegien

- Erlangung der schweizerischen Anerkennung der neuen Maturitätsausweise im Sommer 2002 (erste Übergabe im Juni 2003).
- Schrittweise Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in allen höheren Schulen.
- Annahme, durch den Staatsrat, eines neuen einheitlichen Schulplanes für die kantonalen Schulen für die Schuljahre 2002/2003 bis 2004/2005.

Entwicklung sämtlicher Aktivitäten im Zusammenhang mit der Grundausbildung und der Weiterbildung sowie mit der schulischen und beruflichen Orientierung

- Aufwertung der Berufslehre (Passerellen, Lehrstellenbeschluss 2, Marketing, Umfragen).
- Eröffnung einer zweisprachigen Klasse « passerelle pratique », die den Maturabsolventen den direkten Zugang zu den HEVs ermöglicht.
- In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt, der Gemeinde Monthey sowie der Firma CIMO wurde eine Klasse in der Chemiebranche eröffnet.
- Neuer Ausbildungsgang "Designer" mit Berufsmaturität an der ECAV (Walliser Schule für Gestaltung) abgeschlossen.
- Finanzielle Unterstützung der Betriebe (Material für Prüfungen, Einführungskurse ausserhalb des Kantons).
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen durch häufigere Treffen mit den Berufsverbänden.
- Vorarbeiten zur Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes, das 2004 in Kraft tritt.
- KV-Reform umgesetzt

<p>Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Anpassung des obligatorischen Unterrichts, der Optimierung des Mittelschulunterrichts und der Aufwertung des beruflichen Unterrichts</p>

(Aufwandüberschuss 2002 der Verwaltungsrechnung):

- Fr. 331'132'422.-

Tertiäre Ausbildung

Entwicklung und Konsolidierung der tertiären Ausbildungsbereiche und Studiengänge im Kanton sowie der Kompetenzzentren im Interesse der Wirtschaft

Ausweitung des Zugangs der Walliser beider Sprachregionen zu den tertiären Ausbildungsbereichen und Studiengängen aller Ebenen im Kanton und ausserhalb des Kantons

- Konzeptualisierung der Zusammenlegung der sechs bestehenden Bildungsgänge der HEVs auf drei Schwerpunktsbereiche. *(Siehe auch Politikvertrag der HEVs, politisches Ziel 1)*
- Zertifizierung ISO 9001 für alle Standorte und Ausbildungsbereiche HEVs (Schweizer Tourismusfachschiule eingeschlossen).
- Schrittweise Konsolidierung der Pädagogischen Hochschule (PH) mit der Aufnahme eines zweiten Jahrganges (Unterzeichnung des Mietvertrages für die renovierten Räumlichkeiten in Brig – Anschluss an die pädagogische Animation und Weiterbildung der Lehrer der Stufen "Kindergarten und Primarschule" bei der PH).
- Eröffnung der Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS): Anpassung des Gesetzes zur Schaffung der FHW-GS, Schaffung eines Personalstatuts der FHW-GS (Auflösung "en bloc" der Arbeitsbeziehungen des gesamten Personals der Höheren Fachschule für soziale Arbeit (HFS), der Physiotherapieschule Leukerbad (PTSL) sowie der Walliser Schule für Gesundheit und Krankenpflege (WSGKP) und Wiedereinstellung gemäss neuem Statut, Einsetzung des Direktoriums).
- Vorbereitung der Anerkennungsdossiers in den Bereichen Pädagogik, Kunst und Musik.
- Inkrafttreten der Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV).
- Erste Analyse der zweisprachigen Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule.

Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Kantons durch angewandte Forschung sowie durch Technologie- und Wissenstransfer

- Konsolidierung des Sektors R&D und des Technologietransfers in den Schulen des tertiären Bereichs (ungefähr 360 Projekte mit einem Umsatz von über 10 Millionen Franken).

- Integration des Forschungszentrums der STF in die Kompetenzgruppe Wirtschaft, in Siders.
- Verstärkte Integration in die nationalen und internationalen Netze: Verantwortung für die Koordination des neuen nationalen Kompetenznetzes in Sachen Technologie von Materien (MatNet) durch die HEVs.
- Fernfachhochschule Schweiz: Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages mit Steinbeis GmbH, Bereitstellung eines Departements Ra&D, Entwicklung eines Fernstudiums in Zusammenarbeit mit brain-tech GmbH.

Siehe auch Politikvertrag der HEVs, politisches Ziel 2

Dynamisierung des tertiären Hochschulsektors im Wallis

- Die Erarbeitung und die Umsetzung der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über Bildung und Forschung von universitären Hochschulen und Forschungsinstituten in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Forschungsrat.
- Festlegung der Kernpunkte und der strategischen Ausrichtung.

Siehe auch 5. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt "Die Schule von morgen gemeinsam gestalten"

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Konsolidierung der tertiären Studienbereiche und -gänge sowie der Kompetenzzentren (Aufwandüberschuss 2002 der Verwaltungsrechnung)

- Fr. 75'547'145.-

JUGENDPOLITIK

Erarbeitung und Umsetzung einer echten Jugendpolitik unter Mitwirkung der Eltern sowie der öffentlichen und privaten Partner und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Jugend und der Förderung ihrer sozialen Integration

Anwendung des neuen Jugendgesetzes

- Erhebliche Verbesserung des Angebotes für die familienexterne Tagesbetreuung von Kindern ab ihrer Geburt bis Ende der Primarschulzeit und Schaffung von regionalen Vereinigungen für die familienexterne Betreuung bei Tageseltern.
- Abschluss eines Vertrages zwischen dem DEKS und dem Dachverband der Vereine für die familienexterne Tagesbetreuung durch Familien.
- Organisation und Durchführung von kantonalen Jugendprojekten mit Beurteilung und finanzieller Unterstützung.

Entwicklung von Präventionsmassnahmen

- Aus- und Weiterbildung der schulischen Mediatoren sowie Förderung von Mediationsprojekten durch Schüler.
- Organisation und Durchführung von Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops in Sachen Entwicklung und Verhalten von Kindern und jungen Menschen in Zusammenarbeit mit Elternorganisationen und der Schule.
- Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten aus den Bereichen Erziehung, Gesundheit und Soziales, die mit Kindern arbeiten (Sozialpädagogen, Krankenschwestern, Jugendanimatoren, Kindergärtnerinnen, Kleinkindererzieherinnen, Lehrpersonen).

Ausarbeitung von Spezialmassnahmen für Kinder, deren Entwicklung gestört oder gefährdet ist und Koordinierung der Aktivitäten des Frühberatungsdienstes

- Betriebsbewilligung eines Zentrums für das von den Behörden beantragte beaufsichtigte Besuchsrecht sowie einer sozialpädagogischen Familienbegleitung im Oberwallis.

- Eröffnung einer sozialpädagogischen Einrichtung für Kinder zwischen 7 – 15 Jahren sowie die Bedürfnisabklärung und Konzepterarbeitung einer sozialpädagogischen Einrichtung in Gondo/Zwischbergen.
- Koordination der heilpädagogischen Arbeit des kantonalen Amtes für Frühberatung und des Frühberatungsdienstes der heilpädagogischen Schule in Brig-Glis.
- Erarbeitung eines Konzeptes betreffend die Organisation und die Finanzierung der pädagogisch-therapeutischen Leistungen durch Logopäden und Legasthenietherapeuten für Kinder mit schweren Sprachgebrechen.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Jugendpolitik (Aufwandüberschuss 2002 der Verwaltungsrechnung):

- Fr. 15'217'981.-

KULTURPOLITIK

Schaffung eines Image und einer Einstellung, die den Zugang von möglichst vielen Menschen zu den kulturellen Aktivitäten und zum kulturellen Erbe begünstigen und erleichtern, und Beitrag zu deren Entwicklung

Schaffung eines echten Zugangsnetzes zu Wissen, Kultur und Kunst, das jedem Einzelnen den Zugang zum kulturellen Erbe und Schaffen ermöglicht, und Beitrag zur Entwicklung der diesbezüglichen Aktivitäten

- Endfassung und Verbreitung des Projekts "Zusammenlegung der Kantonsmuseen" und "Museumsnetz Wallis".
- Erste Kontakte: 2 gemeldete Partnermuseen (Bagnes und Siders-Salgesch); die Gemeinde St-Maurice ist bereit, das Schloss zurückzunehmen.

Durch die Konservierung, die Aufwertung und das Studium des kulturellen Erbes der Walliser Gesellschaft die Möglichkeit bieten, sich in ihrer Vielfalt und ihren historischen Dimensionen wieder zu finden und auszudrücken

- Erste Etappe der Neugestaltung des kantonalen Kunstmuseums (neuer Rundgang im Viztumschloss) und Beginn einer Studie über den Umbau des ehemaligen Gefängnisses.
- Erarbeitung und Validierung des Vorprojekts zum neuen Park und Museum für Kulturgeschichte auf Valeria und Tourbillon.

Beitrag zur Attraktivität des Wallis durch kulturelle Aktivitäten auf hohem Niveau

- Unterstützungen an die Fondation Gianadda, Festival in Verbier, Musikfestival in Ernen und Festival BD in Siders.
- Verleihung des Kulturpreises und der Förderungspreise durch den Kanton Wallis.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kulturpolitik (Aufwandüberschuss 2002 der Verwaltungsrechnung):

- Fr. 17'706'404.-

SPORTPOLITIK

Schaffung eines günstigen Umfelds für die Entwicklung des Sports in Sachen Wohlbefinden, Stabilität, Erziehung, Gesundheit und öffentliche Infrastrukturen**Förderung der Ausübung von Sport durch junge Menschen**

- Weiterverfolgung des Programmauftrages J+S-2000.
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Sportverbänden und der Stiftung der Walliser Sporthilfe via Internet.
- Studium des Projektes Lehrlingssport und eines innovativen Projektes für den Sport und die Jugend.

Planung der Neuinvestitionen in Sachen Sportanlagen

- Entwurf einer Studie basierend auf dem kantonalen Sportanlagenkonzept (KSAK).

Förderung einer koordinierten Politik für die Organisation grosser Sportveranstaltungen

- Entwurf einer Strategie und einer Förderungsmethodik zur Organisation und Durchführung von sportlichen Grossanlässen.

Ausarbeitung des Entwurfs eines kantonalen Gesetzes über die Unterstützung und Förderung des Sports

- Übergabe und Präsentation eines Konzeptentwurfes an den Staatsrat betreffend die kantonale Sportpolitik.

Finanzielle Auswirkungen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Sportpolitik (Aufwandüberschuss 2002 der Verwaltungsrechnung):
--

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Fr. 712'299.- |
|---|

RAHMENBEDINGUNGEN

Verbesserung der Rahmenbedingungen**Definition eines Konzepts für die Bewertung der Qualität von Ausbildung und Verwaltung sowie dessen Umsetzung**

- Definition einer Gesamtvision und der Aufgaben des DEKS im Zusammenhang mit den Schwerpunkten und den strategischen Ausrichtungen.
- Bereinigung und Aktualisierung aller Elemente des e-DIKS-Systems vom politischen bis zum operativen Niveau (Definition der politischen Ziele, der Leistungsprogramme, der Produkte und Projekte, mit Indikatoren und Prioritäten).
- Realisierung und teilweise Experimentierung eines informatisierten Verwaltungssystems (Datenbank) der kantonalen Schulen mit den Modulen Schüler, Noten, Verwaltung, Lehrer, Statistiken.
- Evaluation der Bedürfnisse der Lehrkräfte in den obligatorischen Schulen, der Sekundarstufe II, allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge, für 2002/2005.
- Einführung des Projekts zur Reform des Statuts der Lehrpersonen der obligatorischen Schulen, der Sekundarstufe II, allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge (ersten Überlegungen).
- Beginn der Studie eines Projekts über die Beziehungen Kanton-Gemeinden und Kanton-Institutionen.
- Auswahl von treffenden Indikatoren aus pädagogischer, statistischer und finanzieller Sicht, die als Führungs- und Verwaltungsinstrumente für unser Schul- und Ausbildungssystem dienen.

Neudurchdenken und Ausweiten der Weiterbildung

- Ernennung einer erweiterten paritätischen Kommission für die Weiterbildung der Lehrkräfte.
- Umsetzung der ersten Massnahmen, wie sie im kantonalen Weiterbildungsgesetz vorgesehen sind.

- Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen in Zusammenarbeit mit der zuständigen kantonalen Kommission.
- Erarbeitung eines gesamtheitlichen Projektes, welches alle Bereiche der kantonalen Aufgaben umfasst.
- Zusammenarbeit mit FS-CH (Fernstudien Schweiz) im Bereich der Fernstudiengänge.

Verstärkung von Kommunikation und Information

- Erarbeitung eines Kommunikations- und Informationsprojekts.
- Definition einer Gesamtvision und der Aufgaben des DEKS im Zusammenhang mit den Schwerpunkten und den strategischen Ausrichtungen.

Sorgfältige Analyse des Bedarfs an Infrastrukturen und Einrichtungen sowie Planung der erforderlichen Bauten

- Verabschiedung von Zwischenlösungen um den unmittelbaren Raumbedürfnissen gerecht zu werden und Fortsetzung der Zukunftsanalyse in Erwartung der definitiven Entscheidungen hinsichtlich des Standorts gewisser kantonalen Schulen.
- Unterbreitung eines Nachtragskreditbegehrens für die Zahlung der ausstehenden Subventionen für Schulgebäude an die Gemeinden.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Die im Zusammenhang mit diesem Ziel stehenden finanziellen Auswirkungen sind in den vorhergehenden sechs Zielen des Departements enthalten

VOLKSWIRTSCHAFT

Verbesserung der Rahmenbedingungen der Walliser Wirtschaft**Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Wallis**

- Im Jahr 2002 wurden die durch das Gesetz über die kantonale Wirtschaftspolitik vorgesehenen Organe zur Stärkung der Rahmenbedingungen der Walliser Wirtschaft geschaffen.
 - Der Technologie- und Wissenstransfer bildet Teil der Aufgaben der dem SECO-VS untergeordneten Regionalantennen;
 - Die Politik der prioritären Bereiche der Wirtschaftsförderung (Clusters) konnte dank der vom Departement im Rahmen des Leistungsauftrags von Cimtec, für das Projekt "Wallis Technologien" gewährten wichtigen Unterstützung intensiviert werden.

Gezielte Ausrichtung der kantonalen Wirtschaftsförderung auf die Aktivitäten mit hoher Wertschöpfung

- Der Direktor des SECO-VS hat sein Amt am 1. Mai 2002 angetreten. Seine Ernennung läutet die Einführung des vom Gesetz vorgesehene Koordinations- und Unterstützungsinstrument des Staatsrates im Bereich der Wirtschaft ein.
- Das Projekt zur Zusammenschliessung der verschiedenen Finanzhilfsinstrumente unter dasselbe Dach (GEWAG AG, Valcréation SA und Bürgschaftsgenossenschaft des Walliser Gewerbes) wurde mit der Bildung des Kompetenzzentrums für Finanzhilfen erreicht. Die Zweckmässigkeit der Weiterverfolgung dieser Annäherung im Sinne einer Fusion zu einer neuen juristischen Person wird im Jahre 2003 geprüft.

Vermehrte Koordination in wirtschaftlichen Belangen

- Die im Gesetz über die Wirtschaftspolitik vorgesehene Schaffung von zwei Regionalantennen ist bald Tatsache: Der Verantwortliche der Unterwalliser Regionalantenne wurde Ende 2002 ernannt; die Ernennung des Verantwortlichen der Oberwalliser Regionalantenne dürfte im ersten Halbjahr 2003 erfolgen.
- Der Aktionsplan für die Wirtschaftsförderung 2002 wurde realisiert.
- Die interkantonale Konzertierung konnte dank des Präsidiums der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweizer Kantone (CDEP-SO, vormals ACCES) durch den Vorsteher des DVIS sowie des neuen Status des Wallis als Vollmitglied des Espace Mittelland verstärkt werden.

Begünstigung des Aufbaus von Infrastrukturen für die wirtschaftliche Entwicklung

- Die sozio-ökonomischen Regionen haben ihre Mehrjahresprogramme für die Periode 2003-2006 erstellt. Diese wurden den verschiedenen involvierten Dienststellen zur Vernehmlassung unterbreitet, die ihrerseits Korrektur- und Änderungsvorschläge eingebracht haben. Die Mehrjahresprogramme wurden anschliessend mit den Regionssekretären besprochen, um sie in Einklang mit den Prioritäten und Zielen des IHG zu bringen; sie werden 2003 dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

• Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit:	Fr. 705'000.-
• Gezielte Wirtschaftsförderungsaktionen:	Fr. 300'000.-
• Verbesserung der Koordination in wirtschaftlichen Belangen:	Fr. 200'000.-
• Begünstigung des Aufbaus von Infrastrukturen für die wirtschaftliche Entwicklung:	Fr. 570'000.-

Führung einer auf einen ausgewogenen Arbeitsmarkt ausgerichteten Beschäftigungspolitik

Verstärkung der Arbeitsmarktpolitik durch Massnahmen zur besseren Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften

- Die Arbeitsmarktbeobachtung Wallis führte ihre Entwicklung fort. Sie nahm verschiedene neue Studien in Angriff, darunter die Studie über die Abwanderung von Kompetenzen oder diejenige über die neu angemeldeten Stellensuchenden. Die ersten Resultate werden 2003 bekannt gegeben.
- Eine Datenbank über Unternehmungen ist in Entwicklung. Als Grundlage dient das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR). Sie wird ständig mit neuen Daten gefüttert.

Konsolidierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verstärkung der Präventionspolitik

- Das kantonale Dispositiv zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwies sich im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit dem Bund als äusserst effizient. In den Jahren 2000 und 2001 erhielt unser Kanton einen Bonus. Ein ähnliches Resultat wird auch für 2002 erwartet. Eine neue Leistungsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen ist für die kommenden drei Jahre unterzeichnet worden.
- Die Personalbestände der regionalen Arbeitsvermittlungszentren sowie die Wiedereingliederungsmassnahmen wurden im Jahre 2002 angepasst, um der stetigen Zunahme der Arbeitslosenzahlen begegnen zu können.
- Es wurde eine umfangreiche Studie lanciert, um das Profil und den Ausbildungsbedarf der neuen Arbeitslosen zu bestimmen und Wiedereingliederungsmassnahmen bereitzustellen, die den von den Unternehmungen geäusserten Bedürfnissen entsprechen.
- Durch die Schaffung der nötigen Strukturen (kantonale Steuergruppe, interinstitutionelle Regionalgruppen) wurden die Grundsteine der interinstitutionellen Zusammenarbeit unter allen Partnern gelegt. Eine bessere gegenseitige Kenntnis soll eine wirksamere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen zu fördern.
- Verschiedene konkrete Lösungen konnten gefunden werden, um die Kombination von saisonalen Erwerbstätigkeiten zu ermöglichen. Im Jahr 2003 sollen diese Aktionen zur Bekämpfung der saisonalen Arbeitslosigkeit intensiviert werden.

Politik für ausländische Arbeitskräfte, die der von einheimischen Arbeitskräften nicht gedeckten Bedarfsentwicklung der Wirtschaft Rechnung trägt

- Infolge verschiedener Interventionen beim Bund konnte die kantonale Autonomie bei der Erteilung der Arbeitsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte aufrechterhalten werden.
- Die Bewilligung zur Rekrutierung der für unsere Wirtschaft nötigen, unqualifizierten Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten konnte nicht erlangt werden.

Anpassung der Walliser Wirtschaftszweige an das nationale und internationale wirtschaftliche Umfeld

Im Bereich Handelspolitik Liberalisierung der reglementierten Aktivitäten gemäss Schweizer und europäischer Gesetzgebung

- In der zweiten Hälfte 2002 wurde ein Gesetzesvorentwurf über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken in die Vernehmlassung geschickt. Die Botschaft sowie der definitive Gesetzesentwurf mit den Resultaten dieser Vernehmlassung werden 2003 dem Grossen Rat unterbreitet.
- Der Bund hinterlegte bei den Kantonen einen Gesetzesentwurf über die Lotterie und Wetten zur Vernehmlassung. Die diesbezüglichen kantonalen Kompetenzen müssen zusammen mit den anderen Kantonen verteidigt werden.

Definition einer Tourismuspolitik unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung

- Die zuständigen Fachstellen des Staates und der Dachverband des Tourismus (Wallis Tourismus) haben ein Projekt im Bereich der kantonalen Tourismuspolitik ausgearbeitet und dem Staatsrat sowie den Verantwortlichen von Wallis Tourismus Ende 2002 unterbreitet. Weitere Treffen sind Anfang 2003 geplant.
- Der grösste Teil der in den Regierungsrichtlinien 2002 – 2005 aufgeführten Massnahmen der Tourismuspolitik wurde realisiert oder entsprechend dem Voranschlag 2002 und dem Finanzplan 2002-2005 entwickelt.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Die Investitionshilfekredite zur Verbesserung der touristischen Beherbergung beliefen sich auf 7.3 Mio. Franken im Jahre 2002. Sie sollten gemäss der Finanzplanung der kommenden vier Jahre auf 20 Mio. Franken steigen.
- Aufrechterhaltung der Tourismusförderung, Unterstützung der Diversifikation und Fortführung der Sensibilisierung: 1'800'000 Franken
- Dynamisierung des touristischen Angebots: 580'000 Franken

INSTITUTIONEN

Angleichung der grundlegenden Rechtsstruktur an die soziale Wirklichkeit

Umgestaltung der Bezirks- und Gemeindeordnung

- Das Gesetz vom 15. November 2001 hat das Kapitel über die Genehmigung von Darlehen des Gesetzes über die Gemeindeordnung abgeändert. Ein Vorentwurf des Gesetzes über die Gemeindeordnung wurde in die Vernehmlassung geschickt und die entsprechenden Lehren wurden gegen Ende des Jahres 2002 daraus gezogen. Der Revisionsentwurf bedingt eine vorgängige Verfassungsänderung. Er sieht konkrete Massnahmen zur Förderung der Gemeindefusionen vor.
- Im März 2000 hat die Debatte über die Zweckmässigkeit einer Änderung der Kapitel der Kantonsverfassung über die Bezirksverwaltung und die Stellung der Regierungsratthalter eine grosse Übereinstimmung gefunden. Der endgültige Bericht der mit der Prüfung der Frage beauftragten ausserparlamentarischen Kommission wurde im November 2002 hinterlegt. Der sich daraus ergebende Vorentwurf wird im Frühjahr 2003 in die Vernehmlassung geschickt.

Siehe auch 6. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt "Reorganisation der Territorialstrukturen des Kantons"

Ermutigung zur Ausübung der Bürgerrechte

- Die Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen geht dem Ende entgegen. Im Laufe des Jahres 2003 wird dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf sowie eine Botschaft unterbreitet.

Fortsetzung der Familienförderungspolitik

- Die thematische Kommission für Institutionen, Familienfragen und auswärtige Angelegenheiten untersucht in Zusammenarbeit mit dem Departement die verschiedenen Bereiche, welche in den Richtlinien erwähnt worden sind. Im Frühling 2003 wird sie die zu behandelnden prioritären Themen festlegen.

Anpassung des kantonalen Prozessrechts an die laufenden Revisionen des Bundes

- Eine ausserparlamentarische Kommission hat den Folgen eines neuen Gesetzes über das Bundesgericht für den Kanton vorgegriffen und einen Vorentwurf über die Änderung des Gesetzes über die Gerichtsbehörden, des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, der Zivilprozessordnung, des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege

sowie des Arbeitsgesetzes ausgearbeitet. Der Vorentwurf wird mit einem ausführlichen Erläuterungsbericht ab Februar 2003 in die Vernehmlassung geschickt.

- Die Reorganisation der Vormundschaftsbehörden wurde im Januar 2002 durch die Verteilung eines Vertragsentwurfs über die Errichtung interkommunaler Vormundschaftsämter gefördert. Der Vertrag wurde anlässlich im Herbst durchgeführter Veranstaltungen in den Bezirken vorgestellt. Zwei Vormundschaftsämter wurden im Jahre 2002 gegründet, mehrere Projekte laufen.

Umstrukturierung der Zivilstandsämter

- Mittels Entscheid vom 23. Mai 2001 und 3. Juli 2002 hat der Staatsrat beschlossen, das Statut der Zivilstandsbeamten zu kantonalisieren und die Ämter von 72 auf 15 zusammenzulegen. Die Umsetzung wird im Laufe der Jahre 2003 und 2004 erfolgen.
- Die Installation und Inbetriebnahme von Infostar (Informatisierung der Familienregister) wird im gleichen Zeitraum stattfinden.

Fortsetzung der fortlaufenden Bodenbewirtschaftung, die eine massvolle und rationelle Nutzung fördert

- Im Rahmen der Umsetzung des Landinformationssystems des Kantons Wallis (LIS-VS) ist im Jahre 2002 ein Kompetenzzentrum Geomatik (KZ Geomatik) geschaffen worden.
- Im Jahre 2002 wurde die Umsetzung eines Monitoring- und Raumbewachungssystems fortgeführt und zwar aufgrund ausgewählter Indikatoren und deren Anwendung am kantonalen Richtplan. Zudem beteiligte sich die Dienststelle an der Plattform Controlling der "Conférence romande des offices cantonaux d'aménagement du territoire et d'urbanisme (CORAT)". Um das Monitoring der Richtplanziele der Kantone sicherzustellen, wirkte die Dienststelle ebenfalls in einer durch das Bundesamt für Raumentwicklung geschaffenen Arbeitsgruppe mit.
- Die "Conférence transfrontalière Mont-Blanc" will ihr Vorgehen in ein Schema der nachhaltigen Entwicklung einbinden. Es hat zum Ziel, die Landschaften zu schützen und die umweltrelevanten, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte unter Miteinbezug der lokalen Bevölkerung zu harmonisieren. Dieses Gemeinschaftsprojekt könnte zu gegebener Zeit seine Ansprüche im Weltkulturerbe der UNESCO anmelden. Die Anmeldung dieses Projektes beim Interreg III-Programm ist im Gange.
- Zur längerfristigen Festigung und Weiterführung ihrer Bestrebungen prüft die "Conférence transfrontalière Mont-Blanc" die Möglichkeit, sich einen rechtlichen Status zu geben.

SICHERHEIT

Vorbeugung und Repression von Kriminalität und Verstössen gegen die öffentliche Ordnung

Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch Prävention und eine gezielte und aktualisierte Repression

- Der Bestand des Polizeikorps konnte im Jahre 2002 nicht erhöht werden: Im Jahr 2001 war die Zahl der Abgänge und frühzeitigen Versetzungen in den Ruhestand grösser, als die Zahl der am 1. Januar 2002 zu Gendarmen ernannten Aspiranten.
- Der Qualität der Ausbildung des Polizeikorps wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt (Grund- und Weiterbildung).
- Bei verschiedenen Kampagnen in Sachen Prävention, Ausbildung und Datensammlung wurde die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll zur Bekämpfung der Grosskriminalität im interkantonalen, nationalen und internationalen Bereich verstärkt.
- Im Bereich der Internet-Kriminalität (Pornographie, Pädophilie, Internet-Gewerbe, usw.) wurde die gerichtliche Polizei im Rahmen der Aktion "Genesis" - eine komplexe, mehrere Länder und auch Schweizer Kantone betreffende Untersuchung – besonders beansprucht.

Fortsetzung der Modernisierung der Strafanstalten

- Im Jahr 2002 bestand die Modernisierung der Strafanstalten hauptsächlich in der Erarbeitung eines erzieherischen und architektonischen Konzeptes, welches die Aufnahme von minderjährigen Straftätern in Pramont ermöglichen wird. Zum Abschluss dieser Arbeiten wurde beim Bundesamt für Justiz in Bern ein Antrag zur Anerkennung des Konzeptes hinterlegt. Ein Entscheid wird im Frühjahr 2003 erwartet.
- Mit den Verantwortlichen des offenen Strafvollzugs und des Unterwalliser Psychiatriezentrums wurden die Abklärungen zur Verbesserung der sozio-therapeutischen Betreuung der Häftlinge weitergeführt.
- Die aktive und passive Sicherheit der Anstalten wurde durch ein neues Evakuierungssystem im Falle einer Feuersbrunst in Pramont und in Crêtelongue weiter verstärkt.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- | | |
|---|---------------|
| • Beibehaltung eines Polizeikorps, das in der Lage ist, seinen Auftrag zu erfüllen:
- Zusammenarbeit mit spezialisierten Instituten (DNA-Analysen) | Fr. 109'838.- |
| • Schaffung einer Struktur für die Inhaftierung von Minderjährigen in Pramont:
- Erarbeitung eines erzieherischen und architektonischen Konzeptes | Fr. 16'915.- |

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und Wahrung ihrer Existenzgrundlagen

Die beiden grossen Reformprojekte "Armee XXI" und "Bevölkerungsschutz" wurden von Bundesrat und Parlament verabschiedet. Unter Vorbehalt eines negativen Volksentscheids dürften sie am 1. Januar 2004 in Kraft treten. Diese Reformen haben direkte Auswirkungen für unseren Kanton.

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und Wahrung ihrer Existenzgrundlagen durch zivile Mittel (Feuerwehr/Zivilschutz)

- Eine Harmonisierung der Organisation der zivilen Einsatzkräfte wird durch die Umsetzung der Phase III des Konzeptes "Feuerwehr 2000 plus VS" (Zusammenarbeit oder Fusion der Feuerwehrcorps) sowie mit dem Projekt "Bevölkerungsschutz" erreicht.
- Im Jahr 2002 wurde die Grossübung "Kombo" mit Einbezug von 18 verschiedenen Einsatzorganisationen durchgeführt. Gegen vierzig Übungen wurden durchgeführt, an denen sich verschiedene Einsatzpartner beteiligten. Dank dieser grossangelegten Übungen kann die Koordination und die Zusammenarbeit zwischen den Einsatzkräften verbessert werden.
- Eine erste Verstärkung der Sektion Organisation, Planung und Vorbeugung in Katastrophenfällen wird Anfang 2003 realisiert.

Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bevölkerung und ihrer Existenzgrundlagen im Krisen- und im Katastrophenfall durch den Beitrag zur Bereitstellung militärischer Mittel

- Die Entscheide zur militärischen kantonalen Infrastruktur (Regionalisierung der Zeughäuser und Bezeichnung der Einheiten, welche künftig die Kaserne benutzen) wurden getroffen. Diese werden im Laufe des Jahres 2003 umgesetzt.
- Das kantonale Zeughaus von Sitten wurde zu einem eidgenössisch Zeughaus. Das Personal behält allerdings ein kantonales Statut. Die vorgesehene Reduktion der Arbeitsplätze kann durch die natürliche Fluktuation erreicht werden.
- Die Anzahl Übernachtungen in der Kaserne von Sitten wird keine finanziellen Auswirkungen für den Kanton haben, da die Grundlagen für die Abgeltungen des Bundes geändert wurden.

Siehe auch Politikkontrakt der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- | | |
|--|---------------|
| • Förderung gemeinsamer Übungen, Übung "Kombo" | Fr. 35'000.- |
| • Feuerwehr: Ersteinsatzfahrzeuge | Fr. 720'000.- |
| • Feuerwehr: Ausbildung | Fr. 700'000.- |
| • Zivilschutz: Ausbildung der regionalen Detachements | Fr. 85'000.- |
| • Armee XXI: Vorbereitung der neuen Rekrutierung, Entlassungen | Fr. 20'000.- |

NATÜRLICHE UND BEBAUTE UMWELT

Den Schutz von Gütern und Personen gegen Naturgefahren verstärken**Fortführen der Realisierung der Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren (Lawinen, Steinschläge, Geländeerutschungen und Murgänge) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Forschungsinstituten**

- 25 Lawinengefahrenkarten und 30 Bodeninstabilitätskarten wurden im Jahre 2002 ausgearbeitet. Die Übertragung der Lawinengefahrenkarten auf ein geographisches Informationssystem wurde realisiert.
- Alarmsysteme wurden in Zermatt und in der Grafschaft installiert. In Saas-Fee, Leukerbad und Wiler wurden Lawinenauslöseanlagen (Gas-Ex) eingerichtet. Die 21 lokalen Sicherheitsorganisationen wurden beibehalten.
- In folgenden Bereichen wurden Forschungsarbeiten durchgeführt: Stabilität von Permafrost und Moränen, Ausarbeitung von indikativen Karten von gefährlichen Gletschern.
- Das Jahresprogramm im Bereich Bau und Unterhalt von Werken wurde ausgeführt. Hinzu kam das Projekt Medje in St. Niklaus. Über den gesamten Kanton waren Ende 2002 110 Verbauungsprojekte in Ausführung.

Inangriffnahme der 3. Rhonekorrektur, um die Sicherheit von Personen und Gütern vor den Hochwassern der Rhone unter den Rahmenbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten

- Mittels Entscheid vom 27.11.2002 hat der Staatsrat die Struktur des Projektes Rhone gutgeheissen. In dieser Struktur werden die 5 Departemente und 11 Dienststellen sowie die aussenstehenden Partner (Gemeinden, Verbände, usw.) in Form einer Partnerschaft integriert. Diese Partnerschaft bezieht sich auf die dreifachen Ziele des Projektes: Sicherheit, Umwelt, Soziales und Wirtschaft.
- Das Projektteam wurde durch die Anstellung von 8 neuen Mitarbeitern, die ihre Tätigkeit am 1. November 2002 aufnahmen, ergänzt. (Siehe auch 7. Reform- und Restrukturierungsschwerpunkt "Die grossen Projekte evolutiv verwalten")
- Die erste Etappe des Richtplans, also die Definierung der Varianten, wurde im Jahre 2002 verwirklicht.
- In der Dezembersession 2002 hat der Grosse Rat Beschlüsse betreffend folgende Geschäfte gefasst:
 - Erwerb von Grundstücken, die für die Realisierung der dritten Rhonekorrektur nützlich sein könnten (Erwerb auf gutlichem Wege von Boden, der direkt für das Projekt oder zum Bodenaustausch bestimmt ist; Verpflichtungskredit = 9 Millionen).
 - Instandstellung der durch das Hochwasser im Oktober 2000 beschädigten Rhoneufer, hauptsächlich auf den Gemeinden von Riddes, St-Maurice, Vouvry und Port-Valais (Verpflichtungskredit = 12 Millionen).
 Die entsprechenden öffentlichen Auflagen und die Arbeitsausschreibungen wurden Ende 2002 teilweise realisiert.
- Die Information und Sensibilisierung im Hinblick auf die Zustimmung zu den Zielen und Ausbauten des Projektes wurden im Jahre 2002 mittels Veröffentlichung von Artikeln und der Nr. 2 und 3 von « rhone.vs », das Informationsblatt über die dritte Rhonekorrektur, sowie durch Interventionen in den regionalen Medien des Radios und Fernsehens fortgesetzt.
- Der Notfallplan bildete Gegenstand von Verbesserungen. Die neuen Verfahren sind in Kraft getreten.
- Die neue Empfehlung in Sachen Rhoneunterhalt wurde abgeschlossen.

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 3

Schutz von Personen und Gütern vor den Hochwassern von Nebenflüssen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden

- Angesichts einer allgemeinen besorgniserregenden Situation der Wasserläufe des Kantons wurden die Gemeinden im Jahre 2002 auf folgenden Gebieten weiterhin ermutigt und unterstützt:
 - Erstellung von "Hochwasser-Gefahrenkarten" ebenfalls mit dem Ziel einer Übertragung in die Zonennutzungspläne.
 - Unterhalt der Wasserläufe gemäss festgelegter kantonalen Planung.
 - Realisierung der Hochwasserschutzprojekte (prioritäre Massnahmen, Ausbau- und Renaturierungsarbeiten) unter Berücksichtigung der kantonalen Planung.
- Die allgemeinen Studien wurden auf dem Gebiet der Gefahrengrundlagen fortgesetzt:
 - Eine bedeutende Studie, genannt Minerve, begann im Jahre 2002 mit dem Ziel, ein Hilfsmittel für die Hochwasservoraussage und als Entscheidungshilfe in Krisenfällen zu schaffen.
 - Die Analyse der bei Meteo-Alarm vorherrschenden Bedingungen wurde im Rahmen des Beitrags zur Beschlussfassung der Krisenzelle CERISE verfeinert.
 - Die Studien auf dem Gebiet der Murgänge, der Geschiebeführung oder der kontrollierten Überläufe haben bedeutende Zwischenergebnisse für die Hochwassergefahrenbewirtschaftung geliefert.
 - Das neue Wasserbaugesetz steht in Bearbeitung. Es wird dem Parlament im Jahre 2003 unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

• Rhonekorrektur (Bruttoinvestitionen):	Fr. 2'955'000.-
• Seitenbäche, Arbeiten und Studien (gewährte Subventionen):	Fr. 2'625'000.-
• Verbauungsprojekte:	Fr. 5'100'000.-

Erhaltung und gegebenenfalls Verbesserung der Umweltqualität im weiteren Sinne

Definition von Präventivmassnahmen und Sanierungsprogrammen für die natürlichen Ressourcen (Wasser, Luft, Boden...) in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und unter Förderung freiwilliger Massnahmen

- Die erste Version des kantonalen Plans für die Abfallbewirtschaftung stammt aus dem Jahre 1995. Im Jahre 2003 werden gewisse Aktionen und Prioritäten unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel neu definiert.
- Das erste Inventar der belasteten Standorte ist als Privatmandat in Auftrag gegeben worden und wird im Jahre 2003 verfügbar sein. Die ortsfesten Anlagen für die Mobiltelefonie (Anlagen mit nicht ionisierender Strahlung) wurden von den betroffenen Anbietern erfasst.
- Die Umsetzung des Aktionsplans für die Wasserbewirtschaftung "CIPEL" wird mit dem Bau der letzten Kläranlagen und der ständigen Verbesserung der Entwässerungsnetze fortgeführt. 115 Gemeinden, die 90% der Bevölkerung des Kantons entsprechen, haben die nötigen Schritte unternommen, um die « Generellen Entwässerungspläne" (GEP) zu realisieren.
- Die Erfassung der Grundwasservorräte ist im Gange, in Zusammenarbeit mit dem CREALP.
- Der auf EDV verfügbare Strassenlärm-Kataster wurde in Juni 2002 vollendet. Er wurde den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die Sanierungspläne werden in einer Arbeitsgruppe definiert, die sich im Aufbau befindet.
- Anfangs 2002 waren im ganzen Kanton 125 Anlagen (Steinbrüche und Kieswerke) in Betrieb. Davon verfügten 88 über eine Baubewilligung oder befanden sich im Legalisierungsverfahren. Es ist vorgesehen, zwischen 2003 und 2004, 6 Anlagen zu schliessen.
- Der Schlussbericht bezüglich der Aktivitäten des Luft-Forums wurde im Mai 2002 vollendet. Er bildet die Grundlage für die Bestimmung der künftigen Aktivitäten eines abgeänderten Forums.

Schutz, Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes

- Im Bereich der Vorbeugung gegen Waldschäden können folgende Punkte hervorgehoben werden:
 - Im Jahr 2002 sind keine grösseren Waldbrände zu verzeichnen.
 - Zwei Projekte zur Waldbrandbekämpfung wurden in Lens und Visperterminen abgeschlossen.
 - Das Forschungsprogramm über das Föhrensterben wurde in Zusammenarbeit mit der WSL fortgeführt.
 - Die Studien über die regionalen Waldpläne im Goms, in Orsières und Bagnes wurden 2002 weitergeführt.
 - Die Wald-Wildkonzepte in Anniviers und linke Talseite des Mittelwallis wurden abgeschlossen. Ein neues Konzept wurde im Gebiet Saas- und Mattertal in Angriff genommen.
 - 23 Waldkataster im Bereich der Bauzone wurden vom Staatsrat homologiert.
- Zahlreiche phytosanitäre Eingriffe wurden hinsichtlich der Ausbesserung ausserordentlicher Waldschäden realisiert, vor allem in den Regionen Chablais und Entremont, die vom Sturm Lothar 1999 heimgesucht wurden und in den Föhrenwäldern des Zentralwallis.
- Im Bereich der Waldbewirtschaftung können folgende Punkte hervorgehoben werden:
 - Das Arbeitsvolumen in den Walliser Wäldern ist im Jahr 2002 um ca. 30 % gestiegen.
 - 178 Waldbauprojekte wurden realisiert.
 - 4 Forstwerkhöfe wurden eingeweiht (Chermignon, Siders, Ried-Brig und Simplon-Dorf).
 - Die Förderung der Verwendung von einheimischem Holz, um die Rentabilität von Forstbetrieben zu verbessern, wurde an die CAFOR (Vereinigung der Regionalen Waldwirtschaftsverbände des Kantons Wallis) delegiert.
 - 32 von der CAFOR durchgeführte Wiederholungskurse für das Forstpersonal (18 im Oberwallis und 14 im Unterwallis) wurden subventioniert.

Schutz und Aufwertung von Natur, Landschaft und Standorten

- Im Bereich der Erhaltung und Entwicklung der biologischen und landschaftlichen Vielfalt wurde namentlich Folgendes unternommen:
 - Es fanden zahlreiche Sitzungen statt, vor allem für die Gründung der Parks von Pfyn, Muverans und Maya-Mont Noble.
 - Subventionen wurden für das UNESCO-Gebiet Jungfrau – Aletsch – Bitschhorn, für Pfyn und Bagnes überwiesen.
 - Zahlreiche Bewirtschaftungsverträge wurden unterzeichnet (gegenwärtig sind 388 Verträge für eine Fläche von 977 ha in Kraft).

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

▪ Schutz und Aufwertung von Natur und Landschaft:	Fr. 1'800'000.-
▪ Schutz, Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes:	Fr. 3'870'000.-
▪ Verhinderung und Behebung ausserordentlicher Waldschäden:	Fr. 800'000.-
▪ Beiträge an die Gemeinden für die Erstellung von ARA und KVA:	Fr. 800'000.-

Schutz des Verbrauchers und der Umwelt vor gefährlichen Substanzen

Schutz des Verbrauchers vor Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen, die seine Gesundheit gefährden können, und vor Betrug

- Die Lebensmittelkontrolle mit dem Ziel der maximalen Verminderung der Verunreinigungsgefahr und Nahrungsmittelvergiftung ist sowohl im Hinblick auf Produktionsniveau, Restauration als auch auf Verteilung im kleinen und grossen Rahmen eine langwierige Arbeit. Das Inspektorat und sein dezentralisiertes System strebt die Garantie einer maximalen Einheitlichkeit der Kontrollen im Kanton an.
 - Zur Optimierung der Kontrollen von Lebensmittelbetrieben wurde ein allgemeines Beurteilungssystem der Lebensmittelsicherheit ausgearbeitet. Die Beurteilung des

- Sicherheitsniveaus der wichtigsten Punkte erlaubt eine objektive Qualitätseinschätzung der Betriebe.
- Die Überwachung grosser Verteilernetze, aus denen der grösste Teil der konsumierten Lebensmittel stammen, wird sowohl im Hinblick auf Hygiene als auch durch Analysenkampagnen mit gezielten Themen aktiv fortgeführt.
- Es wird immer mehr Gewicht auf die Selbstkontrolle (Qualitätssicherung) aller Betriebe gelegt.
- Im Jahr 2002 wurde ein Halbtagsposten für einen Wasserinspektor geschaffen, der in erster Linie die Aufgabe hat, sich im Falle von Problemen sofort mit den Gemeinden in Verbindung zu setzen, das Wassernetz am Wasserhahn zu kontrollieren und die notwendigen Verbesserungen zu verlangen.
- Die ersten Analyseergebnisse in Bezug auf die Authentizität der Lebensmittel sind viel versprechend. Im Wallis ist die Bildung eines entsprechenden Kompetenzzentrums auf dem besten Wege.

Kontrolle des Marktes für Giftstoffe und gefährliche Substanzen mit dem Ziel, den Menschen und die Umwelt zu schützen

- Die Kontrolle der Bäderbetriebe wird weiterhin bezüglich der mikrobiologischen Wasserqualität und der Hygiene vorgenommen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Sicherheit der Einrichtungen und den Desinfektionssystemen gewidmet. Bei Erneuerungen der Betriebsgenehmigungen werden Expertenkontrollen verlangt.
- Die Marktüberwachung der Gifte und umweltgefährdenden Substanzen wurde durch normale Inspektionen sowie Ausgabe verschiedener Genehmigungen, Giftbücher und Giftscheine fortgeführt.

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

• Konsumentenschutz (Lebensmittel, Gifte, Schwimmbäder, Umwelt)	
- Inspektion:	Fr. 800'000.-
- Analyse:	Fr. 1'000'000.-
- Kompetenzpool Authentizität:	Fr. 50'000.-

BAU

Verbesserung und Sicherheit des Strassennetzes

Bau, Nutzung, Erhaltung und Anpassung der Autobahn A9 + Simplon

- Der Bau der A9 von Siders bis Brig geht mit einem Bundessubventionsansatz von 96% weiter. Die Verzögerung gegenüber der sechsten ASTRA-Planung beträgt weniger als ein Jahr. Die vom Bund angekündigten Sparmassnahmen lassen allerdings deutliche Verzögerungen im Bauprogramm befürchten, mit einem Abschluss im Jahre 2015 oder später. Im April 2002 hat der Staatsrat den Abschnitt Visp-West – Visp-Ost genehmigt. Im Oktober 2002 wurde der Abschnitt Visp Ost – Brig eröffnet.
- Die Betriebskosten der A9 + Simplon, unter Berücksichtigung des durch das ASTRA eingeführten Programms "Benchmarking", liegen unter dem schweizerischen Durchschnitt. Durch die Betriebsaufnahme des Werkhofes Brig wurden 4 neuen Stellen geschaffen.
- Die Umsetzung des Programms ISVUK (Staatsindex/Sicherheit/Verkehr/Umwelt/Gesamtkosten) für die A9 ist im Jahre 2002 effektiv und hat die Erhaltung des Weiterbestandes des Erbgutes durch einen geplanten und sinnvollen Unterhalt der Bauwerke zum Ziel. In Vorbereitung für den Simplon ist die Einführung dieses Programms im Jahre 2003 vorgesehen.
- Die Autobahn-Infrastruktur wird dem Bedarf angepasst; in diesem Rahmen bilden gegenwärtig die Querverbindungen von Hérens-Platta und Sitten-West Gegenstand von Detailstudien.

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 1

Ergänzung, Verbesserung und Unterhalt des kantonalen Strassennetzes

- Die Ausbauarbeiten des kantonalen Strassennetzes (schweizerische Hauptstrassen und Kantonsstrassen) wurden im Jahre 2002 durch folgende Punkte charakterisiert:
 - Eröffnung der Umfahungsstrecke von St. Niklaus (H213).
 - Fortsetzung der Arbeiten an der Umfahrung von Monthey (H21mo).
 - Arbeiten zur Verstärkung der Strasse des Grossen St. Bernhard (H21).
 - Beginn der Vorbereitungsarbeiten zum Bau des Tunnels Stägjitschugge (H213) und für die Galerie von Lavanchy (H21).
 - Abschluss der Arbeiten an der Galerie von Loverèche (RC40), der Schintigalerie (H509) und der Stockgalerie (H509).
 - Ausschreibung der Strasse St-Gingolph – Le Bouveret – Villeneuve (H21bo – H144) und die Aufnahme der Detailstudien für die Umfahrung von Liddes (H21).
- Die Schritte zur Klassierung von neuen Teilstücken in das schweizerische Hauptstrassennetz gingen im Jahre 2002 weiter. Die Behandlung des formellen Gesuchs für 5 Teilstrecken des Walliser Strassennetzes läuft über das Bundesamt für Strassen, das beauftragt ist gleichzeitig sämtliche Gesuche aller Kantone dem Bundesrat zu unterbreiten.
- Die auf den Teilstücken von Goppisberg – Greich und Niedergampel – Bratsch laufenden Arbeiten bilden Gegenstand der Vollendung für die Erschliessung des Territoriums, bzw. die Verbesserung der Verbindungen.
- Die Anpassungen und örtlichen Ausbesserungen 2002 des kantonalen Strassennetzes bestanden hauptsächlich im Bau von Kreiseln und Sicherheitsbauten sowie Sanierungen und Wiederinstandstellungen des Fahrhahnoberbaus und Kunstbauten. Diese Arbeiten dienen dem Sicherheits-, Sanierungs-, Unterhalts- und Erhaltungszweck des Strassenerbgutes sowie den punktuellen Anpassungen an die neuen Anforderungen des Verkehrs.
- Örtlich wurden die Belagserneuerungen, gestützt auf das ASTRA-Inventar vorgenommen um gleichzeitig in Anwendung der LSV den Lärm zu senken.
- Der Winterdienst stellt einen bedeutenden Teil der laufenden Unterhaltskosten des Strassennetzes dar.
- Die Tätigkeit der Klassierung der öffentlichen Wege war hauptsächlich durch die Vorbereitung von Deklassierungsdossiers eines Teils der kantonalen Wege gekennzeichnet.

Siehe auch Politikvertrag der Dienststelle für Strassen- und Flussbau, politisches Ziel 2

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

▪ Nationalstrassen (Bruttoinvestition):	Fr. 136'676'000.-
▪ Kantonsstrassen (Bruttoinvestition):	Fr. 66'549'000.-
▪ Unterhalt Nationalstrassen (Betriebskosten ohne Löhne):	Fr. 3'821'000.-
▪ Unterhalt Kantonsstrassen (Betriebskosten ohne Löhne):	Fr. 36'389'000.-

Anpassung und Sicherstellung des Unterhalts der Bausubstanz

Ausführung neuer Bauten gemäss Vierjahresplan und Beschlüssen des Grossen Rates unter Einhaltung der Fristen, der Kreditzusagen und der Grundsätze technischer und wirtschaftlicher Zweckmässigkeit

- Inbetriebnahme der neuen Flächen des Gebäudes F der HEVs in Sitten bis 1. September 2002.
- Teilweise Inbetriebnahme des HEVs-Gebäudes in Siders am 1. Januar 2003, Vollständige Inbetriebnahme am 1. Juli 2004.
- Verzögerte Inbetriebnahme der Gebäude der Alten Sparkasse und Mutua (Sitten): zusätzlicher Objektkredit beantragt.
- Inbetriebnahme des Werkhofs von Gamsen im Herbst 2002.

Unterhalt des Immobilienparks des Staates um die Verminderung des Nutzwertes und des wirtschaftlichen Wertes zu begrenzen

- Verminderung des Gesamtwertes der Gebäude des Staates Wallis auf 0,9% für das Jahr 2002 begrenzt.

Siehe auch Politikkontrakt der Dienststelle für Hochbau, politisches Ziel 1

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Baurealisierung (siehe Politikkontrakt Leistungs- und Finanzierungsprogramme 12 - netto) Fr. 19'074'243.-
- Unterhalt - Betrieb (siehe Politikkontrakt Leistungs- und Finanzierungsprogramme 13 - netto) Fr. 6'964'351.-

TRANSPORT

Koordinierung und Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel

Verbesserung der Verbindungen nach aussen

- Für den Personenbahnhof Visp konnten sich die Parteien im Jahre 2002 auf ein Finanzierungskonzept einigen. Die öffentliche Planaufgabe ist für den Sommer 2003 vorgesehen.
- Der Staatsrat nahm am 15. Mai 2002 zum öffentlich aufgelegten Projekt "3. Gleis Raron –Visp" (mit Lärmsanierung) Stellung.
- Der Durchstich des Tunnels von Varen erfolgte am 19. Juli 2002 und am 21. November 2002 derjenige von Leuk. Die Tiefbauarbeiten in beiden Tunnels dauern noch bis in den Sommer 2003 an.
- Eine Arbeitsgruppe (SBB, BAV, Kanton) wurde zur Analyse der verschiedenen Varianten für den Autoverlad am Simplon gebildet.
- Die Förderung und Sensibilisierung für das Tunnelprojekt Martigny – Aosta – Santhia wurde in Partnerschaft mit Aosta weitergeführt.

Die Qualität des öffentlichen Verkehrs sicherstellen und die Integration in die Entwicklung

- Mehrere neue Erschließungskonzepte wurden weiterentwickelt und optimiert:
 - Buslinien Riddes – Mayens de Riddes – Iséables in Koordination mit der Luftseilbahn
 - Buslinien Val d'Hérens
 - Buslinien im Norden von Sitten
 - Erschliessung zwischen Sitten und Sidiers infolge der Wiedereröffnung des Bahnhofs in St. Leonard ab 2003
 - Neue Busverbindung Bex - Monthey
- Mehrere neue Infrastrukturelemente im Bereich des Regionalverkehrs sind geplant worden:
 - Sanierung der Niveauübergänge und Automatisierung der Linie St. Maurice – St. Gingolph
 - Neues Erscheinungsbild der SBB Bahnhöfe (RV05) zwischen Sitten und Monthey
 - Harmonisierung, Standardisierung und Verbesserung der Sicherheit in den verschiedenen Regionalbahnhöfen

Finanzielle Auswirkungen für das Jahr 2002

- Betriebsausgaben, netto: Fr. 9'800'000.-
- Investitionsausgaben, netto: Fr. 4'200'000.-

REFORM- UND RESTRUKTURIERUNGSSCHWERPUNKTE

1. Einführen eines Instruments zur Führung des Staates und seiner Verwaltung (e-DIKS) und Neuausrichtung der staatlichen Tätigkeiten

Verbesserung der politischen, strategischen und operationellen Führung des Staates durch die Einführung eines Informationsmanagementsystems, das eine bessere Übersicht und eine erhöhte Transparenz der vom Kanton erbrachten Leistungen sowie eine Neuausrichtung der staatlichen Tätigkeiten ermöglicht.

- Von insgesamt rund 45 Dienststellen:
 - haben 17 ihre politischen Ziele, Leistungs- und Finanzierungsprogramme und Produkte identifiziert
 - haben 8 ihre politischen Ziele und Leistungsprogramme definiert
 - haben 8 ihre politischen Ziele, Leistungs- und Finanzierungsprogramme und Produkte identifiziert, ohne sie zu beschreiben
- Bis Ende 2003 werden sämtliche Dienststelle des Staates Wallis ihre Aktivitäten auf politischer, strategischer und operationeller Ebene identifiziert, strukturiert und definiert und präzise Ziele und Prioritäten festgelegt haben.
- Das Informatikwerkzeug e-DIKS, dessen Entwicklung momentan läuft, wird es ab dem ersten Halbjahr 2004 ermöglichen, die Verwaltungsinformationen systematischer zu nutzen. Die Neuausrichtung der Aktivitäten wird erleichtert und beschleunigt.

2. Sämtliche kantonalen Subventionen überprüfen

Die vom Staat gewährten Subventionen systematisch unter dem Blickpunkt der Zweckmässigkeit, der Wirksamkeit und der Effizienz überprüfen, sie auf die prioritären Projekte konzentrieren und neue Subventionsarten suchen.

Artikel 18 des Subventionsgesetzes vom 13. November 1995 hält fest, dass der Staatsrat periodisch und nach Priorität die Evaluation der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit, der Effektivität und Effizienz der Subventionen anordnet. Die Resultate dieser Evaluationen (Bericht über die Subventionen) werden dem Grossen Rat spätestens alle vier Jahre unterbreitet.

- In Anwendung der Bestimmungen und der festgelegten Ziele bei den Reformschwerpunkten ist die Finanzverwaltung durch den Staatsrat beauftragt worden, für das Finanzinspektorat ein Evaluationsmandat zu erarbeiten. Die Finanzverwaltung hat ein erstes Arbeitspapier erarbeitet und die Kriterien der Notwendigkeit, der Zweckmässigkeit, der Effektivität und der Effizienz sowie Vorschläge zur Prioritätenliste der Evaluation der Subventionen definiert. Verschiedene Punkte des Mandats bleiben noch zu prüfen bevor diese Vorschläge im Verlauf des ersten Quartals 2003 dem Staatsrat vorgelegt werden.
- Sektoruell hat eine Arbeitsgruppe ein neues Projekt für Normen und Richtlinien zur Subventionierung von Schulhausgebäuden der obligatorischen Schulen erarbeitet. Dieses Projekt wird Anfang 2003 dem Staatsrat vorgelegt und sieht namentlich die Ausweitung der Subventionen im Bereich der Standardkosten vor.

3. Revision des interkommunalen Finanzausgleichs

Das System des interkommunalen Finanzausgleichs eingehend überprüfen.

- Um den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen zu entsprechen und um die in diesem Bereich ausgemachten Unzulänglichkeiten zu korrigieren, hat der Staatsrat am 24. April 2002 die Schaffung einer Kommission beschlossen, die mit der Revision des interkommunalen Finanzausgleichs beauftragt wurde. Diese Kommission, welche von Herrn Edouard Delalay, alt Ständerat, präsidiert wird, sowie die Unterkommissionen haben sich bereits zu mehreren Sitzungen getroffen.

- Die Arbeiten werden fortgesetzt und sollten im Verlauf des Jahres 2003 zu konkreten Resultaten und Vorschlägen führen.

4. Das Steuersystem anpassen

Das Walliser Steuersystem harmonisieren und effizienter gestalten und gewisse Steuern, Gebühren und Abgaben an die aktuellen Bedingungen anpassen.

Die Arbeiten in diesem Bereich umfassten insbesondere:

- Informatisierung und vereinfachtes Ausfüllen der Steuererklärungen
 - Das unentgeltliche Angebot eines Programms zum Ausfüllen der Steuererklärungen für natürliche Personen wird geprüft. Eine Anzahl von Programmen wurde getestet. Ein Pflichtenheft ist ebenfalls in Bearbeitung. Das Programm wird von der Internetseite des Staates Wallis heruntergeladen oder als CD den Steuerpflichtigen zugestellt werden können. Andere innovative Lösungen werden ebenfalls geprüft, so die elektronische Erfassung der Steuererklärungen mit Scanner oder die Möglichkeit, die Steuererklärungen über Internet "online" auszufüllen.
 - Eine vom DFLA ernannte Ad-hoc-Kommission, bestehend aus Vertretern von Gemeinden, Treuhändern und der kantonalen Steuerverwaltung, wurde beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, um die Veranlagungsarbeiten zu vereinfachen.
- Gewisse Steuern und Gebühren revidieren und anpassen
 - Im Jahre 2003 wird die Anpassung der Steuerwerte für Gebäude, nichtlandwirtschaftlichen Boden und industrielle Anlagen vorbereitet.
 - Während des ersten Halbjahres 2003 wird dem Grossen Rat ein neues Gesetz vorgelegt, um das dringliche Dekret vom 13. November 1998 über die Motorfahrzeugsteuer zu ersetzen.
- Anpassung der Tarife und Gebühren zur Kostendeckung
 - Mit Entscheid vom 13. Juni 2002 hat der Staatsrat die kantonale Steuerverwaltung ermächtigt, für die Kosten der Veranlagung und den Bezug der Grundstückgewinnsteuer sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuern eine Entschädigung von 8 % zu erheben.

5. Die Schule von morgen gemeinsam gestalten

Die Möglichkeiten zur Optimierung der Strukturen, der Organisation und der Funktionsweise des kantonalen Schulsystems analysieren.

Die Analysen zur Optimierung der Strukturen in der Organisation und Funktion des Schulsystems und des Departements für Erziehung, Kultur und Sport sind unternommen worden. Die konkrete Umsetzung einer bestimmten Anzahl von Projekten zur Verbesserung der Qualität und der Transparenz sowie zur Erleichterung der Entscheidungsfindung wird Gesetzesrevisionen bedingen. Es ist noch verfrüht, hierzu die finanziellen Auswirkungen abzuschätzen.

Folgender Umsetzungszeitplan wurde ausgearbeitet:

- Straffung der Programme und Anpassung der Studententafel der obligatorischen Schulzeit:
 - Primarstufe: Einführung für das Schuljahr 2004/2005 nach entsprechender Gesetzesänderung
 - Orientierungsschule: Einführung für das Schuljahr 2003/2004
- Streben nach Adäquatheit, Rationalität und Qualität des Unterrichts auf der Sekundarstufe II (allgemeine und berufsbezogene Bildungsgänge):
 - Allgemein: Nach der Auswertung der neuen Maturität (Juni 2003)
 - Berufsbezogen: Mit dem Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes im Jahr 2005 (die vorgängigen Arbeiten und vorbereitenden Analysen sind bereits im Gang)

- In den Bereichen der tertiären Ausbildung die prioritären Angebote aufgrund der Bedürfnisse, der kritischen Masse und der Kosten pro Studierenden festlegen. Für 2002/2003 wurden folgende Ziele gesteckt:
 - = Erarbeitung von Leistungs- und Qualitätskriterien für alle Schulen und Institutionen der tertiären Stufe unter Berücksichtigung der Durchschnittskosten pro Studierenden
 - Schrittweise Konsolidierung der Pädagogischen Hochschule (PH), (Aufnahme eines zweiten Jahrganges)
 - Eröffnung der Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit (FHW-GS)
- Überprüfen eines Lehrerstatuts, welches den zukünftigen Bedürfnissen und Anforderungen Rechnung trägt:
 - Konzepterarbeitung (Ziele, Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, Organisation, Festlegung der Fristen) im Jahre 2002
 - Umsetzung des Projekts in den Jahren 2003 und 2004
- Neudefinition der verschiedenen juristischen, administrativen und finanziellen Beziehungen bzw. Verbindungen zwischen Staat, Gemeinden und Institutionen in den Bereichen Erziehung und Bildung:
 - Konzepterarbeitung (Ziele, Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, Organisation, Planung) im Jahre 2002
 - Umsetzung des Projekts und Ausarbeitung von Vertragsmodellen mit den Institutionen in den Jahren 2003 und 2004
- Überprüfen der Subventionsform und des Subventionssystems bezüglich der schulischen Einrichtungen:
 - Revision des Reglements über die Normen und Richtlinien mit Subventionierung gemäss Standardkostenberechnung, demnächst dem Staatsrat vorzulegen
 - Antrag eines Zusatzkredits für die Zahlung der ausstehenden Subventionen für Schulgebäude an die Gemeinden
 - Vertiefte Neuüberprüfung in Verbindung mit dem obigen Punkt (Beziehungen bzw. Verbindungen zwischen Staat, Gemeinden, Institutionen) im Jahre 2003
- Einrichtung eines Kontroll- und Führungssystems sowie einer Steuerung des Schulsystems mittels Indikatoren:
 - Hervorheben einer Auswahl von treffenden Indikatoren als Führungs- und Verwaltungsinstrumente
 - Schrittweise Einführung eines informatisierten Verwaltungssystems der kantonalen Schulen mit Modulen

6. Reorganisation der Territorialstrukturen des Kantons

Die Strukturen auf Gemeinde- und Regionalebene redimensionieren und die Beziehungen Kanton-Gemeinden neu definieren.

- Die Gemeindefusionen mittels Anreizen fördern, namentlich über den revidierten Finanzausgleich und eine Reform des Gesetzes über die Gemeindeordnung:
 - Die Auswertung der Ergebnisse der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Gesetzes über die Gemeindeordnung (Totalrevision) erfolgte Ende 2002. Der angepasste Vorentwurf bedingt eine Verfassungsrevision.
 - Der Vorentwurf sieht nun materielle Bestimmungen über die Förderung von Gemeindefusionen vor, namentlich Finanzhilfen. Das geltende Gesetz beinhaltet lediglich Verfahrensbestimmungen zu Gemeindefusionen und übernimmt einzig die Kosten des Grundlagenberichts.
 - Zeitplan:
 - Januar 2003: Unterbreitung der Botschaft zur Unterstützung der Zweckmässigkeit einer Revision der Kantonsverfassung (Genehmigung des Voranschlags durch die Urversammlungen und Aufhebung des Verfahrens zur Genehmigung bestimmter Gemeindegeschäfte)

- Februar 2003: Unterbreitung der Botschaft und des Entwurfs zur Revision des Gesetzes über die Gemeindeordnung beim Staatsrat
- Februar 2003: Erste parlamentarische Kommission für die Verfassungsrevision
- März 2003: Erste parlamentarische Kommission für die Revision des Gesetzes über die Gemeindeordnung
- Die Bezirksordnung und das Präfektenstatut neu definieren:
 - Der Schlussbericht der ausserparlamentarischen Kommission wurde Ende November 2002 hinterlegt.
 - Der Bericht der ausserparlamentarischen Kommission sowie der Vorentwurf zur Verfassungsrevision wurden dem Staatsrat unterbreitet.
 - Zeitplan:
 - Frühjahr 2003: Vernehmlassung des Berichts und des Vorentwurfs der Verfassungstexte.
 - Zweites Semester 2003: Verabschiedung des Vorentwurfs durch den Staatsrat, anschliessend Überweisung an die parlamentarische Kommission.
- Die Neueinteilung der sozio-ökonomischen Regionen prüfen:
 - Diese Frage bildet Gegenstand einer umfassenden Revision auf Bundesebene im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP). Die kantonalen Vollzugsbestimmungen sind in diesem Projekt vorgegeben.
 - Die für Ende Dezember 2002 erwartete Vernehmlassung des Bundesentwurfs ist nicht erfolgt.
- Die Partnerschaft zwischen den Gemeinden und dem Kanton für eine bessere Kostenbewältigung entwickeln.
Siehe auch Schwerpunkt 3 "Revision des interkommunalen Finanzausgleichs"
- Die Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden im Rahmen der Revision des Finanzausgleichs prüfen.
Siehe auch Schwerpunkt 3 "Revision des interkommunalen Finanzausgleichs"

7. Grosse Projekte (Autobahn A9 und dritte Rhonekorrektio) evolutiv verwalten

Personalressourcen der Nationalstrassen für das Projekt der 3. Rhonekorrektio bereitstellen.

- Der Staatsrat hat am 27. November 2002 das Organigramm sowie die Führungs- und Begleitstrukturen für das Projekt der 3. Rhonekorrektio beschlossen.
- Die Projektteuqe der dritten Rhonekorrektio ist seit Ende 2002 in Bereitschaft.
- Sie besteht aus 13 Personen:
 - der Projektleiter
 - vier Einheiten der Nationalstrassen (Direktion, Sekretariat, Ingenieure, Juristen...)
 - acht neu eingestellte Spezialisten (Flusshydraulik-, Tiefbau-, Umwelt-Ingenieur, Ingenieur in Hydrogeologie, Raumplaner, Betriebswirtschaftler)
- Subventionsverhandlungen betreffend die Korrektio der Rhone und ihrer Nebenflüsse sind mit den Bundesämtern (BWG und ASTRA) im Gange.

Siehe auch Politikkontrakt der Dienststelle für Strassen- und Flussbau und Ziele des DVBU

8. Optimierung der Kosten der kurativen und palliativen Betreuung

Den Anstieg der Gesundheitskosten bremsen ohne Abstriche bei der Pflegequalität und –sicherheit zu machen

- Im Verlaufe des Jahres 2002 hat das Gesundheitsdepartement in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsnetz Wallis (GNW) eine Aktualisierung der Spitalplanung vorgenommen, die den gestiegenen Anforderungen der Bevölkerung und der Gesundheitsfachleute im Bereich der Qualität der Pflegeleistungen sowie den finanziellen Einschränkungen der öffentlichen Hand Rechnung trägt.

Die ersten Erfahrungen des GNW und eine eingehende Analyse der jüngsten Entwicklung der Spitalpolitik haben den Staatsrat von der Notwendigkeit überzeugt, die Rolle der Gemeinden im Spitalbereich innert nützlicher Frist zu überprüfen. In diesem Zusammenhang wurde die Teilrevision des Dekrets vom 1. Februar 2002 über das Gesundheitsnetz Wallis im Januar 2003 in die Vernehmlassung geschickt. Diese Revision befasst sich mit folgenden grundlegenden und interdependenten Punkten:

- Aufhebung der finanziellen Beteiligung der Gemeinden an den Spitalkosten und Übertragung der Kompetenzen der Gemeindeverbände, welche die Spitäler verwalten, auf das GNW sowie Zurverfügungstellung der Infrastrukturen;
 - Beibehaltung der vorhandenen Spitalvereine für nicht subventionierte Tätigkeiten, die nicht von der Planung abhängen.
- In den Jahren 2000, 2001 und 2002 wurden dem Personal der subventionierten Spitäler sowie dem Pflegepersonal der staatlichen Spitäler Lohnanpassungen gewährt. In den subventionierten Spitälern und den Pflegeheimen findet heute die gleiche Lohnskala Anwendung. Das Personal der sozialmedizinischen Zentren untersteht einer besonderen Skala; diesbezügliche Entscheide sollten allerdings im Verlaufe des Jahres 2003 gefällt werden. Die deutlichen Unterschiede im Bereich der 2. Säule zwischen dem Personal der staatlichen Spitäler und dem Personal der subventionierten Einrichtungen müssen bis 2005 geprüft werden.
 - Die Spitäler verfügen bereits seit mehreren Jahren über sämtliche Kontenpläne und Richtlinien, um den Transparenzanforderungen gerecht zu werden. In den Jahren 2001 und 2002 haben die Spitäler mit unterschiedlicher Intensität die Entwicklung der Betriebsbuchhaltung vorangetrieben. Die Verbesserung des Deckungsgrads der Kosten durch die Versicherer (Verringerung der Mehrkosten aufgrund des Transparenzmangels) liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Spitaldirektionen.
 - Die Einführung des neuen Spitalinformatikkonzeptes wurde in Zusammenarbeit mit sämtlichen Spitälern in Angriff genommen; es wurden zwei Pilotstandorte bezeichnet.
 - Die mit der Revision des Gesundheitsgesetzes betraute Arbeitsgruppe wird Vorschläge hinsichtlich der Finanzierung der Pflegeheime und der SMZ unterbreiten. Im Vierjahresplan ist kein zusätzlicher Betrag hinsichtlich einer Erhöhung des Anteils des Kantons in diesen beiden Bereichen vorgesehen. Die vom Bund getroffenen Entscheide im Bereich der Heime für Drogenabhängige werden die Kantone stärker belasten.
 - Die Harmonisierung der Aufteilung der Soziallasten zwischen Kanton und Gemeinden ist momentan Gegenstand von Arbeiten einer Ad-hoc-Kommission, die dem Staatsrat einen Zwischenbericht unterbreitet hat. Dieses Projekt muss mit sämtlichen Arbeiten im Bereich des Finanzausgleichs in Verbindung gesetzt werden und zu einer koordinierten Gesetzesgrundlage führen.

Siehe auch Ziel 3 des Politikkontraktes der Dienststelle für Gesundheitswesen

9. Die Organisation des Staates optimieren

Mittels organisatorischer Massnahmen eine rationellere Verwaltung anstreben

- Der Staatsrat hat die temporäre Einführung einer Stellenplafonierung (Personalstopp) angeordnet.
- Die Strukturen und Prozesse der einzelnen Organisationseinheiten der Kantonsverwaltung werden permanent hinterfragt und angepasst.
- Das Globalbudget-System für die Gehälter wird Gegenstand einer Studie im Rahmen der Schlussbeurteilung der Reformen sein.

Siehe auch Ziel des DFLA "Eindämmung der Personalentwicklung"

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES	5
Verwaltungsbericht des Präsidiums	7
Staatskanzlei	9
Ständiges Sekretariat des Grossen Rates	13
Informationschef	14
Zentrum für Verwaltungsmanagement	15
DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN	 17
Einleitung	19
Finanzverwaltung	23
Steuerverwaltung	25
Dienststelle für Personal und Organisation	27
Kantonale Dienststelle für Informatik	29
Rechtsdienst	31
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	32
Dienststelle für Vermessung	34
Dienststelle für Grundbuchämter	35
Dienststelle für Landwirtschaft	37
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	 41
Einleitung	43
Dienststelle für Gesundheitswesen	46
Kantonale Anstalten	46
Dienststelle für Sozialwesen	48
Kantonale Ausgleichskasse	50
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	51
Veterinärdienst	54
Dienststelle für Energie	54
Dienststelle für Wasserkraft	56
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	 59
Einleitung	61
Verwaltungs- und Rechtsdienst	63
Dienststelle für die Jugend	65
Dienststelle für tertiäre Bildung	69
Dienststelle für Unterrichtswesen	75
Dienststelle für Berufsbildung	81
Mediathek Wallis	84
Kantonsarchiv	86
Kantonsuseen	87

	Seite
DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT	91
Einleitung	93
Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann	95
Verwaltungs- und Rechtsdienst	95
Wirtschaftssekretariat	96
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	97
Strafanstalten	98
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	98
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	99
Kantonspolizei	100
Dienststelle für innere Angelegenheiten	102
Raumplanung	103
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	104
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	107
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	111
Einleitung	113
Verwaltungs- und Rechtsdienst	114
Dienststelle für Verkehrsfragen	116
Dienststelle für Wald und Landschaft	118
Umweltschutz	122
Kantonales Laboratorium	126
UMSETZUNG DER RICHTLINIEN DER REGIERUNGSPOLITIK 2002 - 2005 AM ENDE DES JAHRES 2002	133

